



1945 – Wege in die Zukunft

Regionales – Nationales – Internationales

1945 – WEGE IN DIE ZUKUNFT

1945
Wege in die Zukunft

*Regionales – Nationales –
Internationales*

HERAUSGEGEBEN VON KLAUS KINNER.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
SACHSEN 2006

ISBN 3-89819-211-3
Redaktion: Klaus Kinner
Satz: Lutz Höll
Umschlaggestaltung: Hans Rossmann
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH
Radeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

MONIKA RUNGE

Einleitung (7)

I.

DER HISTORISCHE PLATZ DES JAHRES 1945

GÜNTER BENSER

*Brüche – Übergänge – Rückgriffe.
Das Jahr 1945 im Strom der Geschichte (17)*

JÜRGEN HOFMANN

*Befreiung oder Niederlage?
Neue Auseinandersetzungen um einen alten Streit (34)*

KARL-HEINZ GRÄFE

Befreiung und Neubeginn in Osteuropa (47)

II.

BESATZUNGSLOSES GEBIET IM WESTLICHEN ERZGEBIRGE

DANIELA SCHMOHL

*Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945 im Chemnitzer Raum.
Ein Überblick über Aufgaben und Akteure (67)*

GÜNTER ECKARDT

*Neue Erkenntnisse zur besatzungslosen Zeit
in der Bergstadt Schneeberg (107)*

LOTHAR WENDLER
Not, Notgeld, Niemandsland (127)

ERICH MEHLHORN
Schwarzenbergs Gloriole um Friedrich Emil Krauß (141)

Autorenverzeichnis (171)

MONIKA RUNGE

Einleitung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen hat sich anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 7. und 8. Mai 2005 in Schneeberg in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand der PDS Sachsen und der Fraktion der PDS im Sächsischen Landtag dem komplexen Thema der regionalen, nationalen und internationalen Seiten der Wege in die Zukunft im Schicksalsjahr 1945 gestellt. Sie griff damit unter veränderten Bedingungen eine Thematik auf, der sie sich bereits vor zehn Jahren zugewandt hatte. Die Resultate der damaligen Konferenz sind in dem seitdem vielbeachteten Schwarzenberg-Lesebuch »Republik im Niemandsland« dokumentiert. Zehn Jahre später wirft die Erinnerungskultur allerdings neue Fragen auf, die eine Antwort verlangen. Die Veranstalter haben versucht, sie auf den drei Ebenen zu geben, die den Titel ausmachen. Dabei war der Frage nachzugehen, was den Unterschied in der Erinnerung nach zehn Jahren ausmacht und wie die politischen Protagonisten damit umgehen.

Für die verschiedenen Generationen bedeutet der zweite Weltkrieg in lebensgeschichtlicher Hinsicht verschiedenes. Für mich, die 1950 geboren wurde, war der Krieg etwas Schreckliches aus der Vergangenheit. Und das aus den Erzählungen und den immer noch vergossenen Tränen meiner Mutter und meiner Großmutter. Erst in meiner Schulzeit und Studienzeit ist mir dann die Vergangenheit gegenwärtig geworden. D. h.: »Krieg«, »Nachkriegszeit«, »Faschismus«, »Auschwitz«, »Antifaschismus« »Besatzung«, »DDR« und »BRD« wurden zu Begriffen, die für mich so allmählich Inhalt und Bedeutung bekamen. Und daraus wuchs letztlich politische Verantwortung.

Aber zu glauben, einmal erreichter Wissens- und Gewissensstand würden unverändert bleiben, ja unverändert an die folgende Generation vererbt werden, ist, wie wir alle erfahren, ein naiver Irrtum.

Daher ist es m. E. sinnvoll, sich immer wieder dem Meinungsstreit um den Charakter des 8. Mai 1945 zu stellen. Und darauf möchte ich nun eingehen.

Zu Beginn diesen Jahres war in der renommierten Wochenzeitung »Die Zeit« zu lesen, die Bewertung von Auschwitz und des Jahres 1945 sei entschieden. Bundespräsident Richard von Weizsäcker

ker und der Philosoph Jürgen Habermas hätten gegen den Historiker Ernst Nolte und gegen den Dichter Martin Walser obsiegt. Der Konsens in der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik bestehe darin, so wie Weizsäcker als Bundespräsident im Deutschen Bundestag 1985 festgestellt hatte, dass Auschwitz als historisch einmaliges Verbrechen und der 8. Mai 1945 als Befreiung Deutschlands bewertet werden muss. Freilich war diese Bewertung des 8. Mai 1945 im Osten Deutschlands von Anfang an mit einem Feiertag gewürdigt worden, so dass sich dieses Datum im Alltagsbewusstsein der DDR-Bürger als Tag der Befreiung tief eingebrannt hatte. Wie wir speziell im 60. Gedenkjahr erleben können, war diese Einschätzung der Wochenzeitung »Die Zeit« hinsichtlich eines vermuteten Konsenses in bezug auf die Bewertung als Tag der Befreiung wohl doch zu optimistisch. Um die Deutungshoheit über diesen Teil Deutscher Geschichte ist ein offener politischer Kampf ausgebrochen. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 ist eine zunehmende Tendenz zu beobachten, die politische Bewertung des 8. Mai als Befreiung vom Faschismus zu revidieren.

Es sind nicht nur Anhänger rechter Parteien, die »Schluss mit dem Schuld kult« machen wollen. Auch Mandatsträger anderer großer demokratischer Parteien scheuen das von Habermas und Weizsäcker eingeforderte klare Bekenntnis. Sie möchten die seit Jahren andauernde Fokussierung auf Auschwitz als Erinnerungsreligion überwinden. Unverhohlen wird über die »politisch korrekte« Gedächtnispolitik in Deutschland geklagt.

Schützenhilfe erhalten solche Kräfte von Historikern, die den 8. Mai als »Tag der Befreiung und des Sieges« der sowjetischen Lügenpropaganda zuordnen. Der Zusammenbruch des Ostblocks habe den Weg zu einer neuen Gesamtschau auf das 20. Jahrhundert und seine Bewertung geöffnet. Aus diesem Blickwinkel bilde erst das Verschwinden der Sowjetunion und ihres Einflussbereiches den logischen Schlusspunkt des Zweiten Weltkrieges. Dem kalten Krieg fällt die Funktion eines Nachspiels zum Zweiten Weltkrieg zu, und der Mai 1945 wird lediglich zu einer Zwischentappe erklärt, die erst 1989/90 vollendet worden wäre. Unverkennbar ist diese revisionistische Deutung an der Totalitarismustheorie orientiert, die auf die Gleichsetzung von faschistischer und kommunistischer Diktatur abzielt. Weder die Vorherrschaft der Totalitarismustheorie noch die These von Georgi Dimitroff, der den Faschismus an der Macht auf die Interessenvertretung des Finanz- und Monopolkapitals reduzier-

te, waren hinreichend, eine geeignete Methodologie zur Erforschung der Totalität des nazistischen Regimes zu liefern. Insofern blieben die Forschungsergebnisse einseitig.

Diesen Trend zur Gleichsetzung von faschistischer und kommunistischer Diktatur hat die in 14 Jahren allein regierende konservative CDU-Regierung in Sachsen nicht nur mit der Einrichtung des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung in Dresden und der Fokussierung auf die Diktaturforschung in der DDR geistig bedient, sondern auch mit einem beispiellosen Gedenkstättengesetz das Gewicht in der Gedenkpolitik Sachsens von den Opfern des Faschismus auf die Opfer der Stalinistischen Gewaltherrschaft verlagert. Die damit zwangsläufig verbundene Vernachlässigung der Gedenkarbeit für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hat in Sachsen den Boden für die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und damit für die Empfänglichkeit nationalsozialistischen Gedankengutes geistig vorbereitet.

Im Januar 2004 zog der Zentralrat der Juden die Reißleine und trat aus der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten aus. Die anderen antifaschistischen Opferverbände folgten dem Beispiel. Der stellv. Vorsitzende des Zentralrates der Juden Salomon Korn begründete diesen Schritt damit, endlich ein Zeichen »gegen die allmähliche Einebnung fundamentaler Unterschiede zwischen dem nationalsozialistischen Völkermord und der SED-Diktatur« zu setzen. Der Zeitpunkt des Austrittes steht mit einer parlamentarischen Initiative im Zusammenhang, welche die CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag Günther Nooke, Vera Lengsfeld und die Vertriebenenchefin Erika Steinbach einbrachten. Die Initiative forderte, sich bundesweit an der sächsischen Gedenkstättenarbeit zu orientieren. Erst durch den Eklat des Zentralrates der Juden provoziert, fühlten sich die CDU-Antragsteller genötigt, ihren Antrag zurückzuziehen.

Mit dem Verschwinden der Sowjetunion eröffnete sich die Möglichkeit, bisherige Tabuthemen zu erörtern. Ein Paradigmenwechsel ist im Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg und dessen Ergebnissen in den baltischen Republiken, aber auch in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern zu beobachten. Die Veröffentlichung des Geheimabkommens zum Hitler-Stalin-Pakt und lange schwelende nationale Konflikte haben zur Distanzierung von der Sowjetunion geführt. Die Einverleibung der baltischen Länder 1939/40 in die Sowjetunion wird als Okkupation betrachtet, die eine Bewertung der Ereignisse 1944/45 dort als Befreiung vom Faschismus verdrän-

gen. Der Anteil von Letten, Esten und Litauern selbst an faschistischen Verbrechen sowie die Liquidierung der jüdischen Bevölkerung in diesen Ländern sind dort kaum ein Thema kritischer Rückschau. Als ich im vergangenen Jahr mit dem Europaausschuss des Sächsischen Landtages in Riga weilte, wurde mir nach dem Besuch des Museums für Okkupationsgeschichte und nach einer Diskussion in der dortigen Konrad-Adenauer-Stiftung mit Historikern klar, dass der Trend zur Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen auch von diesen Ländern bei uns Aufwind erhält. Das wurde besonders deutlich, als die ehemalige lettische Außenministerin Brunskiene bei der Eröffnung der Leipziger Buchmesse 2002 eine Rede hielt. Diese Rede löste einen Eklat aus: Die Vertreter des Zentralrates der Juden verließen noch während der Rede empört den Gewandhausaal.

In den Trend dieser Art Neuinterpretation ordnet sich die mediale Inszenierung von Guido Knopp ein. Absichtsvoll werden die Kriegereignisse im Westen und Osten separiert. So werden die letzten Tage und Wochen des Krieges im Westen Deutschlands mit dem Titel »Befreiung« geadelt und die in Deutschlands Osten mit den Stichworten »Vertreibung«, und »Sturm« abgewertet.

Zunehmend werden im Fernsehen nach 25-jähriger Sendepause die Deutschen in der Opferrolle als Vertriebene und von Bomben terrorisierte dargestellt. Ja, natürlich muss man zeigen, dass die einfachen Menschen unendliches Leid ertragen und für Hitlers Eroberungsfeldzug büßen mussten. Von da aber ist es nur ein kleiner Schritt, anlässlich des Gedenkens an das Bombardement Dresdens vom »Bombenholocaust« zu reden, wie das ein Abgeordneter der NPD im Sächsischen Landtag getan hat. Erst diese Provokation hat zum bundesweiten Aufschrei geführt. Ohne Zweifel liegen auch in der DDR Versäumnisse in der öffentlichen Gedenkarbeit vor. So wurde dem Leid der Vertriebenen, der Judenvernichtung und der Opfer unter den Sinti und Roma zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt. Es kann aber nach meiner festen Überzeugung hinsichtlich individueller Opfer keine Opfer erster und zweiter Klasse geben. Denn im Tod sind alle Menschen gleich.

Das trifft auch auf die Würdigung und Bewertung jener Frauen und Männer zu, die gegen die nationalsozialistische Herrschaft und gegen den Krieg Widerstand leisteten und dafür mit ihrem Leben bezahlten. Es kann auch keine Widerständler erster und zweiter Ordnung geben. Auch diesbezüglich gilt es, mit Einseitigkeiten beim Gedenken an die Opfer des Widerstandes Schluss zu machen.

Die alte Bundesrepublik hat die Hitlerattentäter des 20. Juli 1944 um Graf Stauffenberg und die Widerstandsgruppe »Weiße Rose« um Sophie und Hans Scholl in herausgehobener Weise gewürdigt, während in der DDR der kommunistische Widerstand ins Zentrum der Gedenkarbeit gestellt wurde. Dass im antifaschistischen Widerstand seit 1933 etwa 150 000 deutsche Kommunisten aktiv waren und rund 30 000 Kommunisten dafür ihr Leben ließen, bedarf besonderer Würdigung. Während die Offiziere des 20. Juli bis 1944 noch tief im nationalsozialistischen Staatsapparat verstrickt waren, nahm der konservative Politiker und ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler die Entfernung des Mendelssohn-Denkmal durch Nazis zum Anlass, sein Amt als Oberbürgermeister 1936 nieder zu legen und gehörte 1944 zur Widerstandsgruppe um Stauffenberg. Während für Goerdeler Ende der 90er Jahre ein Denkmal errichtet wurde, gibt es heute kein Denkmal für die kommunistische Widerstandsgruppe um Georg Schumann, Otto Engert, Alfred Frank, Arthur Hoffmann, William Zipperer, Georg Schwarz, Kurt Kresse, Richard Lehmann, Wolfgang Heinze und Karl Jungbluth. Anlässlich des 60. Jahrestages ihrer Hinrichtung hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Erinnerungsveranstaltung im Rathaus Leipzig gemeinsam mit der PDS-Stadtratsfraktion durchgeführt und den anwesenden Oberbürgermeister aufgefordert, das Gedenken an diese von Kommunisten geführte Widerstandsgruppe im öffentlichen Raum zu befördern. Ich will an diesem Fall zeigen, das Gedenk- und Erinnerungspolitik in den Städten und Gemeinden ein Feld linker Kommunalpolitik bleiben muss. Denn wenn wir uns nicht um eine ausgewogene Erinnerungskultur vor Ort kümmern, leisten wir unbeabsichtigt der Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen Vorschub.

Geschichte ist stets in der Gegenwart präsent und darf nicht als Vergangenes vernachlässigt werden. Nur wer die Geschichte kennt, versteht die Gegenwart und kann Zukunft gestalten. Gedenk- und Erinnerungskultur ist Geschichtspolitik und immer Gegenstand politischer Auseinandersetzungen.

Selbstverständlich sind die Erfahrungen mit Geschichte an das Individuum gebunden und damit zunächst immer individuell. Nicht selten decken sie sich nicht unmittelbar mit der objektiven Bedeutung des jeweiligen Ereignisses. Erst aus dem gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs schälen sich die Erfahrungen und Einsichten heraus, die den Konsens der kollektiven Erfahrung ausma-

chen. Für viele Deutsche war das Kriegsende zunächst als Niederlage wahrgenommen worden. Welches Leid hatten Krieg und Faschismus in fast jede Familie getragen! Sie erlebten deshalb diese Zeit als Lebenskatastrophe.

Und dennoch. Nicht nur die vom Faschismus besetzten Völker wurden befreit, sondern auch wir Deutschen selbst. Unabhängig davon, wie die Ereignisse in jenen Tagen erlebt und zunächst bewertet wurden. Die Deutschen wurden befreit von den Schrecken des Krieges und einem barbarischen, also unmenschlichen System. Sie konnten aufatmen, denn sie hatten überlebt trotz aller Sorgen um das tägliche Brot. Nach dem 8. Mai 1945 hatte Deutschland wieder eine Zukunft, wenn auch keiner wusste, wie diese aussehen würde.

Die konkurrierenden Bezeichnungen für diesen Tag im Mai sind Kriegsende, Kapitulation, Niederlage, Zusammenbruch, Untergang, Stunde Null, Besetzung und - Befreiung. Alle diese Bezeichnungen drücken entweder einen geschichtlichen Sachverhalt und zugleich ein bestimmtes Lebensgefühl aus. Es ist klar, dass – politisch gesehen – Linke an der Bewertung des 8. Mai als Tag der Befreiung festhalten.

Deutschland war zwar vom Faschismus befreit, blieb aber besetztes Land und wurde geteilt. BRD und DDR waren das Ergebnis. Die westlichen Besatzungsmächte beförderten in der BRD das bürgerlich parlamentarische System und in der DDR wurde das sowjetische Gesellschaftsmodell stalinistischer Prägung installiert. Reformversuche in den osteuropäischen Ländern, so auch in der DDR wurden auf Druck Moskaus verhindert.

Die volle Souveränität erlangten beide Teile Deutschlands erst mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag nach der Herbstrevolution 1989.

Wem es gegenwärtig und künftig ernst ist mit der Abwehr der neonazistischen Gefahr und mit der Zurückdrängung des Rechtsextremismus, der muss sich auch gegen den mehr und mehr um sich greifenden Geschichtsrevisionismus wenden. Wer »Schluss mit dem Schuldskult« ruft, will historische Erfahrung vergessen machen und Verantwortung auch für die Zukunft leugnen. In einer Situation, in der nur noch wenige Vertreter der Zeitzeugengeneration leben und die Kriegskindergeneration bereits von den Nachgeborenen abgelöst wird, ist es um so wichtiger, welche Aussagen und Einsichten die Erinnerungskultur über den Mai 1945 prägen. Eine deutsche Demokratie, die sich nicht eindeutig zu ihren antifaschistischen Wurzeln bekennt, gibt sich selbst auf.

Für die PDS und für alle Demokraten heute bedeutet die Bewahrung des Antifaschismus aber zugleich, die strategischen und taktischen Fehler der KPD und der Komintern im Kampf gegen den Faschismus aufzuarbeiten. Ich meine vor allem die verhängnisvolle These zu den Sozialdemokraten als »Sozialfaschisten« und der verhängnisvolle Hitler-Stalin-Pakt mit allen Implikationen für den antifaschistischen Widerstand. Damit sich solche Fehler nicht wiederholen, hat der Historiker Klaus Kinner in unserem Stiftungsverlag einen Aufsatz zum Thema »Abgegoldenes und Unabgegoldenes im kommunistischen antifaschistischen Widerstand« veröffentlicht. Für Kinner ist es mit Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstandes« ausgemacht, dass sich konsequenter Antifaschismus einerseits und Stalinismus andererseits immer ausschließen. Damals wie heute. Denn konsequenter Antifaschismus heißt zuallererst positiv gewendet Demokratie. Und die wirkliche Alternative zum Stalinismus ist eben auch Demokratie. Die Betonung der faschistischen Verbrechen darf nicht zur Leugnung und Bagatellisierung jener Verbrechen führen, die unter Stalin geschehen sind. Erst dadurch sind wir moralisch und politisch legitimiert, immer wieder kritisch die Finger auf die Wunde zu legen, wenn versucht wird, die Einmaligkeit der nationalsozialistischen Verbrechen und des faschistischen Angriffkrieges gegen die Völker Europas zu verharmlosen und damit zu relativieren, nämlich den 8. Mai 1945 in den »Tag der deutschen Niederlage« umzudeuten. Selbst der CDU-Landtagspräsident hat die Würdigung des 8. Mai lediglich als »Feierstunde aus Anlass des 60. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges« bezeichnet.

Wir müssen sehr wachsam bleiben! Denn der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch! Erst heute vermeldete die Presse, dass die NPD der Feierstunde zum 8. Mai im Sächsischen Landtag fernbleiben will. Statt dessen wollen sie in Berlin unter dem Motto demonstrieren: »60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuld kult!« Täglich wird uns offener, welche Herausforderungen auf uns zukommen, keine Geschichtsverfälschung zuzulassen, um nicht die Kraft einzubüßen, theoretisch wie politisch-praktisch für eine friedliche und sozial gerechte Zukunft kämpfen zu können.

I. DER HISTORISCHE PLATZ DES JAHRES 1945

Brüche – Übergänge – Rückgriffe. Das Jahr 1945 im Strom der Geschichte

Erinnerung und historische Analyse

Historische Geschehnisse des Mai 1945, die sich in diesem Jahr zum 60. Male jäherten, bewegen die deutsche Öffentlichkeit in einem Maße, wie das nicht zu erwarten war und weit mehr als dies bei dem eigentlich gewichtigeren 50. Jahrestag der Fall der gewesen ist. Leider lässt sich dieser Zuwachs nicht mit ungeteilter Freude registrieren.

In meinem Verständnis sollte der 8. Mai ein Tag des Gedenkens sein, der verschiedene Facetten aufweist:

- Freude über die Befreiung vom Faschismus und über das Ende des Krieges.
- Scham wegen der im Namen des deutschen Volkes begangenen Verbrechen.
- Wachsamkeit und Aufbegehren gegen die ausufernde faschistische beziehungsweise neonazistische Bewegung.

Wir sind damit konfrontiert, dass bei diesem 60. Jahrestag neben begrüßenswerten auch sehr bedenklich stimmende, ja bedrohliche Tendenzen hervortraten: Noch nie haben rechtsextreme wie rechtskonservative Kräfte derart massiv versucht, dem Gedenken an den 8. Mai 1945 ihren Stempel aufzudrücken. Inzwischen werden Standpunkte und Umdeutungen der Geschichte, die früher nur von rechten Außenseitern kolportiert wurden, auch vom rechten Rand der etablierten Parteien und der politischen Klasse insgesamt vertreten. Warnungen, die zum 50. Jahrestag ausgesprochen wurden, haben sich leider mehr als bestätigt. Wir beobachten einen Geschichtsrevisionismus, zu dessen hervorstechendem Zug es gehört, die Deutschen in der Opferrolle vorzustellen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ländern des früheren Ostblocks greifen Interpretationen um sich, denzufolge Europa vom Westen her befreit und vom Osten her erobert worden ist, so dass diese Länder bis 1989/1990 auf die Befreiung warten mussten. Es ist zu befürchten, dass eine derartige Sinngebung der Geschichte auf dem Wege ist, so etwas wie das historische Selbstverständnis der dominierenden

Kräfte der Europäischen Union und deren geschichtliches Pendant zum – inzwischen wie es scheint zum Scheitern verurteilten – europäischen Verfassungsprojekt zu werden.¹

Wir sollten zwischen Freiheit und Befreiung unterscheiden. Da die Zerschlagung des faschistischen Großdeutschen Reiches von außen und unter unerhörten Opfern erfolgte, konnte der 8. Mai 1945 für die Deutschen nicht die große Stunde der Freiheit sein, dennoch aber der Tag der Befreiung. Denn befreit wird man immer von etwas oder aus etwas – im konkreten Fall von der faschistischen Gewalt-herrschaft, von deren Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschheit, von der Kriegsfurie, von den Wahngelbten und Exzessen der Rassenfanatiker und Welteroberer, von den Verstrickungen vieler Deutschen in den Völkermord, der nach einem deutschen Endsieg keineswegs aufgehört hätte.

Kriege sind letztlich immer barbarisch, aber dieser zweite Weltkrieg ist nicht schlechthin zu einem unerhörten Massaker eskaliert. Er war von Anfang an als totaler Krieg angelegt. Und weitsichtige Kritiker des deutschen Faschismus haben dies auch vorhergesagt. So stieß ich dieser Tage auf einen von Heinz Deutschland veröffentlichten Brief Hermann Dunckers an seine Frau Käte, in dem er einen »Weltkrieg von wahnsinnigem Ausmaß« prophezeite. »Totales Aufgebot der Bevölkerung, totaler Kriegsschauplatz, totaler Vernichtungswille, totaler Weltbeherrschungswille, totale Unterordnung der Politik unter den Krieg – das ist der totale Krieg, wie Hitler ihn will. Und daran muss er zugrunde gehen...« Dies wurde am 25. Juli 1939, also eine Woche vor dem Überfall auf Polen geschrieben.²

Ein Charakteristikum des gegenwärtigen Gedenkens besteht darin, dass nun zum letzten Male in nennenswerten Maße Zeitzeugen zur Verfügung stehen und auch zu Wort kommen. Das wird beim 75. Jahrestag nicht mehr der Fall sein. Auch deshalb sehen wir uns einer Flut medial aufbereiteter Geschichtsbetrachtungen ausgesetzt, die vor allem aus zwei Quellen schöpft: aus den Berichten ausgewählter Zeitzeugen und aus zeitgenössischen Bildern und Filmaufnahmen.

1 Siehe hierzu auch die Beiträge von Monika Runge und Jürgen Hofmann in diesem Band.

2 Zit. nach: Heinz Deutschland: Aus Briefen Käte und Hermann Dunckers aus den Jahren 1939-1947 (Teil 1). In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2005/II. S. III.

Diese Zweigleisigkeit erweist sich aber letztlich eine Einseitigkeit. Natürlich ist und bleibt die Erinnerung die lebendigste Quelle der eigenen Meinungsbildung über die jüngere Vergangenheit, und sie errichtet auch eine Barriere gegen die Deutungsmacht der »Sieger der Geschichte«. Das erleben wir ständig mit Bezug auf eine andere Thematik, nämlich auf den Umgang mit der DDR und ihrer Geschichte. Die individuelle Erinnerung tritt uns in der Regel mit dem Anspruch auf Authentizität gegen – was könnte Authentischer sein als das Selbsterlebte. Aber was wir geschildert bekommen, ist dennoch nicht automatisch identisch mit dem wirklich Geschehenen. Der Erinnernde entscheidet, was er für erzählenswert hält und was nicht. Und er kann sich im Nachhinein nicht allem entziehen, was ihn in Jahrzehnten an Geschichtsinterpretation und Erinnerungspolitik erreicht hat. Zudem sind in jeder Biographie Gründe angelegt, weshalb bestimmte Ereignisse und Handlungen verinnerlicht und andere verdrängt werden. Auch das individuelle Gedächtnis stützt sich die Vergangenheit zurecht. Wie in den Naturwissenschaften experimentell gewonnene Erkenntnisse von anderen Forschern überprüfbar sein müssen, so sollten die Tatsachen, auf die sich Wertungen historischer Geschehnisse stützen, von anderen Historikern überprüfbar sein. Das aber ist bei der überwiegend erinnerungsgestützten Geschichtsvermittlung nicht der Fall. Und was die so authentisch wirkenden Bilder betrifft, so sollten wir nicht vergessen, dass es in der Regel Kriegsberichterstatter waren, die an der Seite der einander bekämpfenden Truppen, einem militärischen Reglement unterworfen, eingeschworen auf die politische und militärische Ziele ihrer Führungen bestimmte Vorgänge in Bild und Wort festgehalten haben.

Eine derartige Quellenkritik gehört eigentlich zum Handwerkzeug jedes Historikers, aber genau das wird in den derzeit an historischen Dokumentation überquellenden Medien ausgeklammert. Solche Art Vermittlung von Historie hat Manfred Weißbecker kürzlich als Verknoospisierung von Geschichte bezeichnet. Was an dieser besonders kritisiert werden muss, ist der Umstand, dass auf solche Weise eine rationale Suche nach Zusammenhängen, Ursachen und Folgen geschichtlicher Vorgänge verhindert oder zumindest von dieser abgelenkt wird. Während wir einerseits persönliche Sichten bis zur Übersättigung vorgestellt bekommen, bleiben tiefer verwurzelte und nachhaltig wirkende historische Gegebenheiten weitgehend ausgeblendet.

Statt dessen bekommen wir irreführende Vergleiche und Erklärungsmuster angeboten wie zum Beispiel die weitverbreitete Metapher von der »Stunde Null«. So hat die renommierte Wochenzeitung »Die Zeit« eine Serie mit Zeitzeugenberichten aufgelegt, die unter der Überschrift steht »Als die Zeit stillstand«. Der Deutschlandfunk hat bei seiner Zeitzeugensendung dieses Bild nur leicht durch den Konjunktiv variiert, er titelte: »Als die Zeit stillzustehen schien«. Als einer dieser Zeitzeugen kam der Historiker Joachim Fest zu Wort. Er schilderte, wie er bei seiner Gefangennahme von einem gut deutschsprechenden amerikanischen Offizier als Nazi-bengel (oder ähnlich) bezeichnet wurde, und wie ihm die Bücher, die er mit sich führte, genommen worden sind. Sein Kommentar hierzu: »Von Befreiung konnte keine Rede sein.« Für einen Historiker mit der Reputation eines Joachim Fest ist solch ein Schluss von einem individuellen Erlebnis auf die Charakterisierung von Epochenereignissen eine bemerkenswerte Leistung, allerdings eine die im Trend liegt.

Was uns oft als »Stunde Null« offeriert wird, war eine Zeit, in der das Pendel der Geschichte kräftig wie selten ausgeschlagen hat, war für zwei Generationen ihr lebenslang nachwirkendes Grunderlebnis – ein Grunderlebnis, dass gespeist wurde aus dem unmittelbar und selbst Erlebten, aber auch aus dem, was in längeren Abläufen als Zeitenwende begriffen wurde, als tiefer Einschnitt nicht nur im individuellen, sondern auch im kollektiven Sein. Diesem herausragenden Geschehen kommen wir näher, wenn wir uns nicht auf eine »Stunde Null« fixieren lassen, sondern das Jahr 1945 in den Strom der Geschichte einzuordnen versuchen, und da stoßen wir auf Brüche, Rückgriffe und Übergänge. Das wiederum steht in direktem Zusammenhang mit dem Untergang des Deutschen Reiches.

Untergang des Deutschen Reiches

Eigentlich im Widerspruch zur »Stunde Null« und auch im Widerspruch zu vielen zeitgenössischen Erklärungen³ haben bundesdeut-

3 Hierzu einige Äußerungen aus jener Zeit, die aus unterschiedlichen politischen Lagen stammen: Die KPD verband die Feststellung vom »Ende des Dritten Reiches« mit der Aussage, ein »ganz neuer Weg« müsse beschritten werden. Ihr Anknüpfungspunkt war nicht die Reichseinigung von 1871, sondern die 1848 begon-

sche Politiker, Juristen, Politikwissenschaftlern und Historikern – den Kollaps deutscher Staatlichkeit zunehmend verdrängend – jahrzehntelang die Fiktion von der Fortexistenz des Deutschen Reiches vertreten beziehungsweise den Anspruch der BRD propagiert, Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches zu sein. Und es ist schon bemerkenswert, wengleich durchaus begreiflich, dass ausgerechnet zu der Zeit, als ein einheitlicher deutscher Staat Realität zu werden begann, diese Argumentation verstummte.

Der Untergang des Deutschen Reiches gehört zu den wichtigsten Ergebnissen des Jahres 1945 – nicht nur in Hinblick auf die deutsche, sondern auch auf die europäische und die Weltgeschichte. Was 1945 untergegangen ist, war indes nicht das Reich, wie es 1871 gegründet wurde oder wie es zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestanden hatte, sondern das Reich in Gestalt des faschistischen »Großdeutschen Reiches«. In ihm waren die dem Reich seit 1871 anhaftenden reaktionären Züge ins Extrem getrieben, andererseits hatte es sich von dem, was am Reich zukunftsfruchtig war oder hätte werden können, weit entfernt. Denn trotz seiner Defizite war das Reich der Boden gewesen, auf dem sich deutsche Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft stürmisch entwickelten, auf dem sich die lange Zeit beispielhafte deutsche Arbeiterbewegung entfaltete. So hatte die Chance bestanden, die Reichsidee mit dem deutschen Nationalstaat in Gestalt einer demokratischen Republik zu verbinden.

nene, nie vollendete »bürgerlich-demokratische Umbildung«. Otto Grotewohl (SPD) benutzte das Bild vom »Brückenabbruch 1945 gegenüber der Vergangenheit«. Für den Präsidenten der Landesverwaltung Sachsen, Rudolf Friedrichs (SPD), war »mit dem nationalsozialistischen Parteienstaat... alles Recht versunken, das er geschaffen hatte.« Die »Gesetze der neuen demokratischen Ordnung müssen und werden aus ihr selbst erwachsen.« Kurt Schumacher (SPD) beschwor zwar den Wunsch der Sozialdemokraten, »ein einiges Deutsches Reich zu erhalten«. Aber die Einheit des Reiches lebe »zur Zeit nur als Idee, denn Deutschland zerfällt in verschiedene Zonen.« Wilhelm Külz (LDPD) erklärte unmissverständlich: »Ein Deutsches Reich gibt es nicht mehr. Es gilt ganz von unten an wieder aufzubauen...« Nach Jakob Kaiser (CDU) war die Reichsgewalt nicht an die Länder zurückgefallen, aber als er auf die Realsituation zu sprechen kam, konstatierte er: »Kein Reich, kein Staat, keine Gemeinschaft, kein Volk.« Konrad Adenauer (CDU) sprach vom »völligen Zusammenbruch des Deutsches Reiches« und wollte Deutschland höchstens als »ein loses, dem Commonwealth entsprechendes völkerrechtliches Gebilde« fortbestehen lassen. Richard Jaeger (CSU) erklärte: Ein »Reich mit zentralistischer Struktur, kurz gesagt, ein Reich mit Berlin als Hauptstadt« könne »nie wiederkehren.«

Als das Reich von außen militärisch zerschlagen wurde, war es bereits durch seine faschistischen Machthaber von innen heraus zersetzt und durch permanente Expansion aus allen Fugen geraten. Große Teile der Bevölkerung waren ihrer Bürgerrechte beraubt und verfolgt, Juden, Sinti und Roma, politische Gegner des Regimes, Behinderte, Homosexuelle und andere missliebige Personen wurden physisch vernichtet, die angesehensten Vertreter des Geisteslebens aus dem Lande getrieben. Nationale und ethnische Minderheiten wurden Opfer einer rigiden Germanisierungspolitik. Mit dem neuen Reichsaufbau waren die historisch gewachsenen Länder entmündigt worden. Durch Expansion und Annexion hatte das Reich seinen vormals im wesentlichen einheitlichen national-ethnischen Boden verlassen. Es hatte unübersehbar demonstriert, dass es mit anderen Völkern und Staaten nicht in Eintracht leben kann. Deshalb war die Zerschlagung des Deutschen Reiches Kriegsziel der Antihitlerkoalition gewesen. Mit der Auflösung des Staates Preußen sollte auch dem Reich das Rückgrat gebrochen werden. Alliierte Dokumente mieden den Begriff Deutsches Reich, statt dessen war von »Deutschland« oder »Deutschland als Ganzes« die Rede. Diese Herangehensweise wurde mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag noch einmal besiegelt.

Den Untergang des Reiches als Inkarnation reaktionärer Herrschaft mussten die Deutschen nicht bedauern. Und tatsächlich herrschte 1945 in unterschiedlichen politischen Lagern weitgehende Übereinstimmung darüber, dass das Deutsche Reich ein abgeschlossenes Kapitel deutscher Geschichte war. In Ermangelung einer neuen Begrifflichkeit tauchte allerdings das Reich in verschiedenen Wortverbindungen – nicht zuletzt bei den damals gesamtdeutsche Entscheidungen anstrebenden Kommunisten⁴ – anfangs noch oft auf. Zunehmend setzten sich jedoch Wortschöpfungen durch wie »Interzonen«, »gesamtdeutsch«, »Deutschland in den Grenzen des Potsdamer Abkommens« und später »deutsch-deutsch«, »beide deutsche Staaten«. Auch für den aus der Taufe zu hebenden Weststaat war bei der Erarbeitung des Grundgesetzes der Bezug auf das Deutsche Reich nicht mehrheitsfähig. Dahingehende Vorschläge von Hans-Christoph Seebohm und Jakob Kaiser fanden keine Zustimmung, vor allem wegen der zu erwartenden internationalen

4 So finden sich in den frühen Dokumenten der KPD häufig Begriffe wie Reichspartei, Reichsberatung, Reichskonferenz.

Reaktionen. Die Staatsbenennung »Bundesrepublik Deutschland« bedeutete ein Abrücken vom Deutschen Reich.

Brauchte dem Reich niemand nachzutrauern, so musste die Deutschen aber die Gefahr beunruhigen, mit dem Reich auch ihre nationale Einheit und die Möglichkeit des Zusammenlebens in einem Nationalstaat zu verlieren. Diese sich abzeichnende Gefahr abzuwenden, war ja ein wesentliches Motiv des deutschen antifaschistischen Widerstandes und eine seiner Gemeinsamkeiten gewesen.

So durfte eigentlich von den sich nach der Befreiung neu konstituierenden deutschen Parteien ein Minimalkonsens – gestützt auf das Vermächtnis der deutschen Widerstandsbewegung – erwartet werden, so etwas wie ein von einem patriotischen Verantwortungsbewusstsein geleiteter Runder Tisch, dem eine andere Bedeutung zugekommen wäre als der Blockpolitik, die zunehmend machtpolitisch instrumentalisiert wurde. Denkbar erschien eine Übereinstimmung und ein gemeinschaftliches oder abgestimmtes Vorgehen in folgenden Punkten:

1. Die Bevölkerung wird gemeinsam aus ihrer Not, aus den Gefährdungen durch Hunger, Seuchen, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und aus allgemeiner Verunsicherung und Demoralisierung herausgeführt.

2. Die Überreste des Faschismus und Militarismus werden gründlich und mit ihren Wurzeln beseitigt und die Fundamente einer neuen Demokratie gemeinsam gelegt.

3. Es werden Garantien geschaffen, damit nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgehen kann.

4. Deutsche Belange werden gegenüber den Alliierten gemeinsam vertreten; insbesondere soll mit Blick auf einen künftigen Friedensvertrag für Einheit und gerechten Frieden eingetreten werden.

Zwar haben KPD und SED verbal wie auch mit gezielten Offer-ten solche Positionen am ehesten vertreten, zugleich sind aber von ihnen auch Tatsachen geschaffen worden, die dem erheblich entgegenwirkten. Doch wenn es zu einer gemeinsamen Vertretung elementarer Belange der deutschen Bevölkerung gegenüber den Siegermächten nicht gekommen ist, so tragen daran alle damals in Deutschland agierenden, ihr Eigeninteresse in den Vordergrund stellenden Parteien Schuld. Und jede einzelne hätte eigentlich hinreichend Grund, den sechzigsten Jahrestag der Befreiung zum An-

lass für eine selbstkritische Bestandsaufnahme zu nehmen. Von wachen Medien hätten wir eigentlich verlangen dürfen, dass sie die tonangebenden Politiker mit der Frage konfrontieren, wie sie beziehungsweise ihre Stammväter mit der durch die Befreiung gegebenen Chance umgegangen sind und wie sich ihre gegenwärtige Politik mit den beim Neubeginn verkündeten Programmen verträgt.

Der Weg vom Reich zur deutschen Zweistaatlichkeit erfolgte – historisch gesehen – mit Brüchen, Rückgriffen und Übergängen. Dies sei ein wenig ausgeleuchtet:

Brüche

Wenn wir uns heute mit alarmierenden neofaschistischen Aktivitäten auseinandersetzen haben, so hebt das nicht auf, das 1945 als Jahr der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und seiner Vasallen in die Geschichte eingegangen ist. Das bedeutete nicht nur einen Bruch mit den NS-Regime, den von ihm in Gang gesetzten Unterdrückungsmechanismen und dessen menschenverachtender Ideologie, sondern einen Bruch mit wesentlichen Merkmalen der von den Nazis okkupierten deutschen Staatlichkeit überhaupt. Deutschland war ein besiegt und besetztes Land, ohne souveräne Rechte, die oberste Regierungsgewalt ging an die alliierten Mächte über. Diese setzten – zunächst gemeinsam über den Alliierten Kontrollrat und jede Besatzungsmacht eigenständig für ihre Zone – die Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands gemäß den in Jalta und Potsdam getroffenen Vereinbarungen in Gang. Im Zusammenhang damit wurden erstmals in der Menschheitsgeschichte der Angriffskrieg geächtet und seine Verursacher von einem internationalen Gerichtshof abgeurteilt.

Weitgehend unterbrochen wurden die Verbindungen zwischen deutschen Territorien zunächst durch Demarkationslinien, dann durch Zonen- und schließlich durch Staatsgrenzen. Die West-Ost-Teilung war um so mehr ein Zerbrechen historisch gewachsener Strukturen und Landschaften als die geographische Gestalt, die Dialekte, die Mentalitäten, die Wirtschaftsräume, die Infrastruktur, die Verkehrsverbindungen auswiesen, dass im früheren Deutschen Reich die Lebensströme mehr von West nach Ost und Ost nach West als von Süd nach Nord und Nord nach Süd geflossen waren.

Standen die in den Nachkriegsjahren und nach Auflösung Preußens wieder entstehenden oder neu gebildeten deutschen Länder in vieler Hinsicht in der Tradition föderaler Strukturen, so trugen sie doch viele Merkmale einer Neuordnung.

Gravierende Brüche zeigten sich im geistigen Leben der deutschen Gesellschaft, jedenfalls in jenen Bereichen, die in besonderem Maße durch die Naziideologie zersetzt worden waren. Viele damals von deutschen Politikern erhobene Forderungen wie auch Einsichten sogenannter einfacher Leute begannen mit den Worten »Nie wieder...« Dies signalisierte die Bereitschaft zu einem Neuanfang von Grund auf. Weite Verbreitung fand die Auffassung, dass zwischen der Herrschaft des mit dem Junkertum versippten deutschen Monopolkapitals und dem NS-Regime ein genetischer Zusammenhang bestand. Auch bürgerliche Interpreten sprachen vom »sozialistischen Zug der Zeit«. Dem standen allerdings viele tiefverwurzelte reaktionäre, nationalistische, antisemitische – meist zugleich anti-kommunistische – Überzeugungen entgegen wie auch die Verdrängung von Verantwortung und Schuld durch Resignation und Selbstmitleid. Gleichwohl gab es viele Ansatzpunkte, die sich für eine antifaschistisch-demokratische Neubesinnung nutzen ließen.

Waren diese und weitere Brüche im politischen System in allen Besatzungszonen gravierend, so trifft dies für die Sozialstruktur weit weniger zu. An den grundlegenden Klassenstrukturen hatten die faschistische Gewaltherrschaft, der Krieg und die Niederlage zunächst nichts entscheidendes geändert. Nur in der Ostzone wurde der Umbruch des Jahres 1945 Ausgangspunkt tiefgreifender sozial-ökonomischer Veränderungen, aber auch hier bedurfte es dazu gezielter nachfolgender Eingriffe, wie sie vor allem mit der Bodenreform und der Enteignung der Betriebe von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern eingeleitet wurden. In den Westzonen hingegen blieb trotz anfänglich erheblicher Übereinstimmung in den Forderungskatalogen die sozialökonomischen Grundstrukturen erhalten oder wurden in dem Maße revitalisiert, wie die Besatzungsmächte ihre Reglementierung der Wirtschaft aufhoben.

Übergänge

So drastisch die angedeuteten Brüche des Jahres 1945 auch waren – in wesentlichen Bereichen haben wir es mit Übergängen, teilweise

sogar mit kaum gebrochenen Kontinuitäten zu tun. Blieben im Westen die Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln weitgehend unangetastet, so bestanden auch Institutionen wie Industrie- und Handelskammern, Interessenkreise und Expertengruppen der Wirtschaft im Grunde unangetastet, mit geringfügigen personellen Anpassungen fort.

Die Ruinenlandschaften der Großstädte und der Gemeinden in den umkämpften Territorien sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch Gebiete oder Orte gab, wo der Krieg äußerlich keine Spuren hinterlassen hatte. Auch der Hunger traf nicht alle gleichermaßen. Insoweit die Sozialstruktur Veränderungen unterlag, wirkten anfangs vor allem außerökonomische Ursachen. Zonenübergreifend wurde die Stellung des einzelnen im sozialökonomischen System von neuen Gegebenheiten überlagert. Wesentlicher als der soziale Status war zunächst, ob jemand zu den Flüchtlingen und Umgesiedelten, zu den Ausgebombten oder zu den heimkehrenden Kriegsgefangenen gehörte, ob Frauen Witwen und Kinder Waisen geworden waren. Und natürlich war es von gravierender Bedeutung, welche Rolle einzelne Personen im Naziregime und in der faschistischen Hierarchie gespielt hatten. Rückblickend muss man allerdings konstatieren, dass häufig in geringem Maße schuldig gewordene, überwiegend junge Leute ein härteres Schicksal ereilte als viele der faschistischen Verbrecher. Für die Startbedingungen ergaben sich erhebliche Unterschiede aus dem Umstand, ob jemand als Hauptschuldiger, als belasteter beziehungsweise minderbelasteter Nazi, als Mitläufer eingestuft wurde, oder ob er sich als Indifferent oder gar als Antifaschist ausweisen konnte. Dies stellte allerdings im Westen – und mitunter auch im Osten – meist nur ein zeitweiliges Karrierehemmnis dar. Auch von den Umsiedlern, von den im Osten enteigneten Großgrundbesitzern, Fabrikbesitzern, Aktionären und von den aus ihren Ämtern entfernten Beamten, Juristen, Wissenschaftlern oder Künstlern konnten im Westen die meisten mit Hilfe ihrer Großfamilien, dank eines Lastenausgleichs und angesichts des kaum gebremsten Zurückgreifens auf die traditionellen Eliten, ihren früheren sozialen Status bewahren oder zurückgewinnen. So vollzogen sich über den Umbruch hinweg Übergänge, die nicht nur für individuelle Biographien, sondern auch für die bundesdeutsche Gesellschaft im ganzen charakteristisch wurden.

Auffallend sind die Übergänge im Rechtswesen. Nach Außerkraftsetzen nazistischer Gesetze und nach Rechtsetzungen durch die

Besatzungsmächte blieb im zivilen Leben, aber auch in manch anderen Bereichen das herkömmliche Recht, also das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmend – nicht nur im Westen, sondern lange Zeit auch im Osten. Ähnliches ließe sich vom Gesundheitswesen sagen.

Größte Kontinuität wiesen die Kirchen auf, deren Eigentum und deren Hierarchien gingen aus den Umbrüchen ohne ernsthafte Beeinträchtigungen hervor. Ihre Würdenträger gehörten zu den fortwirkenden Eliten trotz der Einbindungen vieler ihrer Vertreter in eine deutschnationale (nicht selten antisemitische) Vergangenheit und trotz oft geringer Distanz zum NS-Regime. Die kirchlichen Hierarchien waren kaum in die Entnazifizierungen einbezogen, Selbstreinigung wurde mit sehr mäßigem Eifer betrieben.

Rückgriffe

Schließlich lassen sich im Umbruchsjahr 1945 auch viele Rückgriffe auf tradierte Strukturen, auf Konzepte und Erfahrungen ausmachen. Dies beginnt schon bei den Alltagserfahrungen. Während und nach dem ersten Weltkrieg erprobte Überlebensstrategien in puncto Ernährung, Kleidung, Wohnung wurden wiederum genutzt.

Ohne Zweifel waren alle nun in die Verantwortung tretenden deutschen Kräfte durch die Umbrüche des Jahres 1945 mit einer völlig neuen Situation und mit ungewohnten Herausforderungen konfrontiert. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass sie diesen Problemen nicht selten mit Rückgriffen auf herkömmliche Programme, Konzepte, Erfahrungen, Traditionen zu meistern suchten. Herausragende Weitsicht ist kaum auszumachen. Solche Rückgriffe hatten viel mit jenen Erfahrungsträgern zu tun, die 1945 in den widerstreitenden Parteilagern wiederum oder als aufsteigende Nachrücker an die Spitze traten. Damit wurden auch viele Dogmen, Mechanismen, Rituale, Strukturen ungeprüft in die neue Zeit übernommen – nicht zuletzt von den Linken. Aber dies wäre ein Thema für sich.

Die KPD signalisierte mit der Warnung »Keine Wiederholung der Fehler von 1918«, dass sie mit ähnlichen zyklischen Erscheinungen rechnete wie nach erstem Weltkrieg. Möglicherweise wäre eine solche Entwicklung auch eingetreten, wenn nicht der kalte Krieg dem entgegengewirkt hätte. Im übrigen knüpfte diese Partei strategisch zunächst vor allem an Lenins Konzept vom Hinüberwachsen

der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Umwälzung an, einmündend in die Installierung eines am sowjetischen Modell orientierten staatssozialistischen Systems.

Die Sozialdemokraten nutzten die Denkansätze des dritten Weges und der Wirtschaftsdemokratie und operierten dabei am meisten mit sozialistischen Losungen, am vehementesten Kurt Schumacher, der bekanntlich vom Sozialismus als Tagesaufgabe sprach und die Kommunisten von links her kritisierte. In der Sozialdemokratie zeigten sich jedoch die größten Differenzen; es wirkte ein Trend, der letztlich in die verbürgerlichte Volkspartei einmündete, und ein Trend, der in die kommunistisch dominierte Einheitspartei führte.

In gewissen Sinne war auch die »Einheitspartei der Arbeiterklasse« ein Rückgriff auf die marxistische Arbeiterpartei am Ausgang des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts und eine Berufung auf deren Erfolge, allerdings konterkariert durch das Modell der Leninschen Partei neuen Typs. Die Anlehnung des Programmteils »Sozialismus«, des sogenannten Maximalprogramms, in den Grundsätzen und Zielen der SED an das Erfurter Programm ist offensichtlich, und das entstammte – am Rande vermerkt – nicht dem kommunistischen, sondern dem sozialdemokratischen Entwurf.

Im bürgerlichen Lager setzten sich nach anfänglichen Kritiken der Christdemokraten an monopolkapitalistischen Verhältnissen neoliberalistische Konzepte und Anleihen an die christliche Soziallehre durch. Neu war allerdings, dass die Zentrums- und Christdemokraten sich nicht dauerhaft etablieren und dass mit CDU/CSU konfessionelle Trennungen im Parteiensystem im wesentlichen überwunden wurden. Hingegen war den Rückgriffen auf separatistische oder monarchistische Bestrebungen und Organisationen kein durchschlagender Erfolg beschieden. Versuche gab es durchaus, denken wir an solche Parteigründungen wie die Deutschhannoversche Partei oder die Bayerische Heimat- und Königspartei.

Gewerkschaften und Betriebsräte knüpften ebenfalls an bewährte Erfahrungen und Strukturen an, erhoben jedoch weit stärker als früher Anspruch, nicht bloßer Tarifpartner, sondern – gestützt auf einheitliche Organisationen – gesellschaftsgestaltende Kraft zu sein.

Alle Parteien entwickelten ihre Konzepte in kritischer Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Weimarer Republik und deren Verfassung. Die sich in den antifaschistischen Ausschüssen manifestierenden basisdemokratischen Bestrebungen waren hingegen jeder Partei wie auch den Besatzungsmächten suspekt, weshalb alle darauf

aus waren, solche Neuansätze rasch in die Bahnen eines kontrollierbaren Parteiensystems zu lenken.⁵ Insofern deutsche Antifaschisten im besatzungsfreien Gebiet basisdemokratische Ausschüsse schufen, bewegten sie sich keineswegs nur im Widerspruch zur bald Einzug haltenden sowjetischen Besatzungsmacht. Die US-amerikanische Besatzung ist in der Regel mit autochthonen antifaschistischen Organisationen weit repressiver umgegangen.⁶

Neues grundlegender Art finden wir in den Politikansätzen der deutschen Parteien kaum, vor allem dann nicht, wenn wir den programmatischen Neubeginn mit jenen Problemen konfrontieren, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in den Vordergrund rücken sollten. Denken wir an die Konsequenzen aus dem Eintritt in das Atomzeitalter, an die wissenschaftlich-technische Revolution, an die Bedrohung der natürlichen Umwelt, an die Fragwürdigkeit der patriarchalischen Strukturen und die dadurch ausgelöste feministische Bewegung, an die sexuelle Befreiung, an den Nord-Süd-Konflikt, an die ungelösten nationalen Probleme und deren Explosivität.

Überfordern wir die damaligen historische Akteure, wenn wir solch ein Rechnung aufmachen? Ja und Nein. Ja, weil in der Tat sehr viel Kreativität und politische Phantasie vonnöten gewesen wären, um sich über die unmittelbaren Zeitumstände und ein bloßes Prolongieren gewonnener Erfahrungen zu erheben. Nein, weil die heranreifenden neuen Probleme grundsätzlich erkennbar waren. Denn das Atomzeitalter hatte begonnen, und Albert Einstein hatte »neues Denken« gefordert. Die Mitte der fünfziger Jahre unübersehbar werdende wissenschaftlich-technische Revolution ist nicht zuletzt aus dem Schub der Kriegs- und Rüstungsforschung hervorgegangen, die zu vielen Entdeckungen in der Chemie, der Raketenforschung, der Mess- und Steuerungstechnik, der Materialwissenschaften usw. geführt hatte. Wenn an den Kriegsfolgen vor allem die Menschenverluste sowie die Zerstörung materieller und kultu-

5 Siehe Günter Benser: 1945 – 1989. Zwei Niederlagen von Basisdemokratie. In: Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Akademische Tage des Luisenstädtischen Bildungsvereins e.V. 1993. Hrsg. v. Eberhard Fromm u. Hans-Jürgen Mende. Berlin 1993. S. 34ff. Siehe auch den Beitrag von Daniela Schmohl in diesem Band.

6 Siehe Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945. Hrsg. v. Ulrich Borsdorf u. Lutz Niethammer. Wuppertal 1976. S. 10ff.

rellen Güter beklagt wurden, so offenbarte sich darin eine ziemliche Ignoranz gegenüber den enormen Verwüstungen, welche die Kämpfe in Fauna und Flora angerichtet hatten. Es ließ sich eigentlich auch nicht übersehen, dass dieser erneute und weitaus schlimmere Weltkrieg der zweite große Krieg der weißen Männer gewesen war und viel mit den in allen kriegführenden Ländern dominierenden patriarchalischen Strukturen zu tun hatte.

Was vielleicht wirklich schwer vorherzusehen war, ist die Tatsache, dass die beiden sich gegenseitig scharf befehdenden Lager des kalten Krieges trotz ihres Balancierens am Rande des heißen Krieges als Staaten der nördlichen Hemisphäre zugleich gemeinsam dem unterentwickelten Süden gegenüberstehen würden und dass sich dieser Konflikt nicht einfach als Auseinandersetzung zwischen kolonial Unterdrückten und kolonialen Unterdrückern auflösen ließ. Auch war schwerlich damit zu rechnen, dass selbst in Europa nationale Auseinandersetzungen noch einmal derartige Sprengkraft annehmen könnten, schienen doch fast alle Staaten in ein bipolares System eingebunden und einer Paktloyalität verpflichtet zu sein.

Wenn von Rückgriffen die Rede ist, darf nicht unerwähnt bleiben, dass – nicht zuletzt im Zeichen des kalten Krieges und im Westen weit mehr als im Osten – auf die Kompetenz alter Eliten zurückgegriffen wurde, auch auf Wissen, Können und Erfahrung von Leuten, die bereits dem Hitlerregime dienstbar gewesen waren, falls sie nicht ohnehin überzeugte Nazis gewesen sind. Beim Aufbau von Streitkräften, auf dem Felde von Wissenschaft und Technik, speziell in den für die Rüstung relevanten Zweigen, trat diese Praxis deutlich hervor, wofür die alliierten Siegermächte die Weichen gestellt hatten.

Perspektiven des Mai 1945

Die Historiker, die am Geschichtsbild der DDR mitgewirkt haben, sollten sich noch eine weitere Frage stellen: Wie realistisch sind unsere Bewertungen der Fernwirkungen des Jahres 1945 gewesen. Dieses Jahr nahm ja im Epochenverständnis einen herausragenden Platz als Einleitung einer neuen Stufe im weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ein. Und in der Tat lassen sich zahlreiche weltverändernde, große Hoffnungen im linken Lager erweckende Geschehnisse direkt oder indirekt auf die 1945 offenkundig

gewordene neue historische Konstellation zurückführen. Gleichwohl müssen wir konstatieren, dass die Geschichtsschreibung der DDR das mit dem Sieg über den Faschismus eingetretene neue Kräfteverhältnis in Bezug auf den Übergang der Menschheit zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu optimistisch beurteilt hat. Sie hat nicht gebührend ausgelotet, dass das militärisch-machtpolitische Kräfteverhältnis eine Sache und die sozialökonomische und kulturelle Reife und Dynamik eine andere Sache ist. Ungünstige Startbedingungen sollten sich als ungünstige Konditionen überhaupt erweisen, zumal mit dem von der kommunistischen Weltbewegung zum Vorbild erhobenen sowjetischen Modell in vieler Hinsicht die negativen Momente verschärft statt behoben wurden, ganz zu schweigen von den verheerenden Folgen des Terrors unter Stalin.

Es gab dennoch gute Gründe, nach dem Sieg über den Faschismus einen Ausbruch aus dem kapitalistischen System zu wagen. Je näher dieser Sieg heranrückte, desto nachdrücklicher hatte sich für alle antifaschistischen Gruppierungen die Frage gestellt: »Was kommt nach Hitler?«. Viele der damals erteilten Antworten liefen darauf hinaus, dass die Alternative zur faschistischen Vergangenheit eine wie immer geartete, direkt oder über Zwischenstadien anzusteuern- de, sozialistische Zukunft sein müsse. Das widerspiegelte sich in der Kritik an den Hinterleuten des Faschismus aus den Kreisen des Monopolkapitals und des Junkertums, in Forderungen nach Vergesellschaftung zumindest der Rohstoffherzeugung, der Schlüsselindustrien und des Verkehrswesens, nach geplanter Wirtschaft und Mitbestimmung. Von solchen Überlegungen waren nicht nur die Grundsätze und Ziele der SED inspiriert, sondern auch Kurt Schumachers Losung vom »Sozialismus als Tagesaufgabe« oder die Vision eines christlichen Sozialismus des CDU-Politikers Jakob Kaiser. Peter Bucher, Mitherausgeber der Freiherr von Stein-Gedächtnis- ausgabe von Quellen zum politischen Denken der Deutschen, verwies noch ein halbes Jahrhundert später auf den damaligen »allgemeinen sozialistischen Zug der Zeit«.⁷

Umgekehrt war man sich in Kreisen der Hochfinanz und der Großindustriellen sehr wohl bewusst, welche Gefahren den ökonomischen

7 Peter Bucher: Nachkriegsdeutschland 1945 – 1949. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr von Stein-Gedächtnis- ausgabe. Bd. X. Darmstadt 1990. S. 2, 4.

misch Mächtigen erwachsen, wenn der diskreditierte Faschismus als politisches Ergebnis monopolkapitalistischer Strukturen und Interessen begriffen wurde. Der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Henry A. Turner formulierte – aus seiner Sicht allerdings als zu widerlegende Hypothese – : »Entspricht die weitverbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen.«⁸

Der »allgemeine sozialistische Zug der Zeit« und die an ihn geknüpften Erwartungen stützten sich nicht nur auf die Machterweiterung und das enorm gesteigerte Ansehen der UdSSR sowie auf die Entfaltung »volksdemokratischer« Revolutionen in Ost- und Südosteuropa. Dazu trugen auch wesentlich der im Juli 1945 errungene Wahlsieg der Labour Party in Großbritannien sowie Erfolge der Linken in Italien und Frankreich und anderen Ländern bei. So hieß es zum Beispiel in den von August Thalheimer, dem Vertreter der KPD(Opposition) herausgegebenen »Internationalen monatlichen Übersichten«, mit Berufung auf England, Frankreich und Italien, dass »das europäische Festland jenseits der sowjetischen Machtsphäre ebenfalls auf dem Wege zum Sozialismus ist«.⁹ Aufschlussreich ist auch der Briefwechsel ungarischer Sozialdemokraten mit britischen Labourpolitikern. Diese ungarischen Sozialisten setzten nicht zuletzt deshalb große Hoffnungen in Erfolge der Labour Party, weil diese auch die Liberalisierung einer nicht mehr von außen bedrohten, isolierten UdSSR und das Zusammenwirken zweier sozialistischer Zentren ermöglichen würden. Davon erhofften sie sich auch Rückhalt gegen eine kommunistische Umklammerung im eigenen Lande.¹⁰

Angesichts heutiger Verdrängungen, angesichts des zur Delegitimierung der DDR gedachten Konstruktes, dass die Ostdeutschen fast nahtlos aus der braunen in die rote Diktatur hinübergewechselt seien, aber auch angesichts der Hilflosigkeit heutiger Politik und

8 Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft. Göttingen 1972. S.7.

9 WESTBLOCK-OSTBLOCK. Welt und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik. Hamburg 1992. S. 52.

10 Siehe Janos Jemnitz: Some Reflections on a Great Historical Chance. In: The Forward March on the Left and the Problems of its Progress 1945-1948. Budapest 2001. S. 47ff. Siehe auch den Dokumentenanhang dieser Publikation.

Ökonomie gegenüber den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wäre eine Rückbesinnung auf zukunftssträchtige Potenzen des Jahres 1945, auf manche damaligen Denk- und Politikansätze eigentlich dringend geboten. Sie täte auch bitter not als Kraftspender und Ideenreservoir in der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus und Neonazismus.

Seinerzeit hielten fast alle Politiker eine gemischte Wirtschaft, beruhend auf gesellschaftlichem und privatem Eigentum an Produktionsmitteln für sinnvoll. Aber lassen wir einmal die komplizierte Eigentumsfrage beiseite, so bieten so manche damals dominierende Einsichten wichtige Anstöße zu Nachdenken, zum Beispiel

- dass Kriege keine Naturgesetze sind, sondern Ausfluss einer bestimmten Politik und Ideologie, verwoben mit ökonomischen und geostrategischen Interessen,
- dass Massenvernichtungsmittel zu ächten sind und die allgemeine und vollständige Abrüstung anzustreben ist,
- dass die Politik ihr Gestaltungskraft nicht der Wirtschaft beziehungsweise den ökonomisch Mächten ausliefern darf, weil sie Verantwortung für das gesamte Gemeinwesen und für alle Staatsbürger wahrzunehmen hat,
- dass kein Missbrauch von Freiheitsrechten durch alte oder neue Nazis zugelassen werden darf.

Es muss Gründe geben, wenn solche Aspekte, die geeignet sind den historischen Platz des Jahres 1945 in unserer Geschichte auszu-deuten, von jenen Leuten, welche die öffentliche Meinung der Bundesrepublik in erster Linie beeinflussen, nicht thematisiert werden. Ein tieferes Ausloten historischer Zusammenhänge würde zwar keine Rezepte für die Gegenwart liefern, aber die Kurzatmigkeit heutiger Politik offenlegen und Anstöße zum Nachdenken liefern.

JÜRGEN HOFMANN

Befreiung oder Niederlage? Neue Auseinandersetzungen um einen alten Streit¹

Vor 55 Jahren, am 21. April 1950 erklärte die Provisorische Volkskammer der DDR auf ihrer 15. Sitzung den 8. Mai zum »Tag der Befreiung« und zum Nationalfeiertag. Dieser Tag sollte, so Innenminister Karl Steinhoff (SED) in seiner Begründung zur Drucksache, als Tag des Dankes, der Besinnung und der Rechenschaft begangen werden, da der Faschismus von außen zerschlagen werden musste und das deutsche Volk selbst Anteil an den Ereignissen seit 1933 hatte. Der Vorsitzende der LDPD, Hermann Kastner, sah eine wesentliche Aufgabe dieses Feiertages darin, nach den Ursachen zu fragen, »dass der deutsche Name der Welt so verhasst sein musste«. Diese Fragestellung wollte er »in die Herzen der Jugend hineinpflanzen«.² Im gleichen Zusammenhang wurde der 7. Oktober als »Tag der Republik« zum Feiertag erhoben. Beide Tage seien »Marksteine in unserer neuen deutschen Geschichte«³, hieß es in der Präambel zum betreffenden Gesetz. Mit der Betonung des Zusammenhangs zwischen 8. Mai 1945 und 7. Oktober 1949 hatte der zweite deutsche Staat recht früh sein offizielles Selbstverständnis fixiert. Dies wird in der kritischen Rückschau inzwischen oft als »verordneter Antifaschismus« abgetan. Es war aber ungeachtet mancher Einwände zugleich ein Angebot zur Identifikation, eine Messlatte an der sich persönliche Erfahrung angleichen oder auch reiben konnte. Die damaligen Begründungen lassen auch noch nichts von der später in der DDR üblichen Einordnung unter die »Sieger der Geschichte« ahnen.

In der Bundesrepublik Deutschland dominierten die Klagen über Vertreibung und deutsches Leid die offiziellen Stellungnahmen zum

¹ Bearbeitete Fassung des Referats auf der Wissenschaftlichen Konferenz in Schneeberg am 8. Mai 2005.

² Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 15. Sitzung vom 21. April 1950. S. 358.

³ Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Nr. 45 vom 27.4.1950. S. 355.

Mai 1945. Am 20. April 1955 empfahl ein eigens eingesetzter Ausschuss der Bundesregierung den 8. Mai mit dem geplanten »Tag der Souveränität« aus Anlass des Inkrafttretens der Pariser Verträge zu verbinden, da am »Tag der zehnjährigen Wiederkehr der Kapitulation und des endgültigen Zusammenbruchs, ohnehin nicht stillschweigend vorbeigegangen werden sollte« und dem 8. Mai dadurch »ein neuer politischer Gehalt gegeben werden könnte«⁴. Noch 1970 widersprachen die Geschäftsführenden Vorstände der Landsmannschaften Ost- und Westpreußens der Empfehlung, »sich an den Zustand der Kapitulation zu gewöhnen« und betonten, dass »die Kapitulation kein Alibi für eine Status-quo-Politik« sei.⁵ Es dauerte vier Jahrzehnte ehe der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner weltweit beachteten Rede offiziell dazu aufforderte, den 8. Mai 1945 unbeschadet widersprüchlicher persönlicher Erfahrungen auch als Tag der Befreiung zu begreifen und den Januar 1933 mit seinen dramatischen Folgen in die Bewertung einzubeziehen.⁶ Weizäckers Aufforderung, den Mai 1945 neu zu bedenken, stieß 1985 und danach auf erheblichen Widerspruch. Die Gesellschaft der Bundesrepublik hatte sich mehrheitlich in der Tradierung von Kapitulation und Niederlage eingerichtet.

Die Bewertung des Mai 1945 und die Akzeptanz der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges wurde zudem in der Bundesrepublik über Jahrzehnte von der offiziellen Rechtskonstruktion beeinträchtigt, nach der das Deutsche Reich fortexistierte. Diese Konstruktion und daraus abgeleitete revanchistische Ansprüche mussten sich zwangsläufig auf die Reflexion des Zweiten Weltkrieges und seiner Ergebnisse auswirken. Nachdem die Provisorische DDR-Regierung 1950 das Abkommen über die Grenze mit der Volksrepublik Polen unterzeichnet hatte, war das für Bundeskanzler Konrad Adenauer Anlass, Gespräche mit den Vertretern des anderen deutschen Staates zu verweigern, da »diejenigen, die auf das deutsche Gebiet östlich

4 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich Kahlenberg. Bd. 8: 1955. München 1997. S. 237.

5 Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Eine Dokumentation von Stellungnahmen, Reden und Entschlüssen des Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände. Teil I: 1949-1972. Bonn 1984. S. 188.

6 Richard von Weizsäcker: Ansprache zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9.5.1985.

der Oder und Neiße ... Verzicht geleistet haben, nicht legitimiert erscheinen, von einer Wiedervereinigung Deutschlands zu sprechen«⁷. Selbst die Ostverträge in den siebziger Jahren galten manchem noch als Verzichtspolitik und Vaterlandsverrat. Die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates machte 1972 zwölf Bedenken gegen die Ostverträge geltend, die u. a. auch die Oder-Neiße-Linie betrafen. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte den Klägern daraufhin in seinem Urteil vom Juli 1975, dass die Gebiete östlich der Oder und Neiße nicht aus der rechtlichen Zuständigkeit Deutschlands entlassen seien. Noch im Rahmen der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands taten sich Politiker der Bundesrepublik schwer, einen Schlussstrich unter Gebietsansprüche zu ziehen. Bis zum heutigen Tage dauern Vorwürfe und Ansprüche gegenüber den östlichen Nachbarn fort.⁸

Aktuelle Auseinandersetzungen um den 8. Mai 1945 zeigen, dass die Diskussion um seine Bewertung noch längst nicht abgeschlossen ist. Es sind beileibe nicht nur Anhänger der NPD, die von der »Befreiungslüge« sprechen und »Schluss mit dem Schuldskult« machen wollen. Auch Mandatsträger großer Volksparteien beklagen die offizielle »politisch korrekte« Gedächtnispolitik« und würden gern »die seit Jahren vorherrschenden Denkmuster der Belehrung, der Fokussierung auf Auschwitz als Erinnerungsreligion ... überwinden«⁹. Die Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter und die Empörung über die Offenlegung der Verbrechen der Wehrmacht¹⁰ in den letzten Jahren zeigen: Der Wunsch nach Relativierung und Entlastung der Erinnerung ist keineswegs nur ein Anliegen politischer Einzelgänger.

Immer wieder entzündet sich die Diskussion um die weitverbreitete Kennzeichnung des Mai 1945 als Kriegsende. Die Absicht dieser neutralisierenden Bezeichnung ist unschwer zu erkennen. In der Tat

7 Zitiert nach Georg Fülbert (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Quellen und Dokumenten. Köln 1982. S. 28.

8 Siehe z. B. Vom Münchener Diktat zur Nachkriegsordnung. Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik. München 2004.

9 So der Bezirksbürgermeister des Bezirkes Steglitz-Zehlendorf von Berlin in einer Rede zum Volkstrauertag 2004. Zitiert nach Berliner Zeitung vom 24./25. 03.2005. S. 21.

10 Siehe Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog. Hamburg 2002.

war der Mai 1945 für Europa das »Kriegsende«. Insofern ist dagegen nichts einzuwenden. Dennoch beantwortet diese Kennzeichnung nicht die Frage nach der Bewertung des Ereignisses. Das Problem ist nicht, ob der Begriff »Kriegsende« für den Mai 1945 richtig oder falsch ist, sondern ob damit eine Bewertung umgangen werden soll oder nicht. Die Frage der Bewertung kann aber nicht ausgeklammert werden. Die vorausgegangene existentielle Bedrohung der menschlichen Zivilisation durch den deutschen Faschismus und seine Verbündeten spricht gegen eine wertneutrale Kennzeichnung des Jahres 1945.

Inzwischen geht es in der deutschen Debatte längst nicht mehr darum, ob der Mai 1945 als »Befreiung« oder »Niederlage« zu verstehen ist. Diese Fragestellung hat die Generation der Beteiligten über Jahrzehnte bewegt. Sie wurde vom Kalten Krieg genährt und Bestandteil des deutsch-deutschen Gegensatzes in der Erinnerungskultur, der noch nicht eingeebnet ist. Seit einigen Jahren scheint sich jedoch ein Paradigmenwechsel abzuzeichnen. Die Kennzeichnung des Mai 1945 als Befreiung wird von maßgeblichen Politikern der Bundesrepublik Deutschland neuerdings bejaht bzw. nicht mehr generell in Frage gestellt. Eine kritische internationale Öffentlichkeit hat zu mehr Bedacht genötigt. Dies war den meisten Stellungnahmen zum 60. Jahrestag der Befreiung zu entnehmen. Stattdessen wird der Mai 1945 in den Kontext der Ereignisse von 1989/90 gestellt. Diese Konstruktion ermöglicht eine zweifache Relativierung des Mai 1945. Zum einen soll seine Bedeutung aus dem Blickwinkel der Jahre 1989/90, die als die eigentliche »Befreiung Europas« interpretiert werden, relativiert werden. Zum anderen wird die Kennzeichnung als Befreiung im vollen Umfang nur Westeuropa zuerkannt. »Die Befreiung war nicht Freiheit für alle«, formulierte CDU-Chefin Angela Merkel in ihrem Interview für »Die Zeit« vom 14. April dieses Jahres.

Befreiung ja, aber nicht für den Osten, lautet die neue Formel. Sie wird auch von einflussreichen Zeithistorikern bedient. Jahrzehntelang habe die sowjetische Geschichtspropaganda »den Sieg der Roten Armee über die Wehrmacht als ›gesetzmäßig‹ und als Legitimation für den Sowjetkommunismus sowie den sowjetischen Imperialismus gefeiert. Ihr Verstummen«, so ist in der neuesten Auflage von Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte zu

lesen, »hat den Weg zu neuen Perspektiven und Bewertungen der Geschichtsschreibung eröffnet.«¹² Erst der Umbruch im sowjetischen Imperium habe die Erfüllung des Potsdamer Abkommens ermöglicht. Die Aufforderung zum Geschichtsrevisionismus ist nicht zu übersehen. Neu ist die Unterscheidung zwischen »zwei sehr unterschiedlichen Arten« der Befreiung Europas nicht. Dieses Deutungsmuster gehörte bereits in den 1990er Jahren zu den konzeptionellen Leitideen des »Schwarzbuches des Kommunismus«.¹³

Demselben Deutungsmuster ist die mediale Inszenierung von Guido Knopp verpflichtet, die er als Fernsehdokumentation für das ZDF produzierte und mit einer Begleitpublikation für den Buchmarkt aufbereitete. Absichtsvoll werden das Kriegsende im Westen und im Osten getrennt behandelt. Auf diese Weise können die Ereignissen im Westen als Befreiung geadelt und die im Osten unter dem Stichworten »Vertreibung« und »Sturm« abgewertet werden.¹⁴ Hubertus Knabe versieht sein Buch zum »Tag der Befreiung« mit einem Fragezeichen.¹⁵ Auch er geht davon aus, dass für die Ostdeutschen erst 1989 die Stunde der Befreiung schlug. Im Zentrum seiner Darstellung stehen Übergriffe der Sowjetarmee. Dementsprechend fokussiert er sich auf die »Schrecken der Eroberung«, die »Säuberung der Ostgebiete« und den »Weg in die SED-Diktatur«. Differenzierungen und historische Hintergründe sind seiner Botschaft eher im Wege. Knabe möchte das Bild von der Rolle der Sowjetunion bei Kriegsende, das in den fünfziger Jahren unter den Bedingungen des Kalten Krieges in der Bundesrepublik dominierte, offensichtlich erneut reaktivieren. »Wer wie Knabe die Opferperspektive und die Erfahrungsgeschichte der Deutschen im Osten ausschließlich ins

12 Rolf-Dieter Müller: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945 (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 21. 10., völlig neu bearb. Aufl.). Stuttgart 2004. S. 385. Einen Überblick über die teilweise kontroverse Diskussion in der russischen Geschichtsschreibung und Öffentlichkeit hat Horst Schützler vorgelegt. Siehe Horst Schützler: Der »Große Vaterländische« – Was für ein Krieg? Sichten und Einsichten in Russland und seiner Geschichtsschreibung (Pankower Vorträge. H. 67. Hrsg. von Helle Panke e. V.). Berlin 2004.

13 Siehe Stéphane Courtois, Nicolas Werth u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückte Verbrechen und Terror. München 1998. S. 35.

14 Siehe Guido Knopp: Die Befreiung. Das Kriegsende im Westen. Berlin 2004. – Ders.: Der Sturm. Das Kriegsende im Osten. Berlin 2004.

15 Siehe Hubertus Knabe: Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland. Berlin 2005.

Zentrum rückt, wird dem weltgeschichtlichen Datum 1945 nicht gerecht ... Das elende Paradoxon, dass eben oder sogar vorrangig die Rote Armee Deutschland und Europa von der Naziherrschaft befreit hat, lässt sich hiermit nicht auflösen«¹⁶, merkt der renommierte Historiker Christoph Kleßmann dazu an.

Retrospektive Selbstgerechtigkeit kennzeichnete ebenfalls die diesjährige Gedenkrede zum 8. Mai vor dem Deutschen Bundestag, die Bundespräsident Köhler mit »Begabung zur Freiheit« überschrieb. Der Erfolgsgeschichte im Westen wird die durch »schweres Unrecht« beeinträchtigte Entnazifizierung im Osten Deutschlands gegenübergestellt. Folgt man der Rede, so sind in Ostdeutschland Erfolge beim Nachkriegsaufbau und bei der Abrechnung mit dem NS-Regime nicht mit, sondern trotz der SED erzielt worden. Im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik erklärt er selbst Entscheidungen, wie Remilitarisierung, NATO-Beitritt oder Nachrüstung, die die Spaltung Deutschlands zunächst verfestigten und ein enormes militärisches Gefahrenpotential auf deutschen Boden konzentrierten, alle für richtig. Deutschland zählt wieder in der Welt, lautet die unbescheidene Botschaft, die der Bundespräsident 60 Jahre nach dem 8. Mai 1945 zu verkünden hat. Die wenigen Sätze zur Verantwortung für das im deutschen Namen begangene Leid und seine Ursachen fielen dagegen marginal aus.¹⁷

Den Neuinterpretationen des Kriegsendes 1945 aus dem Blickwinkel des Umbruchs von 1989/90 gemeinsam ist der unhistorische Ansatz. Das Ergebnis der Systemauseinandersetzung am Ausgang des vorigen Jahrhunderts wird zum Maßstab der Bewertung erhoben und damit faktisch auf 1945 rückprojiziert. Dabei geraten die Unterschiede aus dem Blick, die die jeweilige historische Situation kennzeichneten. Es war die Abwehr einer existentiellen Bedrohung der menschlichen Zivilisation, eben die Befreiung vom Faschismus, die den Kern der Ereignisse 1945 ausmachten. Die bipolare Welt und der Systemwettbewerb sowie die mit ihm verbundenen Phasen der Konfrontation und begrenzten Kooperation entfalteten sich erst

16 Christoph Kleßmann: Schrecken ohne Ende. In: »Die Zeit«, Nr. 17/2005.

17 Siehe »Begabung zur Freiheit« – Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa (www.bundespraesident.de).

nachdem die Bedrohung durch den Faschismus abgewendet war. Der Sozialismusversuch des 20. Jahrhunderts hat trotz seines Scheiterns in Europa den Zusammenbruch der Kolonialsysteme sowie den sozialen Fortschritt befördert und beschleunigt. Es ist zu kurz gegriffen, wenn die Weltgeschichte ausschließlich vom Ende des Realsozialismus her definiert wird. Das die heutige Welt kein Idealzustand und Endstadium ist, dürfte angesichts anhaltender Krisen und dramatischer sozialer Verwerfungen schwer zu bestreiten sein. Die Beseitigung der Gefahr faschistischer Allmacht und Weltherrschaft war keine Zwischentappe im Wettbewerb unterschiedlicher Gesellschaftsentwürfe, sondern die Voraussetzung, dass sich dieser Wettbewerb entfalten konnte. Totalitarismustheoretische Vergleiche kranken häufig daran, die gravierenden Unterschiede zu vernachlässigen, die faschistische und sowjetische Gesellschafts- und Herrschaftssysteme trennen.

Der Verweis auf die repressiven Herrschaftspraktiken in der Sowjetunion ändert nichts an ihren Verdiensten um die Niederschlagung des deutschen und japanischen Faschismus. Es gehört zum Paradoxon, dass die Befreiung vom NS-Regime vor allem einem Staat zu danken ist, der sich im Innern repressiver Praktiken bediente. Das passt nicht in eindimensionale Betrachtungsweisen. Das Denken in Widersprüchen und Ambivalenzen ist gefordert. Beim heutigen Kenntnisstand des stalinistischen Terrors können diese Probleme nicht ausgeklammert werden. Die Hauptfront der militärischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus verschiebt sich deswegen aber nicht nach Westeuropa.

Im Vorfeld des 60. Jahrestages der Befreiung wurden in den Medien angeblich verdrängte Themen entdeckt, denen bis zum Überdruß Fernsehdokumentationen und Bücher gewidmet waren.

Eines dieser Themen rankt sich um den Bombenkrieg und die Zerstörung deutscher Städte. Mit Jörg Friedrichs umstrittener und viel diskutierter Abhandlung schien es neu entdeckt.¹⁸ In etlichen Städten, wie z. B. in Chemnitz, wird der Bombenkrieg ganz offiziell ins Zentrum der Erinnerungsveranstaltungen gerückt. Angeblich gilt es ein Tabuthema aufzuarbeiten, dass jahrelang verdrängt worden sei. Diese Unterstellung hält jedoch einer näheren Überprüfung

¹⁸ Siehe Jörg Friedrich: *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*. München 2002.

nicht stand.¹⁹ In Städten wie Dresden, Magdeburg, Hamburg, Köln oder Berlin waren in den Nachkriegsjahren die Folgen des Bombenkrieges allgegenwärtig. Ruinenlandschaften prägten noch lange das Erscheinungsbild der Städte und gruben sich in die Erinnerung ihrer Bewohner ein. Seit 1945 ist der Bombenkrieg in den betroffenen Städten fester Bestandteil der stadtgeschichtlichen Rückschau und der Erinnerungskultur. Die Bundesregierung ließ seit den fünfziger Jahren die deutschen Kriegsschäden umfangreich dokumentieren.²⁰ Dies entsprach der Betonung der deutschen Opferrolle, die die öffentliche Erinnerungskultur beherrschte. In der DDR waren die Folgen des Bombenkrieges schon deshalb regelmäßiges Thema, weil an seine anglo-amerikanischen Verursacher erinnert und die eigenen Wiederaufbauleistungen gewürdigt werden konnten. Neben der Dokumentation der Verluste an Baudenkmalen²¹ wurde der Bombenkrieg auch wissenschaftlich bearbeitet. Seine recht umfassende Aufbereitung durch Olaf Groehler in den siebziger und achtziger Jahren zeichnete sich durch die Einordnung in die internationale Geschichte des Luftkrieges aus, deren Bogen er bis in 1970er Jahre schlug.²² Guernica, Warschau, Rotterdam und Coventry aber auch der Luftkrieg gegen Vietnam dürfen aus der Betrachtung nicht ausgeblendet werden.

Ähnliches kann für die Themen Flucht, Vertreibung und Gefangenschaft gesagt werden. Die praktische Bewältigung der damit verbundenen Probleme duldeten in den deutschen Nachkriegsgesellschaften in West und Ost zunächst keine Verdrängung.²³ Millionen Betroffene mussten integriert werden. Die mentale und ideologische Verarbeitung der Probleme unterschied sich jedoch stark.

19 Siehe Malte Thiessen: Gedenken an »Operation Gomorra«. Zur Erinnerungskultur des Bombenkrieges von 1945 bis heute. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG). 2005. H. 1. S. 46-61.

20 Siehe Dokumente deutscher Kriegsschäden. Hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. 10 Bde. Bonn 1958-1971.

21 Götz Eckardt (Hrsg.): Schicksale deutscher Baudenkmale im Zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation der Schäden und Totalverluste auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1980.

22 Siehe Olaf Groehler: Geschichte des Luftkrieges 1910 bis 1970. Berlin 1975. – Ders.: Bombenkrieg gegen Deutschland. Berlin 1990.

23 Siehe Rolf Badstübner: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch. Berlin 1999. S. 217ff.

Während im Osten frühzeitig der Verlust der Heimat als irreparable Folge aggressiver Politik des deutschen Imperialismus sanktioniert wurde, instrumentalisierten im Westen Politiker und Vertriebenenverbände die Hoffnung auf Rückkehr. Die jüngste Diskussion um ein Zentrum der Vertreibung und Entschuldigungsforderungen an Nachbarstaaten machen deutlich, dass die Akzeptanz der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges trotz internationaler Verträge nicht zwangsläufig ein Thema von gestern ist. Die politische Instrumentalisierung des Themas Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik beförderte in der DDR lange Zeit eine weitgehende Abstinenz und Abwehrhaltung auf diesem Gebiet. Die rudimentäre Behandlung verlagerte sich in die Literatur. Erst in den achtziger Jahren wandte sich die ostdeutsche Geschichtsforschung dem Thema in speziellen Studien zu.²⁴ Analog zu den Kriegsschäden ließ die Bundesregierung in den fünfziger Jahren auch die Vertreibung dokumentieren, die zudem auch Gegenstand wissenschaftlicher Aufbereitung wurde.²⁵ Zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte liegen seit Mitte der siebziger Jahre sogar 22 Bände vor.²⁶ An Material zu den angeblichen Tabuthemen fehlt es also keineswegs. Zur Bearbeitung von Kriegsgefangenschaft und Internierung im Nachkriegsdeutschland ist inzwischen allerdings eine neue Schieflage entstanden. Während die Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion und die sowjetischen

24 Siehe Wolfgang Meinicke: Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945-1952. In: ZfG. Berlin 1988. S. 867-878. – Alexander von Plato, Wolfgang Meinicke: Alte Heimat – neue Zeit. Vertriebene, Umgesiedelte, Flüchtlinge in der SBZ/DDR. Berlin 1991.

25 Siehe u. a. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-europa. Hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene. 5 Bde.. Bonn 1953-1961; Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Hrsg. von Eugen Lemberg, Friedrich Edding in Verbindung mit Max Hildebert Boehm, Karl Heinz Gehrman, Alfred Karasek-Langer. 3 Bde. Kiel 1959. – Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/M. 1985. – Arnold Sywottek: Flüchtlingeingliederung in Westdeutschland. Stand und Probleme der Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 51/1989. S. 38-46.

26 Siehe Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte im Auftrag der Bundesregierung. 22 Bde. Bonn 1962-1974. Siehe auch Robert G. Moeller: Geschichten aus der »Stacheldrahtuniversität. Kriegsgefangene im Opferdiskurs der Bundesrepublik. In: Werkstatt Geschichte. Nr. 26/2000. S. 23-46.

Internierungslager seit 1990 relativ umfassend aufgearbeitet sind, fehlen vergleichbare Darstellung für die Westzonen.²⁷

Vor dem Hintergrund der Erinnerungsschlacht, in der sich Fernsehsender, Buchverlage und Presse seit einem Jahr zu überbieten suchen, sind noch einige Bemerkungen zum Thema Erzähl- und Erinnerungsmuster angebracht. Viele der sehr publikumswirksam inszenierten Beiträge befördern bewusst oder unbewusst Selbstentschuldigungslegenden. Da ist von »Hitlers Krieg«, von »Hitlers Generalen«, von »Hitlers Managern« die Rede. Die Spitzen des verbrecherischen NS-Regimes werden unter Betonung ihrer Privatsphäre dem Publikum nahegebracht. Hitler umgibt bei seinem filmischen »Untergang« die Aura der persönlichen Tragik. Die »Privatisierung« der Geschichte des NS-Systems und die Fokussierung auf den »Führer« lässt Hintermänner und Steigbügelhalter sowie Interessenkonstellationen in den Hintergrund treten. Nutznießer, Mittäter und willige Mitläufer werden unversehens zu bloßen Werkzeugen oder gar partiellen Opfern. Verantwortung reduziert sich auf einen relativ kleinen Personenkreis. »Hitlers Krieg« mag zwar ein werbewirksames Kürzel sein, für Einsichten in die Ursachen des Zweiten Weltkrieges ist es ungeeignet. Es erklärt auch nicht, warum bis fünf Minuten nach zwölf gekämpft und die bedingungslose Kapitulation im Mai 1945 mehrheitlich als Niederlage reflektiert wurde. Es erinnert etwas an das Selbstmitleid, mit dem in den fünfziger Jahren eigene Verstrickung beschwiegen und verdrängt wurde. Was der durchschnittliche Deutsche von den Verbrechen des NS-Regimes wissen konnte, lässt sich inzwischen sehr viel präziser bestimmen.²⁸

27 Siehe u. a. Sowjetische Speziallager in Deutschland 1949 bis 1950. Hrsg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch. 2 Bde. Berlin 1998. – Jörg Osterloh: Deutsche und sowjetische Kriegsgefangenenlager im Zweiten Weltkrieg. In: Speziallager in der SBZ. Hrsg. von Peter Reif-Spirek. Berlin 1999. – Stefan Karner: Die sowjetische Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte. Ein Zwischenbericht. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte. 1994. H. 3. S. 447-471. – Ders.: Im Archipel GUPV. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956. Wien 1995. – Michael Borchert, Peter Erler, Leonid P. Kopolin: Kriegsgefangene, Politische Häftlinge, Rehabilitation. Sankt Augustin 2000. – Jerzy Kochanowski: In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 145-1950. Osnabrück 2004.

28 Siehe u. a. Wolfgang Drexen: Betrifft: »Aktion3«. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung. Berlin 1998.

Die Verhaftung politischer Gegner blieb ihrem Umfeld in der Regel nicht verborgen, der jüdische Nachbar wurde unter aller Augen diskriminiert und deportiert, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern begegnete man in Betrieben und auf Straßen, Straffaktionen gegen Partisanen und wehrlose Zivilisten gehörten zum Auftrag der Wehrmacht. Obwohl die NS-Zeit und der Zweite Weltkrieg inzwischen vielfach bis ins Detail erforscht sind, bleiben auf dem Gebiet der Orts- und Stadtgeschichte noch etliche Lücken zu schließen. Es fällt auf, dass in vielen stadtgeschichtlichen Darstellungen die Zeit von 1933 bis 1945 kursorisch behandelt bzw. auf wenige Episoden des Widerstandes und der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung reduziert wird.

In den gegenwärtigen Inszenierungen wirken Erzähl- und Erinnerungsmuster fort, die über Jahrzehnte in der Bundesrepublik als Mechanismen der Selbstentschuldung kultiviert wurden.²⁹ Neben dem in der Adenauer-Ära vorherrschenden »kollektiven Beschweigen« des Lebensabschnittes von 1933 bis 1945 und der Verstrickung in das NS-Regime, trat in Kriegs- und Heimkehrerfilmen das Muster des »anständigen Soldaten«, der nur seine Pflicht erfüllte bzw. erfüllen musste. Solche Erzähl- und Erinnerungsmuster wurden bereitwillig aufgegriffen. Sie halfen bei der reflexhaften Schuldabwehr. Ausnahmen von dieser Regel behielten Seltenheitswert. Funktionsträger des NS-Regimes besetzten in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft erneut wichtige Posten in Verwaltung, Justiz und Regierungsapparat. Ihr Interesse an kritischer Aufarbeitung der NS-Zeit war schon aus Gründen der Selbsterhaltung gering. In der DDR setzte die dokumentarische und filmische Aufbereitung von Faschis-

29 Siehe u. a. Werner Bergmann, Rainer Erb, A. Lichtblau (Hrsg.): *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt 1995. – Jürgen Danyel (Hrsg.): *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*. Berlin 1995. – Peter Dudek: »Der Rückblick auf die Vergangenheit wird sich nicht vermeiden lassen«. Zur pädagogischen Verarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland (1945-1990). Opladen 1995. – Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996. – Ders.: *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*. München 2005. – Hans-Ulrich Thamer: *Der zweite Weltkrieg in der deutschen Erinnerungskultur*. In: Stefan Martens, Maurice Vaisse (Hrsg.): *Frankreich und Deutschland im Krieg (Nov. 1942-Herbst 1944). Okkupation, Kollaboration, Résistance. Aktes des deutsch-französischen Kolloquiums Paris 1999* (=Pariser historische Studien; Bd. 55). Bonn 2000.

mus und Krieg andere Akzente.³⁰ Hier stand der aktive Widerstand im Mittelpunkt. Von Wolfgang Staudtes »Die Mörder sind unter uns« über Jurek Beckers »Jacob der Lügner« bis zu Konrad Wolfs »Ich war neunzehn« reicht der Bogen ambitionierter Auseinandersetzung mit Tätern, Opfern und Widerstand. Einseitigkeiten und mythische Überhöhungen können die Verdienste dieser Aufklärung nicht in Frage stellen. Dazu kam die belletristische und filmische Verarbeitung des Themas aus sowjetischer Sicht, deren Rezeption das Bild über den zweiten Weltkrieg im Osten Deutschlands nachhaltig beeinflusste.

Die gegenwärtig vorherrschenden Fragen und Bilder zum Faschismus und zum zweiten Weltkrieg lassen sich jedoch nicht allein aus fortwirkenden Erzähl- und Rezeptionsstrukturen erklären. Wir befinden uns in einem grundlegenden Generationswechsel. Die Generation der unmittelbaren Zeitzeugen – der Täter, Opfer und Mitläufer – stirbt aus. Stattdessen dominieren die Kriegskinder- und Nachkriegskindergeneration, die persönlich keine Schuld an den Ereignissen bis 1945 haben, aber dennoch nach wie vor die daraus erwachsende Verantwortung tragen sollen und müssen. Teile von ihnen haben in den sechziger und siebziger Jahren mit bohrenden Fragen das »kollektive Beschweigen« ihrer Elterngeneration aufgebrochen und den aufklärenden Diskurs über Faschismus und Krieg über Schuld und Verantwortung vorangetrieben. Inzwischen will Norbert Frei einen »Umbau unserer Gedenkkultur« eine »Umcodierung« durch eine sich rasch ausbreitende »Erinnerungsgemeinschaft der Kriegskinder« ausgemacht haben, deren Blick sich stärker auf den »Familienroman« richte.³¹ Damit rückten die eigenen Opfer erneut stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Tatsache ist, dass von der Kriegskinder- und Nachkriegskindergeneration Themen teilweise neu entdeckt werden, die in den fünfziger und sechziger Jahren bereits Gegenstand literarischer Reflexion, wissenschaftlicher Aufbereitung sowie öffentlicher wie familiärer Erinnerung waren, die aber in den letzten zwei Jahrzehnten nur noch eingeschränkt und in den Familien oft überhaupt nicht mehr diskutiert und vermittelt wurden. Besonders augenfällig wird das bei den Themen

30 Siehe Kurt Pätzold: Der Zweite Weltkrieg in Film- und Fernsehdokumentationen der DDR. In: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Nr. 22. Berlin 2004.

31 Siehe Norbert Frei: Gefühlte Geschichte. In: »Die Zeit«. Nr. 44/2004. S. 3.

Bombenkrieg und Flucht. Was nicht selten als erzwungenes Schweigediktat gedeutet oder deklariert wird, entpuppt sich bei genauem Hinsehen oft als Defizit an lebensgeschichtlicher Selbstreflexion und als Lücke im Generationendiskurs.³² Die Verschiebung des Interesses von 1933 auf 1945, die in der öffentlichen Debatte zu beobachten ist, birgt die Gefahr, dass in der Wahrnehmung Ursache und Wirkung entkoppelt werden. Dies hätte fatale Folgen für die Erinnerungskultur.

Inzwischen rückt bereits eine Generation nach, für die die ersten Nachkriegsjahrzehnte selbst schon Geschichte sind. Aber auch sie stehen in der Verantwortung, die aus deutscher Geschichte vor 1945 erwächst. Sie werden sich Erinnerungen und Einsichten neu erarbeiten müssen. Für sie ist es erst recht selbstverständlich, dass sie Themen neu entdecken, die ihre Großmütter und Großväter bzw. Urgroßmütter und Urgroßväter vor dem Hintergrund eigenem Erlebens bereits mehr oder weniger verarbeitet hatten. Sie gehen in der Regel unbefangen an diese Themen heran. Das hat Vorteile, birgt aber auch Probleme. Der Perspektivwechsel der nachwachsenden Generationen wird Schwerpunkte und Fragestellungen verändern. Auf die Vermittlung von Erfahrungen, vor allem wenn sie für die menschliche Zivilisation und die politische Kultur von existentieller Bedeutung sind, können auch die Nachwachsenden nicht verzichten. Faschismus und Zweiter Weltkrieg sind keine Themen wie jedes andere. Die Erinnerungskultur kann dazu nicht beliebig sein. Geschichtsvermittlung bleibt auf diesem Gebiet in besonderer Verantwortung.³³ Erinnern stellt, um mit einem Gedanken aus der Rede Weizsäckers vom Mai 1985 zu schließen, »große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit«³⁴.

32 Siehe Karola Frings: Kriegsenden, Kriegslegenden. Bewältigungsstrategie in einer deutschen Großstadt. In: Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive (=Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte; Bd. 4). Göttingen 2004. S. 217ff.

33 Siehe auch Jürgen Hofmann: Erinnerung contra Selbstentschuldung. In: UTOPIE kreativ. H. 175 (Mai 2005), S. 436-444.

34 Richard von Weizsäcker. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9.5.1985.

Befreiung und Neubeginn in Osteuropa

Völkisch-rassistische Regime bedrohen Weltzivilisation

Den bisher größte Anschlag auf die Weltzivilisation verübten die – wenn auch in unterschiedlichem Maß ausgeprägten und in ihrer Intensität abgestuften – völkisch-rassistischen, militaristisch-expansiven Regimes Deutschlands, Italiens und Japans samt ihrer Satelliten und Kollaborateure. Deren herrschenden Eliten in Wirtschaft, Staat, Partei, Justiz, Militär, Wissenschaft, Ideologie und Kultur maßten sich an zu entscheiden, wer von den Bewohnern unseres Planeten, wer von der Gattung Homo Sapiens weiterleben darf, wer zu vernichten ist, aus seiner Heimat deportiert oder als Angehöriger eines »Helotenvolkes« zur Sklavenarbeit verdammt wird. Diese von einer verbrecherischen Clique von Parteifunktionären, Staatsbeamten und Militärs, von Großgrundbesitz, Finanz- und Industriekapital beherrschten imperialistischen Regime versuchten ihre teil- und zeitweise abgestimmten Weltherrschaftspläne (»Großgermanisches Reich«, »Imperio fascista«, »Großsostasiatische Wohlstandssphäre«) in einer mehr oder weniger effektiven politisch-militärischen Koalition (seit 6. November 1937 im Antikominternpakt und seit 27. September 1940 im Dreimächtepakt Berlin-Rom-Tokio) mit Eroberungs- und Vernichtungskriegen in weiten Teilen der Erde durchzusetzen. Sie bedrohten die menschlich Zivilisation in einer Dimension wie nie zuvor in der Geschichte. Der sogenannte deutsche Nationalsozialismus Hitlers, der italienischen Faschismus Mussolinis¹

1 Der Stellenwert von Rassismus und Antisemitismus in der Ideologie und in der Herrschaftspraxis des italienischen Faschismus gehört im heutigen Italien zu den nicht umfassend aufgearbeiteten Themen. Noch immer ist die These von Renzo De Felice nicht überwunden – der italienische Faschismus sei anders als der deutsche Nationalsozialismus weder rassistisch noch antisemitisch gewesen und könne nicht des Genozids angeklagt werden. Vgl. Renzo De Felice: Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Leeden. Stuttgart 1977. S. 89ff. und S. 135. Die Arbeiten von E. Gentile über das totalitäre Experiment einer »anthropologischen Revolution« und neuere Forschungen belegen: Bereits die italienische Politik in Libyen und Abessinien war bis dahin beispiellos und nahmen in vielem »schon die Kriegs- und Vernichtungspraktiken vorweg, die dann im Zweiten Weltkrieg zur vollen Entfaltung gelangten: Massenumsiedlungen, Repressionstötungen, Konzentrationslager, der kalkulierte Einsatz von Hungersnöten als Instrument der Krieg-

und des japanischen Tenno-Systems² besetzten, plünderten und zerstörten fast das ganze Europa, Nordafrika (Tunesien, Libyen, Äthiopien, Somalia), den Nahen Osten (Syrien, Libanon, Palästina) und Südostasien (bis Mitte 1942 besetzten die japanischen Militaristen ein Gebiet von 9,8 Mio.km² mit 400 Mio. Menschen: Korea seit 1910, Mandschurei seit 1931), Zentralchina (seit 1937/38), Hongkong, Indochina, Burma, Malaya, Singapur, Thailand, Indonesien, Neuguinea, Philippinen).

Die völkisch-faschistischen Regime organisierten Massendeportationen von Völkern aus ihrer Heimatgebieten (allein aus Nordostchina vertrieben die japanischen Aggressoren 50 Mio. Chinesen), zwangen sie zur Sklavenarbeit (in deutschen Unternehmen wurden

führung und gezielte Ausschaltung politisch-kultureller Eliten, vom Einsatz von Giftgas ganz zu schweigen. Der italienische Faschismus zeigte vor allem in Afrika sein wahres Gesicht. Von 100 000 Menschen, die 1930 in Lager deportiert wurden, um einen Aufstand in der Cyrenaika seine Basis zu entziehen, kamen bis 1933 rund 40 000 um.« (Thomas Schlemmer und Hans Woller: Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945. In: Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte(im folgenden VfZ). München 53(2005) 2. S. 1999.) Nach vorsichtigen Schätzungen wurden bei der Eroberung und Besetzung Abessiniens zwischen 1935 und 1941 von den 10 Mio. Einwohnern eine Dreiviertelmillion ermordet. Es handelt sich offenbar um einen vergessenen Genozid. Vgl. auch Aramm Mattioli: Entgrenzte Kriegsgewalt. In: VfZ 51 (2003). S. 311ff. Ähnliches ist auch an Hand der italienischen Kriegs- und Besatzungspolitik auf dem Balkan (Jugoslawien, Griechenland, Albanien) nachweisbar. Vgl. auch Hans Woller: Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948. München 1996.

2 Zum Wesen und zur Schreckensbilanz des rassistisch-militaristischen Tenno-Regimes in Japan und seines sog. Großen Ostasiatischen Krieges (1931-1945) vgl. Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan. Herausgegeben von Christoph Cornelißen, Lutz Klinkshammer und Wolfgang Schwentker. Frankfurt am Main 2003. – Manfred Kittel: Nach Nürnberg und Tokio. »Vergangenheitsbewältigung« in Japan und Westdeutschland 1945 bis 1968, München 2004. – Hatano Sumio: Zur Kontroverse um den Faschismus in Japan. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden ZfG) 47(1999). S. 103ff. – Ishida Yuji: Der »totale Krieg« und die Verbrechen des japanischen Militärs. In: Ebenda. 5(1999). S. 43ff. – Rikki Kersten: Democracy in Postwar Japan. Maruyama Masao and the Search for Aunomy. London 1996. – Sebastian Conrad: Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtschreibung in Westdeutschland und Japan 1945-1960. Göttingen 1999. – Ian Buruma: Erbschaft der Schuld. Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan. Reinbeck bei Hamburg 1996. – Irmela Hijiya-Kirschner (Hg.): Überwindung der Moderne? Japan am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1996. – Dietmar Petzina / Ronald Ruprecht(Hg): Geschichte und Identität III. Geistige und ideologische Voraussetzungen des Totalitarismus in Deutschland und Japan. Bochum 1994.

etwa 8 Mio. ausländische Zwangsarbeiter eingesetzt) und zur Prostitution gezwungen (200 000 Frauen aus südasiatischen Ländern durch die japanische Armee, deutsche KZ- und Wehrmachtsbordelle). Sie plünderten und machten ganze Landstriche zu »verbrannter Erde«, töteten in zahlreichen Orten fast die gesamten Einwohner (Lidice, Oradour, Destemona) oder einen großen Teil der städtischen Bevölkerung (japanischer Massenmord an 200 000 Chinesen in Nanking 1937/38³, Geiselmord von 2 300 der 42 000 Einwohner der serbischen Stadt Kragujevac am 21. Oktober 1941 durch die deutsche Wehrmacht⁴). In nur sieben Jahren ihres Raub- und Vernichtungskrieges wurden 60 Mio. Menschen vernichtet – erschossen, gehenkt, vergast, ausgehungert oder durch medizinische Experimente getötet:

- mindestens 26,6 Mio. der 196 Mio. Bürger der UdSSR (davon 8,6 Mio. Soldaten an der Front und über 3 Mio. Kriegsgefangene, 13,7 Mio. Zivilisten – davon eine Million Verhungerte während der 900-tägigen Leningrader Blockade)⁵,
- fast 6 Mio. Juden – die Hälfte der europäischen Judenheit (davon etwa 1 Mio. in Auschwitz)
- fast 10 Mio. Chinesen (darunter die von den japanischen Okkupanten getöteten 2 Mio. Zivilisten und fast eine Million chinesischer Kriegsgefangener)⁶,
- 6 Millionen (einschließlich der jüdischen Bevölkerung) der 30 Mio. Polen,
- 2 Mio. Indonesier,
- 2 Mio. Vietnamesen,
- 1,7 Mio. der 17 Mio. Phillipinos,
- 1,7 Mio. Jugoslawen – vor allem Serben (u. a. 25 000 Serben in Geiselmordaktionen).

3 Vgl. Uwe Makino: Terrorgenozid Nanking 1937/38. In: ZfG (2000)6. – Katsuchi Honda: The Nanjing Massacre. London 1999. – Joshua Fogel (Hg.): The Nanjing Massacre in History and Historiography. Berkeley 2000. – Iris Chang: The Rape of Nanking. The Forgotten Holocaust of World War II. New York 1997.

4 Vgl. Walter Manoschek: »Serbien ist judenfrei!« Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42. München 1993.

5 Zu den sowjetischen Verlusten vgl. Rossija i SSSR. Poterii vooru· ennych sil. Statističeskoje issledovanie. Pod redakciej kandidada voennyh nauk, professora AVN general-polkovnik G. F. Krivoseeva. Moskva 2001. S. 229ff.

6 Vgl. Oxford Companion to World War II. Oxford 1995. S. 45.

- 760 000 der 10 Mio. Äthiopier (u.a. die 3000 ermordeten Geiseln nach dem Attentat auf Marschall Graziani)⁷,
- eine Viertelmillion Roma und Sinti,
- 800 000 Franzosen,
- 450 000 Griechen,
- 405 000 Amerikaner,
- 375 000 Briten,
- 210 000 Niederländer,
- 250 000 Tschechen,
- 120 000 der zwei Mio. koreanischen Zwangsarbeiter,
- 88 000 Belgier,
- 59 000 der 500 000 von der deutscher Wehrmacht und SS gefangenen italienischen Soldaten (sog. Militärinternierte),
- 37 000 Kanadier,
- 35 000 Australier,
- Hunderttausende Behinderte und Homosexuelle sowie Opfer medizinischer Experimente (u.a. über 10 000 chinesische Kriegsgefangene durch das japanischen Kommando 731 in der Mandschurei).

Die Welteroberer scheuten sich auch nicht, ihre eigene Bevölkerung, deren Mehrheit ihnen ob vieler Vorteile fast bis zum Kriegsende folgte und mitverantwortlich war für diese Ausrottungs- und Unterdrückungspolitik, zu opfern, das betraf u.a.

- 9,4 Mio. Deutsche (darunter bis zu 7 Mio. Soldaten, 250 000 Opfer des Bombenkrieges),
- 2,4 Mio. Japaner,
- 500 000 Italiener,
- 600 000 Ungarn.

Das Naziregime und seine Verbündeten richteten allein in Europa einen materiellen Schaden in Höhe von 260 Mrd. \$ an – davon 126 Mrd. \$ in der UdSSR, 21,1 Mrd. \$ in Frankreich, 16,9 Mrd. \$ in Polen, 9,1 Mrd. \$ in Jugoslawien, 6,8 Mrd. \$ in Großbritannien, 4,4 Mrd. \$ in den Niederlanden, 4,2 Mrd.\$ in der Tschechoslowakei 2,3 Mrd. \$, 2,5 Mrd \$ in Griechenland und 2,3 Mrd. \$ in Belgien. Hinsichtlich des Zerstörungsgrades pro Kopf der Bevölkerung standen die UdSSR (663 \$), Polen (526 \$), Jugoslawien (582 \$) und Frankreich (503 \$) an der Spitze. In Europa wurden 23,6 Mio. Wohnhäuser und 14,5 Mio. öffentliche Einrichtungen und Betriebe sowie 200 000 km Eisen-

7 Vgl. Aramm Mattioli: Entgrenzte Kriegsgewalt. S. 31ff.

bahnschienen zerstört. Allein in der UdSSR fielen in Schutt und Asche 1 710 Städte, 70 000 Dörfer, 31 850 Industriegebiete, 1 138 Schächte, 99 876 Kolchosen und Sowchosen, 63 000 km Eisenbahnstrecke, 13 000 Brücken, 4 100 Bahnhöfe, 82 000 Schulen, 7 632 Krankenhäuser und Sanatorien, 27 66 Kirchen und 427 Museen.⁸

Um Dutzende Millionen Menschen zu töten, die Unterwerfung, Ausplünderung und Zerstörung ganzer Kontinente zu planen und bis ins Detail zu organisieren, bedurfte es einer großen Zahl williger Vollstrecker, Helfer und Helfershelfer. Denken wir nur an den »Generalplan Ost« und die Einrichtung der neuen Reichskommissariate Ost (Generalkommissariate) Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland) und Ukraine⁹, Reichsprotektorates Böhmen und Mähren oder das polnischen Generalgouvernement¹⁰. Allein die Bevölkerung dieser multiethnischen Großregion zu verwalten, für Deutschlands Wirtschaft und Kriegführung nutzbar zu machen, »rassepolitisch« zu selektieren, systematisch die große jüdische Diaspora zu getthoisieren und auszurotten, die slawische Bevölkerung zu deportieren und zu liquidieren – das bewältigen allein nicht die deutsche Wehrmacht, SS, SD, Polizei, die Einsatzgruppen A, B, C und D, Verwaltungsbeamte, Gefängniswärter, KZ-Aufseher, Juristen, Ingenieure, Eisenbahner, Bauarbeiter, Wissenschaftler, Journalisten, Dolmetscher, Generaldirektoren deutscher kapitalistischer Konzerne und Banken, Wirtschaftsführer. Es fanden sich ausreichend willige einheimische Helfer in den unterworfenen Ländern von Estland, Lettland, Litauen, Belorußland, Ukraine, Moldawien, Polen, Tsche-

8 Vgl. Atlas zur Geschichte (im folgenden Atlas zur Geschichte). Bd. 2. Gotha/Leipzig 1975. S. 43 und 50.

9 Das ursprünglich geplante »Reichskommissariat Moskau« mit den Generalkommissariaten Moskau, Tula, Gorki, Kasan, Ufa, Sverdlovsk und Kirov kam infolge des gescheiterten Blitzkrieges nicht zustande. Die besetzten russischen Gebiete wurden den Reichskommissariaten Ostland (Novgorod, Smolensk) und Ukraine (Brjansk, Orjol, Krasnodar, Stavropol, Astrachan) angegliedert. M. Ju. Krysin: *Pribaltika meždu stalinyim i gitlerom*. Moskva 2004. – B. N. Kovalev: *Nacistskaja okkupacija i kollaboracionizm v rossii 1941-1944*. Moskva 2004. – Einsatz im Reichskommissariat Ostland.« *Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944*. Herausgegeben von Wolfgang Benz, Konrad Kwiet, Jürgen Matthäus. Berlin 1998. – Sergej Cuev: *Prokljatye soldaty. Predateli na storone III reycha*. Moskva 2004.

10 Czeslaw Madajczyk: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945*, Berlin 1987.

choslowakei, Ungarn bis zum Balkan (Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, Griechenland) und den Kaukasus, die unter deutscher Regie Städte und Gemeinden verwalteten, vor Ort in so kurzer Zeit den bis dahin einmaligen Genozid an Juden, Slawen und Roma verübten. Millionen solcher Kollaborateure verbergen sich hinter den symbolischen Namen, die in das Schandbuch der Geschichte auch einzelner Länder eingetragen sind wie ihr Namensgeber der einstige norwegische Ministerpräsident Vitkun Quisling: die klerikalfaschistischen Regime des Kroaten Ante Pavelić und des slowakischen Priesters Dr. Tiso, der tschechische »Präsident« Hácha oder seine Regierungschefs wie Bienert, die Diktatoren Horthy und Antonescu oder die radikalen Faschistenführer Ferenc Szálasi und Hora Sima in Ungarn und Rumänien, die Führer des estnischen Freiheitskämpferbundes, die lettischen Donnerkreuzler und die litauischen Eisernen Wölfe, Stalins ehemaliger General Andrej Wlassow oder der aus dem chinesischen bürgerlich-nationalen Lager Tschiang Kai-scheks zu den japanischen Besatzern übergelaufene Wang Tschiang-wei, seit 1940 Chef der chinesischen Marionettenregierung von Tokios Gnaden in Nanking.

Hauptnutznießer waren vor allem die Industrie- und Handelskonzerne und die Großgrundbesitzer. Das Nettoanlagevermögen allein der westdeutschen Industrieunternehmer lag jährlich von 1933 bis etwa 1937 bei 25 Mrd. RM. Es schnellte in den Jahren 1938 bis 1944 von 28 auf 43 Mrd. RM hoch und erreichte von Januar bis Mai 1945 noch immer 37 Mrd. RM. Allein die Profite des damaligen Rüstungskonzerns Daimler-Benz stiegen von 1933 und 1945 von 14 auf 175 Millionen Reichsmark, das Eigenkapital wuchs von 26 auf 253 Mio. Reichsmark. Von den 92 000 Belegschaftsmitgliedern aller Betriebe der Daimler Benz AG waren 46 000 ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.¹¹ Die Selbstbezeichnung des Gesellschaftssystems als »Nationalsozialismus« ist also ein Etikettenschwindel. Der von den Nazis demagogisch verwandte Begriff »Nationalsozialismus« soll suggerieren, es handle sich um eine Art des

¹¹ Vgl. Ähnlich war die Vermögensentwicklung solcher bedeutender deutscher Aktiengesellschaften zwischen 1933 bis 1942 wie Deutsche Bank (von 3,1 auf 7,5 Mrd. RM), AEG (von 0,47 auf 1 Mrd. RM), IG Farben (von 1,7 auf 2,8 Mrd. RM), Mannesmann-Röhrenwerke (von 322 auf 363 Mio. RM), Krupp (von 389 auf 876 Mio. RM), Mitteldeutsche Stahlwerke/Flick (von 1002 auf 232 Mio. RM), Hoesch (von 204 auf 335 Mio. RM), Gutehoffnungshütte (von 113 auf 175 Mio. RM), Wintershall (von 270 auf 394 Mio. RM). Vgl. Atlas zur Geschichte. S. 43.

Sozialismus auf deutschem Boden. Die Wahrheit ist aber, dass das Gesellschaftssystem von 1933 bis 1945 in Deutschland nichts mit Sozialismus zu tun hat, sondern ganz gewöhnlicher, allerdings auch ein ganz besonders undemokratischer, aggressiver und unmenschlicher Kapitalismus gewesen ist.

Nur durch die alliierte Koalition der UdSSR, der USA und Großbritanniens und den weltweit organisierten Widerstand zwischen Atlantik und Pazifik war es möglich, diese verbrecherischen Regimes am 8. Mai und am 2. September 1945 zur bedingungslosen Kapitulation und die Vasallenstaaten schon vorher zum Waffenstillstand zu zwingen. Wie hoch wäre wohl der Blutzoll für die Menschheit geworden, wenn die Todesmaschine Deutschland vor 60 Jahren nicht ausgeschaltet worden wäre? Welche Zukunft hätten wir, unsere Kinder und Kindeskinde in einem »Großgermanischen Reich« gehabt, welche Schande hätten weitere Generationen von Deutschen auf sich geladen, wenn diese faschistische Verbrecherbande 1945 nicht bedingungslos geschlagen worden wäre?

Befreiung der Menschheit vom weltweiten faschistischen Genozidsystem

Die Armee der Antihitlerkoalition bewahrten die Völker Europas, Afrikas und Asiens vor ihrer Vernichtung und weiteren Versklavung. Die Völker der Sowjetunion, die den größten Anteil an dieser Befreiung und die größten Opfer hatten, führten aufgrund der alliierten Vereinbarungen den Befreiungsfeldzug seit 1944 außerhalb des eigenen Landes fort und befreiten Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Nordnorwegen, Bornholm, Österreich und das damalige Ost- und Mitteldeutschland. Obwohl die USA, Großbritannien und ihre pazifischen Verbündeten den Hauptanteil an der Zerschlagung der japanischen Okkupationsherrschaft in Südostasien hatten, war der Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan am 8. August 1945 wesentlich für die rasche bedingungslose Kapitulation des Tenno-Regimes am 2. September 1945. Obwohl die USA den Hauptanteil an der Zerschlagung des Tenno-Faschismus hatten, trug die UdSSR wesentlich zur Verkürzung des Krieges in Ostasien bei. Den drei Fronten der Roten Armee gelang es bis Ende August 1945, die 1 Mio. Mann starke japanische Kwandungarmee zu zerschlagen, und 70 Mio. Chinesen und Nordkoreaner von den japanischen Okkupanten zu befreien.

Die Völker der UdSSR, die der rasseideologische Vernichtungskrieg und koloniale Raubzug am härtesten traf, hatten den größten Anteil an der Zerschlagung der deutschen Mordmaschinerie, an der Bewahrung europäischer Völker vor ihrer vollständigen Ausrottung und dauerhaften Unterwerfung. Die hier kämpfenden 7,5 Mio. Sowjetsoldaten befreiten in diesem reichlich einjährigen Feldzug 183 Mio. Menschen in 13 Ländern von der faschistischen Gewaltherrschaft. Es sollte für immer auch den kommenden Generationen übermittelt werden, dass in diesem letzten Kriegsjahr mehr als eine Million Rotarmisten für die Befreiung der Völker ihr Leben gaben – darunter allein 600 000 in Polen, 140 000 in der Tschechoslowakei, 140 000 in Ungarn, 70 000 in Rumänien, 26 000 in Österreich, fast 12 000 in Nordkorea und China, 8 000 in Jugoslawien.¹²

Während die deutsche Wehrmacht auf ihrem Rückzug aus Osteuropa und danach sogar auf deutschem Boden die Taktik der verbrannten Erde anwandte, versuchten die Heerführer der Roten Armee in diesem erbarmungslosen totalen Krieg, im Interesse ihres raschen Vormarsches, der Schonung der eigenen Soldaten, aber auch der osteuropäischen Bevölkerung, große Städte und Industriezentren möglichst ohne größere Zerstörungen einzunehmen. Dem Oberkommandierenden der 1. Ukrainischen Front Marschall Konev gelang das bei der Befreiung des 70 km breiten und 110 km tiefen schlesischen Industriegebietes mit einer Gesamtfläche von 6000 km². Bei der Vorbereitung der für Januar geplanten Operation seiner vier Armeen wog er ab: »Wenn wir den Gegner – insgesamt etwa 100 000 Mann – im schlesischen Industriegebiet einkreisen, würden vielleicht die Hälfte in den Kämpfen vernichtet. Und was sprach dagegen? Im Verlaufe der Operation würde das ganze Revier mit dem riesigen Komplex, der an Polen fallen sollte, weitgehend zerstört werden. Außerdem wären die Kämpfe für unsere Truppen trotz überlegener technischer Ausrüstung verlustreich, denn es hieße Fabrik für Fabrik, Grube für Grube und Haus für Haus im Sturm zu erobern ... Obwohl ich von Natur aus keineswegs unentschlossen bin, schwankte ich lange, ehe ich mich endgültig durchrang, dem Gegner einen Korridor zum Abzug aus dem schlesischen Industriegebiet zu lassen.« Es reichte nicht aus, den Deutschen den Rückzugs zu ermöglichen, »sondern wir mußten sie auch noch auf den letzten

¹² Vgl. Osvoboditel'naja missija Sovetskij Vooru: enych Sil po vtoroj mirovoj vojne. Moskva 1971.

ihnen noch verbleibenden Fluchtweg stoßen. Dazu war es nötig, unsere Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren, den Gegner aus diesem Raum zu werfen, indem wir ihn pausenlos angriffen und in Richtung auf den Korridor nach Südwesten abdrängten.«¹³ Konev gelang es ebenfalls durch eine militärische Umfassung und in einem frontalen Stoß der Infanterie- und Panzerarmeen die deutsche Armee aus Krakau herauszudrängen und die historische Stadt unversehr einzunehmen. Als jedoch das sowjetische Oberkommando der 2. und 3. Ukrainischen den in Budapest eingeschlossenen 180 000 deutschen und ungarischen Soldaten am 29. Dezember 1944 die Kapitulation anbot, wurden die sowjetischen Parlamentäre erschossen. Deshalb konnte die ungarische Hauptstadt erst am 13. Februar 1945 in Straßenkämpfen mit dem Tod von 80 000 Sowjetsoldaten und großen Zerstörungen eingenommen werden. Auch in den beiden abschließenden Operationen zur Befreiung Mecklenburgs, Berlin-Brandenburgs und Ostsachsens konnten die Heerführer Zuckov, Rokossovskij und Konev auch dank beherzter Antifaschisten eine Reihe Dörfer und Städte weitgehend kampfflos einnehmen (Greifswald, Görlitz, Dresden, Meißen, Radebeul, Kamenz, Flöha, Freiberg oder Schmiedeberg) während opferreiche Kämpfe und Zerstörungen in und um Berlin, Bautzen, Niesky, Großenhain oder Altenberg nicht zu vermeiden waren. Die weitgehend kampfflose Einnahme Prags ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen – der schlagkräftige Vormarsch der Roten Armee aus Ostsachsen seit dem 6. Mai 1945, der Anfangserfolg des gesamtnationalen tschechischen Aufstandes seit Anfang Mai, der seinen Höhepunkt mit dem Prager Aufstand am 5. Mai erreichte, dem Abschluß der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands in Reims und Berlin-Karlshorst am 7. und 8. Mai 1945.

Die neuen Chancen für die Entfaltung des gesellschaftlichen Fortschritts

Durch diese Befreiung und durch diesen Sieg veränderte sich zugleich das internationale und nationale Kräfteverhältnis in Europa und Asien zugunsten der arbeitenden Bevölkerung, für die im Krieg entstandenen antifaschistischen und nationalen Widerstandsbewegungen. Es war nicht mehr möglich zu den alten kapitalistischen und

13 Ivan Konev: Das Jahr fünfundvierzig, Berlin 1969. S. 41ff.

kolonialen Herrschaftsordnungen zurückzukehren. Diese Chance nutzten China (das schon damals bevölkerungsreichste Land der Welt), Nordkorea und Nordvietnam. Die von Kommunisten und nationalen Demokraten geführten Befreiungsbewegungen wuchsen in soziale und nationale Volksrevolutionen hinüber. Eine zum bisherigen Kolonialismus und Kompratorenkapitalismus alternative staatssozialistische Gesellschaft entstand in dieser Region. Die Kolonialregime Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Niederlande brachen zusammen.

Im Zusammenhang mit dem Vormarsch der sowjetischen Streitkräfte waren auch in Osteuropa die Besatzungs- und Kollaborationsregime, hinter denen vor allem deutsche Konzerne, auch nationale kapitalistische Unternehmer und Großgrundbesitzer standen, derart militärisch, politisch und moralisch geschwächt, dass sich die antifaschistischen Widerstandsbewegungen von Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch bäuerlichen und bürgerlichen Demokraten bis hin zu Anhängern der Monarchie in sozial und politisch breitgefächerten Volksfronten vereinten und die Macht übernahmen. Ihre sozialen Träger waren Arbeiter, Teile der nationalen Bourgeoisie, des bäuerlichen und städtischen Kleinbürgertums. Ungeachtet aller sozialer und weltanschaulicher Unterschiede einte sie ein Ziel: Keine Rückkehr zu rechtsnationalistischen und faschistischen Diktaturen, zu den halbfeudal-kapitalistischen Verhältnissen der Zwischenkriegszeit. Es handelt sich auch in den Jahren 1944 bis 1947 um einen nicht immer deutlich erkennbaren Übergang des nationalen antifaschistischen Widerstands- oder Partisanenkampfes in einen mehr oder weniger tiefgreifenden politischen, sozialen, kulturellen und nationalen Transformationsprozeß, den Historiker als volksdemokratische Revolution bezeichnen. Das neue Herrschaftsverhältnis Volkdemokratie 1944 und 1947 unterschied sich wesentlich vom Herrschaftsverhältnis der Sowjetmacht nach 1917.

Im Prozeß der Befreiung Osteuropas durch die sowjetischen Streitkräfte traten an die Stelle der faschistischen Gewaltherrschaften einschließlich der nationalen Kollaborationsregimes neue Machtverhältnisse, in denen die alten bürgerlichen Eliten geschwächt, deren rechtsnationalistischer und faschistischer Flügel kompromittiert und weitgehend von der Machtausübung ausgeschlossen blieben; nicht zuletzt auch durch die einflußreicher gewordenen antifaschistischen Kräfte, aber auch durch die Anwesenheit sowjetischer Militärorgane, die jedoch nur in Polen sowie Rumänien, Bulgarien und Ungarn

direkten Einfluß ausübten. Albanien und Jugoslawien blieben besatzungsfrei, in der Tschechoslowakei (ähnlich wie in Nordostchina 1946 und in Korea 1948) waren schon 1946 die amerikanischen und sowjetischen Truppen abgezogen. Die sowjetische Führung unter Stalin, die die Sicherheit der UdSSR (Schaffung eines Sicherheitsgürtels zwischen Baltikum und Schwarzmeer) vorerst in das Zentrum ihrer Osteuropapolitik stellte, war an stabilen breitgefächerten antifaschistischen und prosowjetischen Koalitionsregierungen interessiert, auch wenn sie kommunistische, sozialdemokratische und linksdemokratische Parteien und Organisationen unterstützte und bevorzugte. Stalin zügelte allerdings im sowjetischen Einflußgebiet radikale kommunistische und sozialistische Gruppierungen vor allem in Jugoslawien und Bulgarien, die die Errichtung einer rein kommunistischen Herrschaft (Abschaffung des Mehrparteiensystems und des bürgerlichen Parlamentarismus, Errichtung einer Sowjetmacht, Zwangsvereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer bolschewistischen Partei neuen Typs) und einer sofortigen sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft (Beseitigung des gesamten kapitalistischen Eigentums mit Bildung von staatssozialistischen Betrieben und Kolchosen sowjetischen Typs) anstrebten. Es bedurfte also auch in Osteuropa nicht des Diktats Moskaus für antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen. Moskau anerkannte angesichts der grundlegenden veränderte Bedingungen, dass auch andere Wege, Formen und Methoden zum Sozialismus als den in der Sowjetunion möglich und nötig sind.¹⁴

Die sowjetische Führung anerkannte in den ersten Nachkriegsjahren auch besondere nationale Wege der einzelnen Länder. Im Mai 1946 bekräftigte Stalin im Gespräch mit den Chef der polnischen Arbeiterpartei Gomulka, den Präsidenten Bierut und dem

14 Vgl. dazu die neuen russischen Quelleneditionen: *Vostočnaja evropa v dokumentach rossiskich archivov 1944–1953. Tom 1 1944–1948.* Moskva/Novosibirsk 1997. – *Sovetskij faktor v vostočnoj evropе 1944–1953. Tom 1 1944–1948 dokumenty.* Moskva 1999. – Ernstgert Kalbe: *Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell.* In: *Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staassozialismus: Ursachen und Wirkungen. III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 19.9.–20.9. 2003.* Leipzig 2004. S. 121ff. – Karl-Heinz Gräfe: *Die Parteien und Massenorganisationen der DDR im Vergleich zu den sozialistischen Ländern Osteuropas.* In: *Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch.* Herausgegeben von Gerd-Rüdiger Stephan und Andreas Herbst / Christine Krause / Daniel Küchenmeister / Detlef Nakath. Berlin 2002. S. 159ff.

sozialistischen Ministerpräsidenten Osabka-Morwaski seine Auffassung von dem entstehenden neuen Typ der Demokratie: »Dafür gibt es keinen Präzedenzfall. Weder die belgische, noch die englische oder französische Demokratie kann Ihnen als Beispiel oder Muster dienen. Ihre Demokratie ist von besonderer Art. Die Demokratie, die bei Ihnen in Polen, in Jugoslawien und teilweise in der Tschechoslowakei errichtet wurde, das ist eine Demokratie, die sie dem Sozialismus näher bringt, ohne die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetordnung.«¹⁵ Die Volksfrontkonzepte sowohl der Widerstands- und Partisanenbewegung als auch der sowjetischen Großmacht zeigten nur einen allgemeinen internationalen Trend, der sich auch in Westeuropa oder Asien zeigte. Neben Stalin, dem Bulgaren Dimitroff, dem Ungarn Rakosi, dem Polen Gomulka, den Tschechen Benes und Gottwald hatte einer der Führer einstigen ungarische Räterepublik, der große Philosoph Georg Lukács, das Wesen dieser Neuen Demokratie am klarsten, in der Idealform so charakterisiert: »Nur wenn alle realen Formen der Abhängigkeit des Menschen, der gesellschaftlichen Ungleichheit und Unfreiheit verschwinden, kann von Demokratie gesprochen werden.« Daher müßten nicht nur die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten bewahrt, sondern nunmehr mit der Ausweitung sozialer Rechte und mit realen Elemente der unmittelbaren Demokratie verbunden werden, wie es sie in der Pariser Kommune, in den Sowjets und im antifaschistischen Widerstand bereits gab. In dem Sinne verstand er die »Volksdemokratie als aus der Demokratie auswachsenden Sozialismus.«¹⁶

Die Volksdemokratie hatten von Land zu Land sehr starke nationale Spezifika – sowohl im Umfang der politischen Macht als auch in der Tiefe ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen. Die nationalen antifaschistischen Partisanenbewegung befreite nahezu vollständig Griechenland, Jugoslawien, Albanien und Bulgarien von den deutschen und italienischen Besatzern wie einheimischen Kollaborateuren. Während die volksdemokratische Regierung in Griechenland durch eine anglo-amerikanische Militärintervention in einem blutigen Bürgerkrieg bis 1947 beseitigt wurde, mischte sich

15 Vostočnaja evropa. Tom 1. S. 457.

16 Georg Lukács: Über aristokratische und demokratische Weltanschauung. In: Sinn und Form. Berlin (1985)2. S. 363f. und ders.: Gelebtes Leben. Frankfurt am Main 1980. S. 188.

Stalin bis dahin noch nicht grundsätzlich in die inneren Angelegenheiten des vom kommunistischen Partisanenführers Josip Tito geführte volksdemokratische Jugoslawien ein, welches allerdings die Entwicklung Albaniens politisch beeinflusste, teils auch diktierte. In beiden Ländern waren auch keine sowjetische Truppen stationiert, was zunächst eine eigenständige nationale Entwicklung begünstigte.

Auch in Polen und in der Tschechoslowakei war der eigene Anteil an der Befreiung durch eine starke, wenn auch duale Widerstandsbewegung groß, die in beiden Ländern wesentlich die Machtverhältnisse nach dem Krieg prägte. Erinnerung sei an den Warschauer Aufstand der bürgerlichen polnischen Emigrantenregierung in London und ihre 300 000 Mann starke Heimatarmee (Armija Krajowa) im August 1944, der darauf zielte, die Hauptstadt noch vor der Roten Armee zu befreien und eine rechtsbürgerliche antisowjetische Regierungsmacht zu errichten. Da dieser Erhebung seitens der Aufstandsführer bewußt nicht mit der anrückenden Roten Armee koordiniert worden war, diese damals außerstande und generell nicht willens war, eine neue Offensive in Polen einzuleiten, mußten die Aufständischen vor den deutschen Besatzer kapitulieren. Die Einwohner wurden deportiert und die Stadt dem Erdboden gleichgemacht. In Polen bekämpften sich zunächst das bürgerlichen Widerstandslager der Londoner Exilregierung (einschließlich ihres Untergrundstaates, der Delegatur auf polnischen Boden) und das kommunistisch-sozialistische Machtzentrum, welches sich seit Juli 1944 im befreiten ostpolnischen Lublin als Polnischer Landesnationalrat etabliert und danach in Warschau als Provisorische Regierung konstituierte. Ihre 55 000 Partisanen waren in der Polnischen Volksarmee vereinigt, die bis Ende 1944 bereits 290 000 Soldaten und Offiziere hatte. Sie beteiligten sich als 1. und 2. Polnische Armee am sowjetischen Befreiungsfeldzug bis Berlin und Prag. Nur unter äußerem Druck der Regierungen Großbritanniens, der UdSSR und der USA entstand nach Kriegsende im Juni 1945 aus den Spitzen beider politischer Lager eine Regierung der Nationalen Einheit, die allerdings den Ausbruch eines regelrechten Bürgerkrieges nicht zu verhindern vermochte. Von Mitte 1945 bis Ende 1946 wurden in diesen Kämpfen 7 672 Anhänger des bürgerlich-antikommunistischen Untergrundes getötet. Bei seiner Bekämpfung durch die polnische Regierung verloren 9 276 Militärs und 4 482 Zivilisten ihr Leben. Das rechte bürgerliche Lager unter Mikotałajczyks Bauernpartei blieb vorerst einflußreicher als der Linksblock unter Bierut und

Gomulka. Im Volksentscheid vom Juni 1946 stimmten nur 42 Prozent der Polen für die demokratische Bodenreform und die Nationalisierung der kapitalistischen Unternehmen, allerdings 70 Prozent für die neuen östlichen und westlichen Staatsgrenzen Polens.¹⁷

Völlig anders verlief die Entwicklung in der Tschechoslowakei. Der von 20 000 Partisanen und 60 000 Armeeangehörigen getragene Slowakische Nationalaufstand, der von August bis Oktober 1944 ein halb Dutzend SS-Divisionen band und den Befreiungsfeldzug der Sowjetarmee wesentlich unterstützte, wurde durch die deutsche Übermacht niedergeschlagen. Als der Tschechische Nationalrat am 5. Mai 1945 den Prager Aufstand gegen die noch in Ostsachsen, Böhmen und Mähren befindliche Heeresgruppe Mitte unter Schörner (fast eine Million Soldaten), begann, befahl Stalin die abschließende, die letzte militärische Operation der Roten Armee in Europa auf den 6. Mai 1945 vorzuverlegen. Marschall Konev wies die Generäle Rybalko und Leljuschenko an, ihre Gardepanzerarmeen »von der Infanterie zu lösen, sich nicht auf Kämpfe um Städte einzulassen, Stützpunkte zu umgehen und beständig kühn weiter vorzustoßen.«¹⁸ So erreichten die Vorausschreitenden das noch kämpfende Prag bereits um vier Uhr früh am 9. Mai 1945, befreiten bis zum Abend die Moldaunmetropole und zerschlugen bis zum 14. Mai die letzten Widerstandsnester der deutschen Besatzer. Auch in der Tschechoslowakei, dem einzigen entwickelten kapitalistischen Land der Region, einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie wollte die Mehrheit der Bevölkerung nach den Erfahrungen von München, Krieg, Okkupation und Kollaboration nicht die Wiederherstellung der Ersten Republik 1918–1938, sondern eine neue Gesellschaft mit mehr sozialer Gerechtigkeit und stabilerer Demokratie sowie ein festes Sicherheitsbündnis mit der UdSSR. Durch einen Kompromiß des von Edvard Beneš und Klement Gottwald geführten bürgerlichen und kommunistischen Lagers war schon im März 1945 eine Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken mit sowjetischer und britischer Vermittlung gebildet worden, die im befreiten Kosice am 2. April 1945 ihre Arbeit aufnahm politische und soziale Veränderung in Richtung eines nationalen demokratischen

17 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Die nationalen Wege und das sowjetische Modell des Sozialismus. Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus unter Gomulka 1944–1948. In: *Utopie kreativ*. Berlin (1998) 96. S. 71ff.

18 Ivan Konev: *Das Jahr fünfundvierzig*. S. 244.

Sozialismus einleitete. Von der eigenständigen nationalen und linksdemokratischen Entwicklung zeugen freien Parlamentswahlen 1946, in denen die Kommunisten mit 38,4 und die Sozialdemokraten mit 12 Prozent der Wähler die absolute Mehrheit erhielten; aber auch die Tatsache, dass 1946 die amerikanischen und sowjetischen Truppen das Land räumten.

In den faschistischen Satellitenstaaten Rumänien und Ungarn, wo die nationalen antifaschistischen Widerstandsbewegungen schwächer und zerrissener waren, gewannen diese aber mit dem Kriegsende mehr Einfluß. So koordinierten kommunistische, sozialdemokratische, nationalliberale, bäuerliche und monarchistische Widerständler am 23. August 1944 in Bukarest einen erfolgreichen bewaffneten Sturz des Satellitenregimes von Marschall Antonescu. Im Rahmen des mit den Alliierten abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen, beteiligten sich zwei rumänische Armeen (100 000 Mann) an der Befreiung Jugoslawiens, Südpolens und der Tschechoslowakei. In der neuen Provisorische Regierungen der Generäle Sanatescu und Radulescu gaben die alten bürgerlichen Eliten, die Nationalliberalen Partei und die Nationale Bauernpartei den Ton an. Der von den wenig einflußreichen Kommunisten geführte Rumänische Nationaldemokratische Block konnte erst unter Druck des sowjetischen Vorsitzenden der Alliierten Kontrollkommission, Marschall Tolbuchin, und linker Massenaktionen im März 1945 an die Macht gelangen. Die von den anglo-amerikanischen Vertretern in der Alliierten Kontrollkommission geforderten ersten freien demokratischen Wahlen seit Existenz des rumänischen Staates überhaupt, brachten im November 1946 dem rumänischen Linksblock eine Mehrheit von 71 Prozent. Wahlfälschungen konnten das Gesamtergebnis nicht grundsätzlich verändern.

Naziwehrmacht und SS besetzten im März 1944 Ungarn und wechselten das schwankende Vasallenregime unter Reichsverweser Admiral Horthy schon Mitte Oktober 1944 durch das der faschistischen Pfeilkreuzler aus. Die in dieser Zeit anlaufenden Waffenstillstandsverhandlungen von Horthygeneralen mit den Alliierten sowie die sowjetische Besetzung Ungarns bis zur Theiss ermöglichten eine rasche Konsolidierung der schwachen antifaschistischen Kräfte zur Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront mit dem Zentrum Debrecen, aus der im Dezember 1944 eine Ungarische Provisorische Nationalregierung unter Horthygeneral Bela Miklos hervorging, die Deutschland den Krieg erklärte. Das Horthyregime hatte nach dem

Sturz der Räterepublik mehr als 5 000 Revolutionäre ermordet und 70 000 eingekerkert und im Verlaufe eines Vierteljahrhunderts das revolutionäre Potential weitgehend zerstört. Daher blieb die ungarische Linke auch zwischen 1944 und 1947 schwächer als das bürgerliche Lager, das vor allem in der rechtspopulistischen Partei der Kleinen Landwirte von Ferenc Nagy präsentiert wurde. In den bisher ersten freien Parlamentswahlen in Ungarn seit 1919, im November 1945, erhielt diese Partei 57 Prozent der Wählerstimmen und übernahm der Regierung. Noch 1947 erreichte die KP nicht einmal ein Viertel der Wähler.

Während die in der Antihitlerkoalition kämpfenden Jugoslawen, Polen und Tschechoslowaken wie auch Albanien am Kriegsende eigene nationale demokratische Regierungen errichten konnten, waren die ehemaligen deutschen Satellitenstaaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien durch alliierte Kontrollkommissionen und eine sowjetische Militärverwaltungen (ähnlich wie in der SBZ) bis zum Abschluß der Friedensverträge 1947 in ihren nationalen Souveränitätsrechten begrenzt. Noch weitaus geringer war der Anteil der deutschen Nazigegner bei der Befreiung der Alliierten. Weder die kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandsaktionen noch der Staatsstreichversuch führender Nazimilitärs vom 20. Juli 1944 brachten die Selbstbefreiung des deutschen Volkes. Die Aktionen der deutschen Antifaschisten der ersten Stunden, ihre Sammlung in den Antifa-Ausschüssen und danach in den antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltungen auf Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Landesebene waren begrenzt durch den Status der bedingungslosen Kapitulation und durch die vier alliierten Großmächte, die die oberste Regierungsgewalt in ihren Besatzungszonen ausübten.

Kalter Krieg, Sowjetisierung und Krise des osteuropäischen Staatssozialismus

Der von der US-Administration nach dem Tode von Präsident Roosevelt zunächst schleichende Übergang der Politik der Antihitlerkoalition zum Kalten Krieg veränderte die Entwicklungsrichtungen der ersten Nachkriegsjahre in West- und Osteuropa grundsätzlich. Das war seit 1947 offensichtlich geworden.¹⁹ Unter dem Schirm

¹⁹ Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Die bipolare Welt und das Ende der nationalen Wege in Osteuropa 1947/48. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik. Dinklage (2003)2. S. 5ff.

und Einfluß der USA wurde der nationale Weg der griechischen Volksdemokratie abrupt abgebrochen, die kommunistischen oder linkssozialistischen Parteien aus den demokratischen Regierungen Frankreichs oder Italiens hinausgedrängt. Es zeichnete sich eine von den USA dominierte westliche Blockbildung ab, in der auch die Westzonen Deutschlands einbezogen wurden. Ergebnisse waren die Errichtung des Nordatlantikpaktes 1949 und der EWG. Das blieb nicht folgenlos auf die Politik der UdSSR in ihrer osteuropäischen Einflußzone. Die von beachtlichen Teilen der Bevölkerung Osteuropas getragenen nationalen antikapitalistischen volksdemokratischen Entwicklungswege mit sozialistischer Orientierung wurden durch sowjetisches Diktat abgebrochen. Der Umbau der osteuropäischen Gesellschaft erfolgte nun nach dem stalinistischen Gesellschaftsmodell bis Anfang der 50er Jahre ohne Beachtung der nationalen Gegebenheiten (Sowjetisierung: Durchsetzung der kommunistischen Einparteiherrschaft, Beseitigung der parlamentarischen Demokratie, der demokratischen Rechte und Freiheiten, radikale Verstaatlichung des gesamten privaten Sektors, Kollektivierung der Landwirtschaft und zentrale staatliche Planwirtschaft). Zeitgleich forcierte Stalin ebenfalls die Bildung eines Blocks aller osteuropäischer Staaten unter sowjetischer Vorherrschaft. Nach dem Vorbild der Komintern wurden die osteuropäischen KP in Gestalt des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) faktisch unter die Ägide der Moskauer Parteizentrale gestellt, die bi- und multilateralen politischen, wirtschaftlichen Verträge dienten als Instrumente der komplexen Sowjetisierung und Unterordnung. Allerdings gelang es Stalin nicht, dem volksdemokratischen Jugoslawien das sowjetische Modell aufzuzwingen und unter sowjetische Abhängigkeit zu bringen.

Damit konnte zwar der direkte Zugriff der USA und ihrer westlichen Verbündeten für eine bestimmte historische Zeit auf die sowjetische Interessensphäre verhindert werden, aber mit der Übernahme des stalinistischen Gesellschaftsmodells war die Krise der so grundlegend veränderten osteuropäischen Volksdemokratien und der DDR vorprogrammiert. Die Systemkrise eskalierte erstmals im Frühjahr und Sommer 1953 in der DDR, in der Tschechoslowakei, und in Ungarn²⁰, drei Jahre später in den Aufständen in Polen und

²⁰ Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Die Krise des sowjetischen Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa. Zum Tode des Diktators vor 50 Jahren: Enttäuschte Hoffnungen. In: Ebenda. Dinklage(2003)I. S. 5ff.

Ungarn sowie 1968 in der Tschechoslowakei und Polen und erfaßte nach den polnischen Ereignissen seit 1980/81 erneut die ganze Region und auch in der UdSSR selbst, die auseinanderbrach und ihre osteuropäische Einflußsphäre aufgab. Da unter der Herrschaft Chrustschschows und Breschnews eine Umformung des administrativen Staatssozialismus in einen freiheitlich, rechtsstaatlich, ökonomisch wie sozial effektiv organisierten Sozialismus weder in Osteuropa noch in der UdSSR erfolgte, sondern Versuche dazu mehrmals unterdrückt wurden, waren die verspäteten und halbherzigen Reformen in den 80er Jahren unter Gorbatschow erfolglos. Die Tiefe der Krise des Staatssozialismus sowjetischen Typs, aber auch die ökonomischen Überlegenheit, die wirtschaftliche, politische und geistige Anziehungskraft der Zentren des entwickelten Kapitalismus waren folgenswer: Die Führer der neuen aus dem Untergrund hervortretenden oppositionellen Massenbewegung wie Lech Walesa oder Vaclav Havel, große Teile der Bevölkerung zumeist in Übereinstimmung mit führenden Politikern wie Kohl, Bush senior, ja selbst die hilflos gewendete kommunistische Nomenklatur wie Jelzin in Russland oder Kwaśniewski in Polen sahen die Alternative aus der Krise nur noch darin: die rasche Übernahme des westlichen Gesellschaftsmodells – manche wohl in der naiven Vorstellung von den versprochenen Segnungen von mehr Freiheit und Wohlstand durch eine wie bisher funktionierende soziale Marktwirtschaft im Rahmen des Systemauseinandersetzung – sowie die möglichst schnelle Integration in EU und NATO, eine Welt ohne Kriege.

II. BESATZUNGSLOSES GEBIET IM WESTLICHEN ERZGEBIRGE

DANIELA SCHMOHL

Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945 im Chemnitzer Raum. Ein Überblick über Aufgaben und Akteure

Die Antifaschistische Front in Chemnitz, das Antifa-Komitee Freies Deutschland in Hartmannsdorf, der Ortsausschuss der Antifaschistischen Bewegung in Leukersdorf, die Notgemeinschaft in Thalheim/Erzg., die Antifa Oberlungwitz, das Ortskomitee in Mühlbach bei Frankenberg, der »Beratende Ausschuss für die Stadt Schneeberg« oder der Antifaschistische Aktionsausschuss der Stadt Schwarzenberg sind nur einige Beispiele für die zahlreichen Antifa-Ausschüsse, die im Raum Chemnitz-Westerzgebirge in den letzten Kriegstagen und in den Wochen darauf entstanden.¹

Der Sammelbegriff »Antifa-Ausschüsse« meint die Antifaschistischen Komitees und Aktionsausschüsse, die zwischen April und Juli 1945 in vielen Orten unter verschiedenen Namen entstanden und in denen die unterschiedlichsten Akteure arbeiteten. Der Begriff »Antifa« wurde häufig von den Aktiven selbst für ihr Tätigkeitsfeld in den ersten Nachkriegswochen gebraucht. Er findet sich aber in den westlichen Besatzungszonen auch in den Aufzeichnungen britischer und amerikanischer Truppen², während für die Sowjetische Militäradministration dieser Begriff nicht nachweisbar ist.³

Die Wirkungszeit der Ausschüsse umfasste in der Regel nur wenige Wochen zwischen April und Juli 1945. In den einzelnen

¹ Die folgenden Ausführungen stützen sich im Wesentlichen auf: Daniela Schmolh: Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945. Ein Vergleich zwischen Chemnitz und Eisleben. Magisterarbeit Universität Leipzig 2003.

² Siehe dazu Lutz Niethammer / Ulrich Borsdorf / Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Köln 1976. S. 11.

³ Siehe dazu Jeannette Michelmann: Die Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa 1945 in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Besatzungsmacht und Exil-KPD. Diss. Jena 2001. S. 15. Alle Seitenangaben in diesem Beitrag beruhen auf der Online-Ausgabe der Dissertation in der Digitalen Bibliothek Thüringen <<http://www.db-thueringen.de/servlets/DocumentServlet?id=661>>. 22.06.2005. Die Dissertation liegt auch als Buch vor: Dies.: Die Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone. Köln 2002.

Städten unterschied sich dieser Zeitraum zum Teil erheblich: Je nach Konstituierung des Antifa-Komitees, nach Interventionszeitpunkt der Besatzungsmächte, die auf das politische Betätigungsverbot für die deutsche Bevölkerung nach den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition verwiesen oder nach Intervention der neugegründeten Parteien, die ihren Alleinvertretungsanspruch durchsetzten.

Die Quellenlage ist allgemein für die ersten Nachkriegswochen als misslich bis sehr schlecht zu bezeichnen. Tagesaufgaben waren den Aktiven wichtiger als Protokolle oder Niederschriften. Nicht zuletzt herrschte Papiermangel und der Schriftverkehr musste auf das Notwendigste beschränkt werden.

In Ermangelung von Protokollen oder Schriftverkehr, muss für die Rekonstruktion der Arbeit der Antifa-Ausschüsse oft auf die Erinnerungsberichte von Aktiven zurückgegriffen werden. Diese Berichte sind aber nur bei eingehender Quellenkritik verwendbar. Sie wurden in der Regel mit politischem Auftrag geschrieben und sind daher nur bedingt glaubwürdig. Dabei spielen Entstehungszeit und Adressat eine wichtige Rolle, z.B. ob es sich um unmittelbare Berichterstattung an eine übergeordnete Parteistelle der KPD (ab April 1946 der SED) handelte oder ob die Darstellung in den 70er Jahren für die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung geschrieben wurde. Vor allem letztere Niederschriften enthalten oft pauschale Schilderungen ausgewählter Ereignisse, die retrospektiv mit dem Wissen und der Wertung der DDR-Geschichtswissenschaft geschrieben wurden. Andere Berichte entstanden in der unmittelbaren Nachkriegszeit und enthalten sehr authentische Darstellungen oder es sind persönliche Lebensberichte, die erst in hohem Alter verfasst wurden.

Oftmals finden sich jedoch trotz intensiver Suche nur einige wenige Hinweise auf das Bestehen eines Antifa-Ausschusses, so dass es nicht möglich ist, näheres über Akteure und ihre Arbeit zu erfahren.

In der historischen Forschung fielen die Antifa-Ausschüsse den politischen Vorgaben zum Opfer. 1961 hatte Werner Groß mit »Die ersten Schritte« die erste Monographie zum unbesetzten Gebiet um Schwarzenberg und zum Wirken des dortigen Antifa-Ausschusses veröffentlicht. Dies blieb lange die einzige umfangreiche Arbeit über das unbesetzte Gebiet und seinen Aktionsausschuss. Es gab zwar unzählige wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung bzw. Neuordnung« beschäftig-

ten, sie enthielten aber meist nur knappe Verweise auf das Wirken der Antifa-Ausschüsse.⁴ In ihrer Wertung der Komitees waren sie zudem an den Äußerungen Walter Ulbrichts ausgerichtet. Dieser hatte in seinem Buch »Zur Geschichte der neuesten Zeit« vermerkt, dass die Antifa-Ausschüsse die Antifaschisten daran gehindert hätten, »schnell neue, demokratische Staatsorgane zu organisieren und von der festen und beständigen Position der Macht her die Leitung der Dinge in die Hand zu nehmen.«⁵ Diese Wertung des Engagements von AntifaschistInnen in den ersten Nachkriegstagen blieb bis zum Ende der 80er Jahre prägend für die Historik der DDR.

1976 erschien in der Bundesrepublik das Buch »Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland«.⁶ Der Sammelband belegte, nachgewiesen an vielen Beispielen von Antifa-Komitees oder Ausschüssen in den verschiedenen Besatzungszonen, dass die Ausschüsse sich spontan bildeten und nur lokal begrenzt aktiv wurden. Die Autoren kamen zu dem Schluss, dass die Antifa-Ausschüsse über keine eigene Programmatik verfügten, die eine gezielte Einflussnahme auf die Geschehnisse der Nachkriegszeit ermöglicht hätte und dass sie in den westlichen Zonen mit dem Verweis auf das allgemeine politische

4 Ich beziehe mich hier insbesondere auf die Forschung der DDR für die Sowjetische Besatzungszone. Stellvertretend seien hier genannt: Karl Urban: Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg (Mai 1945 bis April 1946). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG). Berlin 7(1959). – Ludwig Fuchs: Die Besatzungspolitik der USA in Thüringen von April bis Juli 1945. Diss. Leipzig 1967. – Johannes Emmrich: Die Entwicklung demokratischer Selbstverwaltungsorgane und ihr Kampf um die Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Chemnitz vom 8. Mai 1945 bis Mitte 1948. Diss. Leipzig 1974. – Volker Wahl: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen. Die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung 1945. Diss. Jena 1976. – Johannes Kornow: Arbeiterklasse und Staatsmacht im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Mecklenburg und Vorpommern von Mai 1945 bis zur Konstituierung der im Herbst gewählten Machtorgane. Diss. Greifswald 1984. Für weitere unveröffentlichte Arbeiten aus diesem Zeitraum sei verwiesen auf Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Berlin 1999. S. 482f. Anm. 5.

5 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit. I. Halbband. Berlin 1955. S. 62.

6 Lutz Niethammer / Ulrich Borsdorf / Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Köln 1976.

Betätigungsverbot aufgelöst wurden. Als Begründung für die Auflösung wurde angeführt, dass die Besatzer sich an der bemerkenswerten Homogenität der Ausschüsse störten, obwohl es keine überregionalen Absprachen gab und dass sie eine Art Doppelherrschaft befürchteten, wie es sie zur Zeit der Rätebewegung 1918/19 bereits gegeben hatte.⁷

Eine erste historische Bestandsaufnahme der Antifaschistischen Ausschüsse veröffentlichte Günter Benser zwei Jahre später in der DDR.⁸ Er fasste darin sowohl alle bekannten Ausschüsse als auch die Erkenntnisse der DDR- und BRD-Historiographie zusammen. Dabei lag der Schwerpunkt der Arbeit auf der Erfassung der Anzahl und Verbreitung der Ausschüsse sowie auf der Widerlegung der Thesen der westdeutschen Historiker.⁹ Dies bezog sich vor allem auf die Auseinandersetzung um die Führungsrolle und die Einflussnahme der KPD auf die Ausschüsse, die letztlich zu einer konsequenten Auflösung der Antifa-Ausschüsse führte.¹⁰ Benser argumentierte nicht aus der Sicht der Zerstörung eines basisdemokratischen Ansatzes sondern versuchte den Nachweis zu erbringen, dass »die KPD richtig [handelte], wenn sie von der historischen Bedingtheit und Zeitweiligkeit der Antifa-Ausschüsse ausging.«¹¹ Seiner Meinung nach war »dem Zusammenhang zwischen der Aktivität kommunistischer Parteiorganisationen und der Entstehung und Entwicklung der Antifa-Ausschüsse viel zu wenig nachgegangen« worden.¹² Benser machte Vorschläge für eine Typologisierung der Antifa-Ausschüsse und lieferte weiterhin Angaben über die mögliche Anzahl von Aktionsausschüssen, ihre Mitgliederzahlen und ihre soziale Zusammensetzung. Dabei sprach er sich aufgrund der lokalen Ver-

7 Ebenda. S. 10ff.

8 Günter Benser: Antifa-Ausschüsse – Staatsorgane – Parteiorganisation. Überlegungen zu Ausmaß, Rolle und Grenzen der antifaschistischen Bewegung am Ende des Zweiten Weltkrieges. In: ZfG. Berlin 26(1978)9. S. 785-802.

9 Siehe Lutz Niethammer / Ulrich Borsdorf / Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. – Peter Brandt: Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46. Hamburg 1976.

10 Vgl. dazu Günter Benser: Antifa-Ausschüsse ... S. 799. Benser führt dabei Walter Ulbricht an, der sich am 17. Mai 1945 »gegen die Geschäftigkeit« antifaschistischer Komitees aussprach, die faktisch »einen großen Teil der Aufgaben der Stadtverwaltung und der Bezirksverwaltungen auf sich nehmen wollten«.

11 Zit. nach Günter Benser: Antifa-Ausschüsse ... S. 802.

12 Ebenda. S. 792.

schiedenheiten für eine Differenzierung nach den Entstehungsorten aus, da bereits in anderen Veröffentlichungen auf die Unterschiede zwischen sowjetischer und westallierter Besatzungspolitik aufmerksam gemacht worden war.¹³ Benser hob das politische Betätigungsverbot, das in den meisten Fällen ein Verbot der Antifa bedeutete, in den von Briten und Amerikanern besetzten Gebieten hervor.¹⁴ Für die sowjetische Besatzungszone berief er sich auf die Zunahme der »Massenbewegung ... [deren] Breite und ... Intensität ... von den Antifa-Ausschüssen nicht erreicht worden ...« war.¹⁵ Insgesamt bekräftigte er die Begründung zur Auflösung der Antifa-Komitees, die notwendig geworden wäre, damit »alle Antifaschisten ... ihre Kräfte nicht in Komiteearbeit« verschleißten.¹⁶ Sein Fazit: »Die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone [i.e. die reibungslose Auflösung der Antifa-Ausschüsse, D.S.] belegt, daß die Festigung der antifaschistischen Einheit nicht an das Fortbestehen von Antifa-Ausschüssen gebunden war, daß eine ›basis-demokratische‹ Ausschuß-Bewegung nicht jene für eine erfolgreiche antifaschistisch-demokratische Umwälzung notwendige Gruppierung der Volkskräfte bewirkt hätte.«¹⁷

Der Schwerpunkt der DDR-Geschichtsschreibung lag auf der Führungsrolle der KPD (ab April 1946 der SED), deren Maßnahmen und Initiativen maßgeblich die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR beeinflussten. Als Beispiel sei hier auf Rolf Badstübner verwiesen, der die Arbeit der KPD-Gruppen um Anton Ackermann, Gustav Sobottka und Walter Ulbricht hervorhob.¹⁸ Diese hatten, Anfang Mai 1945 aus dem Moskau-

13 Ebenda. S. 798f. – Anne Annweiler: Nur vereint zwingen wir des Volkes Feind. Zur Geschichte der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in Thüringen. Hrsg. von der SED-Bezirksleitung. Erfurt 1961. – Dies.: Zur Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in Thüringen 1945-1946. Erfurt 1971.

14 Vgl. dazu Günter Benser: Antifa-Ausschüsse ... S. 800.

15 Ebenda. S. 801.

16 Ebenda. S. 799.

17 Ebenda. S. 802.

18 Rolf Badstübner: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR 1945-1949. In: Deutsche Geschichte. Bd. 9. Berlin (Ost) 1989. Zur neueren Bewertung der Arbeit dieser »politischen Arbeitsgruppen« sei darauf verwiesen, dass sich im Nachlass Wilhelm Piecks eine Namensliste eingesetzter Kader im April/Mai 1945 vom 30. Mai 1945 befindet. Hier wurden abgereiste Genossen und Kriegsgefangene

er Exil kommend, die politische Arbeit in Deutschland aufgenommen und bauten gemeinsam mit den Mitgliedern der Antifa-Ausschüsse die neuen »Auftragsverwaltungen« für die sowjetische Besatzungsmacht auf. Sie betrachteten die Antifa als Kaderreservoir, »aus dem sich die Mitarbeiter einer neuen Verwaltung, die verantwortlichen Leiter für von ihren Besitzern verlassene Betriebe, die Angehörigen einer neuen Polizei, die Funktionäre der künftigen legalen Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen rekrutieren« ließen.¹⁹

Nach 1990 erhielten auch die Antifa-Ausschüsse neue Aufmerksamkeit. Besonders in der Diskussion um das unbesetzte Gebiet in Schwarzenberg und die Möglichkeiten und Grenzen von Basisdemokratie war auch immer wieder das Handeln der Antifa-Komitees von Interesse.²⁰ Benser erklärte u.a. in Beiträgen 1993 und 1997²¹ die Auflösung der Antifa-Ausschüsse und Komitees habe den Versuch, dauerhafte basisdemokratische Strukturen aufzubauen, zu erproben und damit auch die politische Landschaft nachhaltig zu verändern, beendet. So blieb letztlich nur die Rückkehr zu den tradierten Politikformen, d.h. zu den Parteien und zur Wahl parlamentarischer Vertretungen. Weiter führt Benser aus, dass es für die Einflussnahme der alliierten Besatzungsmächte auf die Entwicklung und Gestaltung der politischen Landschaft einige, nicht von der Hand zu weisende, Gründe gab: Keine Besatzungsmacht war bereit, unkontrollierte

unterschieden. Die abgereisten Genossen wurden namentlich genannt und in Gruppen durchnummeriert (»1. Gruppe ab 30.4.1945 Berlin, 2. Gruppe ab 1.V.1945 Dresden ... 5. Gruppe ab 28.V.45 Dresden«). Diese Nummerierung belegt laut Keiderling, dass es für Pieck keinen exklusiven Charakter der ersten Gruppen gab, wie dies später mit den Terminus »Initiativgruppen des ZK der KPD« in der Geschichtsschreibung der DDR impliziert wurde. Vgl. dazu Dokument Bundesarchiv (BArch) SAPMO. NY 4036/517. Wilhelm Pieck. Bl. 139-140.; Keiderling; Gruppe Ulbricht. Dokument Nr. 093. S. 441-443. Besonders Anm. 1.

19 Zit. nach Rolf Badstübner: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung ... S. 18.

20 Siehe dazu Jochen Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch. Leipzig 1997.

21 Günter Benser: 1945-1989: Zwei Niederlagen von Basisdemokratie. In: Eberhard Fromm / Hans-Jürgen Mende: Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Berlin 1993. S. 34-45. – Ders.: Das Zentralkomitee und die Antifa-Ausschüsse. In: Jochen Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland. S. 214-226.

oder schwer kontrollierbare Basisaktivitäten im soeben besetzten Deutschland zu dulden, die Angst vor den angekündigten Werwolf-Aktivitäten war zu groß. Weiterhin gab es in der Legitimation und der politischen Zuverlässigkeit einen großen Unterschied zwischen der Bildung derartiger Ausschüsse und Organe im Kampf gegen den Nationalsozialismus und deren Beitrag zur Befreiung des Landes (wie in allen von den Nazis besetzten Ländern geschehen) und der Entstehung antifaschistischer Ausschüsse nach dem Zusammenbruch in einem politischen Vakuum und der damit verbundenen Gefahr durch faschistische Unterwanderung. Nicht zuletzt ließen sich nach Meinung der Besatzungsmächte mit heterogenen Ausschüssen ohne allgemein anerkannte Autorität existenzielle Probleme wie Ernährung, Verhütung und Eindämmung von Seuchen, Betreuung der Flüchtlinge und Umgesiedelten, Erfüllung der Ansprüche der Besatzungsmacht usw. nur schwer umsetzen. Da schießen von Antifaschisten besetzte, funktionierende Bürgermeistereien, Gemeinde- und Kreisverwaltungen besser geeignet, denn nicht zuletzt ging es auch um eine Existenzsicherung der antifaschistischen Funktionäre.²²

Auch das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) in Leipzig war Gegenstand einer Untersuchung.²³ Die Arbeit von Jürgen Tubbesing untersucht einen der größten und bedeutendsten Antifa-Ausschüsse. Dabei ergab sein historischer Längsschnitt, dass die antifaschistische Bewegung der Stadt letztlich nicht von der Sowjetischen Militäradministration (SMA) aufgelöst wurde, sondern »den Plänen der Parteien zum Opfer« fiel.²⁴ Tubbesing konstatierte weiter, dass das basisdemokratische Potential aufgrund der Selbstauflösung der Ausschüsse und der relativ widerstandslosen Anpassung an die vorgegebenen Bedingungen durch die neuentstandenen Parteien eher gering war. »Die Befürworter eines traditionellen Parteiensystems waren allzu dominant in der antifaschistischen Bewegung.«²⁵

22 Siehe ebenda. S. 220.

23 Jürgen Tubbesing: Nationalkomitee »Freies Deutschland« – Antifaschistischer Block – Einheitspartei. Aspekte der Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Leipzig. Beucha 1996.

24 Ebenda. S. 155.

25 Ebenda. S. 157.

Jeannette Michelmann legte 2001 eine Dissertation über die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vor.²⁶ Ausgangspunkt ihrer Arbeit war die Propaganda zur Bildung von Volksausschüssen durch das NKFD und die Exil-KPD in der Sowjetunion sowie die Aufgabe dieser Planung durch die sowjetische Führung nach der Konferenz von Jalta im Februar 1945. Die Antifa befand sich im Frühsommer 1945 wegen des ausgesprochenen politischen Betätigungsverbot allein zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und Exil-KPD. Michelmanns Ziel war die Darstellung des »politischen Musters« hinter der Auflösung der Antifa und deren Handhabung zwischen Verbot und Integration. In ihrem Vergleich der verschiedenen Ausschüsse in der SBZ bestätigte sie im Wesentlichen die bereits von Niethammer 1976 festgestellten Gründe für das Entstehen der Ausschüsse, ihre Aufgaben und den unterschiedlichen Organisationsgrad. Sie kam zu der Erkenntnis, dass dabei die »Initiativgruppen« der Exilkommunisten entscheidend waren. Den Unterschied macht Michelmann bei den Gründen für die Auflösung der Komitees durch die Besatzungsmächte aus. Die Amerikaner fürchteten die kommunistische Dominanz und verwehrten den politischen Aktivisten die Mitarbeit. Die sowjetische Besatzungsmacht hingegen war an einer funktionierenden Verwaltung interessiert und verfolgte eine Integrationspolitik. Dieser Integrationsansatz ist eine wichtige Erkenntnis, denn bisher wurde die Auflösung der Antifa-Ausschüsse oft als sehr rigide dargestellt – so konnten Auflösungen mit Verhaftungen nur in 2 Fällen (Rostock & Greifswald) von Michelmann nachgewiesen werden.²⁷ Das Wirken der politischen Arbeitsgruppen war aber nicht nur zwischen Ulbricht, Ackermann und Sobottka zu unterscheiden sondern auch innerhalb deren Wirkungsbereiche verschieden. Der integrative Ansatz ermöglichte jedoch vielen Deutschen, sich überhaupt auf das Nachkriegsleben in der SBZ einzulassen.²⁸

²⁶ Jeannette Michelmann: Die Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa 1945 in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Besatzungsmacht und Exil-KPD. Diss. Jena 2001.

²⁷ Siehe ebenda. S. 327-364.

²⁸ Siehe ebenda. S. 373. – Simone Barck: Rezension zu Michelmann, Jeannette: Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone. Köln 2002. In: H-Soz-u-Kult. 23.06.2003
<<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-2-171>>. 22.06.2005.

Michelmann wies zudem nach, dass die Gründe für die Auflösung der Antifa in der SBZ verschieden waren: Sie reichten von »Vorwürfe[n] des Sektierertums über die Furcht vor Doppelherrschaft bis zur Sicherung von Machtsphären der Besatzungsmacht, der Exil-KPD sowie der kommunalpolitischen Aufsichtsbehörden wie Landes- und Provinzialverwaltungen oder Landratsämter«. ²⁹

Für Sachsen lässt sich feststellen, dass die Gruppe um Anton Ackermann auf Grund der hohen Zahl von Antifa-Ausschüssen eine Reihe von Kompromissen eingehen musste. Denn die Komitees legten Wert auf selbstständige Aktionen und ließen sich nicht mit untergeordneten kommunalen Funktionen abspeisen. Beispiele sind hier die Kommunalen Hilfsstellen bspw. in Freital, die Antifa-Gruppen Dresdens, das »Sozialistische Komitee« in Schmiedeberg, die Kommunistische Stadt-Partei Meißen, die Antifaschistische Front Chemnitz aber auch das Nationalkomitee Freies Deutschland in Leipzig. ³⁰

Die starke und organisierte Arbeiterbewegung der Weimarer Republik brachte nur einen verhältnismäßig gering organisierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus hervor. Aktive Widerständler und ehemalige Angehörige der Arbeiterbewegung bildeten jedoch vor der Besetzung durch die alliierten Armeen neue bzw. wieder aktiv arbeitende Gruppen, die die Nationalsozialisten ihrer öffentlichen Posten enthoben und die Re-Organisation des täglichen Lebens in Angriff nahmen. Dabei wurde die kampfflose Übergabe ihrer Städte oft in Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften und vor allem Geistlichen organisiert.

Neben der Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung und der Regelung des Flüchtlingsproblems standen die Entnazifizierung von Polizei und Verwaltung im Mittelpunkt. Gleichzeitig versuchten die Antifaschisten der Bevölkerung eine neue politische Orientierung und Perspektive zu bieten.

Widersprüche und Konflikte entstanden vor allem in politischen Fragen. Zum einen gab es Kontroversen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen innerhalb der Ausschüsse. Diese traten zwischen den Vertretern von KPD und SPD bzw. liberalen und christlich-sozialen Interessengruppen und späteren Parteien, zwischen Emigranten (Stichwort: »Moskauer«), heimkehrenden Häft-

29 Jeannette Michelmann: Die Aktivisten der ersten Stunde. S. 14.

30 Siehe ebenda. S. 130-307.

lingen aus den nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern sowie den Mitgliedern des örtlichen Widerstandes auf. Zum anderen gab es politische Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Besatzungsmacht: für die sowjetische Besatzungszone wird von einer Bevorzugung der KPD ausgegangen und prägend für die vorübergehende amerikanische Besatzung waren die politischen Betätigungsverbote für die Antifa-Ausschüsse bzw. erste sich bildende Partei- und Gewerkschaftsgruppen.

Die Antifa als »Arbeiterinitiative« (Niethammer, 1976) oder auch als »Aktivisten der ersten Stunde« stellte ein erstes gesellschaftliches Engagement im zerstörten und besiegten Nazideutschland dar. Das war ein hohes Verdienst der Aktiven. Erstmals seit zwölf Jahren waren Menschen wieder in der Lage selbst demokratisch zu handeln und im Gegensatz zur abwartenden Masse der Deutschen gaben sie der Nachkriegskultur und -politik erste Impulse. Kennzeichnend für die »basisdemokratische Ausschussbewegung« (Benser, 1978) waren zeitlich eng und örtlich genau einzugrenzende gesellschaftliche Aktivitäten – und das trotz der kurzen Dauer und trotz der durch die Besatzungsmächte verfügten und zumindest in der SBZ durch die politischen Arbeitsgruppen der Exilkommunisten durchgeführten Auflösung.

Die Antifaschistischen Ausschüsse in Chemnitz³¹

Die Antifa-Ausschüsse in Chemnitz und Umland entstanden, wie andere Komitees in der sowjetisch besetzten Zone oder den zunächst amerikanisch besetzten Gebieten der späteren SBZ, spontan und waren nur lokal begrenzt, in einem Ort oder Stadtteil, aktiv. Sie waren vom Willen getragen, die verheerenden Folgen der nationalsozialistischen Diktatur und des Krieges zu überwinden und einen politischen Neuanfang zu wagen. Zunächst stand die Reorganisation des täglichen Lebens im Mittelpunkt der Arbeit: Sicherung der Versorgung und Ernährung der Bevölkerung, Beseitigung der Bom-

³¹ Siehe dazu Daniela Schmohl: Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945. S. 34-119.

benschäden und Wiederaufnahme der Produktion in den Betrieben.³²

Die »erste« Antifaschistische Front der Stadt Chemnitz widmete sich mit ihrer Spontangründung am 9. Mai 1945 aus örtlichen KPD-Funktionären und -Anhängern, einigen SPD-Mitgliedern sowie parteilosen Antifaschisten und Gewerkschaftern aber auch einem bekannten Liberalen und einem städtischen Pfarrer zunächst den Aufgaben der Stadtverwaltung.³³ Entscheidend für dieses schnelle und entschlossene Handeln war die Rolle des Widerstands in der Stadt.³⁴ Offenbar verfügten die Kommunisten nach der weitgehenden Zerschlagung ihrer illegalen Gruppen bis 1935 am Ende des Krieges wieder über ein funktionierendes Kontaktnetz, über das die schnelle Weitergabe von Informationen möglich war. Es bestanden Verbindungen zwischen Vertretern der ehemaligen Arbeiterparteien

32 Die »Antifaschistische Front / Ortskomitee Chemnitz« hatte am 9. Mai 1945 einen ersten Aufruf verbreitet, in dem auf die Besetzung der Stadt durch die Rote Armee und auf die Hinterlassenschaften der gebrochenen Naziherrschaft, bestehend aus »Massengräbern, Krüppeln, Konzentrationslagern und einer Hungerkatastrophe« aufmerksam gemacht wurde. Gemeinsam »mit allen aufbauwilligen, verantwortungsbewußten Kräften der Bevölkerung« wollten die Aufrufenden zusammenarbeiten, um die schlimmste Not zu lindern. Die Forderungen der Antifaschistischen Front bezogen sich in erster Linie auf die Bewahrung von Ruhe und Ordnung. Die Anweisungen der Besatzungstruppen und der neuen Stadtverwaltung sollten befolgt werden und Plünderungen vermieden sowie Plünderungsgut wieder zurückgegeben werden. Alle Antifaschisten wurden aufgefordert sich unabhängig von früheren Parteizugehörigkeiten zusammenzuschließen. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die wegen ihrer politischen Einstellung gemäßregelt worden waren, sollten sich zur Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bereithalten. Die Unternehmer und Gewerbetreibenden sollten die Betriebe weiterführen und ihnen wurde versichert, dass das Privateigentum nicht angetastet werde. Abdruck in: Helmut Bräuer / Gert Richter (Autorenkollektiv): Karl-Marx-Stadt. Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Berlin (Ost) 1988. S. 192.

33 An der Zusammenkunft am 9. Mai nahmen u.a. die Kommunisten Kurt Kretzschmar, Karl Winter, Max Müller, Paul Rossner, die Sozialdemokraten Albert Jentsch, Josef Siegnoth, Fritz Uhle, August Friedel, der Pfarrer Ludwig Kirsch (später CDU) und der Demokrat Hermann Schiersand (später LDPD) teil. Vgl. dazu Daniela Schmohl: Aktionsausschüsse. S. 70ff.; Vgl. dazu auch Christian Felber: Biographie Max Müller. Ein Vertreter der deutschen Arbeiterklasse, der sich vom Metallarbeiter zum Vorsitzenden eines Rates des Bezirkes entwickelte. Dipl. Leipzig 1990. S. 30f. – BArch SAPMO. SgY 30/1066. Erinnerungsbericht Max Müller. Bl. 5. – Sächsisches Hauptstaatsarchiv (SäHStA) Chemnitz. SED-BPA Chemnitz. V/5/126. Kurt Kretzschmar. Bl. 14.

34 Vgl. dazu Daniela Schmohl: Aktionsausschüsse. S. 50-59.

– sowohl über die gemeinsamen Widerstandsaktivitäten in den Betrieben als auch aufgrund gemeinsamer Aufenthalte im KZ (besonders nach der Aktion »Gitter«)³⁵ sowie der Kontaktaufnahme zwischen dem Kommunisten Kurt Kretzschmar und dem Sozialdemokraten Albert Jentzsch.³⁶ Die Kommunisten traten in den ersten Tagen wiederum aktiver in Erscheinung, was an ihrer allgemein offensiveren und propagandistischeren Arbeit lag, andere Quellen weisen auf die politische Zurückhaltung der Sozialdemokraten wegen der sowjetischen Besatzung hin.³⁷ Wie sich beim Wiederaufbau der örtlichen SPD und später bei den ersten Wahlen zeigte, war das sozialdemokratische Potential in der Stadt nach wie vor vorhanden. Für die Vertreter des Bürgertums mag die Zurückhaltung aufgrund der sowjetischen Besatzung eher zutreffen, die Mehrzahl von ihnen war durch die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion direkt oder indirekt an der Rüstungsindustrie beteiligt gewesen und befürchtete nicht zu Unrecht Repressionen.

Für Vertreter aller Parteien gilt, dass diejenigen, die bereits in der Weimarer Republik in den Stadtparlamenten oder auch in der Verwaltung gearbeitet hatten, sich schnell zusammenfanden oder

35 Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurden in Chemnitz mind. 120 Personen, darunter alle sich noch in Freiheit befindenden ehemaligen Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten der früheren Arbeiterparteien, festgenommen. Einige wurden nach kurzer Zeit wieder entlassen, die übrigen Männer in das KZ Sachsenhausen und die Frauen in das KZ Ravensbrück gebracht. In Sachsenhausen kam es dann zu einer Kontaktaufnahme zwischen den Chemnitzer Kommunisten Max Müller, Karl Winter u.a. sowie einigen Sozialdemokraten, unter ihnen Albert Jentzsch und Josef Siegnoth. Müller schilderte der Gefangenentransport habe einer früheren Stadtverordnetenversammlung geglichen. Vgl. dazu Johannes Emmrich: Die Entwicklung demokratischer Selbstverwaltungsorgane ... Anhang S. 15. Anm. Nr. 92. Nach einem Interview des Verfassers mit Max Müller vom 31.5.73.

36 Johannes Emmrich: Die Entwicklung demokratischer Selbstverwaltungsorgane und ihr Kampf um die Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Chemnitz vom 8. Mai 1945 bis Mitte 1948. Diss. Leipzig 1974. Anhang S. 15. Anm. Nr. 92. – Die SPD im Chemnitzer Rathaus 1897-1997. Hrsg. von der SPD-Fraktion im Chemnitzer Stadtrat. Hannover 1997. S. 109.

37 Stadtarchiv (StA) Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Antifaschistische Front – Antifaschistisches Komitee – Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien Chemnitz. Protokolle. 9. Mai 1945 – August 1946. Protokoll 7. Juni 1945. Bl. 9. Vgl. dazu auch SÄHStA Dresden. SED-BPA. I/A/038. Bericht aus Chemnitz vom 14.3.46. Hier wird festgehalten, dass ein Großteil der Sozialdemokraten mit einer Verlegung der Demarkationslinie nach Osten rechnet.

gezielt angesprochen wurden, um den demokratischen Wiederaufbau in Angriff zunehmen.³⁸ Gemeinsam übernahmen ehemalige Kommunisten, Sozialdemokraten und wenige Vertreter der Chemnitzer Bürgerschaft die wichtigsten Ämter in der Stadtverwaltung, wobei es zu weitgehenden Überschneidungen zwischen Antifa-Komitee und Verwaltung kam. Dieses »doppelte« Engagement war zum einen dem Willen neu zu beginnen geschuldet und zum anderen dem Mangel an geeigneten Kräften.³⁹ Letztlich trug die Arbeit in der Stadtverwaltung zur Integration der Antifaschisten bei, allerdings erfolgte sie nicht wie in anderen Städten, z.B. Berlin und Dresden auf Anweisung der Funktionäre der Exil-KPD. Die »Aktivisten der ersten Stunde« kamen aus oft Widerstandsgruppen, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges entstanden waren. Dabei stammten die Mitglieder überwiegend aus den Parteien der früheren Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften. Während die Komitees in den ersten Tagen von Kommunisten und Sozialdemokraten dominiert waren, bemühte man sich im Laufe der Zeit auch um eine verstärkte Zusammenarbeit mit Mitgliedern liberaler Parteien und des bürgerlichen Widerstandes.⁴⁰

38 Vgl. dazu Aufruf der Antifaschistischen Front vom 9. Mai, siehe oben Anmerkung 32.

39 Genauere Hinweise über das Zahlenverhältnis zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen in den ersten beiden Nachkriegswochen existieren ebenso wenig wie konkrete Angaben zur Arbeit der Antifaschistischen Front in dieser Zeit. Es liegt nahe, dass dieser Antifa-Ausschuss zuerst die Kommunalverwaltung übernahm und die eigene Tätigkeit daher nicht zusätzlich dokumentierte. Aus dem Protokoll der ersten Präsidiumssitzung der Antifaschistischen Front (AF) am 24. Mai 1945 und der Anwesenheitsliste geht hervor, dass zahlreiche Personen für die Arbeit in Ausschüssen (wie Ernährung oder Wohnungsfragen) vorgeschlagen und gewählt wurden, die nicht anwesend waren. Dies legt die Vermutung nahe, dass diese bereits in diesen Ausschüssen als Vertreter der Antifaschistischen Front arbeiteten. Vgl. dazu SÄHStA Chemnitz. SED-BPA Chemnitz. Sammlungen. V8/651. Protokoll der 1. Präsidiumssitzung. Bl. 2ff. und StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Anwesenheitsliste Tagung des Plenums der Antifa Chemnitz vom 24. Mai 1945. Bl. 2 und 4f. Sowie Daniela Schmohl: Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945. S. 76ff.

40 Das Protokoll der 1. Präsidiumssitzung der Antifaschistischen Front weist die Teilnahme von Gewerkschaftern, einem Demokraten, Kommunisten und Sozialdemokraten und einigen Vertretern aus Wirtschaft und Handel nach. StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Anwesenheitsliste Tagung des Plenums der Antifa Chemnitz vom 24. Mai 1945. Bl. 2 und 4f.

Im Gegensatz zu anderen Städten konnten die Antifa-Komitees in Chemnitz jedoch relativ lange arbeiten: Es kam sogar zu dem Sonderfall, dass auf die Spontangründung Anfang Mai 1945 eine Neukonstituierung der Antifaschistischen Front nach dem 27. Mai 1945 folgte.⁴¹ In Chemnitz verstärkten die heimkehrenden Häftlinge aus den befreiten Konzentrationslagern und Zuchthäusern die politische Arbeit in den Ausschüssen und prägten die »zweite« Antifaschistische Front.⁴² Informierende und mobilisierende Veranstaltungen traten in den Mittelpunkt und die ehemaligen Häftlinge übernahmen, legitimiert durch ihr Widerstehen und Überleben des nationalsozialistischen Terrors, entscheidende Funktionen innerhalb der neuen Polizei oder Verwaltung.⁴³

Der entscheidende Unterschied zu anderen Städten in Deutschland ist, dass die Neukonstituierung zu einem Zeitpunkt erfolgte, als zumindest die im Einflussbereich der Exil-KPD liegenden Antifa-Komitees bereits aufgelöst waren und antifaschistische Aktivitäten unterbunden wurden. Dies gilt sowohl für die sächsischen Städte im Wirkungsbereich von Anton Ackermann als auch für Berlin, wo die

41 Ebenda. Anwesenheitsliste zur Konstituierung des Antifa-Komitees vom 27. Mai 1945. Bl. 3. – Ebenda. Erstes Präsidium der Antifaschistischen Front Chemnitz und Gründungsprotokoll. Bl. 4f.

42 Darauf verweisen die zahlreichen politischen Diskussionen, die in den Protokollen der verschiedenen Sitzungen des Antifa-Präsidiums festgehalten sind. So z.B.: StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Protokoll der Sitzung des Antifa-Präsidiums am 7. Juni 1945. Bl. 7-14. Auch viele Veranstaltungen in den Stadtteilen gingen auf Initiative der ehemaligen Häftlinge zurück. Am 27. Mai erschien die erste Ausgabe der »Mitteilungen der Antifaschistischen Front«, eine kostenlose Zeitung, die sich an »Antifaschisten« und »Chemnitzer« richtete. Vgl. dazu SÄHStA Chemnitz. SED-BPA Chemnitz. Sammlungen. V8/195. Mitteilungen der Antifaschistischen Front vom 27. Mai 1945. Bl. 1f. Siehe auch Daniela Schmoihl: Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945. S. 74ff.

43 Als Beispiel sei hier stellvertretend Ernst Wabra (1907-1970) genannt, der seit seiner Jugend im Kommunistischen Jugendverband aktiv war. 1934 verhaftet, war er von 1935 bis 1945 im Zuchthaus Waldheim inhaftiert. Seit seiner Rückkehr nach Chemnitz am 7. Mai war er Mitglied der Antifaschistischen Front und besonders beim Aufbau und der Säuberung der Polizei tätig. Von Juni bis Dezember 1945 war er Polizeipräsident von Chemnitz.

Gruppe Exilkommunisten um Walter Ulbricht arbeitete.⁴⁴ (Eine Ausnahme stellen hier wiederum die zu diesem Zeitpunkt noch amerikanisch besetzten Gebiete dar, in denen wie zum Beispiel in Eisleben die Ausschüsse illegal oder unter »falschem« Namen arbeiteten.⁴⁵)

Das Sekretariat der Antifaschistischen Front wirkte parallel zur Stadtverwaltung nicht nur in den Stadtteilen von Chemnitz sondern mit ihrer überparteilichen Arbeit, politischen Veranstaltungen und den entsprechenden Anweisungen der Rundschreiben weit ins Umland. Die in der Antifaschistischen Front zusammengefassten Antifa-Komitees der Stadtteile und Vororte verstanden sich als politische Bewegung, die zum einen die Stadtverwaltung unterstützte und z.T. selbst stellte und zum anderen aktiv gegen die nationalsozialistische Ideologie in den Köpfen der Bevölkerung vorging. Dabei war die Bestrafung von ehemaligen führenden Nationalsozialisten ebenso wichtig wie die antifaschistische Erziehung der Bürger der Stadt.⁴⁶

Zur Entnazifizierung lässt sich für Chemnitz feststellen, dass neben der Registrierung der NSDAP-Mitglieder auch die sofortige Entlassung bei Polizei und von wichtigen städtischen Posten erfolgte. Dabei wurden hier auch erste Strafmaßnahmen in Form von Ar-

44 Siehe dazu Ulbricht im Telegramm vom 17. Mai 1945 an Dimitroff: BArch SAPMO. NY 4182/ 246. Walter Ulbricht. Bl. 12. Siehe dazu auch die Rede Ackermanns auf einer KPD-Versammlung am 21. Mai 1945 in Dresden. BArch SAPMO. SgY 30/ 1291/4. Anton Ackermann. Bl. 711-723. Siehe auch Daniela Schmohl: Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945. S. 35–39. Zur Arbeit der Gruppe Ulbricht v. a.: Gerhard Keiderling: »Gruppe Ulbricht« in Berlin. Von April bis Juni 1945. Berlin 1993. – Ders.: Wir sind die Staatspartei. Die KPD-Bezirksorganisation Groß-Berlin. April 1945 – April 1946. Berlin 1997.

45 Vgl. dazu Daniela Schmohl: Antifaschistische Aktionsausschüsse 1945. S. 119-149.

46 »Die Aufgaben der Antifaschistischen Front sind jetzt rein politischer Natur. Die antifaschistische Bewegung ist kein Kontrollorgan für die Behörden, sondern eine politische Kampforganisation, deren Hauptaufgabe es ist, die Bevölkerung umzuerziehen.« Zit. nach Referat von Otto Heckert: StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Protokoll der Sitzung des Antifa-Präsidiums am 7. Juni 1945. Bl. 7.

beitseinsätzen zur Trümmerbeseitigung durchgesetzt.⁴⁷ Verhaftungen erfolgten mit Unterstützung der Besatzungsmacht während Beschlagnahmungen von Eigentum und Wohnungen zumindest in den ersten Wochen auch von den örtlichen Komitees durchgeführt wurden.⁴⁸

47 Von Anfang an organisierten die Antifa-Komitees Aufräumarbeiten an denen bekannte Nationalsozialisten als Straf- und Wiedergutmachungsarbeit teilnehmen mussten. Vgl. dazu die Diskussion auf der 1. Sitzung des Antifa-Präsidiums. Hier führt Josef Siegnoth (SPD) vom Arbeitsamt an: »Die entlassenen Nazis können wir gar nicht entbehren. Sie müssen auf der Straße arbeiten. [...] Uns wurde der Vorwurf gemacht, dass wir die Nazis auf der Straße arbeiten lassen, aber wir brauchen sie, wir können gar nicht anders.« Zit. Ebenda. Protokoll der Sitzung des Antifa-Präsidiums am 7. Juni 1945. Bl. 10f. Im Juni untersagten sowohl das Präsidium der AF als auch der Chemnitzer Polizeipräsident diese Form der Arbeitseinsätze aus politischen Gründen. Vom Sekretariat der AF wurde den Stadtteilausschüssen mitgeteilt, dass die Arbeitseinsätze nun am Wochenende als breit angelegte Massenkaktionen stattfinden sollten. »Die Bevölkerung soll nicht dazu gezwungen werden, sondern aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus diese Arbeiten freiwillig durchführen.« Die Antifa-Komitees hatten darauf zu achten, dass sich weiterhin bekannte Nationalsozialisten an den Aufräumarbeiten beteiligten, aber der Oberbürgermeister und die Stadträte sollten beispielgebend vorangehen. Vgl. dazu StA Chemnitz. Rat der Stadt (RdSt) Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Schriftwechsel mit Antifa-Stellen. Nr. 43. Schreiben des Sekretariats zu den Wochenarbeitseinsätzen. Bl. 270-271.

48 Lebensmittelverteilungen, Beschlagnahmung von Wohnungen aber auch Verhaftungen usw. waren Aufgaben der Stadtverwaltung und der Polizei. Alle diese Aktionen wurden jedoch auch von den Antifaschistischen Komitees der Stadt durchgeführt. Dass es hierbei durchaus unterschiedliche Auffassungen über Zuständigkeiten gab, zeigen verschiedene Zeitungsmittelungen und Diskussionen bei Präsidiumssitzungen. So verkündet der Oberbürgermeister Dr. Ring und der kommissarische Bürgermeister Dr. Fritz Gleibe am 10. Mai: »Alle Anordnungen für die gesamte Stadt Chemnitz und die Umgebung werden nur durch mich [Dr. Ring] oder die von mir ordentlich eingesetzten Organe vorgenommen. Alle anderen Organe ohne meine oder die Unterschrift von Dr. Gleibe sind wilde Organe; sie haben deshalb keine Berechtigung, Maßnahmen zu treffen.« Zit. nach Chemnitzer Nachrichten. Nr. 1 vom 10. Mai 1945. S. 1. »**Jede Aktion** muß organisiert durchgeführt werden, muß eine Demonstration gegen den Faschismus und seine Träger sein und deshalb **durch die Antifaschistische Front** durchgeführt werden. [...] Wo bei Faschisten **Haussuchungen** durchgeführt werden sollen, dann durch die Antifaschistische Front. Wo Faschisten ihre **Wohnung räumen** sollen, dann durch die Antifaschistische Front. Bei **Plünderungsversuchen** greift sofort ein und sichert euch die Hilfe der Antifaschistischen Front.« Zit. nach SâHStA Chemnitz. SED-BPA Chemnitz. V8/195. Mitteilungen der Antifaschistischen Front vom 27. Mai 1945. Bl. 2. Hervorhebung im Original. Als es wenige Wochen später wieder eine funktionierende antifaschistische Verwaltung und Polizei gab, kam es dennoch

Die nationalsozialistisch legitimierten Bürgermeister wurden abgesetzt. In Chemnitz herrschte zunächst einigermaßen Verwirrung über die Besetzung des Oberbürgermeisteramtes vor. Der OBM wechselte in den ersten Monaten ständig.⁴⁹ Das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht entsprach deren Bestreben einen geeigneten Bürgermeister aus dem bürgerlichen Lager einzusetzen. Zwar griff der Stadtkommandant auf die Vorschläge der Antifa-Komitees bei der Neubesetzung der kommunalen Verwaltung, der Polizei und bei den ersten Entnazifizierungsmaßnahmen zurück – allerdings stand die Wahl des OBM den Vorschlägen des Antifa-Ausschusses entgegen.⁵⁰

Der Einfluss der Exil-Kommunisten lässt sich nur zum Teil nachweisen. Von Anton Ackermann sind keinerlei Äußerungen zum Chemnitzer Antifa-Ausschuss bekannt, es liegt aber nahe, dass die Antifaschistische Front der Kanalisierung des vorhandenen antifaschistischen Potentials und des Betätigungswillens eines nicht gerin-

gelegentlich zu eigenmächtigen Handlungen einzelner Stadtteilkomitees, die unterbunden werden mussten. »Die Bevölkerung muß sehen, daß es keine Doppelmacht gibt, sondern nur eine einheitlich ausgerichtete Front. Die städtischen Behörden und die jetzt gesäuberte Polizei sind die einzigen Körperschaften, die behördliche Maßnahmen treffen können.« Zit. nach Referat von Otto Heckert. StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Protokoll der Sitzung des Antifa-Präsidiums am 7. Juni 1945. Bl. 7.

49 Was zunächst auch an der »Köpenickiade« des OBM Dr. Ring lag: Der ehemalige Wehrmatsangehörige Ring hatte offenbar die Verwirrungen der ersten Nachkriegstage genutzt und beide Besatzungsmächte wie auch die Antifaschistische Front als »aktiver Kämpfer gegen das Naziregime« getäuscht. Vgl. dazu Vgl. dazu Beate Häupel: Der Versuch eines Neubeginns 1945/1946. In: SPD im Chemnitzer Rathaus. S. 116. Sowie StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Protokoll der Sitzung des Antifa-Präsidiums am 7. Juni 1945. Wortmeldung Max Müller. Bl. 11.

50 Dr. Fritz Gleibe wurde nach der Verhaftung von Dr. Ring am 15. Mai 1945 als OBM eingesetzt. Als dieser als NSDAP-Mitglied nicht mehr haltbar war, trat am 10. Juli der parteilose Jurist Dr. Kurt Wuthenau seine Nachfolge im Amt an. Ihm stand dann mit Ernst Engelke (Nationalkomitee Freies Deutschland) erstmals ein Exilkommunist (»Moskauer«) in dieser Position zur Seite.

gen Teils der Chemnitzer Bevölkerung diene.⁵¹ Möglich ist, dass Ackermann aus den Ereignissen um die Antifa-Ausschüsse in Dresden für die ehemalige Hochburg der Arbeiterbewegung andere Schlüsse und Ansätze für richtig hielt, als er dies beispielsweise den sowjetischen Behörden gegenüber oder auch innerhalb der KPD vertrat.⁵²

So wurden in Chemnitz (und den übrigen Orten der SBZ) durch die Besatzungsmacht verschiedene Integrationsangebote gemacht. Ihre Mitarbeit in der Kommunalverwaltung war durchaus erwünscht. Nach sowjetischem Demokratieverständnis wurde versucht alle sozialen Schichten und politischen Lager der Bevölkerung durch eine paritätische Besetzung wichtiger Ämter einzubinden. In der Regel überwogen jedoch Angehörige von KPD und SPD. Weiterhin war die frühe Zulassung politischer Parteien ein Zugeständnis, das allerdings eine Arbeit als Antifaschistische Bewegung jenseits von Parteipolitik ausschloss.

Entscheidend war zudem die Personalpolitik, die sich innerhalb des Jahres 1945 änderte. Viele Mitglieder der Antifa-Ausschüsse übernahmen im Laufe des Jahres verschiedene Funktionen in den Städten, zunächst nur in den einzelnen Ämtern oder Ausschüssen in der kommunalen Verwaltung später dann auch auf Ebene von Landratsämtern und der Landesverwaltung.

Die Arbeit der Exil-Funktionäre der KPD richtete sich in erster Linie an die breite Bevölkerung und diente der Aufklärung über den Nationalsozialismus und der alliierten Ziele. Die ortsansässigen Funktionäre wurden instruiert sich politisch zurückzuhalten. Dabei orientierten sich die Leiter der politischen Arbeitsgruppen strikt an

51 Die Tolerierung der Antifaschistischen Front könnte mit der Fürsprache sowjetischer Offiziere in Moskau zusammenhängen, den Deutschen unabhängig von den Parteienzulassungen die Möglichkeit zu einer antifaschistischen Organisation zu geben. Ein Telegramm der Politischen Hauptverwaltung der 1. Belorussischen Front an die Moskauer Zentrale stellt fest: »Die politischen Parteien, die vor der Nazimacht existierten, treten in Erscheinung und fordern ihre Rechte. Das gleiche gilt für neue Organisationen. Man braucht eine bestimmte Form einer antifaschistischen Massenorganisation, welche die Aktivitäten der Deutschen in der Richtung einer Ausrottung der faschistischen Ideologie und des faschistischen Erbes lenkt. Ulbricht hat diese Frage in Moskau gestellt, aber noch keine Antwort bekommen.« Zit. nach Peter Erler / Horst Laude / Manfred Wilke (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994. S. 120.

52 Siehe dazu Jeannette Michelmann: Die Aktivisten der ersten Stunde. S. 136-174.

den »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« vom 5. April 1945.⁵³ Aus den Nachkriegsplanungen der Exil-KPD geht hervor, dass diese lange Zeit an der Bildung der Volkssausschüsse als neue Machtorganisationen festhielten und erst auf den Druck der sowjetischen Führung (nach der Konferenz von Jalta im Februar 1945) hin nachgaben.⁵⁴ Da sie aber im alltäglichen politischen Leben auf die Mitarbeit und die personelle Unterstützung sowohl von Mitgliedern der lokalen Antifa-Komitees als auch der heimkehrenden ehemaligen Häftlinge angewiesen waren, mussten sie Kompromisse eingehen. Eine Möglichkeit dafür war eine Berichterstattung entsprechend der strikten Auflösungsanweisung und gleichzeitig die Unterbreitung von Integrationsangeboten zur Beteiligung der örtlichen Antifaschisten. Trotz der Integrationsangebote und der Kompromissbereitschaft der Besatzungstruppen bleibt der Eindruck der rigiden Auflösung der Antifa-Komitees bestehen.⁵⁵

53 Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet vom 5. April 1945. In: Peter Erler / Horst Laude / Manfred Wilke (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir«. Dokument Nr. 39. S. 380-386.; BArch SAPMO. NY 4182/851. Walter Ulbricht. Richtlinien. Bl. 1-6.

54 Günter Benser: Das in Moskau erarbeitete Nachkriegskonzept der KPD-Führung. In: Reinhard Kühnl, Eckart Spoo (Hrsg.): Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten. Heilbronn 1995. S. 103-126. Vgl. dazu auch Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Berlin 1999. – Hermann Graml: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941-1948. Frankfurt/ Main 1985. – Alexander Fischer: Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«. 3. Aufl. Köln 1975.

55 Siehe oben: Anmerkung 27. Als Beispiel für die Berichterstattung Walter Ulbrichts nach Moskau: »Es hatten sich in den Berliner Bezirken verschiedene Komitees gebildet, welche selbständig arbeiteten und sich zum Teil schon Funktionen in den Bezirksverwaltungen angeeignet hatten. Demgegenüber arbeiten unsere Genossen und Antifaschisten gesondert. Die Kommunisten trugen rote Armbinden mit der Aufschrift KPD. Teilweise waren spontan in den Bezirken Büros der KPD gebildet und Plakate gekennzeichnet worden. Wir haben alle diese Einrichtungen liquidiert und auch unsere Genossen überzeugt, daß es nicht zweckmäßig ist, schon jetzt mit der Bildung der KPD zu beginnen. Es gibt eine große Anzahl von illegalen Gruppen, wovon einige mit Waffen gegen die Nazis gekämpft haben ...« BArch SAPMO. NY 4182/ 246. Walter Ulbricht. W.U. an Dimitroff vom 17. Mai 1945. Bl. 12. An dieser Stelle ist noch anzumerken, dass die Exilfunktionäre auch als Bindeglied zwischen Bevölkerung und sowjetischer Besatzungsmacht dienten. Dabei waren die »Moskauer« in der Öffentlichkeit zunächst keineswegs akzeptiert und stießen vielfach auf das Misstrauen der Bevölkerung.

Die Besatzungsmächte hatten sich in Jalta zwar auf die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands geeinigt, ohne jedoch konkrete Kriterien der Umsetzung festzuschreiben. Diese Maßnahmen wurden zunächst von allen Besatzungsmächten auf die rasche Normalisierung des täglichen Lebens und die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit reduziert. Die sowjetischen Besatzungstruppen – konfrontiert mit der antisowjetischen Haltung der Deutschen, die geprägt war von der nationalsozialistischen Propaganda – mussten diese Ablehnung aufbrechen und orientierten daher auf ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland nach dem Vorbild der Weimarer Republik. Allerdings besetzten die sowjetischen Behörden die Stadtverwaltungen nicht nach alten Mehrheitsverhältnissen aus der Weimarer Republik sondern nach paritätischen Gesichtspunkten. Man zog dafür sowohl ehemalige Mitglieder von KPD und SPD als auch Vertreter der bürgerlichen Parteien hinzu.

Mit der Zulassung der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone am 10. Juni 1945 wurde schließlich die Wiederaufnahme des Parteiensystems in die Wege geleitet und die basisdemokratischen Ansätze der Antifa-Komitees hatten ihren Zweck in der Mobilisierung des antifaschistischen Potentials der Bevölkerung erfüllt und ihre Mitglieder konnten in die neuentstehenden Organisationen überführt werden.

In Chemnitz erfolgten die Gründung der KPD am 13. Juni und die der SPD am 18. Juni 1945. Am 26. Juni, zwei Wochen nachdem der Befehl Nr. 2 über die Bildung der antifaschistischen Parteien bekannt gegeben worden war, gründeten die bisherigen Mitglieder des Präsidiums der Antifaschistischen Front den »Antifaschistisch-demokratischen Block«.⁵⁶ Diese Gründung des Blocks erfolgte früher als in anderen Orten der SBZ.⁵⁷

⁵⁶ Bei der Blockgründung waren je fünf Vertreter von KPD, SPD und Christlich-sozialen anwesend, drei Liberale und ein Wirtschaftsvertreter sowie weitere namentlich nicht genannte Personen. Vgl. dazu StA Chemnitz. RdSt. Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Gründungsprotokoll des Demokratischen Blocks in Chemnitz am 26. Juni 1945. Bl. 32-33. – BArch. SAPMO. SgY 30/0240. August Friedel. Anlage 6. Einladung der KPD zur Blockbildung vom 21. Juni 1945. Bl. 37 und ebenda: Anlage 7. Bericht an das SPD-Sekretariat in Chemnitz über die Sitzung vom 26. Juni 1945. Datiert vom 30. Juni 1945. Bl. 38.

⁵⁷ Der zentrale Einheitsfrontausschuss von KPD und SPD war am 19. Juni 1945 als Arbeitsausschuss in Berlin gebildet worden. Seine Empfehlung zur Gründung der antifaschistisch-demokratischen Blöcke in der SBZ erfolgte erst am 14. Juli 1945.

Durch die Wiederzulassung und Neugründung von Parteien hatte die »Antifaschistische Front« ihre Rolle als Sammelbecken von Antifaschisten verloren. Trotz der Einwände besonders von ehemaligen Häftlingen gegen die ausschließliche Organisierung auf Parteiebene wurden die Antifa-Ausschüsse entsprechend den alliierten Beschlüssen auch in Chemnitz aufgelöst.⁵⁸

Am 30. Juni wurde allen Stadtteilbüros die Auflösung der Antifaschistischen Front vom Sekretariat der Antifaschistischen Front mitgeteilt, die politischen Parteien bzw. der demokratische Block »mit seinen Ausschüssen« würden nun die Aufgaben des Antifa-Komitees übernehmen.⁵⁹ Alle Mitglieder und Mitarbeiter wurden aufgefordert, sich den zugelassenen politischen Parteien anzuschließen. Die Büros der Stadtteilkomitees sollten bis zu ihrer formellen Auflösung als Abwicklungsstellen genutzt werden, während die Wohnungs- und Ernährungsausschüsse den städtischen Behörden unterstellt wurden. Die letzte Versammlung der Antifaschistischen Front Chemnitz fand am 6. Juli statt.⁶⁰ Das letzte Rundschreiben des Sekretariats der Antifaschistischen Front vom 13. Juli 1945 wies noch einmal ausdrücklich daraufhin, dass die Wiederzulassung der politischen Parteien die Auflösung der Antifaschistischen Front »in der bisherigen Form notwendig« macht.⁶¹ Es wurde nochmals darüber informiert, dass sich das Antifa-Komitee der Stadt aufgelöst hat und

Vgl. dazu Siegfried Suckut: Blockausschüsse in der SBZ. In: Martin Broszat; Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München 1990. S. 595-618.

58 In den letzten Wochen hatte es in den Sitzungen der AF auch immer wieder erhitzte Diskussionen um die politische Ausrichtung der Antifaschistischen Front gegeben. StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Protokoll 7. Juni 1945. Bl. 9-14. Und ebenda: Tagung des Komitees der Antifa am 10. Juni 1945. Bl. 15-21.

59 Siehe dazu StA Chemnitz. RdSt Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Rundschreiben. Geschäftsordnung des Blocks. Nr. 26. Antifaschistisches Komitee Chemnitz: An alle Stadtteile vom 30. Juni 1945.

60 StA Chemnitz. RdSt Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Protokoll über die Schlußversammlung der Antifaschistischen Front Chemnitz vom 6. Juli 1945. Bl. 31.

61 Siehe dazu StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Schriftwechsel mit Antifa-Stellen. Nr. 43. Rundschreiben 5/45 an alle Bezirkskomitees vom 13. Juli 1945. Bl. 113.

die »politischen Funktionen« künftig vom »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« wahrgenommen werden. »Die Antifaschistische Front ist auf jeden Fall aufzulösen, durch die Bildung von Parteien hat sie ihre Berechtigung verloren.«⁶² Dem folgte erneut die Aufforderung in die neugebildeten Parteien einzutreten. Diese Auflösung geschah letztlich wie andernorts ohne großen Widerstand – auch in Chemnitz setzten sich die Vertreter der Parteienpolitik durch.

Das Rundschreiben 4/45 der Antifaschistischen Front Chemnitz

Innerhalb des umfangreichen Chemnitzer Quellenmaterials stellt das Rundschreiben 4/45 (und die Antworten auf dieses Schreiben) einen besonders interessanten Fund dar. Am 14. Juni 1945 verschickte das Sekretariat des Antifaschistischen Komitees einen Fragebogen »zur organisierten Berichterstattung«, um sich einen Überblick über den Stand der antifaschistischen Bewegung mit ihren in den Stadtteilen und umliegenden Gemeinden tätigen Antifa-Ausschüssen zu verschaffen.⁶³ Ziel der Befragung war die »einheitliche Ausrichtung« der künftigen Arbeit. Erfasst werden sollte neben den Anschriften des Komitees und seines Ersten und Zweiten Vorsitzenden, die politische und soziale Zusammensetzung der Ausschüsse, die Zusammenarbeit mit Behörden, mit dem Bürgermeister und mit der Besatzungsmacht. Weiterhin wurden die Arbeitsweise und die Legitimierung der Ausschüsse durch die Einwohner sowie die Mitgliederzahlen erfragt. Zuletzt waren noch die Gewerkschaftsfrage, die Bildung von Betriebsausschüssen, die Organisation von Arbeitseinsätzen und die Beschlagnahmung und Verteilung von Chemnitzer Auswechlagern von Belang.

Das Sekretariat erhielt 28 Antworten, die sich auf das Rundschreiben 4/45 bezogen. Von diesen Auskünften kamen acht aus Chemnitzer Stadtteilen⁶⁴ bzw. drei aus unmittelbar benachbarten Gemein-

62 Zit. nach ebenda. Bl. 113.

63 Siehe StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 26. Rundschreiben. Vorlage Rundschreiben 4/45 vom 14.06.1945.

64 Chemnitztalstraße in Chemnitz/ Furth, Gablenz, Helbersdorf, Hilbersdorf, Kappel, Markersdorf, Rottluff und Unter-Altchemnitz.

den⁶⁵ und drei aus dem noch unbesetzten Gebiet südlich bzw. nördlich von Chemnitz⁶⁶. Die restlichen fünfzehn Schreiben kamen aus den verschiedenen Orten in der Umgebung von Chemnitz.⁶⁷

Leider ist nicht bekannt, an wie viele Ausschüsse dieses Rundschreiben verschickt wurde bzw. wie es in so entfernte Orte wie Rübenau im Erzgebirge (ca. 40 km südlich von Chemnitz an der tschechischen Grenze gelegen) oder in das unbesetzte Gebiet gelangte. Vereinzelt finden sich Hinweise auf persönliche Kontakte zwischen Antifaschisten aus Chemnitz und den einzelnen Orten.⁶⁸

Aus den Eingangsvermerken des Antifa-Komitees geht hervor, dass die Schreiben zwischen 15. Juni und 6. Juli wieder im Sekretariat des Antifaschistischen Komitees eintrafen.⁶⁹ Der Umfang der Antworten ist ebenfalls sehr unterschiedlich. Während der überwiegende Teil in knappen Worten die Fragen beantwortete, kamen einige Antifa-Komitees der Aufforderung nach, einen Bericht über die politische Arbeit beizufügen und alle unklaren oder ihnen wichtig erscheinenden Fragen zu stellen. Zudem wird in einigen Antworten auch ausführlich auf die Zusammensetzung der Ausschüsse mit Namen der Aktiven und ihren Funktionen geantwortet.

Zunächst ist auffällig, dass sich die Chemnitzer Stadtteil-Komitees und die Komitees der einzelnen Orte unterschiedliche Namen gegeben haben. Das weist daraufhin, dass die Ausschüsse unabhängig voneinander entstanden und bspw. in Chemnitz z.T. bereits vor

65 Erfenschlag, Röhrsdorf und Siegmars-Schönau. Erfenschlag und Siegmars-Schönau wurden 1950 nach Chemnitz eingemeindet, Röhrsdorf folgte einige Jahre später.

66 Leukersdorf, Kemtau i. Erzg., Thalheim i. Erzg.

67 Altenhain, Auerbach i. Erzg., Claußnitz, Grüna, Hainichen, Hartmannsdorf, Kändler, Klaffenbach, Mühlbach, Oberlungwitz, Pleiße, Rübenau i. Erzg., Schellenberg und Weißbach.

68 So zum Beispiel der Verweis auf einen Varieté- und Tanzabend in Leukersdorf mit »Schmutzler von der Antifa-Zentrale«. Vgl. dazu StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 26. Rundschreiben 4/45. Antwortschreiben Leukersdorf. Bl. 32.; Oder die persönlichen Grüße von Willy Warta (Antifa-Komitee Rübenau) an Karl Winter, der Mitglied der Antifaschistischen Front Chemnitz und der erste Vorsitzende der neu gegründeten Chemnitzer KPD war. Vgl. dazu ebenda: Antwortschreiben Rübenau. Bl. 62.

69 Die Schreiben an sich sind zum Teil undatiert bzw. Datum und Eingangsvermerk weisen Differenzen von bis zu sieben Tagen (Rübenau) auf. Vier Antworten waren ohne Datum und Eingangsvermerk. Vgl. dazu StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 26. Rundschreiben 4/45. nicht fortlaufend nummeriert.

der Neukonstituierung der Antifaschistischen Front existierten. Namensgleichheiten könnten aber auch Hinweis auf die Vorbildwirkung von größeren und aktiven Ausschüssen sein. Als Antifaschistische Komitees (bzw. Antifa-Komitees oder Antifaschistische Ortskomitees) bezeichneten sich die Einrichtungen in den Stadtteilen Helbersdorf⁷⁰, Markersdorf⁷¹, Rottluff⁷², Gablenz⁷³ und Erfenschlag⁷⁴, weiterhin in Claußnitz⁷⁵, Grüna⁷⁶, Kändler⁷⁷, Kemtau⁷⁸, Klaffenbach⁷⁹, Mühlbach⁸⁰, Rübenau⁸¹ und Schellenberg⁸². Antifaschistische Front nannten sich die Ausschüsse Hilbersdorf⁸³, Röhrsdorf⁸⁴, Siegmar-Schönau⁸⁵, Auerbach i. Erzg.⁸⁶ und Hainichen⁸⁷. Den Namen »Antifa-Aktionsausschuss« trug in Chemnitz nur das Komitee des Ortsteils Kappel.⁸⁸ Im Umland trug diesen Namen auch der Ausschuss in Altenhain. Keinen Namen hatten die Ausschüsse in Chemnitz-Furth im »Haus der Antifa« in der Chemnitztalstraße⁸⁹,

70 Siehe ebenda. Antwort Helbersdorf vom 16. Juni 1945. Bl. 11-12.

71 Siehe ebenda. Antwort Markersdorf vom 18. Juni 1945. Bl. 9-10.

72 Ebenda. Antwort Rottluff vom 20. Juni 1945. Bl. 6-7; Beigefügter Bericht. Ebenda: Bl. 8

73 Ebenda. Antwort Gablenz vom 29. Juni 1945. Bl. 17-18.

74 Ebenda. Antwort Erfenschlag vom 22. Juni 1945. Bl. 23-24.; Beigefügter Bericht. Ebenda: Bl. 25.

75 Ebenda. Antwort Claußnitz vom 2. Juli 1945. Bl. 47-48.

76 Ebenda. Antwort Grüna vom 28. Juni 1945. Bl. 45-46.

77 Ebenda. Antwort Kändler vom 27. Juni 1945. Bl. 35-36.; Beigefügter Bericht. Ebenda: Bl. 37.

78 Ebenda. Antwort Kemtau vom 21. Juni 1945. Bl. 57-58.

79 Ebenda. Antwort Klaffenbach. Ohne Datum. Bl. 55-56.

80 Ebenda. Antwort Mühlbach bei Frankenberg. Ohne Datum. Bl. 65-66.

81 Ebenda. Antwort Rübenau vom 4. Juli 1945. Bl. 61-62.

82 Ebenda. Antwort Schellenberg vom 29. Juni 1945. Bl. 41-42.

83 Ebenda. Antwort Hilbersdorf vom 15. Juni 1945. Bl. 15-16.

84 Ebenda. Antwortschreiben Röhrsdorf vom 26. Juni 1945. Bl. 70-71.; Ebenda: Antwort Röhrsdorf. Ohne Datum. Bl. 21-22.

85 Ebenda. Antwort Siegmar-Schönau II vom 21. Juni 1945. Bl. 51-52.

86 Ebenda. Antwort Auerbach/ Erzg. vom 3. Juli 1945. Bl. 28-29.

87 Ebenda. Antwort Hainichen vom 25. Juni 1945. Bl. 49-50.

88 Ebenda. Antwort Kappel vom 18. Juni 1945. Bl. 20.

89 Ebenda. Antwort Chemnitztalstraße vom 15. Juni 1945. Bl. 13f.

in Unter-Altchemnitz⁹⁰ sowie in Pleiße⁹¹ und Weißbach bei Zschopau⁹². Der Hartmannsdorfer Ausschuss hieß »Antifa-Komitee Freies Deutschland«⁹³ und der Thalheimer schlicht »Notgemeinschaft«⁹⁴. In Leukersdorf arbeitete man im »Ortsausschuß der Antifaschistischen Bewegung«⁹⁵ und in Oberlungwitz⁹⁶ bei der »Antifa«.

Für die Mehrzahl der Ausschüsse lässt sich aus diesen Aufzeichnungen kein genaues Gründungsdatum festschreiben. Das Bestehen eines Antifa-Ausschusses vor der Neukonstituierung der Chemnitzer Antifaschistischen Front am 27. Mai 1945 ist für Siegmarschönau⁹⁷, Rottluff⁹⁸, Erfenschlag⁹⁹ und Helbersdorf¹⁰⁰ nachweisbar. Die

90 Ebenda. Antwort Unter-Altchemnitz vom 25. Juni 1945. Bl. 30f.

91 Ebenda. Antwort Pleiße vom 18. Juni 1945. Bl. 38-39; Handschriftliche Ergänzung, Ebenda: Bl. 40.

92 Ebenda. Antwort Weißbach vom 5. Juli 1945. Bl. 63-64.

93 Ebenda. Antwort Hartmannsdorf vom 24. Juni 1945. Bl. 26-27.

94 Ebenda. Antwort Thalheim vom 6. Juli 1945. Bl. 68-69.

95 Ebenda. Antwort Leukersdorf vom 27. Juni 1945. Bl. 33-34; Beigefügter Bericht, Ebenda: Bl. 32.

96 Ebenda. Antwort Oberlungwitz vom 29. Juni 1945. Bl. 43-44.

97 Die Antifaschistische Front in Siegmarschönau muss vor dem 22. Mai entstanden sein und ihren Namen dann dem Antifa-Ausschuss der Stadt Chemnitz angepasst haben. Am Tag der Arbeitsaufnahme in den Elite-Diamant-Werken, dem 22. Mai wurde »im Auftrag des antifaschistischen Ortskomitees der Stadt Siegmarschönau ein provisorischer Betriebsausschuß« gebildet. Vgl. dazu SÄHStA Chemnitz, SED-BPA Chemnitz, V/5/199, Paul Pötzschke, Denkschrift über die Tätigkeit des Betriebs-Gewerkschaftsausschusses der Elite-Diamant A-G, Siegmarschönau, Abschrift von 1969, Bl. 30-42. Hier besonders Bl. 37. Die Denkschrift ist aufgrund des Berichtsstils und -zeitraums bis August 1945 auf den Spätsommer/ Herbst 1945 zu datieren.

98 Im beigefügten Bericht zu Rottluff ist vermerkt, dass sich das Komitee bereits am 10. Mai nach »den Gesichtspunkten der Bewährung und der politischen Arbeitsleistung der Mitglieder in der illegalen und früheren Zeit« gebildet hatte. Dabei hatten zunächst Turner, »die [...] einstmals gestohlene Turnhalle (mit Heimzimmer) wieder in Besitz genommen, welche [...] jetzt als Versammlungsraum, Beratungs- und Arbeitszimmer dient.« Zit. nach StA Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 26, Rundschreiben 4/45, beigefügtes Antwortschreiben Rottluff vom 19. Juni 1945, Bl. 8.

99 Aus dem beiliegenden Schreiben geht hervor, dass das Komitee am 17. Mai 1945 zusammentrat und bestätigt wurde. Ebenda, Antwortschreiben Erfenschlag, Bl. 25.

100 Für Helbersdorf lässt sich dieser Schluss aus der Durchführung der »Erstzusammenkunft« am 22. Mai ziehen, während in den Antwortschreiben der anderen Komitees die Gründungsdaten benannt werden. Siehe oben. Vgl. dazu Ebenda, Antwort Helbersdorf, Bl. 11.

Antifaschistische Front Röhrsdorf wurde erst Mitte Juni gegründet.¹⁰¹

Die Gründung des Antifa-Komitees Claußnitz am 10. Mai 1945 ist zwar bekannt, aber im Fragebogen des Ortes wird darauf nicht eingegangen.¹⁰² Auch in Leukersdorf übernahmen bereits am 8. Mai 1945 Antifaschisten die Gemeindeverwaltung.¹⁰³ Für die restlichen Komitees war eine Präzisierung in dieser Frage nach vorliegendem Aktenmaterial nicht möglich.

Für die Ausschüsse aus den umliegenden Städten und Gemeinden waren die Kontakte und Informationen aus der Stadt Chemnitz maßgeblich. Dies wird vor allem bei den beigefügten Fragen an die Chemnitzer Antifaschistische Front deutlich.¹⁰⁴ In einigen Orten übernahmen Antifaschisten die Gemeinde- und Stadtverwaltungen ohne derartige Ausschüsse zu bilden, man verstand die neu gebildeten Verwaltungen quasi als Antifa-Ausschüsse oder gründete die Komitees nachträglich.¹⁰⁵ Was auf die politische Bedeutung und Vorbildwirkung dieser Ausschüsse hinweist.

101 Für Röhrsdorf ist allerdings im beiliegenden Schreiben vermerkt, dass sich die Antifaschistische Front im Ort »erst seit knapp zwei Wochen in voller Tätigkeit« befindet. Da das Schreiben einen Eingangsvermerk vom 26. Juni trägt, ist davon auszugehen, dass antifaschistische Aktivitäten im Sinne eines Komitees erst nach dem 27. Mai 1945 in Angriff genommen wurden. Zit. nach Ebenda. Antwortschreiben Röhrsdorf vom 26. Juni 1945. Bl. 70.

102 Dies könnte an der großen Zeitspanne – zwischen der Gründung des Antifa-Komitees im zunächst unbesetzten Claußnitz und der sich Ende Juni wieder normalisierenden Lage – liegen. Zudem wurden alle Fragen im Antwortschreiben des Ortes nur sehr knapp beantwortet. Allerdings war der Unterzeichnende Erich Knorr der 1. Vorsitzende des örtlichen Komitees und zugleich dessen Initiator. Vgl. dazu Harald Weber. Die unbesetzte Zone im Mulde-Gebiet. In: Jochen Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland. S. 84 und 86f. sowie Südwest-Sachsen im Frühjahr 1945. Eine Chronik. In: Ebenda. Dokumente. S. 356. Der Fragebogen wurde zwischen dem 24. Juni (angegebenes Veranstaltungsdatum) und dem 2. Juli 1945 (Eingangsstempel Sekretariat der Antifaschistischen Front) beantwortet. StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 26. Rundschreiben 4/45. Antwort Claußnitz vom 2. Juli 1945. Bl. 47-48.

103 Südwest-Sachsen im Frühjahr 1945. Eine Chronik. In: Jochen Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland. Dokumente. S. 355.

104 Siehe weiter unten. Anm. 169 und 170.

105 Siehe oben. Anm. 102 und 103. Für die verschiedenen Formen der Aktivitäten und Organisation von Antifaschisten sei stellvertretend verwiesen auf: Jochen Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland. – Jeannette Michelmann: Die Aktivistinnen der ersten Stunde.

Die politische Zusammensetzung der elf Chemnitzer Komitees war sehr unterschiedlich. Die Mitgliederzahlen in den Komitees selbst schwankten zwischen vier und 16 Personen. Auch die Parteizugehörigkeit war unterschiedlich stark verteilt: die KPD-Mitglieder dominierten die Ausschüsse (61 Personen), 26 SPD, elf Parteilose und zwölf Bürgerliche aber nur zwei Unternehmer, zwei Ärzte und ein Bauer waren vertreten.¹⁰⁶ Auffallend ist, dass insgesamt nur 13 Frauen ihren Anteil an der Politik der Stadtteilkomitees hatten. Betrachtet man einzelne Komitees, so lässt sich feststellen, dass es neben kommunistisch dominierten wie Hilbersdorf und Unter-Altchemnitz auch Ausschüsse gab, in denen die SPD wie in Markersdorf oder die Parteilosen wie in Furth und Erfenschlag die Mehrheit hatten. Eindeutig kommunistisch geprägt waren nur vier der Komitees: Gablenz mit elf Kommunisten, drei Sozialdemokraten und zwei Bürgerlichen im Ausschuss, Mitglied der KPD waren in Hilbersdorf 13 von 16 Komiteemitgliedern, in Siegmars-Schönau gehörten sieben Mitglieder der KPD an, fünf der SPD und ein parteiloser Arzt war noch im Ortskomitee sowie in Unter-Altchemnitz, dessen Ausschuss nur sechs Mitglieder hatte, gehörten alle der KPD an.

In Kappel waren die Kommunisten mit vier Mitgliedern zwar in der Mehrheit, aber in diesem Komitee saßen außerdem drei SPD-Mitglieder und drei Bürgerliche, hier arbeitete das wohl ausgewogenste der elf Chemnitzer Komitees. Auch in Röhrsdorf hatte die KPD sechs Mitglieder in der Antifaschistischen Front, aber die SPD war mit drei Mitgliedern und die Bürgerlichen mit fünf Personen vertreten. In Rottluff arbeiteten je drei Mitglieder von KPD und SPD gemeinsam mit einem parteilosen Arzt im Ausschuss. Parteilose dominierten die Ausschüsse in der Chemnitztalstraße im Stadtteil Furth, wo vier Parteilose und ein KPD-Mitglied im Ausschuss saßen sowie in Erfenschlag, hier gehörten von 14 Mitgliedern vier zur KPD, der Rest war parteilos.¹⁰⁷ Die SPD hatte in den Komitees in

106 Leider ist nirgendwo angegeben, nach welchen Kriterien die Zuordnung zum verschiedenen politischen Lagern erfolgte. Also handelte es sich z.B. um die Parteizugehörigkeit von 1933 oder um Mitgliedschaft in einer der Neugründungen. Weiterhin ist nicht klar, ob die Zuordnung »Bürgerliche« sich auf Parteien des liberalen und demokratischen Spektrums beriefen oder ob es hier um die

107 Dabei setzten sich die zehn Parteilosen aus sieben Bürgerlichen und drei ehemaligen SPD-Mitgliedern zusammen.

Helbersdorf¹⁰⁸ und Markersdorf mit sieben SPD- und fünf KPD-von 14 Ausschussmitgliedern die Mehrheit.

Nicht in jedem Ausschuss gab es SPD-Mitglieder (z.B. nicht in der Chemnitztalstraße, Hilbersdorf und Unter-Altchemnitz), auch Bürgerliche waren nur in drei Komitees vertreten (Gablenz, Kappel, Markersdorf). Je einen Arzt gab es nur im Rottluffer und im Siegmarschönauer Ausschuss, die zwei Unternehmer beteiligten sich in Kappel, je ein Bauer nahm in Markersdorf und in Röhrsdorf teil und der Pfarrer gehörte nur in Unter-Altchemnitz zum Komitee. Die 13 Frauen verteilten sich auf die Ausschüsse in Gablenz, Hilbersdorf, Kappel, Markersdorf, Röhrsdorf, Rottluff und Unter-Altchemnitz.

Die politische Zusammensetzung der 17 Antifa-Ausschüsse rund um Chemnitz und im Erzgebirge war ebenfalls sehr unterschiedlich. Insgesamt wurden 154 Personen als Mitglieder der Komitees gezählt.¹⁰⁹ Beachtsam ist hier, dass zwei Antworten vermerkten, in ihren Gemeinden bestünden bereits ergänzende Ausschüsse. Ein Sozialausschuss, der die »Kommunalpolitik auf Antifasch[istischer] Grundlage« regelte, existierte in Pleiße.¹¹⁰ In Kändler gab es neben dem Antifa-Komitee einen Bürgerausschuss aus 12 Personen, der die »Gemeindeangelegenheiten nach Antifaschistischen Richtlinien« organisierte.¹¹¹

Die Mitgliederzahlen der einzelnen Komitees schwankten zwischen drei und 18 Personen. Die Parteizugehörigkeiten waren insgesamt wie folgt verteilt: 69 Kommunisten, 30 Sozialdemokraten, 11 Parteilose, 24 Bürgerliche sowie 10 Bauern, 8 Unternehmer und zwei Ärzte arbeiteten in den Ausschüssen.¹¹² Nur zwei Frauen waren in

108 Zwei SPD-Mitglieder, ein Parteiloser und ein KPD-Mitglied.

109 Dabei ist anzumerken, dass der Fragebogen aus Hainichen keine Angaben über die politische Zusammensetzung des Komitees enthält. Vgl. dazu StA Chemnitz. Rundschreiben 4/45. Antwort Hainichen vom 25. Juni 1945. Bl. 49. Die Antwort der Antifa Oberlungwitz vermerkt »noch nicht vollständig« unter der Frage nach der politischen Zusammensetzung. Zit. nach ebenda. Antwort Oberlungwitz vom 29. Juni 1945. Bl. 43.

110 Der Sozialausschuss besteht aus 13 Personen. Ebenda. Antwort Pleiße vom 18. Juni 1945. Handschriftlicher Bericht. Bl. 40.

111 Siehe ebenda. Antwort Kändler vom 27. Juni 1945. Beigefügter Bericht. Bl. 37.

112 Hierbei sind die beiden oben genannten Sozialausschüsse nicht eingerechnet.

den Komitees vertreten.¹¹³ Und lediglich in der Notgemeinschaft Thalheim arbeitete ein Vertreter der Kirche im Ausschuss mit.¹¹⁴ Aber ebenso wie bei den Chemnitzer Komitees gab es kommunistisch dominierte Ausschüsse, wie in Altenhain, wo neben sechs Kommunisten, ein Parteiloser, drei Sozialdemokraten und zwei Bauern saßen. In Claußnitz waren im Ausschuss sieben Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und je ein Unternehmer und ein Bauer vertreten. In Kändler arbeiteten vier Kommunisten und ein Parteiloser im Antifa-Ausschuss¹¹⁵, in Leukersdorf nur drei Kommunisten. In Rübenau gab es vier aktive Kommunisten und je zwei mitarbeitende Sozialdemokraten und Parteilose. Auch in Hartmannsdorf waren die Kommunisten mit acht Vertretern in der Mehrzahl, neben vier Sozialdemokraten und zwei Bürgerlichen und zwei Unternehmern im Ausschuss. Andere Komitees waren paritätisch besetzt: in Grüna bestand der Antifa-Ausschuss aus vier Kommunisten und vier Sozialdemokraten, in Schellenberg aus drei Kommunisten, vier Sozialdemokraten und vier Parteilosen. Ein ausgewogenes Verhältnis bestand in der Notgemeinschaft Thalheim, wo neben acht Kommunisten, einem Sozialdemokraten, einem Bauern und einem Unternehmer auch sechs Bürgerliche und ein Kirchenvertreter saßen. In den Ausschüssen in Mühlbach und Kemtau hatten die Kommunisten je fünf Vertreter. In Mühlbach arbeiteten zudem drei Sozialdemokraten, ein Bürgerlicher, ein Unternehmer und zwei Bauern im Antifa-Komitee mit, während in Kemtau noch zwei Sozialdemokraten, drei Bürgerliche, ein Unternehmer und ein Bauer aktiv waren. Letztlich waren im Weißbacher Ausschuss zwei Kommunisten und drei Parteilose und in der Auerbacher Antifaschistischen Front drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten vertreten. Mehrheiten im politischen »bürgerlichen« Spektrum gab es in Pleiße und in Klaffenbach. Im Pleißeer Ausschuss waren sieben Bürgerliche, sechs Kom-

113 Je eine in Hartmannsdorf und Thalheim; In Rübenau war die einzige Frau im Ausschuss »wegen unsozialen und eigenmächtigen Handelns« wieder ausgeschlossen worden. Zit. nach ebenda. Antwort Rübenau vom 4. Juli 1945. Bl. 61.

114 Es handelte sich um ein »Mitglied des Kirchenrates«. Zit. nach ebenda. Antwort Thalheim vom 6. Juli 1945. Bl. 68.

115 Im Bürgerausschuss des Ortes waren fünf Kommunisten, zwei Kleinindustrielle sowie je ein Beamter, Lebensmittelhändler, Bauer, Handwerker und eine Hausfrau vertreten. Vgl. ebenda. Antwort Kändler vom 27. Juni 1945. Beigefügter Bericht. Bl. 37.

munisten, ein Unternehmer und zwei Bauern vertreten.¹¹⁶ In Klaffenbach waren vier Bürgerliche, je zwei Sozialdemokraten und Kommunisten und je ein Unternehmer und ein Bauer im Ausschuss aktiv.

Insgesamt waren bis zur Absendung der Antwortschreiben ca. 2.487 Menschen in der Antifaschistischen Front erfasst worden.¹¹⁷ In der Antifaschistischen Bewegung des Chemnitzer Umlandes und des Erzgebirges waren 4.746 Menschen Mitglied geworden. Auch hier schwankten die Mitgliederzahlen stark – bedingt zum einen durch die unterschiedliche Größe der Orte, zum anderen wohl auch durch die unterschiedlichen Zeitpunkte der Berichterstattung.¹¹⁸ Innerhalb der Chemnitzer Ausschüsse schwankte die Zahl der registrierten Mitglieder zwischen 92 in Kappel und 502 in Siegmarschönau. Im Umland lagen die Angaben zu Mitgliederzahlen in den einzelnen Komitees zwischen 26 in Auerbach, 400 in Thalheim und je 1.500 in Hartmannsdorf und Oberlungwitz.

Zwölf von 28 Komitees gaben an, dass sie von den Einwohnern bestätigt wurden, zwei Ausschüsse vermerken, dass sie sich ihre Legitimation von den Antifaschisten des Ortes geholt hatten.¹¹⁹ Elf Antifa-Ausschüsse wurden nicht durch die Bevölkerung legitimiert, einmal wird angegeben, dass die Bestätigung noch geplant¹²⁰ sei und zweimal wird keine Angabe dazu gemacht.

Leider liegen hier keine Angaben darüber vor, nach welchem Verfahren die Bestätigung erfolgte. Allerdings waren in elf Orten mit

116 Der Sozialausschuss des Ortes bestand aus fünf Kommunisten, zwei Bauern, je einem Unternehmer, einem Lehrer, einem Beamten und einem Handwerker sowie zwei Parteilosen. Vgl. dazu Ebenda. Antwort Pleiße vom 18. Juni 1945. Bl. 38-40.

117 Wobei zu Helbersdorf keine Zahlenangaben vorliegen, da hier auf die Anwesenheitsliste bei Versammlungen verwiesen wurde und für Erfenschlag »rund 380« angegeben wurden, mit dem Vermerk, dass die Listen zum Eintragen noch ausliegen würden. Vgl. dazu ebenda. Antwort Helbersdorf. Bl. 12.; Ebenda. Antwort Erfenschlag. Bl. 24.

118 So vermerkt Klaffenbach, dass die »Werbungsaktion« noch läuft. Zit. nach Ebenda. Antwort Klaffenbach. Ohne Datum. Bl. 56.; Leukersdorf gibt an, dass die Listen neu ausgelegt seien und bis zum 27. Juni 30 Personen erfasst wurden. Ebenda. Antwort Leukersdorf vom 27. Juni 1945. Bl. 34.

119 Hierbei handelt es sich um die Antifaschistische Front in Röhrsdorf und das Antifa-Komitee in Schellenberg.

120 In Oberlungwitz, hier war ja auch die Zusammensetzung des Komitees mit »noch nicht vollständig« angegeben worden. Zit. nach ebenda. Antwort Oberlungwitz vom 29. Juni 1945. Bl. 43f.

einem bestätigten Komitee zu diesem Zeitpunkt bereits Einwohner- versammlungen durchgeführt wurden. Im Antwortschreiben von Schellenberg ist direkt angegeben, was auf den drei Versammlungen des Ortes als Erfolg zu verbuchen ist: die »Wahl des Antifakomitees und die Erfassung aller Antifaschisten«. ¹²¹ Die Vermutung liegt nahe, dass auf den Versammlungen über die Zusammensetzung des örtlichen Ausschusses abgestimmt wurde. ¹²²

Außer in Röhrsdorf, Unter-Altchemnitz und in Kappel ¹²³ waren in allen Chemnitzer Stadtteilen bereits mindestens eine, in Helbersdorf zwei und in Gablenz und Siegmarschönau schon drei Einwohner- versammlungen organisiert worden. Im Umland hatte es bisher nur in Grüna, Oberlungwitz und Pleiße noch keine Versammlung gegeben, die Hartmannsdorfer war für den 25. Juni ¹²⁴ geplant. Bereits zwei Veranstaltungen gab es in Thalheim und drei in Schellenberg und Kemtau. Zum Inhalt und Erfolg wurden wiederum sehr unterschiedliche Angaben gemacht. So gab man in Markersdorf an, dass »sämtliche Einwohner« sich mit »sehr gutem Erfolg« beteiligt hatten. ¹²⁵ Auch in Rottluff hatte die Einwohnerversammlung mit dem Referenten Otto Heckert zu »gutem Erfolg« geführt. ¹²⁶ Im Komitee Chemnitztalstraße wurde vermerkt, dass die Versammlung ein »guter Erfolg, im besonderen der Finanzen war«. ¹²⁷ Dies könnte ein Hinweis auf eingegangene Spenden sein, die aber nicht extra be-

¹²¹ 77 Mitglieder wurden durch das Antifa-Komitee des Ortes erfasst. Zit. nach ebenda. Antwort Schellenberg. Bl. 41f.

¹²² Das trifft auf die Komitees der Orte Altenhain, Chemnitz-Helbersdorf, Chemnitz-Markerdorf, Clausnitz, Erfenschlag, Kemtau, Klaffenbach, Leukersdorf, Mühlbach, Schellenberg und Thalheim zu.

¹²³ Hier war für den 18. Juni 1945 eine Versammlung angemeldet worden. Das Schreiben stammte vom 15. Juni und war am 18. Juni im Sekretariat der Antifaschistischen Front eingegangen. Vgl. dazu ebenda. Antwort Kappel vom 15. Juni 1945. Bl. 20.

¹²⁴ Ebenda. Antwort Hartmannsdorf vom 24. Juni 1945. Bl. 27.

¹²⁵ Siehe ebenda. Antwort Markersdorf. Bl. 9-10.; »Sehr guten Erfolg« hatte auch die Komitees in Hilbersdorf, Siegmarschönau, Mühlbach und Rübenau zu verzeichnen. Vgl. dazu ebenda. Antwort Hilbersdorf. Bl. 15. – Ebenda. Antwort Siegmarschönau. Bl. 51. – Ebenda. Antwort Mühlbach. Ohne Datum. Bl. 65. – Ebenda. Antwort Rübenau vom 4. Juli 1945. Bl. 61.

¹²⁶ Ebenda. Antwort Rottluff. Bl. 6.

¹²⁷ Ebenda. Antwort Chemnitztalstraße. Bl. 13. Die Versammlung in Rübenau, im »stark überfüllt[en]« Gasthof Weißer Hirsch brachte 336 Mark Spenden ein. Zit. nach ebenda. Antwort Rübenau. Bl. 61f.

nannt wurden, wie das in Helbersdorf mit »600 RM freiwilliger Spende« getan wurde. Hier wurden auch die Teilnehmerzahlen von 35 bei der ersten und 114 Personen bei der zweiten Versammlung benannt.¹²⁸ In Gablenz, dem Stadtteil mit dem höchsten Frauenanteil im Ausschuss (vier von 17 Mitgliedern), fanden neben einer Einwohnerversammlung auch zwei Frauenversammlungen mit »je ca. 1.200 Besuchern« statt.¹²⁹ Dies war der Ausschuss mit den meisten Versammlungen und der mit Abstand höchsten Teilnehmerzahl. Einen Erfolg mit einer »sehr gut besuchten« Frauenversammlung hatte man in Rottluff gemeinsam mit dem Stadtteil Altendorf erzielen können.¹³⁰

Die Zusammenarbeit mit den Behörden wurde in der Mehrzahl gut bis sehr gut eingeschätzt.¹³¹ In Helbersdorf wurde die Zusammenarbeit als »leidlich« bezeichnet, in Siegmarschönau als »befriedigend« und in Röhrsdorf als »schlecht«. Mit »Noch mangelhaft« bewertete Altenhain die Zusammenarbeit mit den Behörden.¹³²

Das gleiche galt auch für die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht. Neunmal wurde sie mit »gut« bewertet¹³³. In Röhrsdorf wurde die Zusammenarbeit als »noch nicht in Ordnung«, in Claußnitz als »zufriedenstellend« und in Hartmannsdorf als »leidlich« bezeichnet. Altenhain, Oberlungwitz, Schellenberg, Siegmarschönau und Erfenschlag merkten an, dass kein Kommandant im Ort sei. Kemtau, Leukersdorf und Thalheim gaben an, dass ihr Ort noch nicht besetzt worden sei. Die anderen Komitees verwiesen entweder auf die Verwaltung in Chemnitz oder machten keine Angaben dazu.

128 Siehe ebenda. Antwort Helbersdorf. Bl. 11.

129 Siehe ebenda. Antwort Gablenz. Bl. 17.

130 Siehe ebenda. Beigefügtes Antwortschreiben Rottluff vom 19. Juni 1945. Bl. 8.

131 »Gut« von Claußnitz, Grüna, Erfenschlag, Hainichen, Hartmannsdorf, Hilbersdorf, Kändler, Kemtau, Klaffenbach, Leukersdorf, Markersdorf, Mühlbach, Oberlungwitz, Pleiße, Rübenau, Schellenberg, Weißbach und Unter-Altchemnitz, »Sehr gut« von Kappel und Thalheim. »Zur Zeit ohne Gegensätze« war die Zusammenarbeit in Auerbach.

132 Das Komitee in Furth (Chemnitztalstraße) verwies auf seine Zugehörigkeit zur Stadtleitung, der offensichtlich die Zusammenarbeit mit den Behörden zukam und die Ausschüsse in Gablenz und Rottluff machten keine Angaben.

133 In Hainichen, Hilbersdorf, Kändler, Klaffenbach, Mühlbach, Markersdorf, Pleiße, Rübenau und Weißbach.

Die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister bemängelten nur Röhrsdorf und Siegmars-Schönau, während alle anderen Komitees mit dem neuen Bürgermeister zufrieden waren oder auf ihre Zugehörigkeit zur Stadt Chemnitz verwiesen. Die meisten Bürgermeister waren vor 1933 Mitglied der KPD gewesen und wurden neu eingesetzt.¹³⁴ In Auerbach und Kemtau gehörte der neue Bürgermeister vor 1933 der SPD an.¹³⁵ Die Bürgermeister in Grüna und Klaffenbach waren nicht neu eingesetzt worden und letzterer war NSDAP-Mitglied gewesen. Die übrigen Ausschüsse machten keine Angaben zu Parteizugehörigkeiten bzw. verwiesen auf die Stadt Chemnitz.

Von 28 Antifa-Ausschüssen hatten acht keine Unterausschüsse gebildet.¹³⁶ Von Ort zu Ort waren sowohl die Anzahl als auch die Aufgabengebiete unterschiedlich. Die Komitees in der Chemnitztalstraße, in Kappel und Siegmars-Schönau waren besonders gut organisiert oder sehr eng an die jeweiligen Stadtteilverwaltungen angebunden.¹³⁷ Sie verfügten über Ausschüsse für Wohnung, Ernährung, Sport, Gewerbe und Industrie bzw. Gewerkschaft und Betriebe, für Jugend, Frauen und Kultur sowie in der Chemnitztalstraße auch für Finanzen und einen eigenen Sicherheitsdienst. Auch das Antifa-Komitee in Claußnitz unterteilte sich in Unterausschüsse für Wohnung, Ernährung, Schule, Kultur, Sport und Finanzen. Die Antifa Oberlungwitz hatte einen Wirtschafts-, einen Ernährungs- und Bauausschuss sowie einen für die Fürsorge und Wohnungen. Unterausschüsse für Ernährung und Wohnungen gab es in fünf weiteren Komitees¹³⁸ während ein zusätzlicher »Sicherheitsausschuss« in Rottluff arbeitete.¹³⁹ Einen Ausschuss für »Überwachung« und einen Wohnungsausschuss gab es in Leukersdorf.¹⁴⁰ Über einen Ansprech-

134 In 11 von 17 Orten war das der Fall.

135 In Kemtau handelte es sich um den alten Bürgermeister aus der Weimarer Republik. Siehe ebenda: Antwort Kemtau vom 21. Juni 1945, Bl. 58.

136 Das waren Auerbach, Hainichen, Hartmannsdorf, Kemtau, Klaffenbach, Röhrsdorf, Thalheim und Weißbach.

137 Genaueres bzw. das Zutreffende ließ sich mehr klären.

138 Das waren Altenhain, Unter-Altchemnitz, Rottluff, Gablenz und Markersdorf. In Altenhain gab es zu dem noch einen Schul- und einen Bauausschuss. In Erfenschlag arbeitete ebenfalls zusätzlich noch ein Bauausschuss. In Unter-Altchemnitz gab es des Weiteren bereits einen Kulturausschuss.

139 Zit. nach ebenda. Antwort Rottluff, Bl. 6.

140 Eine weitere Ausschussbezeichnung war unleserlich. Siehe ebenda. Antwort Leukersdorf, Bl. 33.

partner zu den Betriebsausschüssen verfügte man in Unter-Altchemnitz, Rottluff und Gablenz. In Helbersdorf gab es dagegen nur einen Wohnungsausschuss, während in Markersdorf immerhin Wohnung und Ernährung abgedeckt wurden. In Pleiße gab es neben einem Bau- und dem Wohnungsausschuss auch noch einen Sozialausschuss.¹⁴¹ Etwas aus der Reihe schlug Hilbersdorf, für diesen Stadtteil wurden als Unterausschüsse »Jugendbewegung, Frauenbewegung« angegeben.¹⁴² Das Ortskomitee in Mühlbach gab bei Unterausschüssen »Turn- und Sportverein« an.¹⁴³ Dies weist auf ein getrenntes Arbeiten von Verwaltung und Antifa-Ausschuss hin. In Grüna, Rübenua¹⁴⁴ und Schellenberg wurden die Gewerkschaften als Unterausschüsse angegeben und der Ausschuss für Kommunalangelegenheiten in Kändler entsprach dem dortigen Bürgerausschuss¹⁴⁵. Die Notgemeinschaft Thalheim gab an, dass es in ihrem Komitee keine Unterausschüsse gab. Dem Fragebogen ist allerdings ein Blatt beigelegt, dem zu entnehmen ist, welche Person, welcher politischen Fraktion einen bestimmten Aufgabenbereich abdeckte. Da Thalheim zum noch unbesetzten Gebiet gehörte, sei auf diese Verwaltung kurz eingegangen. Die Politische und organisatorische Leitung hatte ebenso wie die Abteilung Agitation und Propaganda ein Kommunist inne. Hauptkassierer war ein Bürgerlicher.¹⁴⁶ Weitere 14 Personen bildeten das Präsidium. Darin waren »Bürgerliche«¹⁴⁷ zuständig für Sport, Siedler, Handwerk, Landwirtschaft und Kriegsoffer. Die Kommunisten deckten die Bereiche Kultur, Schrebergärten, Handel & Gewerbe, Industrie, Frauen und Gewerkschaft ab. Der einzige Sozialdemokrat war für die Jugend zuständig und ein

141 Siehe oben, Anm. 110.

142 Ebenda. Antwort Hilbersdorf. Bl. 15.

143 Ebenda. Antwort Mühlbach. Bl. 66.

144 In Rübenua existierten zusätzlich ein Wohnungsausschuss und ein »Sektor der Landwirte«. Dieser bestand aus acht Landwirten, die sich um alle Fragen der Landwirtschaft und Nutztierhaltung zu kümmern hatten, um die Ernährungslage der Bevölkerung zu verbessern. Dazu gehörten auch die Überwachung der Ablieferungspflicht und die Organisation des Arbeitseinsatzes. Siehe ebenda. Antwort Rübenua. Bl. 61f.

145 Siehe oben, Anm. 115

146 Alle Bezeichnungen wie im Bericht angegeben. Zit. nach ebenda. Antwort Thalheim. Bl. 67.

147 Hier ist es durchaus möglich, dass damit örtliche Unternehmer, Parteilose oder ehemalige Mitglieder liberaler Parteien gemeint waren.

»Christlich sozialer« für die Kirche.¹⁴⁸ Über die Parteizugehörigkeit des Schriftführers wurde nichts angegeben. Hier wird deutlich, dass die Notgemeinschaft die Aufgaben einer Stadtverwaltung übernommen hatte.¹⁴⁹

Arbeitseinsätze waren von den meisten der Komitees bereits organisiert¹⁵⁰ und soweit vorhanden die Felder zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der Orte bestellt worden. Die Existenz von Gewerkschaften bestätigten 13 von 28 Komitees, dabei gaben einige an, dass die Bildung der Gewerkschaft in Vorbereitung war. In elf Ausschüssen war die Genossenschaftsfrage bereits diskutiert worden.¹⁵¹ Auffällig ist, dass die Stadtteile bzw. Orte mit einer hohen Anzahl von Betrieben (die auch teilweise schon wieder arbeiteten), bereits über Gewerkschaften verfügten und meist auch die Genossenschaftsfrage behandelt hatten. Zudem bestanden in diesen Orten auch schon Betriebsausschüsse in mind. einem Teil der Betriebe. So gab z.B. die Antifa Oberlungwitz an, dass im Ort ein Einheitsverband der Gewerkschaft bestand, die Behandlung der Genossenschaftsfrage in Arbeit war und in den 33 Betrieben des Ortes darüber hinaus Betriebsausschüsse aktiv waren.¹⁵² In Siegmarschönau existierten bereits eine »antifaschistische Gewerkschaft« und eine »Baugenossenschaft«. Die Genossenschaftsfrage war bereits behandelt worden und in fünf von 32 Betrieben bestanden Betriebsausschüsse.¹⁵³ Die Notgemeinschaft Thalheim gab an, dass in ihrem Ort ein »Berufsverband (Freier Gewerkschaftsbund)« bestand, die Genos-

148 Siehe oben, Anm. 114.

149 Am 11. Mai 1945 drangen Antifaschisten in das Thalheimer Rathaus ein, setzten den Bürgermeister und andere NSDAP-Amtsträger ab und erklärten zwei Antifaschisten zum Bürgermeister sowie zum Polizeileiter der Stadt. Vgl. dazu Südwest-Sachsen im Frühjahr 1945. Eine Chronik. In: Jochen Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch. Leipzig 1997. Dokumente. S. 357.

150 Ausnahmen waren hier Chemnitz-Helbersdorf, Grüna, Hainichen und Kändler.

151 Auf welche konkreten Gründungen oder Diskussionen sich die bejahenden Antworten bezogen, wurde nicht ausführlicher angegeben.

152 Siehe dazu StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 26. Rundschreiben 4/45. Antwort Oberlungwitz vom 29. Juni 1945. Bl. 44.

153 Siehe ebenda. Antwort Siegmarschönau. Bl. 52.

senschaftsfrage noch nicht behandelt worden war und »soweit gearbeitet wird« in den Betrieben auch Betriebsausschüsse bestünden.¹⁵⁴

Beschlagnahmungen von Chemnitzer Ausweichlagern hatte der Ausschuss Rottluff in der örtlichen Schweinemästerei durchgeführt, weiterhin waren Kinderstühle und eiserne Öfen beschlagnahmt worden. Allerdings war laut Fragebogen keine Verteilung vorgenommen worden.¹⁵⁵ In Altenhain hatte es zwar Möbellager gegeben, diese waren aber bereits von der Wirtschaftskammer Chemnitz beschlagnahmt worden.¹⁵⁶ In Kemtau wurden drei Ausweichlager beschlagnahmt, die unter Überwachung standen und nicht verteilt worden waren.¹⁵⁷

Wie bereits oben vermerkt, waren fünf Antifa-Komitees¹⁵⁸ der Aufforderung nachgekommen, einen kurzen Bericht über ihre politische Arbeit beizulegen und ihre Fragen loszuwerden. Weitere vier Ausschüsse ergänzten den Fragebogen mit wenigen Angaben zu einzelnen Fragen¹⁵⁹ oder der Anmerkung, dass sich »die Partei« konstituiert habe und alle wichtigen Fragen vom Unterbezirk¹⁶⁰ bereits geklärt wurden.

Das Antifaschistische Komitee Chemnitz Erfenschlag gab Auskunft darüber, dass es am 17. Mai 1945 eine Versammlung von »einigen Gen[ossen]« gab, die das Komitee bildeten und dieses von den Anwesenden bestätigen ließen. Es wurden Listen zur Aufnahme weiterer Mitglieder ausgelegt und diese »nach Prüfung der politischen und persönlichen Verhältnisse« aufgenommen. Es wurde ein

¹⁵⁴ Die Zahl der Betriebe ist mit 41 angegeben. Ebenda. Antwort Thalheim. Bl. 69.

¹⁵⁵ Siehe ebenda. Antwort Rottluff. Bl. 7.

¹⁵⁶ Siehe ebenda. Antwort Altenhain. Bl. 54.

¹⁵⁷ Siehe ebenda. Antwort Kemtau. Bl. 58.

¹⁵⁸ Das waren das Antifaschistische Komitee Chemnitz-Erfenschlag, die Antifaschistische Front Röhrsdorf, das Antifa-Komitee Chemnitz-Rottluff, der Antifaschistische Ortausschuss Leukersdorf i. Erzg. und das Antifa-Komitee Rübenau.

¹⁵⁹ Z.B. die Auflistung der Zusammensetzung des zusätzlichen Bürgerausschusses Kändler, des Sozialausschusses in Pleiße und der Notgemeinschaft in Thalheim. Siehe oben Anm. 110, 115 und 146-148.

¹⁶⁰ Dies berichtet das Antifa-Komitee »Freies Deutschland« in Hartmannsdorf. Zwar weist diese Anmerkung auf die erfolgte Gründung von KPD und/ oder SPD hin, der Ausschuss ist aber dennoch mit verschiedenen Fraktionen besetzt (8 Kommunisten, 4 Sozialdemokraten, 2 Bürgerliche und 2 Unternehmer). StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 26. Rundschreiben 4/45. Antwort Hartmannsdorf vom 24. Juni 1945. Bl. 27.

Wohnungsausschuss eingesetzt, um die Unterbringung der Menschen im zerstörten Ort sicherzustellen. NSDAP-Mitglieder wurden umquartiert und zudem zum Arbeitseinsatz zur Ernährungssicherung und Schuttberäumung besonders herangezogen.¹⁶¹ Es wird auf Schwierigkeiten durch »undisziplinierte Leute, vor allem Chemnitzer, sowie durch plündernde Polen und Russen« hingewiesen.¹⁶² Allerdings wird nicht darauf eingegangen, wie man dieses Problem in den Griff bekam.¹⁶³ Weiterhin wird angegeben, wie die Bücherei »gesäubert« wurde und dass die von den Nazis enteigneten Gärten des Naturheilvereins wieder an ihre alten Besitzer zurückgegangen waren. Symptomatisch für die Arbeit der Antifa-Ausschüsse in den ersten Nachkriegswochen ist der abschließende Satz: »Die vielen Probleme vor allem Wohnungs- und Ernährungsfragen nehmen fast alle [in] Anspruch.«¹⁶⁴

Die weiter oben geschilderte Entstehung der Antifa-Ausschüsse aus den wenigen Aktiven des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus belegt der Bericht des Antifa-Komitees des Chemnitzer Stadtteils Rottluff.¹⁶⁵ »Gleichlaufend mit den letzten militärischen Ereignissen [...] stellen sich alte [...] Genossen an die politische und auch kommunalorganisatorische Leitung der Einwohnerschaft und bildeten provisorisch das Antifa-Komitee.«¹⁶⁶ Hier wird im Folgenden geschildert, wie die »Propaganda« des Ausschusses und seiner Mitglieder die politische Stimmung beeinflusste und politische Aufklärung durch Veranstaltungen vorbereitete. Als Erfolg wurde verbucht, dass die Frauenversammlung sehr gut besucht war und die Jugend die Gründung eines eigenen antifaschistischen Ausschusses vorbereitete. Auch die Landeskirchliche Gemeinschaft, die dem Ausschuss noch abwartend gegenüberstand, sollte durch eine »besonders anzusetzende Aufklärungs- und Werbeaktion« gewonnen

161 Den Arbeitseinsatz mussten alle einsatzfähigen Männer und Frauen des Ortes leisten. Sonntags arbeiteten laut Bericht jedoch nur die Nazis. Siehe ebenda. Antwortschreiben Erfenschlag. Bl. 25.

162 Zit. nach ebenda. Bl. 25.

163 Es wird auch nicht erwähnt, woher die plündernden Polen und Russen stammten. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei um befreite Zwangsarbeiter aus einem der zahlreichen Chemnitzer Lager handelte.

164 Ebenda. Bl. 25.

165 Ebenda. Antwort Rottluff vom 20. Juni 1945. Beigefügter Bericht. Bl. 8.

166 Ebenda. Bl. 8.

werden.¹⁶⁷ Dieser Bericht zeugt von einem ungebrochenen Taten-
drang, der sich vor allem auf die Überzeugung der Einwohnerschaft
vom Antifaschismus richtete.

Im Bericht von Leukersdorf ist wiederum eher von Strafmaßnahmen
gegen Nationalsozialisten die Rede. Angefangen von der Auflö-
sung sämtlicher NSDAP-Mitglieder, ihre Heranziehung zu allen
anfallenden Arbeiten bis hin zu Beschlagnahmungen von Wohnun-
gen.¹⁶⁸ Die Absender des Berichtes erbat sich neue Richtlinien für
ihre Arbeit aus Chemnitz und wollten z.B. wissen, wann sie mit
neuen Volksschullehrern rechnen konnten und wie sie mit den
Fabrikanten des Ortes, die zu 80% »alte Kämpfer und Aktivisten«
gewesen wären, umgehen sollten.¹⁶⁹ In diese Richtung geht auch die
Frage des Ortsausschusses Rübenau, denn hier wurden bis dahin
auch frühere NSDAP-Mitglieder in die Antifa aufgenommen und
man wollte sich gern in Chemnitz rückversichern.¹⁷⁰ Diese Frage
war auch auf der ersten Präsidiumssitzung der Antifaschistischen
Front diskutiert worden und man hatte sich schließlich auf einen
differenzierten Umgang mit den Antragstellern mit Blick auf den
Widerstand des 20. Juli, den Beitrittszwang der NSDAP in bestimm-
ten Berufen aber auch angesichts der Verbreitung des nationalsoziali-
stischen Gedankenguts unter Nicht-NSDAP-Mitgliedern geei-
nigt.¹⁷¹

Weitere Materialien, die sich auf die Antworten der Antifaschisti-
schen Komitees auf das Rundschreiben 4/45 beziehen, sind leider
nicht bekannt.

167 Ebenda. Bl. 8.

168 Auch von einer Auslieferung eines untergetauchten »goldenen Parteiabzei-
chen-Trägers« an die Polizei in Chemnitz ist die Rede. Siehe ebenda. Antwortschrei-
ben Leukersdorf. Bl. 32.

169 Ebenda. Bl. 32.

170 Siehe ebenda. Antwortschreiben Rübenau. Bl. 62.

171 Maßgeblich war die »Bestimmung der Alliierten in der Gewerkschaftsfrage:
es sind zwar frühere Angehörige der NSDAP zugelassen, aber niemals als Funktio-
när. [...] Im übrigen wollen wir keinen Zwang ausüben in der Gesinnungsfrage, wir
lieben es nicht, daß Menschen, die gedanklich noch im alten Staat verankert sind,
sich heute schnell ein antifaschist.[isches] Deckmäntelchen umhängen. Wir werden
die wahre Gesinnung dieser Leute in ihrer Sprache erkennen.« Siehe SâHStA
Chemnitz. SED-BPA Chemnitz. Sammlungen. V8/ 651. Protokoll der 1. Präsi-
diumssitzung der Antifaschistischen Front vom 24. Mai 1945. Bl. 2f.

Ein Vergleich zwischen den einzelnen Antifa-Ausschüssen ist aufgrund des Rundschreibens nicht ohne weiteres möglich. Zum einen liegen von mind. zehn Chemnitzer Stadtteilen und weiteren umliegenden Orten keine Antworten auf das Rundschreiben vor. Auch Auskünfte von weiteren bekannten Antifa-Komitees fehlen. Z.B. gab es in der Mühlenstraße im Zentrum von Chemnitz ein weiteres Antifa-Komitee¹⁷² und beim Sekretariat der AF in der Oststraße arbeitete auch ein lokaler Ausschuss.¹⁷³ Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die unterschiedlichen Angaben aus dem kurzen Zeitraum zwischen Mitte Juni und Anfang Juli 1945 stammen. Nun mögen vierzehn Tage oder drei Wochen in der heutigen Verwaltungsarbeit keine wesentlichen Unterschiede in Entscheidungen, Zuständigkeiten oder Kompetenzverteilungen ausmachen. 1945 konnten sich allerdings in so kurzer Zeit durchaus einschneidende Veränderungen ergeben.¹⁷⁴ Nicht zuletzt müsste genauer betrachtet werden, ob die einzelnen Komitees aus Eigeninitiative, auf Anregung durch den 27. Mai oder gar durch Anweisung von Parteien neuentstanden, welchen Aufgabenbereichen sie ihre Aufmerksamkeit widmeten, welchen Schwerpunkt politische Arbeit bildete und inwiefern auch die Antifa-Ausschüsse der Stadtteile in erster Linie der Neuorganisation des Lebens und dem Wiederaufbau verpflichtet waren.

Gemessen an der Einwohnerzahl von Chemnitz mit ca. 240.000 Menschen verfügten die Antifa-Ausschüsse der Stadt mit bis zu 500 Mitgliedern nur über ein geringes Potential an Mitarbeitenden. Allerdings sollte erwähnt werden, dass zu Arbeitseinsätzen durchaus mehrere tausend Menschen mobilisiert werden konnten. Auffällig ist, dass sowohl in der Zahl und Zusammensetzung der Mitglieder der Führungsgremien der Ausschüsse als auch an der Mitgliederzahl in der Antifaschistischen Front in den einzelnen Stadtvierteln Rück-

172 Siehe Wortmeldung Hübsch. StA Chemnitz. Antifaschistisch-demokratischer Block. Nr. 85. Protokoll der Sitzung des Antifa-Präsidiums am 7. Juni 1945. Bl. II.

173 Auch die Forschung verweist auf eine Vielzahl von Antifa-Ausschüssen allein im Raum Chemnitz/ Erzgebirge. Vgl. dazu verschiedene Beiträge in: Jochen Czerny (Hrsg.): Republik im Niemandsland.

174 Dies konnte schon die Frage nach amerikanischer, sowjetischer oder keiner Besatzungstruppe sein. Siehe oben, Anm. 102.

schlüsse auf die soziale Zusammensetzung der Wohngebiete möglich ist. Was verwundert ist die Tatsache, dass trotz des auch in Chemnitz vorhandenen Frauenüberschusses Frauenversammlungen zwar sehr gut besucht waren, aber doch vergleichsweise wenig Frauen in den Antifa-Komitees mitarbeiteten.

Eine weitere Schwierigkeit eines Vergleichs liegt in der Unkenntnis der einzelnen Verwaltungen in den Stadtteilen und Orten, es war z. B. nicht möglich, namentlich genannte Personen auf ihre Mitarbeit in den Antifa-Komitees und den Stadtteil- bzw. der Stadtverwaltung zu überprüfen.

Letztlich zeigen die Antworten auf das Rundschreiben 4/45, dass es Antifa-Komitees nicht nur in den größeren Städten gab, sondern sie überall dort Fuß fassten, wo Menschen wieder politisch aktiv werden wollten. In der einen Stadt mag es nur ein kurzzeitiges Phänomen gewesen sein und in jener Gemeinde vielleicht eindeutig die Vorläuferorganisation einer Partei. Es waren aber immer erste Impulse für die Nachkriegsgesellschaft mit dem Anliegen, einen antifaschistischen Neubeginn zu wagen.

Neue Erkenntnisse zur besatzungslosen Zeit in der Bergstadt Schneeberg

In den zurückliegenden Jahren wurde viel über das besatzungslose Gebiet in der ehemaligen Amtshauptstadt Schwarzenberg, dem heutigen Landkreis Aue-Schwarzenberg, geschrieben. Nicht zuletzt durch den Roman von Stefan Heym über die sogenannte »Freie Republik« aus dem Jahre 1984. In Ermangelung gesicherter Erkenntnisse, die der historischen Wahrheit jener Zeit entsprechen, erhielten die Ereignissen von damals eine legendenhafte Überhöhung. Gleichzeitig riefen sie jedoch aus dem Kreis heimatverbundener Forscher und Wissenschaftler, zu denen sich auch der Autor zählt, Widerspruch hervor.

Aus diesen Grund hatten bereits am 8. Mai 2004 Peter Bukvić, Erich Mehlhorn und ich von Schneeberg aus die Durchführung einer zweiten Konferenz für das Jahr 2005 angeregt. Spätestens mit der 1995 in Schwarzenberg durchgeführten ersten Konferenz zu diesem Thema ergaben sich letztlich mehr Fragen, als im Verlauf der damaligen Konferenz beantwortet werden konnten.

Mein ursprüngliches Interesse an den Ereignissen von 1945 beschränkte sich jahrelang nur auf den schwarzen Tag der Schneeberger Stadtgeschichte. Auch 2005 dreht sich in Schneeberg alles um den 19. April 1945, den 60. Jahrestag der Zerstörung der Schneeberger Kirche.

Die historisch verbürgten Ereignisse nach dem 8. Mai 1945 werden weitestgehend ausgeblendet.

Mit Beginn meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtrat, im Jahre 1994, wurde ich jedoch zunehmend für die damaligen Ereignisse, sowie deren Folgen, sensibilisiert.

Alles hatte damit begonnen, dass im Sommer 1995 der Stadtrat einstimmig einer Empfehlung der Verwaltung, betreffs des Verkaufes eines Wohnhauses in der Hartensteiner Straße, folgte.

Unmittelbar nach dieser Beschlussfassung erhielt jeder Stadtrat einen sehr informativen Brief der Kinder von Oskar Mehlhorn. Aus diesem Schreiben wurde ersichtlich, dass sich Herr Oskar Mehlhorn 1945, während der besatzungslosen Zeit, als Schneeberger Stadtrat verantwortlich zeigte für die Versorgung der Bürger mit Lebensmit-

keln. Im April 1946 wurde er durch die Sowjetische Militäradministration verhaftet und verurteilt. Sein Haus wurde nach der damaligen Rechtsprechung, also auf besatzungsrechtlicher Grundlage, enteignet. 1950 wurde er aus der Haft entlassen, ohne dass er später sein Eigentum zurück erhalten hat. Er kämpfte bis zu seinem Tode im Jahre 1964 vergeblich um dessen Rückgabe.

Aus Unkenntnis der wahren Geschichte hat der Stadtrat, genau 50 Jahre nach den Ereignissen von 1945, altes Unrecht mit neuem Unrecht vergolten.

Als Einziger fuhr ich, nach Absprache mit meinen damaligen Fraktionsmitgliedern von der PDS, nach Zwickau und ermöglichte, dass der Schwiegersohn von Oskar Mehlhorn vor dem Stadtrat sprechen konnte. Durch Frau Brettschneider, der Tochter von Oskar Mehlhorn, erhielt ich bereits im Sommer 1995 eine Ablichtung aller Protokolle der Sitzungen des Aktionsausschusses aus dem Jahr 1945. Dazu zählte auch ein Schreiben an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, mit der Bitte um Rehabilitierung und Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Rechte und Rückerstattung des privaten Eigentums. Ich erhielt Kenntnis davon, dass sich die Kinder von Oskar Mehlhorn im Januar 1995 vertrauensvoll an Bürgermeister Stimpel gewandt hatten, mit der Bitte um Rückkauf des elterlichen Hauses. Bereits zu diesem Zeitpunkt lief das Rehabilitierungsverfahren. Diesen, für eine sachliche Entscheidung wichtigen Sachverhalt, hat Bürgermeister Stimpel vor der Beschlussfassung jedoch nicht erwähnt.

In seiner Begründung zur Beschlussvorlage sprach er nur davon, dass auch die Nachfahren des Alteigentümers einen Kaufantrag gestellt hatten. Jedoch sollten wir uns als Stadträte für den Hausbewohner entscheiden, der sich nach zwanzig Jahren als »Hausmeister« ein Vorkaufsrecht verdient hatte. Ich empfand später die Art und Weise, wie Bürgermeister Stimpel an dieser Stelle aufgetreten ist, als unangemessen. Deshalb habe ich bereits im Jahre 1999 diesen Sachverhalt beim Landratsamt in Aue, als untere Rechtsaufsichtsbehörde, zur Anzeige gebracht. Im Antwortschreiben des Landrates wurde mir jedoch mitgeteilt, dass der Bürgermeister richtig gehandelt habe.

Auch weil bisher alle staatlichen Instanzen zu diesem Sachverhalt abblockten, begann 1995 meine, bis zum heutigen Tage andauernde, Suche nach der wahren Geschichte um die Ereignisse während der

besatzungslosen Zeit, an die in Schneeberg niemand erinnert werden möchte.

Den Ersten, den ich zu Oskar Mehlhorn befragt habe, war der Schneeberger Ehrenbürger Karl Schreiter.

Ohne es zu ahnen, hatte ich eine Lawine losgetreten, denn ich hatte ihn mit einem Sachverhalt konfrontiert, den er 50 Jahre lang verdrängt hatte.

Tiefbewegt sagte dieser körperlich gebrochene, aber geistig auf der Höhe stehende, fast neunzigjährige Mann zu mir: »Günter, du musst anders an den Sachverhalt herangehen. Du musst klären, was 1945 wirklich passiert ist, denn es geht nicht nur um Oskar Mehlhorn, sondern auch um den ehemaligen kommissarischen Bürgermeister Walter Lehm, den Stadtrat Otto Schürer und den Sparkassenangestellten Hermann Blechschmidt. Alle Vier sind 1946 von der Besatzungsmacht verhaftet und verurteilt worden.« Mit dieser ersten Aussage eines Zeitzeugen wurde mir die Tragweite der Ereignisse von damals bewusst, über die man in Schneeberg seit nunmehr 60 Jahren den Mantel des Schweigens und Vergessen verbreitet hat.

Bis zum Jahre 1998 konnte ich zirka 40 ältere Schneeberger Bürger befragen. Bei vielen von Ihnen stellte ich die gleiche Reaktion wie bei Karl Schreiter fest.

Keiner von Ihnen konnte mir den wahren Grund für die Verhaftung nennen oder man hüllte sich in Schweigen. Dabei erhielten alle Befragten Einblick in die Unterlagen, die mir die Kinder von Oskar Mehlhorn 1995 übergeben hatten. Stets fragte ich zuletzt nach den »asozialen Elementen«, wie Oskar Mehlhorn in seinem Brief an Wilhelm Pieck formulierte, die die vier Bürger an die Besatzungsmacht verraten hatten.

Erst durch den Hinweis eines ehemaligen städtischen Angestellten, der 1945 als Lehrling im Rathaus angefangen hatte und 1990 in Rente gegangen war, erhielt ich im Dezember 1998, als erster Außenstehender, im Schneeberger Stadtarchiv Einblick in die Akte Nr. 1497.

Bei diesem für mich überaus ergiebigen Gespräch erfuhr ich aber auch, dass es sich bei dem zum 1. Januar 1946 berufenen neuen Leiter der Stadtkasse um den Großvater des jetzigen Schneeberger Bürgermeisters gehandelt hat.

Ausgestattet mit diesem Wissen habe ich versucht, unvoreingenommen an die Auswertung der Akte zu gehen.

Sie hatte einen Umfang von 137 Seiten und umfasste sämtliche Befragungsprotokolle eines Ermittlungsverfahrens gegen das Fliegerstoff- und Unterwäschelager in Schneeberg. Diese Akte enthielt viele persönliche Daten und unterlag dadurch bestimmten Sperrfristen. Das ist auch daraus ersichtlich, dass genau 50 Jahre nach ihrer Verhaftung die Angehörigen der Familien Lehm, Mehlhorn, Schürer und Blechschmidt in der Zeit vom 3. bis 14. März 1996 erstmals Zugang zu den darin enthaltenen Informationen bekamen. Dies konnte die Leiterin des Stadtarchivs aus den Benutzungsanträgen zur Akteneinsichtnahme ermitteln.

Gelagert wurde diese überaus brisante Akte bei den Beständen über die Treuhandverwaltung kommunalen Eigentums der ehemaligen Schneeberger Wohnungsverwaltung. In diesem Aktenbestand sind alle auf besatzungsrechtlicher Grundlage durchgeführten Enteignungen erfasst.

Nach 1990 ging aus der kommunalen Wohnungsverwaltung die Schneeberger Wohnungsbaugesellschaft hervor, deren Geschäftsführer seit 1993 Peter Stimpel ist, Bruder des seit 1994 amtierenden Bürgermeisters. Nach 1990 kamen die Aktenbestände der ehemaligen Wohnungsverwaltung ins zentrale Archiv der Stadtverwaltung. Dieser Hinweis ist dahingehend von Bedeutung, da bereits einen Tag nach der Antragstellung der Kinder von Oskar Mehlhorn an den Bürgermeister bezüglich Rückkauf des elterlichen Hauses, alle Mieter in der Hartensteiner Straße zwecks Kauf des Hauses angeschrieben worden. Unterzeichnet hatte dieses Schreiben Herr Stimpel. Also wusste zumindest er bereits im Januar 1995 um die Brisanz dieser Angelegenheit.

Auf Weisung der Politischen Abteilung der NKWD und des Landrates des Kreises Schwarzenberg, mit Sitz in Aue, begann am 13. April 1946 das Ermittlungsverfahren. Offiziell geschlossen wurde diese Akte am 4. Juni 1946 mit dem Revisionsbericht des beauftragten Rechnungsprüfers, Geidel aus Aue.

Aus den Aussagen der 1946 befragten Sparkassenangestellten und anderer unmittelbar damit im Zusammenhang stehender Personen, die zu den Ereignissen während der besatzungslosen Zeit befragt worden sind, ergibt sich zugleich ein einmaliges und umfassendes Bild vom uneigennütigen und vorausschauenden Handeln der Aktivisten der ersten Stunde, im Mai und Juni 1945.

Anders als bei L. Lobeck¹, die versucht, die Ursache für das Handeln der damals beteiligten Bürger in Schwarzenberg aus der Entwicklung der politischen Verhältnisse seit 1920 und möglichen Rachegeleüsten der Antifa-Aktivistinnen abzuleiten, fand ich dazu für Schneeberg keine Parallele.

Jedoch scheinen bestimmte Ereignisse aus der kurzen besatzungslosen Zeit, die nur für Schneeberg typisch waren, bis zum heutigen Tage fort zu wirken. Sie sind eingebunden in ein Geflecht von Unehrllichkeit, Verschleierung und Totschweigen. Damals wie heute ist man in Schneeberg und einigen staatlichen Verwaltungsebenen nicht daran interessiert, dass die wahre Geschichte ans Licht der Öffentlichkeit gelangt.

Es liegt mir in diesem speziellen Fall fern, über die Rechtsprechung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland den Stab zu brechen, wie es gegenwärtig in den Medien geschieht. Bei der Rechtsbeugung in Schneeberg haben besonders sächsische Verwaltungsorgane aller Ebenen durch überzogenen und vorausseilenden Gehorsam bei der Umsetzung des Befehls 124 versagt.

Dadurch kamen im April 1946 vier der Aktivistinnen der ersten Stunde zu Unrecht in die Spez.-Lager des NKWD. Niemand in Schneeberg hat 1946 auch nur den Versuch unternommen, sie von den falschen Anschuldigungen öffentlich frei zu sprechen.

Nur einer der Vier, Oskar Mehlhorn, der 1950 noch lebte, wurde nach Schneeberg entlassen, ohne dass er gleichzeitig rehabilitiert worden ist.

Soweit zu einem ersten Problemkreis.

Im Gegensatz zu den Forschungen von Leonore Lobeck über diese Zeit in Schwarzenberg, besetzten in Schneeberg nicht irgend welche Leute »putschartig« das Rathaus und andere Kommandozentralen.

In Schneeberg nahmen nach dem II. Mai 1945 ehemalige, in der Mehrheit demokratisch legitimierte, Stadträte der beiden Bergstädte Neustädte und Schneeberg ihre Tätigkeit wieder auf, nachdem sie 1933 der gleichgeschalteten Allmacht des NSDAP-Stadtrates weichen mussten.

¹ Leonore Lobeck: Die Schwarzenberg-Utopie. Geschichte und Legende im »Niemandland«. Leipzig 2004.

Unter Vorsitz des Fabrikanten Walter Lehm fanden am 12. und 13. Mai 1945 Dienstbesprechungen des Schneeberger beratenden Ausschusses statt. Daran nahmen die Herren Müller, Mehlhorn, Schürer, Günther, Schwarz und Matthes teil.

Am 16. Mai 1945 fand die dritte Sitzung des beratenden Ausschusses statt. Man traf sich um 22.00 Uhr im Rathaus. Walter Lehm berichtete über seine Kontaktaufnahme mit den Amerikanern in Wilkau-Haßlau. Er wurde darüber unterrichtet, dass Schneeberg und umliegende Orte zur Zeit nicht besetzt werden und daher Niemandsland bleiben. Es sei keine Hilfe von amerikanischer Seite zu erwarten, die Stadt muss sich deshalb selbst helfen.

Im Ergebnis dieser Beratung wurde ein Drei-Männer-Ausschuss, als kollektiver Bürgermeister, durch Walter Lehm, Ernst Wagner und Otto Schürer gebildet. Alle Schriftstücke wurden von mindestens zwei der drei unterzeichnet.

Bereits im Jahr 1930 arbeitete der Stadtrat Otto Schürer (KPD) aus Schneeberg und Walter Wagner (SPD) aus Neustädtel eng in der Kommission um den Zusammenschluss der Bergstädte Schneeberg und Neustädtel zusammen. Stadtrat Walter Lehm schlug in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtgeschichte am 13.1.1931 vor, den alten »Kälber-Brunnen« auf dem Markt in Vorbereitung des geplanten Heimatfestes 1931, anlässlich 450 Jahre Stadtrecht, neu zu gestalten.

Dies war nur ein kleiner Exkurs in die Zeit vor 1933, um auf die Aktivitäten der Drei im Interesse des kommunalen Gemeinwesens aufmerksam zu machen.

Auf der am 17. Mai 1945 durchgeführten Abteilungsleiter-Dienstbesprechung wurde darüber beraten, wie Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrecht erhalten werden können.

Am 18. Mai 1945, auf der Beratung des Gesamtausschusses, ging es um die Wiederaufnahme des Schulbetriebes, außerdem sollte der Zuzug nach Schneeberg mit allen Mitteln unterbunden werden, weil die Versorgungslage sehr angespannt war.

Auf der Beratung am 23. Mai 1945 wurde der Antrag eingebracht, dass künftig nur noch der Antifa-Aktions-Ausschuss in der ursprünglichen Form tagen soll, damit er arbeitsfähig bleibt. Zu deren Mitgliedern gehörten die Herren Barth, Friedrich, Günther, Kircheis, Klötzer, Krauß, Lehm, Mehlhorn, Schürer, Schwarz, Wagner und Wanner.

Zu diesen Zeitpunkt existierten in Schneeberg bereits arbeitsfähige Ausschüsse für Ernährung, Polizei, Bau, Stadtwerke, Schlachthof, Wohlfahrt, Forst, Gaststätten, Schulen, Wohnungen, Finanzen und Grundstücke.

Beschlossen wurde, das Vermögen der Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler mobil zu machen. Dazu wurde eine Kommission, unter Vorsitz von Otto Schürer, zur Verteilung der in Schneeberg befindlichen Wehrmachtsbestände, gebildet.

Der kommissarische Bürgermeister Walter Lehm schrieb nach der besatzungslosen Zeit, am 7. August 1945 an den Präsidenten des Landeskriminalamtes, Herrn Otto Auerswald, über die Rolle und Bedeutung des ehemaligen Wehrmachtslagers, nach Dresden:

»In den Wochen nach dem Waffenstillstand durchfluteten tausende von Soldaten und Flüchtlingen unsere Stadt, die zum größten Teil in Bezug auf Bekleidung herunter gelumpt bzw. vollständig ausgeplündert waren. Diese bedauernswerten Menschen erhielten neben einem kräftigen Mittagessen ein Paket mit Ausrüstungsgegenständen, bestehend aus Stoff für einen Anzug oder Mantel, Trainingsanzug, Pullover, je 1 Hemd, Unterhose, Unterhemd, 1 Paar Socken und Schal. Außer diesen tausenden von Paketen erhielten unsere Schneeberger Familien auf Haushaltskarte kostenlos dasselbe Quantum. Dazu kamen noch geschlossene Lieferung von Stoffen und Wäsche an die benachbarten Gemeinden ... Weiter unterstützen wir die Opfer des Faschismus (Häftlinge aus KZ und Bombengeschädigte sowie Brandgeschädigte) laufend mit kostenloser Lieferung dieser Artikel.

Den vielleicht größten Teil der hier eingelagerten Waren haben aber russische Kommandos, die zum Teil mit Lastzügen ankamen, ohne Bezahlung abgefahren ... Nach vorsichtiger Schätzung handelt es sich hierbei um einen Betrag von ca. 750 000 RM. Wie schon persönlich erwähnt, habe ich im Einvernehmen mit dem Rate seinerzeit ein Sonderkonto bei der hiesigen Stadtbank eröffnen lassen, auf dem der Erlös für die verkauften Waren eingezahlt wird. Die genaue Höhe des Kontos 15001 kann ich Ihnen nach Wiedereröffnung der Bank mitteilen, sie wird sich auf ca. 500 000 RM beziffern«

Walter Lehm schließt seinen Brief mit den Worten: »Ich möchte nun den Herrn Präsidenten, der ja persönlich die ungünstigen Verhältnisse unserer Stadt kennt, namens der Stadt Schneeberg höflichst bitten, sich dafür einzusetzen, dass der größte Teil des

eingenommenen Geldes uns verbleibt, damit die sozialen Aufgaben, ich nenne nur den schon begonnenen Baracken- und Behelfsheimbau für unsere Brand- und Bombengeschädigten, finanziell sichergestellt werden können«.

Die Episode »besatzungslose Zeit für Schneeberg« wurde durch ein Schreiben des amtierenden Landrates Dr. Hänichen vom 28. Juni 1945 beendet. Darin wurde festgelegt: »Nachdem auf Anordnung des russ. Kommandanten die Aktionsausschüsse aufgelöst worden sind, bestimme ich im Einvernehmen mit den Herrn russ. Kommandanten von Schwarzenberg als kommissarischen Bürgermeister von Schneeberg Herrn Walter Lehm. Als beratende Stadträte stehen dem Bürgermeister zur Seite die Herren Otto Schürer, Ernst Wagner, Paul Günther und Oskar Mehlhorn.«

Erwähnenswert ist im Zusammenhang mit der Zerstörung der Schneeberger Kirche am 19. April 1945 die Tatsache, dass bereits am 9. Juni 1945, also noch während der besatzungslosen Zeit, eine Beratung zur Finanzierung der Kriegsschäden in der Stadt und zum Wiederaufbau der Kirche stattfand, nachdem am 4. Juni 1945 das Kirchenschiff in sich zusammengestürzt war.

Auf dieser Beratung wurde erstmals das Ausmaß der Kriegsschäden für Schneeberg bekannt gegeben. 18 Wohn- und Geschäftshäuser waren total zerstört, 67 schwer zerstört, 422 mittel oder leicht beschädigt. 209 Wohnungen und 28 Geschäfte waren vollkommen unbrauchbar, 812 Wohnungen und 62 Geschäfte nur bedingt nutzbar. Der Schaden belief sich nach ersten Schätzungen auf 2 000 000 RM. Allein für den Wiederaufbau der St.-Wolfgang-Kirche wurden 2 800 000 RM veranschlagt.

Herr Lehm teilte auf dieser Sitzung mit, dass der Aktionsausschuss bereits einen entsprechenden Beschluss über die schnellstmögliche Finanzierung der Kriegsschäden gefaßt hat. Der Leiter der Stadthauptkasse, Herr Unger, hat darauf hingewiesen, dass eine Finanzierung aus den laufenden Haushaltsmitteln nicht in Frage komme und dass nur Mittel durch eine Anleihe beschafft werden könnten. Die Aufnahme des Darlehens müsse aber durch die Aufsichtsbehörde, dem Landrat, genehmigt und ein außerordentlicher Haushaltsplan aufgestellt werden.

In Anbetracht der äußerst schwierigen Lage erklärte Lehm, dass eine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde nicht in Frage komme und dass er und die mit ihm verantwortlichen Herren allein die Verantwortung für die Aufnahme des Darlehens tragen.

Nach Schätzung durch Stadtbaudirektor Lorenz komme vorerst ein Betrag von 250–300 000 RM in Frage.

Unger gibt zu bedenken, dass alle Ausgaben zu unterbleiben haben, die nicht zu den dringendsten Pflichtaufgaben gehören. Er verwies darauf, dass die Beseitigung der Kriegsschäden Sache des Reiches ist.

Der in Verantwortlichkeit von Bürgermeister Lehm und den Stadträten gebildete Sonderfond für Kriegsschädenbehebung belief sich auf 75 000 RM. Er ist vorgesehen für die Wiederinstandsetzung des durch Kriegseinwirkung beschädigten Wohnraumes und zur Schaffung von Wohnraum an sich. Die Darlehenshöhe betrug pro Schadensfall, maximal 2000 RM.

Die Maßnahme läuft seit dem 15. August 1945, also noch vor der Aktion der Landesverwaltung Sachsen »Baubeihilfen zur Schaffung von Wohnraum im vorhandenen Gebäudebestand«.

Ich komme nun zum Gegenstand des Ermittlungsverfahrens.

Den vier Verhafteten wurde die Führung von »schwarzen Kassen« in Zusammenhang mit dem Verkauf von Textilien aus dem Wehrmachtslager, verbunden mit persönlicher Bereicherung, vorgeworfen.

Nach Aussage des am 1. Januar 1946 eingesetzten, unbelasteten Sparkassenleiters, Paul Dietz, zum Sachverhalt, erklärte dieser am 16. April 1946, nachzulesen auf Blatt 9 der Akte 1497: Dies stelle »eine Ungesetzlichkeit zu den Ausführungsanweisungen zur Gemeindehaushaltsverordnung vom 10. Dezember 1937, Seite 1310 dar«. Darin ist festgelegt: »Die Bildung sogenannter »schwarzer Dispositionsfonds«, die außerhalb des Haushaltsplanes abgewickelt werden sollen, ist nach den geltenden Vorschriften unter allen Umständen ausgeschlossen.«

Für mich stellt sich jedoch die Frage, was herrschten im Mai 1945 für Umstände und was war zu diesen Zeitpunkt geltendes Recht, wenn sich noch im April 1946 sächsische Finanz-, und Verwaltungsbeamte aller Ebenen, auf eine Vorschrift aus der NS-Zeit berufen haben.

Neben Paul Dietz war der ehemalige Sparkassenangestellte Sörigel der einzige Schneeberger Bürger, den Oskar Mehlhorn in seinem Schreiben vom 26. Juni 1953 an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, genannt hat und der dessen Unschuld bezeugen

konnte. Dazu gehörte zur damaligen Zeit, besonders nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 in der DDR, Mut und Zivilcourage.

Die Bedenken von Paul Dietz, die er bereits Anfang Februar 1946 gegenüber Bürgermeister Lehm geäußert hat, standen damals jedoch im unmittelbaren Zusammenhang zum Befehl 124 vom 30. Oktober 1945. Er wurde erlassen vom Obersten Chef der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Dieser Befehl regelt die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland.

Einleitend zu diesen Befehl wird ausgeführt:

»Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das Sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern sowie um dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen befehle ich,

1. das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet und ... den deutschen Militärbehörden und Organisationen gehört, als beschlagnahmt zu erklären.

2. Das herrenlose Gut, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, in provisorische Verwaltung der Sowjetischen Militärverwaltung zu nehmen.«

Mit Schreiben vom 8. Februar 1946, vom Finanzamt in Aue an den Rat der Stadt Schneeberg, betreff bisheriges Reichsvermögen in Händen Dritter, beruft man sich auf den Befehl 124 und es wird darum gebeten, nachstehende Fragen erschöpfend zu beantworten:

1.) Welche Werte sind aus dem in Schneeberg vorhanden gewesenen Bekleidungs-lager der ehemaligen Luftwaffe in Beschlag genommen worden ?

2.) Welche Erlöse sind aus dem widerrechtlich vorgenommenen Verkäufen an Textilwaren und Ausrüstungsgegenständen aller Art aus ehemaligen Reichsvermögen erzielt worden ?

3.) Wie sind diese Verkaufserlöse verwendet worden?

Im Antwortschreiben des Bürgermeister Lehm an das Finanzamt vom 9. April 1946, nachzulesen auf Blatt 136, berichtet Walter Lehm:

»Von einem widerrechtlichen Verkauf kann gar keine Rede sein, da Schneeberg zur Zeit der kostenlosen Verteilung der Waren (auf

Haushaltspañ) Niemandsländ war und die Stadtverwaltung von keiner vorgesehten Dienststelle, die es damals überhaupt nicht gab, irgendwelche Anweisungen erhalten konnte. In dieser Zeit mußten wir auf Befehl der Amerikaner, die ab und zu unsere Stadt durchföhren und von dem Lager Kenntnis hatten, viele deutsche Soldaten, die sich in amerikanischer Gefangenschaft in der Umgebung befanden, aus diesen Beständen ohne Bezahlung einkleiden.

Als unsere Stadt russische Besatzung erhielt, mußten die noch vorhandenen Vorräte gemeldet werden und es durften nur auf schriftlicher Anweisung der Kommandantur Waren abgegeben werden

Diese Abnehmer waren hauptsächlich andere russische Kommandostellen oder benachbarte Gemeinden, die uns dafür kleine Mengen Lebensmittel lieferten, den Rest bezahlten. Zu diesen Tauschgeschäften waren wir gezwungen, da ab Anfang Mai Schneeberg als Frontstadt täglich hunderte von Flüchtlinge verpflegen mußte und dadurch die Lebensmittel fast restlos aufgebraucht wurden.

Den größten Teil der Stoff- und Wäschebestände wurde nach Besichtigung des Lagers durch den Herrn russischen stellvertretenden Bezirkskommandanten auf dessen Befehl mit LKW nach Schwarzenberg überführt, wofür keine Bezahlung erfolgte, auch die Quittung wurde nicht erteilt.

Der verhältnismäßig geringe Erlös aus dem teilweisen Verkauf wurde teils zur Bezahlung der an den Flüchtlinge ausgegebenen Lebensmittel verwandt, Unkosten für Erstellung der zu diesen Zwecke benötigten Behelfsküchen mit bestritten und Zehrgelder an ausgeplünderte und befreite KZ-Häftlinge ausgegeben; der Rest des Geldes wurde durch den Herren russischen Bezirkskommandanten beschlagnahmt. Da Schneeberg als einzige Stadt im Kreis Schwarzenberg größere Kriegsschäden erlitt, wurde ein Teil des Erlöses zur Bezahlung von Schuttbereinigung und Wiederinstandsetzung von Wohnraum verwandt.«

Die Einnahmen aus dem Verkauf der ehemaligen Wehrmachtsbestände flossen auf das eigens dafür errichtete Sonderkonto 15001.

Eine Prüfung aller Aussagen der Befragungsprotokolle ergab folgende Ergebnisse:

Am 14. August 1945 hat der Leiter der Giro-Kasse, Blechschmidt, auf Weisung von Bürgermeister Lehm, insgesamt 237 882 RM vom Konto 15001 auf das städtische Konto 2073, dem späteren sogenannten »schwarzen Konto« eingezahlt. Das geht aus Blatt 41 der Verneh-

mung des ehemaligen Sparkassenangestellten Dittrich hervor. Ab diesen Zeitpunkt war Dittrich eigenverantwortlich für das Guthaben auf diesem Konto.

Vom Konto 2073 wurden noch am gleichen Tag 100 000 RM auf das städtische Konto 2075 eingezahlt. Der Verwendungszweck dieses Kontos sah vor, dass davon Stadtrat Mehlhorn Wareneinkäufe tätigen sollte. Die 100 000 RM auf Konto 2075 wurden jedoch nie von Oskar Mehlhorn angerührt, sondern am 4. April 1946 durch die Mitarbeiter des NKWD beschlagnahmt.

Aus der Zusammenstellung der noch vorhandenen Geldbestände, erstellt durch Untersuchungsführer Geidel, ist zu entnehmen, dass am 3. April 1946 durch Stadtrat Schürer vom Konto 2073 der Rest von 2 857, 65 RM abgehoben wurde. Es stellt sich die entscheidende Frage; Wo sind die restlichen 135 024, 35 RM hingekommen, die Herr Blechschmidt auf Weisung des Bürgermeisters am 14. August 1945 Herrn Dittrich anvertraut hat?

Die wenigen heute noch lebenden Schneeberger Bürger, die darüber befragt werden können, sprechen stets davon, dass sich die vier Verhafteten an diesen Geld persönlich bereichert haben. Dies ist jedoch nur die offizielle Darstellung des Sachverhaltes, der unmittelbar nach ihrer Verhaftung gegenüber den Mitarbeitern im Rathaus verbreitet worden ist und bis zum heutigen Tage als offizielle Version verbreitet wird.

Durch das aufmerksame Lesen der Publikation »Not, Notgeld, Niemandsländ« des ehemaligen Schneeberger Bürgermeisters, Lothar Wendler, habe ich erfahren, dass das Geld auf das Konto 2073 an dem Tag eingezahlt wurde, als alle Privatbanken in Sachsen geschlossen worden sind. Der weitere Zahlungsverkehr sollte über die neue sächsische Landesbank abgewickelt werden.

Bedeutung für meine weitere Recherche kommt dem Antrag des kommissarische Bürgermeister Lehm vom 12. November 1945 an alle Mitarbeiter der Spar- und Girokasse, betreffs Konto 15001, zu.

Darin hat er angewiesen, dass 1.) das Guthaben von Konto 15001 in Höhe von 488 195,24 RM nicht wie Guthaben der öffentlichen Hand, sondern wie Privatguthaben zu behandeln sind, da die Mittel aus besonderen Einnahmen stammen (aus dem Verkauf der Textilien d. A.) und für besondere Versorgungszwecke bestimmt sind (Baudarlehen zur Instandsetzung der Wohnungen, die durch Kriegseinwirkungen zerstört worden sind). 2.) Dieses Zwischenguthaben wird zu je 244 097, 62 RM geteilt und als Sonderkonto des Bürgermeisters

Lehm und Stadtrats Schürer gebucht. Weiter setzt Bürgermeister Lehm die Mitarbeiter der Spar- und Girokasse davon in Kenntnis, dass 3.) beide Konten hiermit auf Anordnung der SMA gesperrt sind. Verfügungen dürfen auf die Dauer der Sperre nicht erfolgen.

Diese Anweisung ist nur so zu erklären, dass der Bürgermeister entsprechend den Durchführungsbestimmungen des Befehls 124 vom 30. Oktober 1945 gehandelt hat. Im gleichen Zusammenhang vermerkte auch Stadtrat Otto Schürer in einer Aktennotiz vom 6. April 1946, nachzulesen auf Blatt 133, bezüglich eines Gesprächs mit Herrn Strauß vom Finanzamt, »daß seinerzeit, um das Geld voll für die Belange der SMA zu erhalten, die Übernahme als Privatkonto von Herrn Lehm und mich erfolgte«.

Herr Strauß ordnete an, dass die Überweisung an die Finanzkasse in Aue umgehend zu erfolgen hat.

Aus einer der letzten Abschriften der Akte 1497, Blatt 136, vom 9. April 1946, einem Schreiben des kommissarischen Bürgermeister Lehm an das Finanzamt in Aue, ist zu entnehmen: »daß der Herr politische Kommissar der Stadt Schneeberg am 7. April 1946 die beiden Konten, Gesamtbetrag 488194 RM, für die SMA sperrte und ausdrücklich befahl, dass auch keine Überweisung an das Finanzamt zu erfolgen habe. Betreff der weiteren Behandlung dieses Falles bitte ich Ihrerseits eine Klärung mit dem Herrn politischen Kommissar herbeizuführen«.

Dies war das letzte amtliche Schreiben von Walter Lehm. Danach wurde er, die Stadträte Schürer und Mehlhorn verhaftet. Die spätere Verhaftung des Sparkassenangestellten Blechschmidt ist der Tatsache geschuldet, dass er als ehemaliges NSDAP-Mitglied nicht per 31. 12. 1945 aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden ist, weil sein Fachwissen zur Abwicklung alter Bankvorgänge noch gefragt war.

Ebenfalls im Februar 2005 fand sich im Auer Kreisarchiv, als Anlage zum Revisionsbericht des Herrn Geidel an den Landrat Scheffler, eine Zusammenstellung der noch vorhandenen Geldbestände und der Nachweis ihrer Verausgabung. Der Nachweis der verwendeten Mittel aus dem Verkauf der Textilien des Wehrmachtslagers und anderer Einnahmen aus Beständen ehemaliger NS-Einrichtungen beliefen sich nach der Aufstellung von Herrn Geidel am 4. April 1946 auf 624 002,05 RM.

Nach Aussage eines ehemaligen Sparkassenangestellten befand sich auf dem Konto 15001 am 31. Juli 1945 ein Haben-Saldo von 757 791,69 RM.

Somit gibt es einen Fehlbetrag von 133 789,64 RM, über dessen Verbleib niemand Rechenschaft ablegen konnte und den man nun den Verhafteten zur Last legte.

Jedoch genau bei diesem Sachverhalt ist der Rechnungsprüfer Geidel im weiteren Verlauf seines Ermittlungsverfahrens Ende Mai oder Anfang Juni 1946 fündig geworden. Zu den neuen Erkenntnissen gelangte er jedoch erst, nachdem die Befragung der Sparkassenangestellten abgeschlossen war. Deshalb findet man in der Akte 1497 auch darauf keinen Hinweis.

Dieser Umstand war zunächst unbekannt und wäre vielleicht niemals aufgeklärt worden, wenn nicht, wie so oft in dieser Angelegenheit, der Zufall zur Hilfe gekommen wäre.

Während der Diskussion zur Buchpräsentation von Leonore Lobeck, am 3. Februar 2005 im Schwarzenberger Schloss, habe ich alle Teilnehmer von unseren Aktenfund aus dem Jahre 1998 im Schneeberger Stadtarchiv unterrichtet.

Seit Mitte Februar 2005 arbeitete L. Lobeck im Schneeberger Stadtarchiv. Durch gezielte Suche fand sie dabei eine zweite Akte zum Vorgang »Wehrmachtslager«. Diese Akte hatten wir bei der Suche 1998 übersehen. Das Besondere dieser Akte besteht darin, dass sie nicht am 4. Juni 1946, sondern erst am 31. 12. 1953, also vier Jahre nach Gründung der DDR, geschlossen worden ist.

Obwohl ich die Akte Nr. 1498 erst Ende Februar 2005 in den Händen hielt, kannte ich den darin enthaltenen Schriftverkehr ab den Jahre 1950 bereits. Es war genau jener Zeitpunkt, als sich Herr Geidel für die Rehabilitierung von Oskar Mehlhorn eingesetzt hat. Ich erhielt 1996 Kopien dieses Schriftverkehrs vom Sohn von Oskar Mehlhorn, der diese Unterlagen, welche seinen Vater entlasteten, im März 1996 gefunden hatte.

Als Außenstehender konnte ich mich damals des Eindrucks nicht erwehren, dass die Leute, die ab 1950 an einflussreicher Stelle im Schneeberger Rathaus, beim Rat des Kreises und dem Rat des Bezirkes saßen, kein Interesse hatten, dass Oskar Mehlhorn sein Eigentum zurück erhält und weitere Nachforschungen über den Verbleib des Geldes angestellt werden.

In dieser, durch L. Lobeck aufgefundenen, Akte befanden sich persönliche Aufzeichnungen und Notizen des Untersuchungsführers Geidel, sowie Kopien des Schriftverkehrs mit weiteren Dienststellen und Behörden.

In einem Schreiben vom 3. Juni 1946, also einem Tag vor Abschluss des Ermittlungsverfahrens, gerichtet an den Herrn Landrat des Kreises Schwarzenberg mit Sitz in Aue, stellte Herr Geidel fest: »dass es sich m. E. nach um nicht vollkommen in Ordnung gehende Kontenübertragungen bzw. Abhebungen der in Verbindung mit der Bankverordnung vom 14.8. 1945 stehenden Frage der Zwischenguthaben« handelte.

Hier ist wieder der Hinweis auf die Schließung der Privatbanken mit entsprechender Verordnung über die Verfahrensweise der darin enthaltenen Bankbestände.

Die beigelegte Zusammenstellung beinhaltet eine namentliche »Übersicht über Zuweisungen und Abhebungen bei der Girokasse in Schneeberg vom 20. August 1945«.

Das eigentlich Besondere an dieser Aufstellung von Herrn Geidel bestand darin, dass die darin enthaltenen Barabhebungen beziehungsweise Überweisungen auf ein neues Zwischenguthaben, sechs Tage nach Schließung der Bank, also auf nicht legalem Wege und ohne Wissen des Bürgermeisters Lehm, bei der Girokasse in Schneeberg, erfolgt sind.

Dabei handelt es sich nach der Aufstellung von Geidel um Zuweisungen der Sparkasse in Höhe von 132 305 RM.

Tatsächlich wurden sechs Tage nach Schließung der Bank noch Geldbeträge in Höhe von 81 000 RM in bar abgehoben und 54 087 RM auf ein neues Zwischenguthaben umgebucht. Bei dieser, durch Geidel festgestellten, unrechtmäßigen Transaktion, wechselten letztlich 135 087 RM ihren Besitzer. Dieser Betrag ist fast identisch mit dem Fehlbetrag aus den Einzahlungen auf das Konto 2073 vom 14. August 1945.

Weiterhin verweist Herr Geidel auf ein Rundschreiben Nr. 18 der Kreissparkasse vom 4. Dezember 1945 und zitiert einen uns heute nicht mehr nachvollziehbaren Sachverhalt. »Über die Anerkennung von Kontoerhöhungen als Zwischenguthaben, die durch Kontoübertragungen entstanden sind, hat der Herr Landrat als Verwaltungsvorsitzender im verneinenden Sinne entschieden. Es muß also noch einmal eine Prüfung der Zwischenguthaben erfolgen und jede als Kontoübertragung erkennbare Kontoerhöhung ist hiernach auszuscheiden. Das wird manche Enttäuschung bringen, entspricht aber den gesunden Gerechtigkeitsempfinden. Ist die Übertragung solcher unrechtmäßig errechneter Zwischenguthaben auf Zwischenkonten oder Neukonten erfolgt, so ist Rückbuchung vorzunehmen

und zwar mit dem entgegengesetzten Buchungssatz. Nur in den Fällen, wo Kunden über solche Guthaben schon verfügt haben, kann von einer Rückforderung abgesehen werden.«

Geidel konnte ermitteln, dass an dieser unrechtmäßigen Transaktion in Schneeberg 27 Personen beteiligt waren.

Darunter befanden sich auch 7 der ehemaligen leitenden Schneeberger Sparkassenangestellten, deren Aufgabe darin bestand, die eingenommenen Gelder aus dem Verkauf der Textilien aus dem Wehrmachtslager, ordnungsgemäß zu vereinnahmen. Diese Sparkassenangestellten haben den Bürgermeister wissentlich und vorsätzlich zweimal betrogen. Denn Sie hatten, nachdem sie durch Herrn Geidel zum Sachverhalt »Konto 2073« und »Schwarze Kassen« vernommenen worden sind, diese Aktion vom 20. August 1945 mit keinem Wort erwähnt, denn dieser Sachverhalt war zum Zeitpunkt der Befragung durch den Untersuchungsführer Geidel noch nicht bekannt.

Neben den Kassenbeamten waren noch 10 ihrer engsten Familienangehörigen sowie 9 stadtbekannte Persönlichkeiten an der Aktion beteiligt. Die Mitglieder dieser »ehrenwerte Schneeberger Gesellschaft«, haben bis zum heutigen Tage über diesen Sachverhalt geschwiegen.

Nur bei einer Person wurden, infolge eines anderen laufenden Untersuchungsverfahrens durch die Besatzungsmacht, die 5 000 RM als anerkanntes Zwischenguthaben, auf Grundlage des Befehls 124 gesperrt und eingezogen. Auch diesen Sachverhalt konnte Geidel ermitteln. Bereits 1947, ein Jahr nach Abschluss des Verfahrens, hatte er die entsprechenden staatlichen Stellen auf diesen Tatbestand aufmerksam gemacht. Wieder aufgerollt wurde die ganze Angelegenheit in Februar 1950 durch Herrn Geidel, wie aus einem Schreiben der Kreissparkasse an das Kreisprüfungsamt des Kreisrates hervorgeht. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die unrechtmäßigen Abhebungen seitens Schneeberger Sparkassenangestellter nach der Schließung der Bank weder untersucht noch die namentlich bekannten Beschuldigten zur Rechenschaft gezogen. Ende 1953 wurde die Akte Geidel endgültig geschlossen, ohne dass die Sparkassenangestellten wegen ihrer Tat von 20. August 1945 belangt wurden oder die Angelegenheit je öffentlich gemacht worden ist.

In seinem Revisionsbericht vom 4. Juni 1946 »Betrifft Ausweichlager Schneeberg der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Fliegerstoffe und Unterwäsche) Ermittlungsverfahren gegen komm. Bürger-

meister Lehm, die Stadträte Mehlhorn und Schürer, den ehemaligen Leiter der Spar und Girokasse Schneeberg – Blechschmidt – sämtlich in Schneeberg/Erzgebirge, sowie gegebenenfalls gegen Unbekannt«, schreibt Geidel auf Seite 10: »Das auf Grund der vorhandenen Akten durchgeführte Ermittlungsverfahren hat keine Beweise dafür erbracht, dass sich die Beschuldigten Lehm, Mehlhorn, Schürer und Blechschmidt irgendwelcher persönlichen Bereicherung schuldig gemacht haben.«

Diese Feststellung hat ihnen wenig genutzt, denn durch eine Straftat anderer Schneeberger Bürger, begangen 1945, wurden 1946 vier Unschuldige auf besatzungsrechtlicher Grundlage verhaftet und verurteilt.

Das eigentlich Beschämende besteht darin, wie die Schneeberger Stadtverwaltung im Fall des ehemaligen Bürgermeister Walter Lehm seit 1993 reagiert hat.

Bereits am 6. Mai 1993 fasste die damalige Stadtverordnetenversammlung unter Nr. 711 den Beschluss, den bestehenden kommunalen Anteil von 25 % am Grundstück Fürstenplatz 9 an die Erbengemeinschaft entsprechend dem Verkehrswertgutachten zu verkaufen. Warum dieser Beschluss nicht realisiert worden ist, ist mir nicht bekannt.

Die Erbengemeinschaft Lehm hat im Jahre 2005, genau 60 Jahre nach den damaligen Ereignissen, keine Hoffnung darauf, dass die Schneeberger Stadtverwaltung, ihr am 30. März 1995 gegebenes Versprechen einlöst. Es wurde damals zugesichert und notariell im Kaufvertrag vermerkt, dass »im Falle einer Rückübertragung des bestehenden 1/4 Anteils der Bergstadt auf die anderen Miteigentümer erfolgt, der Verkaufserlös von 80 000 DM umgehend an die Berechtigten ausgekehrt wird«.

Nur durch dieses Versprechen seitens der Stadtverwaltung kam im Dezember 1995 der notariell beglaubigte Kaufvertrag zustande.

Am 10. April 1996 erhielten die Lehm-Erben den Bescheid vom Generalstaatsanwalt des Obersten Militärgerichtes der Russischen Föderation. Walter Lehm wurde im vollen Umfang rehabilitiert. Statt die 80 000 DM, wie im Kaufvertrag zugesichert, an die Erben auszuzahlen, wurde nun das Amt für offene Vermögensfragen beim Landratsamt in Aue eingeschaltet.

Für die Lehm-Erben begann mit diesem Amt ein Rechtsstreit, der bis 1998 andauerte.

Obwohl das Haus bereits im Dezember 1995 verkauft war und eine äußerst prekäre Rechtslage auf Grund des Einigungsvertrages von 1990 im Falle von Enteignungen auf besatzungsrechtlicher Grundlage bestand, entzog sich die Schneeberger Stadtverwaltung ihrer Verpflichtung dadurch, dass letztlich die Lehm-Erben dazu aufgefordert wurden, nach dem Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz zu verfahren, um über diesen Weg ihr rechtmäßig zustehendes Geld zu erhalten.

Nach einem nun neu erstellten Verkehrswertgutachten wurden den Erben statt der erhofften 80 000 DM nur rund 29 000 DM zugesichert. Die Wertminderung wurde gegenüber der Erbengemeinschaft damit begründet, dass es einen größeren Instandsetzungsbedarf innerhalb der letzten 50 Jahre gab.

Wie sollten jedoch die Lehm-Erben das große Haus instandsetzen, wenn die Stadt bis 1990 zu drei Viertel Eigentümer des Hauses war. Bereits im Jahre 1952 hat die Schwester von Walter Lehm die DDR verlassen und Ihr Anteil am Grundstück wurde durch die Stadt verwaltet und ging in kommunales Eigentum über.

Damit aber noch nicht genug. Das versprochene Geld in Höhe von 28 945,38 DM lagert bis zum 1. Januar 2008 zinsfrei bei der Bundeswertpapierverwaltung in Bad Homburg. Erst danach können die drei Erben, im Alter von 72 bis 84 Jahren, von denen bereits einer zwischenzeitlich verstorben ist, darüber verfügen.

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 1167 vom 12. November 1998, der von Bürgermeister Stimpel als politische Entscheidung deklariert worden ist, erhielten die Lehm-Erben noch einmal 11 000 DM.

Wie so oft bei wichtigen, jedoch undurchschaubaren Beschlüssen, hatte nur ich als Stadtrat eine berechtigte Anfrage. Ich konnte mir einfach nicht erklären, wie eine Kommune zu einem Viertel Eigentümer an einem Privathaus sein kann. Kurz angebunden und sichtlich genervt, erklärte der Bürgermeister: »Das weiß ich nicht«.

Er hat auch nicht wie sonst üblich in solchen Fällen, wenn er überfordert war, Frau Kaiser, als Leiterin des Liegenschaftsamtes, befragt. Frau Kaiser hatte schließlich in seinem Namen, als Vertreter der Stadt den Kaufvertrag 1995 unterzeichnet. Warum häufen sich im Fall Lehm / Mehlhorn die Beispiele, wo Bürgermeister Stimpel die Unwahrheit spricht?

Mich kann er schon lange nicht mehr überzeugen. Deshalb hatte ich damals als einziger Stadtrat bei vier Enthaltungen meiner Fraktionskollegen, gegen diesen Beschluss gestimmt.

Von den 11 000 DM, die die Erbgemeinschaft erhalten hat, wurde das Honorar in Höhe von 7257,31 DM an den Anwalt gezahlt.

Mein im Jahre 2002 unternommener Versuch, die Angelegenheit »Lehm-Haus« auf Grundlage § 36 Absatz 5 der Sächsischen Gemeindeordnung, im Stadtrat erneut auf die Tagesordnung zu setzen, scheiterte bereits bei der Antragstellung. Denn Bürgermeister Stimpel hatte es Dank seines Talents als Schauspieler verstanden, selbst die Mitglieder meiner eigenen Fraktion gegen meinen Antrag zu positionieren.

Es ist schon sehr suspekt, dass ausgerechnet in dem Augenblick, als ich die alten und neuen Stadträte über die Beschlussfassung 1167 aus dem Jahr 1998 informieren wollte, die Beigeordnete Frau Hilmer dem Bürgermeister das Protokoll der damaligen Stadtratssitzung übergab. Woher wußte die Stadtverwaltung von meinem neuerlichen Vorstoß? Darüber hatte ich nur mit der Vertretung von Frau Siegel, der Leiterin des Kommunalamtes des Landkreises Aue-Schwarzenberg als untere Rechtsaufsichtsbehörde gesprochen. Sitzt in dieser Behörde ein »Maulwurf« ?

Um so bemerkenswerter ist jedoch in diesem Zusammenhang das Reagieren der Schneeberger Stadtverwaltung bei der Rehabilitation von Oskar Mehlhorn.

Ohne dass auch nur ein Stadtrat darüber informiert worden ist, hat man den 1995 gefaßte Beschluss gegen die Kinder von Oskar Mehlhorn dadurch außer Kraft gesetzt, dass man den ehemals favorisierten Käufern der Stadtverwaltung kurz vor Jahresende 1998, ihren bereits gezahlten Kaufpreis für das Haus zurückerstattete. Die Erben von Oskar Mehlhorn bekamen das 1946 beschlagnahmte Haus ihrer Eltern Anfang 1999, nachdem er im November 1998 rehabilitiert worden ist, zurück.

Nicht der Bürgermeister hat den Stadtrat über diesen neuen Sachstand unterrichtet, sondern ich habe den Stadtrat auf der Stadtratssitzung im Januar 1999 davon in Kenntnis gesetzt. Der Bürgermeister spielte wieder einmal den »Unwissenden«.

Die Leiterin des Liegenschaftsamtes, Frau Kaiser, bestätigte meine Aussage mit den Worten, dass ein Schreiben von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation eingetroffen ist, nach dem Oskar Mehlhorn im vollen Umfang rehabilitiert worden ist.

In der Rechtsprechung gibt es den Begriff »Präzedenzfall«. Er kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Musterfall. Es ist ein vorangegangener Fall, der für die rechtliche Beurteilung späterer

gleicher oder ähnlicher Fälle von Bedeutung ist. Also sollte man heute im Falle Lehm wie im Falle Mehlhorn handeln.

Deshalb ist zu fordern:

- die Rehabilitierung der zu Unrecht verurteilten Aktivisten der ersten Stunde,
- das Einsetzen dieser Bürger in ihre Ehrenrechte,
- die vollständige finanzielle Wiedergutmachung durch die Stadtverwaltung an die Erbgemeinschaft von Walter Lehm,
- die Ehrung der drei in Haft Verstorbenen durch Benennung mit Straßennamen als sichtbares Zeichen kommunaler Wiedergutmachung an den Unschuldigen,
- die Aufhebung aller nach 1995 gefaßten Stadtratsbeschlüsse gegen die Angehörigen von Oskar Mehlhorn und Walter Lehm.

LOTHAR WENDLER

Not, Notgeld, Niemandsland

*Erinnerungen eines Zeitzeugen über die Situation im Landkreis
Schwarzenberg im Frühjahr 1945 in Verbindung mit seinen Forschungen
zum ausgegebenen Notgeld¹*

Im Mai 1945 kehrte ich auf recht abenteuerliche Weise aus dem Krieg, in den ich mit erst 16 3/4 Jahren Anfang 1944 noch einziehen musste, in meinen Heimatort Wildbach zurück. Vom Auflösungsort meiner Einheit, einer sogenannten RAD-Flakabteilung (Reichsarbeitsdienst-Fliegerabwehrabteilung) in Oberbayern hatte ich mich zu Fuß und in Zivil durch die Wälder südlich Hof und Plauen bis Auerbach/Vogtl. durchgeschlagen, immer darauf bedacht, nicht in amerikanische Gefangenschaft zu kommen. Doch bei Auerbach – kaum 20 km vom Heimatort entfernt – kam ich nicht weiter. Jeder Waldweg, jede Schneise waren von amerikanischen Posten bewacht. »Hier wirst Du nicht durchkommen, hier beginnt das unbesetzte Gebiet.« sagten die Einwohner. So erfuhr ich, dass das Westerzgebirge und damit wohl auch mein Heimatort eigenartigerweise weder von der US- noch von der Sowjetarmee besetzt war. Nach stundenlangen vergeblichen Versuchen, im Wald weiter zu kommen, setzte ich schließlich alles auf eine Karte und ging einfach über ein freies Feld, einen Bauernjungen vortäuschend. Es gelang. Am Abend war ich zu Hause. Mutter war überglücklich. Und tatsächlich, nicht nur Wildbach war unbesetzt, auch alle südöstlich liegenden Orte von Schneeberg über Aue bis Schwarzenberg.

Mein Opa Adolf Jähn, Eisengießer und Sozialdemokrat, erzählte mir: »Da keine Besatzungstruppen kamen, mussten wir schließlich selbst etwas im Interesse der Einwohner unseres kleinen Dorfes tun.« Er nannte Namen wie Richard Rudolf, Wilhelm Klapproth, Max Richter und andere – alle Gegner des Naziregimes und meist aus der Arbeiterbewegung kommend. Erst etwa Mitte Mai gingen

1 Der Autor stellt diese Thematik ausführlicher in der nachfolgend angegebenen Publikation vor. Dort finden sich auch weiterführende Nachweise. Lothar Wendler: Not, Notgeld, Niemandsland . Der Landkreis Schwarzenberg im Frühjahr 1945 – Ein Beitrag zur Regionalgeschichte 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus. O. O. und J. [Aue 2005].

sie in das Gemeindeamt und sagten dem Bürgermeister – einem örtlichen Malermeister, der zugleich Ortgruppenleiter der Nazipartei war – : »Rudolf, Du bist entlassen. Nimm Deine Sachen und geh nach Hause. Gib die Schlüssel her, Du darfst das Gemeindeamt nicht mehr betreten. Ab sofort ist Max wieder Bürgermeister.« Max Richter war bis 1933 Bürgermeister gewesen. Sie kannten sich alle untereinander und es gab keine Schwierigkeiten. Damit hatten sie den notwendigen Machtwechsel gewaltlos vollzogen. Wer hätte es sonst tun sollen? Sie fühlten sich im Interesse der Einwohner handelnd und also im Recht, nicht als neue »Machthaber«, die »Rache« nehmen wollten. Das Weiterleben der Bevölkerung war zu sichern. Es gab keine »latenten« weitergehenden Möglichkeiten. Wer hätte denn Wahlen abhalten sollen und wie? Dies blieb einer späteren Zeit vorbehalten, jetzt galt es, den verzweifelten und hungernden Menschen zu helfen.

Natürlich verlief die Entmachtung der Nazibehörden nicht überall so einfach wie in meinem Heimatdorf. Im benachbarten Schneeberg war die Lage ganz anders. In den letzten Kriegstagen war die Stadt oft das Ziel amerikanischer Artillerie aus Richtung Auerbach und Kirchberg gewesen. Am 19. April, in der Mittagszeit, griffen zwölf US-Jagdbomber die Stadt mit Bordwaffen an. Der Angriff dauerte reichlich 1/4 Stunde und hatte verheerende Wirkung. 15 Einwohner wurden getötet, weitere verletzt. Die Methodistenkirche und das Wahrzeichen der Stadt, die St. Wolfgangskirche, sanken in Schutt und Asche, ebenso solch architektonisch einzigartige Bauwerke des bürgerlichen Barock wie das »Fürstenhaus« – in der DDR wieder aufgebaut und heute Sitz der Sparkassenfiliale – und andere Gebäude des Stadtzentrums. 18 Wohn- und Geschäftshäuser wurden völlig zerstört, 489 weitere schwer beschädigt. 200 Wohnungen und 18 Geschäfte wurden völlig, 812 Wohnungen und 61 Geschäfte teilweise zerstört. Augenzeugen berichten, dass sich gegen Abend hunderte erregter Einwohner, vor allem Frauen, vor dem Rathaus versammelten, weiße Tücher schwenkten und forderten, auf dem Rathaus die weiße Fahne zu hissen, um nicht erneuten Angriffen ausgesetzt zu sein. Verantwortungslos lehnten dies der Nazibürgermeister und der Naziortgruppenleiter ab und drohten, den Platz durch Polizei und Wehrmacht mit Waffengewalt räumen zu lassen. Der »Kampfkommandant« der Wehrmacht erklärte am nächsten Tag auf Plakaten, alle Häuser, die weiße Fahnen hissen, niederzubrennen und die dort wohnenden Männer über 16 Jahre zu erschie-

ßen! Das dort nach dem 8. Mai die örtlichen Nazigrößen verhaftet wurden, ist nicht verwunderlich. Auch in Aue und Schwarzenberg erfolgten Verhaftungen, doch der Landrat von Schwarzenberg wurde sogar im Amt belassen, weil er nicht der Nazi­partei angehört hatte und als Verwaltungsfachmann galt.

So unterschiedlich wie die örtliche Situation war auch das Handeln der entstehenden »Aktionsausschüsse«. Jene Männer und Frauen, die sich Mitte Mai in allen Orten des Kreises Schwarzenberg bzw. des unbesetzten Gebietes – denn auch über die nördliche Kreisgrenze hinaus waren einige Orte anderer Kreise unbesetzt geblieben – in Aktionsausschüssen zusammenschlossen, hatten unterschiedliche Berufe und Weltanschauungen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Parteilose. Was sie einte: sie waren Antifaschisten. Die meisten kamen aus der Arbeiterbewegung und viele waren bis 1933 in kommunalen Ämtern gewesen, wurden entlassen und hatten Verfolgung und Haft in der Nazizeit erlebt. Am Schwarzenberger Aktionsausschuss wird das deutlich. Mit dem Mut der Hoffnung auf einen demokratischen Neubeginn suchten sie aufopferungsvoll einen Weg in die Zukunft zu finden. Ob sie sich ihrer historischen Situation bewusst waren sei dahingestellt, entscheidend war ihre Tatkraft. Sie unternahmen heute kaum noch vorstellbare Anstrengungen, den verzweifelten Menschen zu helfen. Es fehlte an allem, vom täglichen Brot bis zum Bargeld zur Bezahlung der kärglichen Rationen, zur Lohnzahlung usw. Deshalb wurde Notgeld ausgegeben, worauf ich gleich zu sprechen komme. Die Probleme waren ebenso schwierig wie dringend und entscheidend für das Überleben, ihre Lösung diente der Zukunft: Wer sollt die Nazibehörden entmachten, wer die in den Erzgebirgswäldern noch befindlichen Wehrmachtstruppen entwaffnen, wenn keine Besatzungstruppen kamen? Wer für die Versorgung der hungernden Bevölkerung sorgen, die im Kreis Schwarzenberg durch 100 000 Flüchtlinge auf 450 000 Menschen angewachsen war, wenn der Kreis unbesetzt und damit isoliert blieb? Das Existenzminimum war unterschritten, es gab keine staatlichen Reserven mehr. Wöchentlich 1700 g Brot, 100 g Fleisch, 70 g Nahrungsmittel, 550 g Zucker, 5 g Fett, waren die unvorstellbar kargen Rationen und nicht einmal diese konnten regelmäßig ausgegeben werden. Die Aktionsausschüsse mussten schwere Aufgaben anpacken, es gab keine andere Möglichkeit.

Ich habe als 18-jähriger Zeitzeuge persönliche Erinnerungen, die im Gegensatz zu manchen heutigen spekulativen Meinungen politischen Wunschenkens über »latente« Möglichkeiten und eine »Freie Republik« stehen, die es nie gab. Deshalb lehne ich es ab – wie andere Zeitzeugen auch – mich an solchen subjektiven Sichtweisen später geborener »Forscher« zu beteiligen. Das sind Spinnereien oder literarische Gedankenspiele. Alles was heute hinein interpretiert wird, führt zu einem verbogenen Geschichtsbild fern jeder damaligen Realität und widerspricht der historischen Wahrheit. Die Arbeit der Aktionsausschüsse war das Maximum und verdient höchsten Respekt.

Die Truppen der Anti-Hitler-Koalition hatten das deutsche Volk und die Völker Europas vom Faschismus befreit und Deutschland besetzt, bis auf eben diesen kleinen Rest im Westerzgebirge, den Kreis Schwarzenberg. Seine Grenzen waren als Demarkationslinie für die Truppen der US- und der Sowjetarmee festgelegt worden. Daraufhin blieben die US-Truppen an seiner Westgrenze bei Auerbach und die Sowjettruppen an seiner Ostgrenze bei Scheibenberg stehen, niemand besetzte ihn. Fast ganz Europa lag in Trümmern, als einzige Stadt des Westerzgebirges auch Schneeberg. Trauer um die Männer, Väter und Söhne, die an den Fronten für den Größenwahn der Nazis von der Weltherrschaft ihr Leben lassen mussten. Tausende waren für den Rest ihres Lebens zum Krüppel geschossen, Tausende waren vermisst und die Angehörigen bangten um ihr ungewisses Schicksal. Die kleine Stadt Schneeberg hatte 523 Tote zu beklagen, 501 an den Fronten, 15 durch den Luftangriff und 7 Antifaschisten waren in den KZ ermordet worden. Wochenlang zogen Flüchtlingszüge verhärmter, ausgemergelter Menschen über die Straßen. Im ganzen Land hatte der Krieg Hunderttausenden Wohnung, Haus und Heimat zerstört. Hunger, Not und Elend waren unvorstellbar. Die überfallenen Völker hatten sich erbittert zur Wehr gesetzt und den Weltherrschaftsplänen der Faschisten einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der Krieg war nach Deutschland zurückgekehrt. Nun konnten die Menschen befreit aufatmen. Lieber hungern, aber nie wieder Faschismus und Krieg war die Meinung der leidgeprüften Bevölkerung. Nur die heute über 70-jährigen können sich noch aus eigenem Erleben an diese schlimmen Jahre erinnern. Es ist ihre Pflicht, den jüngeren Generationen die Lehren daraus zu vermitteln, damit die Verbrechen der Faschisten nie vergessen oder verdrängt werden. Denn diese hatten

sich feige verkrochen, von den geistigen Vorkämpfern und Verfechtern der Naziideologie bis zu den Verbrechern, die diese verwirklichten. Sie alle versuchten, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, sie herunterzuspielen. Zwar wurden die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg vom Gericht der Völker abgeurteilt, doch Lehren aus der Geschichte zu ziehen wurde bekanntlich in Ost und West unterschiedlich verwirklicht. Es ist eine demagogische, böswillige Verleumdung, wenn heute von Kräften, die nichts aus der Geschichte gelernt haben, die Ehrung der Opfer des Faschismus in der DDR als staatlich verordneter Antifaschismus bezeichnet wird. Tatsache ist, dass nicht in der DDR sondern in der BRD ehemalige Nazis und Verfechter ihrer Ideologie höchste Positionen in Politik, Staat, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Ehrungen und Auszeichnungen erhielten. Diese Erfahrung konnte auch in Schneeberg gemacht werden, wo solche Leute nach der politischen Wende zu Ehrenbürgern ernannt wurden. Der 8. Mai mahnt jedoch, dass sich heute in ganz Deutschland alle demokratischen Kräfte gegen Naziideologie, Kriege und Völkermord einsetzen, die seit 1945 bis heute nicht aufgehört haben. Erinnert sei nur an die USA-Kriege in Korea, Vietnam, im Kosovo, den Golf- und den Irakkrieg. Die Zivilbevölkerung musste dabei stets die meisten Todesopfer bringen und hatte unsäglich zu leiden.

Auch daran mahnt der 8. Mai: aller Opfer von Faschismus und Krieg zu gedenken, nicht nur derer, die an den Fronten für die Profitgier der Rüstungskonzerne und die Weltherrschaftspläne der Kaiser und »Führer« ihr Leben lassen mussten. Der Schneeberger Stadtrat gedenkt zum Volkstrauertag der Opfer beider Weltkriege, wie nunmehr auf diesem 1929 errichteten Denkmal – welches wohl heute noch in der Tradition der Heldengedenktage steht – zu lesen ist. Doch die Millionen Opfer der faschistischen KZ und Vernichtungslager, in denen auch die Schneeberger Antifaschisten Ewald Groß, Max Windisch, Hans Weigelt, Kurt Lorenz, Max Weiß, Max Salzer und Erich Eisenreich ermordet wurden, sind nicht erwähnt, also von diesem ehrenden Gedenken ausgeschlossen. Das ist sowohl politisch als auch menschlich beschämend und kein Vorbild für die junge Generation, die ohnehin in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit überfordert scheint. Offensichtlich wird noch immer ausgeklammert, dass das Hitlerregime schon im Frieden Krieg gegen Antifaschisten führte, einen Mordfeldzug, der zehntausende Opfer forderte. Doch jeder Verharmlosung oder Verdrängung des Faschis-

mus ist entschieden entgegenzutreten fordert die Bundesregierung. Wann begreift der heutige Stadtrat von Schneeberg seine Verantwortung? Der nach der politischen Wende 1990 beschlossene Abriss des Ernst-Thälmann-Denkmales und die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die Namen von Antifaschisten trugen, ist ein typischer Umgang mit der Geschichte durch Menschen, die nichts aus der Vergangenheit gelernt haben oder lernen wollen um die Wahrheit zu verdrängen. Das schlägt nicht nur allen demokratischen und antifaschistischen Kräften ins Gesicht, sondern auch den Erklärungen der höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit. Es muss bezweifelt werden, ob dieser Stadtrat die nationale und internationale Tragweite seiner Handlungsweise erkennt. Wiederaufstellung – zwar versprochen, doch bisher nicht gehalten – und Schutz und Pflege dieses Denkmals zur Ehrung *aller* Opfer von Faschismus und Krieg sind nicht Angelegenheit einer Partei, sondern der demokratischen Öffentlichkeit und – trotz aller Ausflüchte – des Stadtrates.

Ich habe in meiner dieser Konferenz vorliegenden Publikation »Not, Notgeld, Niemandsland – der Landkreis Schwarzenberg im Frühjahr 1945« dazu eingehend Stellung genommen. Doch wie war es zu Ausgabe jenes Notgeldes des Landkreises Schwarzenberg vom 20. April 1945 gekommen, von dem ich bei der Rückkehr in mein Heimatort gehört hatte, ohne es damals in die Hände zu bekommen? Wildbach gehört erst seit 1952 zum Kreis Schwarzenberg, mit dem es geografisch und wirtschaftlich seit je verbunden war, doch vorher die südöstlichste Gemeinde des Kreises Zwickau darstellte.

Die politischen und wirtschaftlich-finanziellen Verhältnisse im Erzgebirge waren – wie in ganz Deutschland – bereits in den letzten Monaten des Krieges und der Naziherrschaft völlig zerrüttet. Den deutschen Bank- und Konzernherren war spätestens seit dem missglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und dem daraufhin einsetzenden verstärkten blutigen Terror klar geworden, dass der Krieg verloren, an einen Separatfrieden der Weltmächte mit Hitler nicht mehr zu denken war, dieser Deutschland in den Untergang trieb und es von den siegreichen Alliierten besetzt werden würde. Diese Erkenntnisse widerspiegeln sich in den detaillierten Anweisungen einer am 14. September 1944 vom Reichsbankdirektorium erlassenen »geheimen Reichssache Nr. 2378/44« für den immer näher rückenden Fall dieser zu erwartenden Besetzung. Sie war gerichtet »An die Herren Ersten Vorstandsbeamten der selbständi-

gen Reichsbankanstalten oder Vertreter im Amt mit Abdrucken für die Leiter der Reichsbanknebenstellen«. Sie zeigt, dass die Wirtschafts- und Finanzoligarchie, die Herren der großen Industriekonzerne und der Großbanken, die Situation durchaus real einschätzen konnten, aber auch ihre Ohnmacht, ein Regime zu beseitigen, welches sie erst 12 Jahre vorher in den Sattel gehoben hatten und dem sie nun auf Gedeih und Verderb ausgeliefert waren. Sie wird hier wegen ihrer Bedeutung für die Notgeldausgaben auszugsweise wiedergegeben: »Die Vorbereitungen haben den allgemeinen Zweck, einen Run auf die Banken und Sparkassen bei drohendem Feindeinmarsch zu vermeiden und im Falle einer Besetzung, falls nicht geräumt wird, mit behelfsmäßigen Mitteln einen leidlich funktionierenden Zahlungsverkehr aufrecht zu erhalten, um die eigene Bevölkerung vor sonst auftretenden chaotischen Zuständen zu bewahren. [...] Bis zur Besetzung sind die Abhebungen der Bevölkerung anstandslos auszuführen, damit keine Unruhe eintritt. [...] Im Falle der Besetzung ergibt sich für die Aufrechterhaltung eines den Interessen der verbleibenden Bevölkerung dienenden geordneten örtlichen Geldverkehrs etwa folgende Lage:

Die Versorgung des besetzten Gebietsteiles mit innerdeutschen Zahlungsmitteln aus dem unbesetzten Reichsgebiet hört auf; die knappen Barreserven an solchen Zahlungsmitteln werden infolge dessen bald erschöpft sein. Es ist anzunehmen, daß der einmarschierende Feind eigenes Besatzungsgeld mitbringt. Es ist aber fraglich, ob er von vornherein die Versorgung des gesamten Verkehrsbedarfs mit seinem Besatzungsgeld übernimmt oder ob er sich zunächst auf die Bestreitung seiner Truppenausgaben mit Besatzungsgeld beschränkt. Jedenfalls wird eine Zwischenzeit zwischen dem Fehlen der Reichsbanknoten und dem Hereinfließen genügender Mengen an Besatzungsgeld zu überbrücken sein. Diese Überbrückung geschieht am einfachsten durch die Ausgabe eines kommunalen Notgeldes – etwa in Abschnitten zu 10 und 50 Rpf., zu 1, 5 und 10 RM (Druck möglichst auf Wasserzeichenpapier falls greifbar) ... Die Druckaufträge sind auf den Bedarf kurzer Zeiträume – etwa auf zwei Wochen – abzustellen ... Die Barauszahlungen der Reichsbank und der Kreditinstitute dienen nach erfolgter Besetzung in erster Linie dem Bedarf der Wirtschaft an Lohngeld und dem Bedarf der Verwaltung. Für sonstigen privaten Geldbedarf müssten notfalls rechtzeitig vorübergehende Auszahlungsbeschränkungen vorgesehen werden ... Die Reichsbank ist ferner bemüht, nach erfolgter

Besetzung Wege für irgendeinen Überweisungsverkehr mit dem unbesetzten Reichsgebiet zu finden.«

Diese geheime Reichssache lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie bildete auch die Grundlage für Notgeldausgaben, die bis zu diesem Zeitpunkt verhindert werden konnten, jedoch Anfang 1945 infolge Bargeldmangels in vielen besetzten Städten und Kreisen »Groß«-Deutschlands erfolgen mussten, von Hamburg bis Klagenfurt, von Stuttgart bis Wien. Das betraf besonders Südwestdeutschland. Etwa die Hälfte der bisher numismatisch erfassten bzw. bekannten nahezu 80 Notgeldausgaben kommen von dort. So gibt es logischerweise viele Notgeldausgaben noch vor der Schwarzenberger. Deshalb ist die in der Broschüre der Stadtverwaltung Schwarzenberg »Ouvertüre im Niemandsland« getroffene Feststellung falsch und zu korrigieren: »Uns ist nicht bekannt, daß in anderen Teilen Deutschlands zu einem solch frühen Zeitpunkt schon die Notgeldruckung vorgenommen wurde.« Schleusingen in Thüringen hat schon am 10. April die Ausgabe von Notgeld genehmigt, im Landkreis Aalen, in Heidenheim und in Nürtingen – alle in Württemberg – sowie in Miltenberg/Mainfranken am 16. April, in Schwäbisch-Hall sowie in Stollberg im Erzgebirge, also in unmittelbarer Nachbarschaft zu Schwarzenberg (!) am 17. April, nur um einige zu nennen.

Schwarzenberg ist mit seiner Ausgabe vom 20. April 1945 also durchaus keine Ausnahme. Auch hier hatten die Nazibehörden in den letzten Kriegstagen in der Druckerei C. M. Gärtner am Ort den Druck von Notgeld verschiedener Wertstufen vorbereiten lassen. Doch die übergeordneten Nazibehörden des Landes Sachsen verboten den Druck. Am 27. April übermittelte der NSDAP-Kreisleiter ohne Angabe von Gründen den strikten Befehl des Nazigauleiters und Reichsstatthalters von Sachsen, die örtliche Notgeldfertigung unverzüglich einzustellen. Der Landrat gehorchte widerspruchslos. Meiner Meinung nach könnte ein Grund dafür gewesen sein, dass die Sächsische Staatsbank zu Dresden Notgeldbanknoten zu 5, 20 und 50 Reichsmark drucken lassen sollte, »ausgegeben auf Grund der Verordnung des Reichsstatthalters in Sachsen – Landesregierung – vom 26. 4. 1945«, wie darauf zu lesen ist. Jedoch erst am 6. Mai gelangten solche Banknoten in Umlauf, und zwar nur diejenigen zu 20 Reichsmark. Offensichtlich beendete der rasche Vormarsch der Roten Armee diese Arbeiten, denn gedruckt wurde durch die Aktiengesellschaft für Kunstdruck in Niedersedlitz südöstlich von

Dresden. Zur Erläuterung sei gesagt, in Baden, Bayern Sachsen und Württemberg bestanden noch »Länderbanken«, sogenannte Regionalbanken, die bis Ende 1934 das Recht zur Banknotenemission hatten. Davon machte jetzt als einzige Länderbank die Sächsische Staatsbank wieder Gebrauch. Es ist unter den Notgeldausgaben der Städte und Kreise aus dem Frühjahr 1945 die einzige Notgeldausgabe einer Länderbank und insofern eine Besonderheit.

Der Bargeldumlauf und -bedarf hatte sich während der Kriegsjahre in Deutschland etwa um das 20-fache aufgebläht, denn Geldumlauf und -rücklauf waren beeinträchtigt, z. B. weil viel Bargeld zu Hause aufbewahrt wurde, Geldscheinverluste durch Kriegseinwirkungen eintraten u.a. Der immer stärker wachsende Bargeld-Umlaufbedarf führte schließlich zu einem Bargeldmangel, dem durch diese Notgeldausgaben entgegengewirkt werden sollte. Das war auch im Erzgebirge der Fall. Da sich die Lage im Kreis Schwarzenberg hinsichtlich fehlenden Bargeldes zum Monatswechsel April/Mai durch Zahlungen an Rentner und Kriegshilfeempfänger weiter verschärfte, schrieb der Landrat erneut an die Landesregierung. Daraufhin teilte die Sächsische Staatsbank Dresden der Filiale in Schwarzenberg mit, dass am 5. Mai Geld in Dresden abholbereit sei. Der Schwarzenberger Bankdirektor fuhr nach Dresden, erhielt jedoch kein Geld. Erst einen Tag später hätte er – zunächst in 20-RM-Noten – sächsisches Landesnotgeld erhalten könne, doch dann wäre die Fahrt nicht mehr möglich gewesen, denn der Vormarsch der Roten Armee in westlicher Richtung und ihre Offensive auf Prag über die Pässe des Osterzgebirges waren in vollem Gange.

Am 8. Mai kapitulierte Nazideutschland bedingungslos. Es gab keine Reichs- oder Landesbehörden mehr, weder des Staates noch der Nazipartei. Erst jetzt wagte es tags darauf der Landrat, den Druckauftrag für das vorbereitete Notgeld zu erteilen. Wenige Tage später lag es ausgabebereit vor, trägt jedoch nicht das Ausgabesonderdatum 20. April 1945. Der Landrat gab in der Tageszeitung »Erzgebirgischer Volksfreund« am 18. Mai bekannt: »Infolge der gegenwärtigen Lage ist der Verkehr der Reichsbankanstalten untereinander unterbrochen. Um die darauf zurückzuführende, vorübergehende Stockung in der Bargeldversorgung des Landkreises Schwarzenberg zu überbrücken, gebe ich im Einvernehmen mit der Reichsbanknebenstelle Schwarzenberg Notgeldscheine in der Stückelung von zunächst RM. 5,-, 10,-, 20,- und 50,-

aus. Sie haben innerhalb des Landkreises Schwarzenberg und in der Kreisstadt Aue unbeschränkte Zahlkraft ...«

Es ist nicht zu übersehen, dass 10 Tage nach der Kapitulation und dem Entstehen antifaschistischer Aktionsausschüsse nur der Landrat im Einvernehmen mit der Reichsbanknebenstelle unterschrieben hatte, ohne den Aktionsausschuss zu erwähnen. Ein Bezirksausschuss für den Amtsbezirk des Landrates bestand noch nicht. Ob der Aktionsausschuss der Stadt Schwarzenberg informiert bzw. stillschweigend einverstanden war oder aber als »nicht zuständig« einfach übergangen wurde, konnte nicht ermittelt werden.

Zunächst wurden jedoch nur die Notgeldscheine der Werte zu 10 RM und 20 RM ausgegeben, da die anderen Werte noch nicht gedruckt waren. Die ausgegebenen Scheine bestehen aus einseitig bedrucktem Halbkarton. Das gesamte obere Drittel wird von einer Zeichnung mit der markanten Silhouette aus Südosten von Altstadt, Kirche und Schloss auf einem Bergsporn in einer Flussschleife hoch über dem Schwarzwasser eingenommen, jene Lage und Ansicht, für die die Stadt den Beinamen »Perle des Erzgebirges« erhielt. Diese Zeichnung ist die Wiedergabe der Titelvignette der Zweimonatschrift »Unsere Heimat – Beiträge zur Heimatkunde von Schwarzenberg und Umgebung«. Sie wurde seit 1924 herausgegeben, verlegt vom Städtischen Geschichtsverein Schwarzenberg und gedruckt in der Druckerei C. M. Gärtner, die auch die Notgeldscheine herstellte. Schriftleiter war der Schwarzenberger Lehrer Horst Henschel. Von seiner Gattin, der Malerin und Grafikerin Gertraude Henschel stammt die Zeichnung dieser Vignette aus dem Anfang der zwanziger Jahre. Den Text der Notgeldscheine wird logischerweise das Landratsamt vorgegeben haben und die Annahme scheint berechtigt, dass die Druckerei den sehr ansprechenden Gestaltungsentwurf mittels dieser vorhandenen Vignette machte. Zwei Drittel der Notgeldscheine nimmt der Text zum Einlösemodus auf. Numismatikern und Geldscheinsammlern ist dieses Gestaltungsmotiv mit der Ansicht von Altstadt, Kirche und Schloss nicht unbekannt. Es schmückte ein knappes Vierteljahrhundert vorher schon einmal in fast gleicher Gestaltungsform, jedoch anders zum Text angeordnet, Schwarzenberger Notgeldscheine, »Gutscheine« aus der Inflationszeit nach dem 1. Weltkrieg, die der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 25. Oktober 1923 herausgab. Doch darauf ist die horizontale Stadtansicht auf der linken Seite des Gutscheines vertikal gedreht gedruckt worden, was nicht so anspre-

chend wirkt. Es ist nahe liegend, dass auch die Zeichnung dieses Motivs von Frau Gertraude Henschel stammt, denn nicht nur die Gestaltungsart und -ähnlichkeit sind deutlich zu erkennen, es handelt sich auch um den gleichen Zeitabschnitt. Der Gutschein wurde im Herbst 1923 gedruckt, diese Zeichnung dürfte also der Vorläufer der Titelvignette der Zeitschrift »Unsere Heimat« sein, die seit dem Frühjahr 1924 herausgegeben wurde. Die Notgeldgutscheine des Jahres 1918 sind demgegenüber ganz anders gestaltet, ohne jedes Bildmotiv der Stadtansicht.

Nicht nachgewiesen ist, ob die in der oben genannten Bekanntmachung vom 18. Mai 1945 angekündigten 5-RM-Werte zum Druck schon vorbereitet waren, wahrscheinlich jedoch nicht. Ein undatiertes Schreiben der Kassenverwaltung des Landkreises Schwarzenberg auf eine Anfrage vom 6.2.1946 besagt: »Gedruckt wurden Noten zu RM 10 und RM 20. Ferner war geplant gewesen, Noten anzufertigen im Wert von RM 1, 5 und 50 RM.« Allerdings liegt mir die Farbkopie eines 50-RM-Notgeldscheines vor. Mit hoher Wahrscheinlichkeit handelt es sich um ein Druckmuster. In meiner bereits genannten Broschüre »Not, Notgeld, Niemandland« sind diese genannten Gutscheine und Zeichnungen bildlich dargestellt. Es bestehen noch viele offene Fragen zum Druck und der Ausgabe des Notgeldes, z. B. können Summe und Anzahl der Scheine, die in den einzelnen Wertstufen gedruckt wurden, nicht nachgewiesen werden. Geschätzt wird eine Gesamtsumme von mindestens 3 Millionen Reichsmark, um dem Bargeldmangel spürbar abhelfen zu können. Unterlagen darüber sind bisher nicht bekannt geworden. Dieses Notgeld wurde wohl nicht in allen Städten und Dörfern, in den Geschäften und von der Bevölkerung des »Niemandlandes« sofort anerkannt, zumal auch fraglich ist, ob die zwar noch erscheinende Tageszeitung »Erzgebirgischer Volksfreund« bei den komplizierten Verkehrsverhältnissen regelmäßig in alle Orte des Einzugsbereiches gelangte und die Bevölkerung diesbezügliche Mitteilungen überhaupt kannte. Sogar in den Kreisarchiven von Schwarzenberg und Aue sind die Ausgaben dieser Zeitung in diesen Wochen nur lückenhaft vorhanden. Eine Bekanntmachung vom 7. Juni deutet darauf hin: »Das Notgeld, das vom Landrat zu Schwarzenberg laut Bekanntmachung vom 18.5. in Umlauf gesetzt wurde, besitzt innerhalb des Landkreises Schwarzenberg und Aue unbeschränkte Zahlungskraft und ist daher von jedermann in Zahlung zu nehmen!«

Das Schwarzenberger Notgeld war – wie das aufgedruckte Datum 20. April 1945 beweist – noch von den Nazibehörden veranlasst worden, wurde jedoch erst am 18. Mai, zehn Tage nach der bedingungslosen Kapitulation, in diesem unbesetzt gebliebenen Gebiet Deutschlands in Umlauf gesetzt. Es war schon höchst eigenartig und sicherlich einmalig: das »Groß«-deutsche Reich bestand nicht mehr, doch wurde Notgeld namens dieses zerschlagenen Staates durch den Landrat, seinen Repräsentanten im Landkreis, herausgegeben. Unter einer der Besatzungsmächte wohl kaum möglich, im unbesetzten Gebiet jedoch groteske Realität. Es ist ein Unterschied, in Umlauf befindliches Geld des besiegten Staates weiter zirkulieren zu lassen oder neues in seinem Namen herauszugeben. Dadurch, und weil es aus der entstandenen historischen Situation heraus in diesem zeitweilig isolierten Gebiet zirkulierte, in welche mit seiner sowohl nach Osten als auch nach Westen streng bewachten Demarkationslinie weder Reichsgeld noch Notgeld der Sächsischen Staatsbank oder Geld der Alliierten Militärbehörde in Deutschland zur Behebung des Bargeldmangels von außen zufließen konnte, erlangte es besondere historische Bedeutung. Auf diese nicht unwesentliche Tatsache ist die Forschung zur Geschichte des »Niemandlandes« und seines Notgeldes bisher nicht eingegangen. Es war also kein »antifaschistisches Notgeld«, wie fälschlicherweise schon in der Überschrift eines Beitrages dargelegt wurde, der in den »Numismatischen Beiträgen 1976/1« erschien. Seine Verfasser irrten sich gleich in mehreren Punkten: Die Initiative ging noch von den Nazibehörden aus, es stimmt auch nicht, dass der Bezirksaktionsausschuss (er wurde erst am 30. Mai gebildet) die Ausgabe festlegte, vielmehr gab es der Landrat im Einvernehmen mit der Reichsbanknebenstelle heraus, und es waren auch nicht vier Geldscheine vom 18. Mai bis 20. Juni 1945 im Umlauf, sondern nur zwei, jene zu 10 und 20 RM, und weitaus länger als bis zum 20. Juni 1945. Diese fehlerhaften Darstellungen müssen richtig gestellt werden. Dennoch hat dieses Notgeld den neu entstandenen Organen, den Aktionsausschüssen, in schwieriger Situation als dringend benötigtes Zahlungsmittel geholfen.

Mit der am 5. Juni 1945 in Berlin-Wendenschloss von den Alliierten unterzeichneten »Deklaration über die Niederlage des faschistischen Deutschlands« wurde die entsprechend dem Abkommen von Jalta gebildeten Besatzungszonen realisiert. Die im Verlauf der letzten Kriegswochen durch amerikanische Truppen besetzten Teile Thüringens und Westsachsens und der bis dahin unbesetzt gebliebe-

ne Kreis Schwarzenberg waren der sowjetischen Besatzungszone zugeordnet. Die westlichen Verbündeten erhielten dafür Besatzungssektoren in Berlin. Zwischen dem 9. und 11. Juni rückten die ersten Einheiten der Roten Armee in Aue und Schneeberg ein, am 20. Juni auch in Schwarzenberg und anderen Orten. Damit war die Zeit des »Niemandlandes« vorüber. Am 24. Juni wurden die Aktionsausschüsse auf Anordnung der sowjetischen Besatzungsbehörden aufgelöst, die Verwaltung ging in vollem Umfang auf die kommissarisch eingesetzten Bürgermeister bis zu einer Neuwahl über.

Wie lange war das Schwarzenberger Notgeld gültig? Es konnte sicher nicht sofort nach dem Einmarsch der Roten Armee und Beendigung der Isolierung als »Niemandland« für ungültig erklärt werden, auch wenn das vielleicht angestrebt oder angeordnet war. Schriftliche Dokumente darüber wurden bisher nicht gefunden. Notwendigerweise war es zur Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs und des Alltagslebens länger in Umlauf, wie Zeitzeugen bestätigen: »Durch einen Trauerfall in der Familie am 5. Juli 1945 wurden meinerseits Tage darauf alle Kosten, die mit dem Trauerfall und der Bestattung zusammenhängen, mit Notgeld bezahlt, weil es anders nicht möglich war«, schreibt Frau Jupe absolut glaubwürdig. Eine Bekanntmachung, wie auf den Notgeldscheinen angekündigt, mit Aufruf zur Einlösung konnte bisher nicht aufgefunden werden. In der numismatischen Literatur wird deshalb überwiegend davon ausgegangen, dass dieses Notgeld – wie anderes auch – bis nach dem 10. November 1945 gültig und wohl seit Januar 1946 nicht mehr im Verkehr war bzw. allmählich aus dem Verkehr gezogen wurde. Auch das Notgeld des Schwarzenberg benachbarten Landkreises Stollberg war für den 10. November 1945 zur Einlösung »gegen Gutschrift oder Umtausch gegen gesetzliche Zahlungsmittel – Reichsbanknoten, Rentenmarkscheine, Notgeld der Sächsischen Staatsbank ...« aufgerufen worden. Es ist also durchaus anzunehmen, dass das Schwarzenberger Notgeld ebenso lange gültig und in Umlauf war und sich die Einlösung über längere Zeit hinzog. Die Kassenverwaltung des Landkreises Schwarzenberg schreibt in der schon genannten undatierten Antwort auf eine Anfrage vom 6. Februar 1946, »daß die Einziehung des Notgeldes im Oktober vergangenen Jahres stattfand«. Ein Schreiben der sächsischen Landesbank, Zweiganstalt Schwarzenberg, vom 12. März 1946 besagt, dass »die Einlösung des Notgeldes des Landkreises Schwarzenberg abgeschlossen und das

von uns eingelöste Notgeld restlos vernichtet ist«. Die Ursachen für dieses Durcheinander im Landkreis Schwarzenberg, wie es sich schon durch das Fehlen jeglicher Unterlagen über die gedruckten Werte, der Anzahlen und Summen der einzelnen Wertstufen zeigte, sind unbekannt. Hinsichtlich der Ungültigkeitserklärung und des Einzuges des Notgeldes treten die gleichen Probleme auf: Es konnten bisher weder eine Bekanntmachung darüber, noch irgendein Nachweis der eingelösten Anzahlen und Summen der einzelnen Wertstufen ermittelt werden. Auffällig ist, dass dies im Nachbarkreis Stollberg unter ähnlichen Bedingungen nachweisbar ist. Sowohl die heutige Deutsche Bank AG Schwarzenberg, als auch das historische Archiv der Deutschen Bundesbank Frankfurt/Main, das Bundesarchiv Berlin, das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden und andere, an die ich mich um Auskunft gewendet habe, verfügen über keine Unterlagen darüber. So muss manche Frage noch oder vielleicht auch künftig offen bleiben. Es ist also nicht verwunderlich, dass dieses Notgeld heute als sehr seltene numismatische Rarität gilt. Darüber hinaus ist es eines jener Dokumente, welche einen interessanten und wohl einmaligen Vorgang der ersten Nachkriegswochen bezeugen, einen zwar kurzen aber bedeutsamen Teilabschnitt deutscher Geschichte, den geschilderten Versuch selbstbestimmten demokratischen Aufbaus im unbesetzten Gebiet. Diese historische Leistung der antifaschistischen Aktionsausschüsse, die ungeheueren Anstrengungen und Entbehrungen, die sie auf sich nahmen, können nicht hoch genug gewürdigt werden. Zollen wir ihnen uneingeschränkten Dank und Respekt.

ERICH MEHLHORN

Schwarzenbergs Gloriole um Friedrich Emil Krauß

Warum wieder Krauß?

Eingeweihte Kreise feierten am 28.09.1990 das Eintreffen der Urne des 1977 in Stuttgart gestorbenen F. E. Krauß in Schwarzenberg. Dieses Ereignis war der symbolische Startschuss nun auch in Schwarzenberg vehement an alte Traditionen anzuknüpfen.

Dabei nahm die Sächsische Landesstelle für Volkskultur in Schneeberg und voran ihr Leiter, Dr. Götz Altmann, eine Schlüsselstellung ein. Hauptaufgabe dieser Einrichtung, die eine nachgeordnete Institution des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst ist, sei »die Renaissance Sachsens befördern zu helfen«, verkündete Altmann in der »Freien Presse« vom 1. Februar 1995. Das erklärt wohl auch, warum er im Auftrag des Landrates zur Kreistags-sitzung am 22.09.1994 den Abgeordneten ein angeblich fälliges neues Kreiswappen einredete, das die Symbole der Burggrafen von Meissen, derer von Tettau und des Klosters Grünhain vereinte und Forderungen einiger Abgeordneter und Bürger Schlägel und Eisen, Symbole mehrhundert jährigen Bergbaus, ins Wappen aufzunehmen, eine Abfuhr erteilte.

Der Kreis Aue-Schwarzenberg im Zeichen des Feudalismus! Schnell wurde das im öffentlichen Leben sichtbar. So erhielt ein neuer Aussichtsturm auf dem Spiegelwald den alten Namen »König-Albert-Turm«. Dr. Alfred Prinz von Schönburg engagierte sich wieder in Hartenstein, Benedikte Paulig von Schönburg auf dem Rittergut in Niederzwönitz, wo 1998 »525 Jahre Adelsfamilie von Schönburg« gefeiert wurde, Prinz Albert von Sachsen enthüllte die Wettiner-Tafel am Rathaus in Zwönitz, in Johanngeorgenstadt entdeckte man die »Alte Fürstengalerie« wieder neu, das Hotel »Blauer Engel« veranstaltete 1998 »Festtage für König Albert«, in Johanngeorgenstadt erhielt die Schule für geistig Behinderte nicht den ursprünglich vorgesehenen Namen »Dietrich Bonhoeffer«, sondern sie wurde die »Kurfürst-Georg-Schule«. Das neu geschaffene Berufsschulzentrum in Aue bekam den Namen des »Ritters vom Königlich-Sächsischen Albrechtordens«, Erdmann-Kirchais.

Wie letztgenannter schon dokumentierte, gehörten zum alten Sachsen sicher auch Betriebschefs, die ungeachtet ihrer Funktionen im Dritten Reich den Sonderausstellungen nach 1990 in Aue gewürdigt wurden.

Eine herausragende Stellung maß man jedoch wieder dem Waschmaschinenfabrikanten F. E. Krauß zu. Dabei kolportierte man wieder und wieder die Mär von der Vereinnahmung Krauß' durch die Nazis. In seiner Rede zur Ausstellungseröffnung »art technica«, am 19.03.2005, warnte Prof. Clauss Dietel: »Wer die Verfehlungen von Krauß zu verdrängen sucht, wird kein tragfähiges Fundament für künftiges erreichen – er baut auf tückischem Treibsand.«

Gewiss ist da Dr. Götz Altmann anderer Meinung, denn er kümmerte sich höchst persönlich um diese Person, hatte er ja schon als Direktor des Schwarzenberger Schlossmuseums in den Jahren 1974 bis 1981 diverse Beziehungen zu Krauß und seinem Sammelgut. Obwohl der Erzgebirgszweigverein Schwarzenberg seit Jahren gute Verbindung zu den Töchtern von Krauß pflegte, hielt es Altmann für geboten, persönliche Gespräche zu führen. Einen Niederschlag fanden diese zum Teil in dem Artikel »Von der Löffelschmiede zu den Krauß-Werken«, den Altmann in den »Sächsischen Heimatblättern« Nr. 1/2000 veröffentlichte. Dazu schrieb Thomas Schaaarschmidt: »Altmann übernimmt in weiten Teilen kritiklos die apologetischen Aussagen von Krauß Töchtern aus der Nachkriegszeit, was den Wert seiner Darstellungen mindert, aber dabei sollte nicht übersehen werden, dass ihm seine grenzenlose Kompromissbereitschaft schließlich zur Schlüsselfigur der nationalsozialistischen Kulturpolitik in Sachsen machte.¹

Während Dr. Altmann nach Bausteinen suchte, die geeignet waren, neuerlich Erklärungen und Glorifizierungen zu begründen und in Filmchen des Wolfram Christ aus Eibenstock mit Halbwahrheiten hervortreten und zu posieren, flankierten Einrichtungen des Kreises seine Tätigkeit durch Image-Kampagnen für den 1977 verstorbenen Unternehmer, gewissermaßen als konzertierte Aktion.

So veranstaltete die Stadtinformation Schwarzenberg vom 23.03. bis 22.04.1995 eine Ausstellung zum 100. Geburtstag F. E. Krauß. Das Museum im Schloss zog nach mit der Schau »Krauß als Sammler«.

¹ Thomas Schaaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. Köln / Weimar / Wien 2004. S. 115.

Dazu verschickte der damalige Bürgermeister Knauer eine Einladungskarte voller Nazi-Symbolik. Käthe Fischer-Krauß brachte ihr Buch »Das Leben sei Lobpreis auf die Heimat – mein Vater F. E. Krauß«, das in einigen Buchhandlungen, und ziemlich ungewöhnlich, über die Schalter der Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg vertrieben wurde. Das Kreisarchiv gestaltete im Januar 1998 eine Ausstellung in der Eingangshalle des Landratsamtes. Sie trug den Titel »F. E. Krauß als Volkskunstförderer«.

In diese retortenschwangere Kraußzeit platzte am 10.12.1997 ein Artikel der Tageszeitung »Neues Deutschland« mit dem Titel »Nazi-Tradition soll den Aufschwung bringen. – Das Lichtfest und die Pflege brauner Heimattümelei.« Dieser Beitrag befasste sich hauptsächlich mit brauner Tendenzpolitik in Schneeberg, zeigte aber im Schlussteil Schwarzenberger Parallelen auf. Das hatte weitreichende Folgen. In einer Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 12. Februar 1998 versuchten CDU-Kreistagsabgeordnete die Fortführung der »Bergmännischen Musiktage«, deren Erfinder und Gestalter ich war, von der Rücknahme meiner Aussagen zu Krauß im »Neuen Deutschland« abhängig zu machen. – Eine klare politische Erpressung! Da ich diesem Ansinnen nicht nachkam, setzten sie das in der Welt einmalige internationale berufsständische Musikfest kurzer Hand ab, liquidierten es, obwohl sie es jahrelang für ihre Reputation nutzen. In einem Grußwort an die Musiktage stellte Ministerpräsident Biedenkopf 1992 fest: »... kann gerade auch die Kunst – in diesem Fall die Musik – die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands fördern. In diesem Sinne wünsche ich den ersten gesamtdeutschen Bergmännischen Musiktagen ein gutes Gelingen und ein herzliches Glückauf.« Bundeskanzler Kohl, Schirmherr der Bergmännischen Musiktage 1994, schrieb: »Ich finde es besonders erfreulich, dass mit Schwarzenberg ein Landkreis in den Neuen Bundesländern einen aktiven Beitrag zum Zusammenwachsen Europas leistet.« – Hendrik Lasch schrieb im »Neuen Deutschland« am 11. September 1998: »Bergmännische Musiktage mit ungewisser Zukunft – Das Bergkonzert auf dem Markt nutzt auch Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) um sich in der nicht nur vom Bergbau verlassenen Region zu präsentieren – übrigens sein letzter Festivalbesuch seit 1994. Damals stand die Landratswahl vor der Tür.« In die nun entstandenen Lücke im Kulturplan des Kreises stießen alte Bekannte der Leiterin des Kulturamtes, nun tätig für die Werbe-, Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft (WVD) und der

Leiter des Erzgebirgsensembles. Letzterer konnte mit seiner »Caldarelli-Gala« wiederum Krauß-Promotion betreiben, denn die Erzgebirgsgruppe aus Sosa nahm am dritten Streitsingen des Heimatwerkes Sachsen 1940 in der Kraußhalle teil und erhielt eine Auszeichnung. In der besatzungslosen Zeit im Mai/Juni 1945 hielten die Caldarellis Kontakt zum selbsternannten Leutnant Herfurth, der mit ca. 20 bis 25 Bewaffneten sein Unwesen in den Wäldern um Sosa und Schwarzenberg trieb.

Vom 01.10.2004 bis 07.11.2004 veranstaltete das Schlossmuseum Schwarzenberg die Ausstellung »Krauß ins Haus«. Diese Schau sollte laut Oberbürgermeisterin Hiemer »kein Reinwaschen sondern vielmehr ein ins Reinekommen mit der Person F. E. Krauß« sein. Was durch ausgestellte Exponate nicht übermittelt werden konnte, sollten Schrifttafeln leisten. Eine Art Resümee stellte der Text »Annäherung an eine umstrittene Persönlichkeit« dar. Auch hier tauchte wieder die Mär von der Vereinnahmung Krauß durch die Nazis auf.

Seit vielen Jahren pflege ich herzliche Kontakte zu einem bekannten Grafiker. Gemeinsame künstlerische Projekte, wie die Bergmännischen Musiktage führten uns zusammen. Wir diskutieren gerne und offen über Kunst und Politik. Ich berichtete ihm vom Vorhaben der Stadt Schwarzenberg, einen Kunstpreis »art figura« zu Ehren von F. E. Krauß auszuloben. Er brachte spontan seine Meinung in Form eines entworfenen Logos zum Ausdruck. Ihn ärgerte es, dass Krauß mit Mitteln der Kunst geehrt werden sollte – dazu noch mit dem Spruch »Von der Tradition zur Moderne«. Krauß gehörte gerade zu jenen, die die Moderne bekämpften und beschimpften. Des Grafikers Logo stellte für mich einen künstlerischen »Volltreffer« dar, da es die Absicht der Krauß-Pusher schlagartig erhellte. Ich bat darum, dieses wirksame Kunstprodukt der CDU-Oberbürgermeisterin Hiemer und den designierten Jurymitgliedern schicken zu dürfen und bekam »grünes Licht«. Dies hatte zur Folge, dass ein Rechtsanwalt, Mitglied der CDU-Fraktion im Stadtrat und Förderer des Krauß-Buches »Das Leben sei Lobpreis auf die Heimat« eine Unterlassungsklage anstregte und dem Grafiker einen Maulkorb verpassen ließ. Meine Frage an den Rechtsanwalt zur Bürgerfragestunde am 21.03.2005, ob die Kunst in der Bundesrepublik frei sei, beantwortet er mit »ja«. Für seine künstlerische Freiheit darf der Grafiker dank der Schwarzenberger Inquisitoren für juristischen Beistand 2.100 Euro zahlen und darf seine Kunst öffentlich nicht zeigen. Aber

nach der Gerichtsverhandlung verschwanden klamm-heimlich alle Bezüge zu F. E. Krauß mit dem Kunstpreis »Art figura« aus dem Internet.

Der Leiter der Sächsischen Landesstelle für Volkskultur in Schneeberg will die »Renaissance Sachsens befördern«. Was heißt das im Klartext? Ist hier das Dritte Reich einbezogen? Betrachtet man Tendenzen seit 1994 im Kreis, kann man durchaus einen entsprechenden Verdacht haben. Wie sonst soll man sich anders erklären, dass die Sächsische Staatsregierung 1990 das Nazi-Spiel »Vom getreuen Horlemann« in Schneeberg mit 40 000 DM förderte, dass der Leiter o. g. Landesstelle zwei Hochschulen vorschlug, einen Nazi-Aktivisten mit der Ehrendoktorwürde auszuzeichnen, dass die Kulturraumstruktur in Sachsen, der des »Heimatwerkes Sachsen« sehr ähnelt, dass der Sächsische Landesbeauftragte für den Staatssicherheitsdienst der DDR mit Steuergeldern ein Buch förderte, das einen belasteten Nazi-Bürgermeister rehabilitieren soll. Die NPD im Sächsischen Landtag kann auf zahlreiche Unterstützer ihrer Politik außerhalb ihrer Partei bauen, das merkt man nicht nur bei Abstimmungen im Sächsischen Parlament.

Die folgenden Ausführungen sollen dazu beitragen, die herausragende Rolle des F. E. Krauß für die nationalsozialistische Kulturpolitik in Sachsen und sein persönliches Engagement für die NSDAP deutlich werden lassen.

F. E. Krauß war kein Künstler, obwohl ihm eine Anzahl Texte und Gedichte gelangen und er 1940 sogar einen Antrag auf Mitgliedschaft in die Reichsschrifttumskammer stellte.

F. E. Krauß war kein Grafiker oder Formgestalter, wurde dennoch Mitglied im Deutschen Werkbund und lernte daher viele Könner ihres Faches kennen. Krauß war kein Rezitator oder Schauspieler, obwohl er auch auf diesem Gebiet großes Talent bewies. Krauß war kein Komponist, hatte aber eine starke Affinität zum Lied, was sicher auch aus seiner »Wandervogel-Zeit« herrührte.

F. E. Krauß war Erbe eines Waschmaschinenbetriebes, den sein Vater, Karl Louis Krauß, im Windschatten des Sozialistengesetzes von einer Klemptnerwerkstatt zu einem Unternehmen mit ca. 50 Arbeitern im Jahre 1899 entwickelte. Wie auch sein Vater war F. E. Krauß technisch begabt, was viele Patente beweisen. Technischer Verstand und kaufmännisches Geschick hätten für das Leben als Unternehmer gereicht, doch Krauß war mehr.

Er war schon zu dieser Zeit ein Top-Manager, zunächst nur für sein Unternehmen, dann für die so genannte erzgebirgische Volkskunst und schließlich für die NSDAP.

Lohnkämpfe in der Stadt Aue hatten schon sehr zeitig bei seinem Vater, Karl Louis, unternehmerisches Umdenken bewirkt (z. B. traten am 28.08.1893 sämtliche Arbeiter der Maschinenfabrik Ernst Geßner in den Streik, weil eine Lohnherabsetzung von 10 % bei ihnen vorgenommen wurde).² So wollte er eine Stammebelegschaft durch betriebliche Vergünstigungen näher an das Unternehmen binden, um Streiks gar nicht erst aufkommen zu lassen. Als Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Baugenossenschaft Schwarzenberg hatte er ideale Möglichkeiten. Er ließ für die Errichtung von Wohnhäusern für Arbeiter Werksdarlehen ausreichen. So konnte er in Ruhe die intensive Produktion ausbauen, da ein Großteil seiner Stammebelegschaft diese Möglichkeiten nutzte und damit ruhig gestellt war, der Rest der Arbeiter wurde durch eine straffe Fabrikordnung diszipliniert.

Die Fabrikanten jener Zeit erkannten, dass sie für ihr Bestehen im Konkurrenzkampf qualifizierte Fachkräfte benötigten. Daher gründeten auch Auer Unternehmer eine Fachschule für Blechbearbeitung. Karl Louis Krauß gehörte dem Kuratorium dieser Schule an. Er war auch Stadtrat und hatte weitere Ämter inne. Je höher die Bildung der Arbeiter ist, um so mehr kulturelle Bedürfnisse stellen sich ein. Es ist anzunehmen, dass Karl Louis Krauß diesen Zusammenhang kannte. So tätigte er 1917 eine Kulturstiftung an die Stadt Schwarzenberg. Im Jahre 1913 wurde das Werksgelände an der Straße nach Grünstädtel in Betrieb gestellt und die Belegschaft wuchs auf eine Stärke von 850 Personen an.

Nur ein Jahr später war Krieg. Am 1. August 1914 verhängte der Deutsche Kaiser die Allgemeine Mobilmachung. Fabrikant Krauß trat in den Kriegsausschuss der Sächsischen Industrie ein und sein Betrieb produzierte Munitionsteile und Ausrüstung.

Vom 2. bis 10. August 1914 marschierte die 8. Deutsche Armee in Ostpreußen auf. Nur drei Monate später entnahm die Belegschaft der Krauß-Werke dem »Erzgebirgischen Volksfreund« (EVfr.) vom 26.11.1914 die Nachricht, dass Diplom-Kaufmann Willi Krauß, Offiziersstellvertreter im Fußartillerie-Regiment Nr. 3 den »Heldentod

² Siegfried Sieber. Festschrift zur 750-Jahrfeier der Stadt Aue am 7. Mai 1923. S. 91.

auf östlichen Kriegsschauplatz« (Ostpreußen) starb. Reichlich zwei Wochen vorher vermeldete die Tageszeitung EVfr. vom 10.II.1914 »Unteroffizier Ernst Otto Brockhage, Schwarzenberg, gefallen.« Und der EVfr. vom 15.II.1914 meldete »Schulamtskandidat Soldat Lehrer Max Friedrich Heilfurth aus Neustädtefelde gefallen.«

Am 02.II.1914 gab Karl Liebknecht im Reichstag mit seinem »Nein« zu den Kriegskrediten ein deutliches Signal für den Kampf gegen den Krieg – aufzuhalten war er leider nicht mehr. Er dauerte vier Jahre und drei Monate. »Es starben acht bis zehn Millionen der Streitkräfte. Die Zahl der Verwundeten wurde mit etwa 20 Millionen angenommen. [...] Deutschland war bei Kriegsende außenpolitisch isoliert und die politische Macht seiner herrschenden Klassen war durch die Novemberrevolution erschüttert.«³ Die Arbeiterführer Rosa-Luxemburg und Karl Liebknecht wurden feige ermordet – in Schwarzenberg erschienen am 12. November 1918 15 000 Menschen zu einer Massenkundgebung.

In dieser bewegten Zeit nahm F. E. Krauß den Posten als Schatzmeister der Wandervogel-Bewegung an, »einer Vereinigung zum meist junger Leute, die hinaus ins Freie strebten, die weg wollten von den unfreundlichen Industriestädten mit ihren Konflikten und Klassenauseinandersetzungen.«⁴

Schon ein Jahr später übernahm F. E. die Leitung des väterlichen Waschmaschinenunternehmens, da sein Vater nur noch konstruieren wollte. Krauß junior folgte im Wesentlichen der Grundlinie seines Vaters, die Stammbesitzer mit kleinen Vergünstigungen ans Unternehmen binden und damit den Betriebsfrieden sichern. Während im nahe gelegenen Beierfeld im März 1920 über 3 000 Arbeiter streikten, ging Krauß daran, ein physikalisch-chemisches Labor einzurichten.

Ein weiterer wichtiger Schritt für das Unternehmen war 1921 die Einführung der Krauß-Marke. Prof. Clauss Dietel schrieb dazu: »So haben zwar die für Schwarzenberg wichtigen Krauß-Werke eines der besten Warenzeichen dieser Zeit, entworfen von W. M. Kersting, warben mit Fotos von A. Renger-Patzsch und Texten von Ringelnatz – die Autoren sämtlich zur Moderne zählend – aber an den Produkten ist von bewusster Gestaltung trotz teilweise hoher Funktionsinnovation so gut wie nichts spürbar. Da F. E. Krauß bis

3 Der 1. Weltkrieg. Berlin 1989. S. 301.

4 Nachwort. In: Zupfgeigenhansl. Leipzig 1984.

1933 selbst Mitglied im Deutschen Werkbund war, neben dem Bauhaus wichtigster Wegbereiter in Deutschland, fällt diese Diskrepanz auf.«⁵

1921 – Inflation! In den Orten Beierfeld, Grünhain, Bernsbach und Schwarzenberg sprach Reichstagsabgeordneter Ernst Schneller zu den besorgten Arbeitern. Am 28. Januar 1924 demonstrierten 2 000 Arbeitslose in Schwarzenberg.

F. E. Krauß hatte inzwischen ein neues Betätigungsfeld eröffnet. Er gab Privatdrucke heraus: »Der Rosenhammer«, »Waschmaschine Turna-Krauß«, »Wäscheschleuder Zentri«, »Fröhliches um den Werktsch«, »Die Geschichte der Wärmflasche«, »Die Krauß-Werke«, »Kleiner Krauß-Kalender«, »Das eiserne Erzgebirge« usw. Nach seinem Eintritt in den Deutschen Werkbund 1921, der ihm viele Kontakte zu namhaften Künstlern einbrachte, besuchte er 1927 die USA und lernte dort den Rotary-Club kennen, dem er später in Chemnitz beitrug. Nach dem Tod seines Vaters am 05.12.1927 bekamen die musischen Talente des F. E. Krauß wieder mehr Raum. So beschäftigte sich ein Privatdruck mit dem »Heilig-Ohmd-Lied«, so nahm Krauß 1929 aktiv neben Anton Günther am »Tag der Erzgebirger in Dresden« teil und sah wohl auch Findeisens Heimatspiel »Weihnachten bei den Spielzeugmachern«. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929/30 ließ Krauß sein Holzhaus errichten, das er am 14.02.1930 einweihte. Während der Nazi-Ideologe Alfred Rosenberg in Berlin seinen »Kampfbund für deutsche Kultur« gründete (1929), entwickelte Krauß Ideen für eine Stadtpyramide.

In der Firma Kircheis Aue entstand die erste Betriebszelle der NSDAP. »Am 28. Dezember 1930 zogen SA-Garden aus Aue, Schneeberg, Hundshübel und Schwarzenberg zusammen und marschierten mit über 150 Mann nach Bernsgrün. Sie hatten angekündigt, in Bernsgrün werde Blut fließen. Antifaschisten aus Schwarzenberg und Aue eilten den Bernsgrüner Arbeitern zu Hilfe. In der Nähe des Gemeindeamtes trafen diese beiden Demonstrationzüge aufeinander. Obwohl die Arbeiter zahlenmäßig unterlegen waren, wurden die Faschisten nach heftigem Kampf aus dem Dorf hinausgejagt. [...] In einem fast dreiwöchigen Prozess vor dem Landgericht Zwickau waren deswegen 54 Antifaschisten aus Aue, Schwarzenberg und Bernsgrün angeklagt und wurden zu insgesamt 288

5 Ausstellungskatalog »art technica«. Stadtverwaltung Schwarzenberg, S. 30.

Monate Gefängnis verurteilt. Den faschistischen Provokateuren wurde kein Haar gekrümmt!«⁶

F. E. Krauß verstand es gut, sein Profitstreben hinter moralischen Sprüchen zu verstecken. Schon 1923 verkündete er in einem Rundschreiben an die Mitarbeiter der Krauß-Werke: »Je sauberer und besser ein Werkstück ausfällt, um so größer wird die Freude des Herstellers, Ihre Freude, sein. Es gibt eine gewisse Werkstattfröhlichkeit, die das leichte, beständige Gelingen fördert, die uns ein schnelles, gutes Arbeiten ohne übermäßige Anstrengungen ermöglicht und die uns die Freude an der sich mehrenden Stückzahl empfinden lässt.«⁷

Allmählich zog die NSDAP auch F. E. Krauß in ihren Bann. Am 3. April 1932 sprach Hitler in Zwickau, am 30. Januar 1933 wurde er Reichskanzler. Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag, am 28. Februar kerkerten die Nazis Ernst Schneller ein. In Schwarzenbergs Stadtverwaltung herrschte über die Machtergreifung Hitlers Euphorie. Bürgermeister Rietzsch lieferte ein »Stimmungsbild«: »Und schon leuchtete in die letzten Tage des Januar 1933 das Morgenrot göttlicher Vorsehung, das sich gar bald in sonnenhelles Strahlen verwandeln und in die Herzen der vielen Millionen deutscher Volksgenossen hoffnungsvolles Vertrauen senken sollte. Am 30. Januar 1933 kam die Schicksalswende für das deutsche Volk, die Erneuerung des Führers der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zum Reichskanzler und damit zum Führer des gesamten deutschen Volkes. [...] Herzenssache war es uns allen, unserer tiefen Dankbarkeit gegen Reichspräsident und Volkskanzler durch deren Ernennung zu Ehrenbürgern unserer Stadt, durch Anbringung ihrer Bilder im Stadtverordnetensaal und durch Benennung von Straßen mit ihrem Namen Ausdruck zu verleihen. Aus gleichen Gefühlen heraus haben wir Herrn Reichsstatthalter Martin Mutschmann zum Ehrenbürger ernannt und von ihm die Genehmigung erbeten, den Rockelmann-Park nach erfolgtem Ausbau als Martin-Mutschmann-Park bezeichnen zu dürfen.«⁸ In dem Zusammenhang schlug die NSDAP-Ortsgruppe Schwarzenberg vor: »Zur endgültigen Formung (Mutschmann-Park) muß ein künstlerischer Beitrag helfen, in

6 Paul Korb. In: Das Arbeiterheim Bernsgrün. S. 9.

7 Dr. Götz Altmann: Von der Löffelschmiede zu den Krauß-Werken im erzgebirgischen Schwarzenberg. In: Sächsische Heimatblätter 1/2000. S. 34.

8 »Schwarzenberger Tageblatt« Nr. 237 vom 07.10.1933

dem Herr Studienrat Major wie F. E. Krauß, der tatkräftige Förderer aller Heimatkunst helfen sollte.« Der Erzgebirgszweigverein Schwarzenberg setzte »noch eins« drauf: »St.-Georg-Hitler-Stadtwappen wäre eine glückliche ideengute Gestaltung. Hitler – der St. Georg unseres Volkes hat den Drachen der Zwietracht getötet. St. Georg mit dem Gesichtszügen des Volkskanzlers wäre eine innige innerlich tiefst begründete Huldigung an den Retter der Volksgemeinschaft.«⁹

Für F. E. Krauß schien jetzt die Zeit gekommen, Mitglied der NSDAP zu werden. Am 1. Mai 1933 vollzog er diesen Schritt, waren doch die meisten Betriebsführer der Metallbetriebe des Kreises auf die Seite der Nazis gewechselt. So war Friedrich Volk ein fanatischer Anhänger der Nazi-Ideologie, Franz Cramer, Leiter des Besteckunternehmens Wellner war Mitglied der NSDAP und Reichswirtschaftsrat, der Schwiegersohn Wellners, Dr. Gaeth, war seit 1937 Wehrwirtschaftsführer und Führer im Spionage-Abwehrdienst, der Betriebsführer des Kircheis-Werkes, Gerhard Röll, war SS-Sturmführer, Ilse und Heinrich Röll aktive Faschisten, der Chef der Auer Firma Hiltmann & Lorenz, Fritz Hiltmann, war SS-Standortführer, SS-Obersturmführer und Ratsherr, der Chef der Firma Schneider & Korb in Bernsbach, Bruno, Waldemar und Kurt Nier, Beierfeld, waren alle NSDAP-Mitglieder und spendeten fleißig für diese Partei.

Den politisch Andersdenkenden geschah Furchtbares: »Am 8. und 9. April 1933 wurden durch die SS die verhafteten Antifaschisten aus Bernsgrün, Schwarzenberg und Lauter, die sich in den Gefängnissen in Zwickau und Schwarzenberg befanden, nach der Sporthalle geschleppt und dort von der SS viehisch misshandelt. [...] Otto Auerswald aus Lauter, ein Funktionär der KPD wurde im März 1933 verhaftet und war im Schlossturm Schwarzenberg eingekerkert.« Im Prozess sagte er aus: »[...] mit noch anderen verhafteten Genossen wurde ich von der SS nach dem Arbeiterheim Bernsgrün geschleppt. Im Kellerraum wurde ich von einigen SS-Leuten vernommen. Da ich ihre Fragen nicht beantwortete, erhielt ich Schläge mit dem Gummiknüppel, wahllos auf den Körper und ins Gesicht. Später wurde ich nach dem 1. Stockwerk gebracht, und die Vernehmung ging weiter. Als diese beendet war, wurde ich von den dort

Spalier stehenden SS-Leuten zusammengeschlagen und die Treppe heruntergestürzt. Ich lag eine zeitlang besinnungslos im Keller. Als ich zu mir kam, sah ich, wie der mir bekannte Genosse Paul Poller aus Lauter von SS-Leuten über einen Tisch gezogen und so lange geschlagen wurde, bis er besinnungslos herunterfiel. Dann kamen dieselben SS-Leute zu mir und forderten mich auf, die Kleider auszuziehen. Da ich mich weigerte, wurden mir die Kleider buchstäblich vom Leibe gerissen, und da ich mich weiterhin zur Wehr setzte, wurde ich an Händen und Füßen gefesselt und mit dem Oberkörper über den Tisch gelegt und furchtbar mit Gummiknütteln geschlagen. Ich war mehrmals bewusstlos. Später stellte man mich im Keller an die Wand und gab vier Schüsse auf mich ab, die unmittelbar neben meinem Kopf in die Wand gingen. Dann wurden mir die Fesseln gelöst, und ich sollte auf einer Dreikantschiene knien. Sobald ich mich auf meine Hände aufstützen wollte, schlugen die SS-Leute mit den Gummiknütteln auf mich ein. Nach dieser Folterung wurde ich mehrmals in den Verhandlungsraum gebracht, auf den Tisch gelegt und zusammengehauen. Dann schleppte man mich nach oben und warf mich auf ein Strohlager. Neben mir lagen drei weitere Genossen, auch vollkommen zusammengeschlagen.«¹⁰

F. E. Krauß nahm bereits ein Jahr nach seinem NSDAP-Eintritt am 6. Parteitag in Nürnberg teil, was folgende Mitteilung beweist: »Und nun begann das Fest der Klänge, nachdem Bürgermeister Dr. Rietzsch herzliche Grüße der Bezirksstadt Schwarzenberg an die Künstlerin (Elisabeth Rethberg) entboten und der Kreiskulturwart Krauß, aus der Stimmung der persönlich erlebten gewaltigen Nürnberg-Tagung sprechend, die hochverehrte Meisterin als die ›deutsche Botschafterin‹ gewürdigt hatte«.¹¹

F. E. Krauß machte nun mit Hilfe der Nazipartei schnell Karriere. Am 20.12.1933 wurde er Mitglied der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1934 Vorstandsmitglied der Deutschen Metallwarenindustrie und Kreiskulturwart. Anlässlich des Besuches von Reichshandwerksführer Schmidt in Schwarzenberg im August 1934 verkündete Krauß: »Wir wollen mitbauen am deutschen Dom! [...] Wird uns nicht die ganze Größe des deutschen Auferstehens offenbart? Da müssen wir dabei sein: Jeder mit seinem Hammer, jeder an seinem Platz. Wir

10 Paul Korb. In: Das Arbeiterheim Bermsgrün. S. 11f.

11 Bekanntmachungen des Stadtrates zu Schwarzenberg vom 11.09.1934

haben unsere Arbeit, wir lieben unser Handwerk, wir lieben unseren Führer!«¹²

»Im Auftrag der Auer Kreisleitung (NSDAP) organisierte er (Krauß) im Herbst 1934 die ›Deutsche Krippenschau‹ als erste einer Reihe großer erzgebirgischer Regionalausstellungen, die 1937 mit der Schwarzenberger Feierohmd-Schau ihren Höhepunkt erreichen sollte. Ungeachtet der großen Unabhängigkeit bei der Gestaltung der Ausstellung, passte sich die ›Erste Deutsche Krippenschau‹ müheles in die offizielle Kulturpolitik ein. So wies nicht nur Krauß' Eröffnungsansprache deutliche Anklänge an Rosenbergs Volkskultur-Vorstellungen auf, wenn er beispielsweise die moderne Kunst pauschal als ›volksfremd‹ verurteilte und im Vergleich dazu die mittelalterliche und die Volkskunst idealisierte.«¹³

»So genannte ›erzgebirgische Volkskunst‹ [...] ist aus der Flucht in die Nischen der schlimmen dreißiger Jahre geprägt, hat so gut wie keine Bindung zur Moderne und hatte sich von tatsächlicher Volkskunst und deren Resten schon Ende des 19. Jahrhunderts entfernt. [...] Wie mag es wohl gekommen sein, dass einst wirtschaftlich verdienstvolle Männer wie F. E. Krauß sich nicht entschuldbar in die faschistische Ideologie verrannten, bildkünstlerische Moderne bis zum Bauhaus vehement verteufelten und Nazi-Gigantonomie begeistert lobten, um letztendlich in die Nischen von Pseudovolkskunst zu flüchten.«¹⁴

Über die erzgebirgische Krippenschnitzerei schrieb Krauß 1934: »Es ist schwer zu beschreiben und sehr traurig, daß in den letzten 30er bis 40er Jahren eine große Anzahl unserer wundervollen erzgebirgischen Krippen den Orient aufgepflastert bekamen.«¹⁵

Über die »Deutsche Krippenschau 1934« resümierte der von heutigen rechtslastigen Erzgebirgern so gepriesene Kurt Arnold Find-eisen: »Erst einer neueren Zeit und Beteiligung des Protestantismus bleibt es vorbehalten, die italienisch-orientalische Grundgestalt aufzulockern und durch die Eingebung des vielgestaltigen deutschen Geistes eine Bereicherung und Neubelebung der Krippenkunst

12 »Schwarzenberger Tageblatt« vom 29.08.1934.

13 Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. S. 119.

14 Prof. Clauss Dietel: Rede zur Ausstellungseröffnung »art figura und art technica – Transit zum Künftigen« am 19.03.2005 in Schwarzenberg.

15 »Wider dem Orient«. Erzgebirgische Krippenausstellung. Verband erzgebirgischer Schnitzer 1994. S. 15.

herbeizuführen. Bei der mit Hilfe der Nationalsozialistischen Partei durchgeführten ersten großen deutschen Krippenschau in Aue im Erzgebirge war von vornherein die Krippe italienisch-orientalischer Prägung ausgeschaltet worden.«¹⁶ »Die Auswahl der Ausstellungsstücke, die also bewusst italienisch und orientalisch geprägte Krippen eliminierte, zielte darauf ab, Weihnachten wieder aus einer bodenständigen Volkskunst und somit aus dem Kern des angestammten Volkstums heraus zu begreifen, wie Kurt Arnold Findeisen in ›Das schöne Sachsen‹ unter dem Titel ›Weihnachtskrippen aus deutschen Geist‹ beschrieb. [...] Selbst wenn Krauß diesen Gedanken nicht äußerte, war es nur ein Schritt von der Präsentation zur Interpretation im Sinne der nationalsozialistischen Volksgemeinschafts-Ideologie. [...] Daß Krauß derartige Vorstellungen nicht fremd waren, veranschaulichte die 7 bis 8 Meter hohe Pyramide für alle, die seit 1934 auf seine Initiative hin von der Amtshauptmannschaft Aue ausgehend auf den Marktplätzen des Erzgebirges ihren Einzug hielten. Obwohl diese in ihrer Form an traditionelle Vorbilder anknüpften und in ihrer künstlerischen Gestaltung nur geringe Konzessionen an die aktuelle Politik machten (so waren auf der Auer Pyramide u. a. Spatenträger des Kircharbeitsdienstes abgebildet), entsprachen sie der Volksgemeinschaftsidee, die Menschen über Regionalkultur zusammenzuführen. [...] Hatte sich die Parteiprominenz auf der Auer Krippenschau noch auf die Reichsfrauenführerin und die Ehefrauen führender Funktionäre beschränkt, so nahm der sächsische Gauleiter selbst an der Weihe der Schwarzenberger Pyramide teil, die er zu einem Symbol des neuen Reiches erklärte.«¹⁷ Später, im Jahre 1942, bekannte Krauß: »Inmitten des deutschen Volkes, seiner Stämme, Sippen und Familien erwuchs aus seines Blutes Kraft deutsche Sitte, deutsches Brauchtum, verdichteten sich die stärksten und edelsten Gefühle der deutschen Menschen zu Liedern und Tänzern blühte die Volkskunst auf. [...] Das deutsche Brauchtum, die deutsche Art ist ein Erzieher ohnegleichen, ist das Kleid, die Form, der Ausdruck deutschen Wesens. Heiliges Erbe mit der Verpflichtung zur lebendigen, schöpferischen Erhaltung und Erneuerung!«¹⁸

16 Zeitschrift des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz. Dresden XXIV. Heft 9/10. S. 204.

17 Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. S. 119f.

18 Sachsenpost. Zeitschrift des Heimatwerkes 1942. S. 16.

Rudolf Heß traf sich im September 1934 mit Konrad Henlein in Wunsiedel, einen Monat danach gab es schon die erste Großkundgebung der Sudetendeutschen Heimatfront in Böhmisches-Leipa. Gauleiter Mutschmann besuchte die Firma Schubert und Salzer in Erla und am 6. März 1935 übernahm Mutschmann die Führung der Landesregierung.

Auf Initiative des Gauleiters wurde am 02.10.1936 das »Heimatwerk Sachsen« gegründet. Nur wenige Monate später war F. E. Krauß dessen neuer Vorsitzender.

»Da die Funktionärsträger von Partei und Heimatwerk identisch waren, war letzteres nicht nur eine politische Vorfeldorganisation der NSDAP, wie etwa die Deutsche Arbeitsfront oder die Hitlerjugend, die neben der Partei bestanden, sondern eine funktionale Erweiterung der Partei. So eröffnete sich der sächsischen Gauparteiorganisation die Perspektive, in ihrer Funktion als »Heimatwerk Sachsen« über den Kreis der Parteigenossen weitere Segmente der Gesellschaft organisatorisch zu integrieren. Darüber hinaus bot das »Heimatwerk« ein differenziertes Instrumentarium, auch diejenigen »Volksgenossen« mit seiner Propaganda zu erreichen, die trotz der mahnenden Aufforderungen kein Interesse an einer Mitgliedschaft zeigten.«¹⁹

Curt Robert Lahr, Leiter der Staatskanzlei, der den Rang eines SS-Obersturmbannführers hatte, führte auf einer Rednertagung aus: »Wir fassen also in Zukunft die gesamte kulturelle Arbeit in der Hand des Kreisleiters zusammen, der jede volkstumsmäßige Veranstaltung, ganz gleich welcher Art und auch ganz gleich, von wem sie veranstaltet wird, verbieten kann, wenn er der Meinung ist, daß eine solche Veranstaltung nicht in dem Sinne erfolgt, wie wir das haben wollen.«²⁰ – Wenn Lahr bei derselben Gelegenheit erklärte, das »Heimatwerk [...] stehe mitten in der Arbeit der Partei, umschrieb er nur die Tatsache, daß auf Kreis- oder Gemeindeebene »Heimatwerk Sachsen« und Partei ein und dieselbe Institution waren. Indem die Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP zu Beauftragten des »Heimatwerks« ernannt wurden, erreichten der Gauleiter und die Staatskanzlei zweierlei. Zum einen schufen sie ad hoc bis ins kleinste Dorf des Landes eine Organisationsstruktur, die es ermöglichte, das gesamte Kulturleben vor Ort zu kontrollieren und zu steuern. Zum

19 Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. S. 172.

20 Ebenda. S. 164f.

anderen [...] wurden die gesamte Parteiorganisation in den Dienst des ›Heimatwerks Sachsen‹ gestellt und damit zur politischen Erziehung aller Volksgenossen [...] verpflichtet.«²¹

Thomas Schaarschmidt formulierte: »Da das gesamte organisatorische Grundgerüst des ›Heimatwerkes‹ mit den Kreis- und Ortsgruppenleitern der NSDAP identisch war, könnte man fast geneigt sein von einer Kostümierung der braunen Bataillone in grün-weißen Landesfarben zu sprechen ...«²² Anlässlich der Eröffnung der Schneeberger Weihnachtsschau im November 1938 fasste Gauleiter Mutschmann die Ziele des Heimatwerkes folgendermaßen zusammen: »Das Heimatwerk Sachsen hat von mir bei seiner Gründung den Auftrag erhalten, die Volkstumsarbeit aus der Atmosphäre der Sentimentalität und der unrealen Verstaubtheit in die klare Luft der nationalsozialistischen Gegenwart zu stellen. Jede Heimatarbeit, die unser Volk nicht zugleich weltanschaulich erfasst, ist überflüssig, ja sogar schädlich, weil sie nur die Begriffe verwirrt. [...] Die Heimat- und Volkstumsarbeit ist heute nicht mehr eine beschauliche Angelegenheit der Männer mit langen Bärten, sondern sie soll das gesamte Volk, vor allem aber die nationalsozialistische Jugend aktiv erfassen.«²³

»Mit dem ›Heimatwerk‹ eng verbunden waren der Leiter des Sächsischen Volksliedarchivs, Gerhard Heilfurth, der Fachreferent für Mundartschriftum Albert Zirkler und der Leipziger Sprachforscher Horst Becker. [...] Hinzu kam neben dem Führungsmitglied des Erzgebirgsvereins und Herausgeber des ›Glückauf‹, Walter Fröbe, auch der erzgebirgische Volkskundler und Heimatschriftsteller Siegfried Sieber, der gleichzeitig Kreisvolkstumswart im Kreis Aue war.«²⁴

»Der Abteilung ›Schriftum und Kunst‹ diente der 1937 gegründete ›Sächsische Volksliederausschuß‹, der unter Leitung von F. E. Krauß das bereits bestehende Sächsische Volksliedarchiv zu neuem Leben erwecken sollte. Neuer Leiter des Archivs wurde der Volkskundler Gerhard Heilfurth, der sich durch Arbeiten zu Bergmannsliedern einen Namen gemacht hatte und zu dieser Zeit die Gesamtausgabe von Anton Günthers Werken vorbereitete. Wie

21 Ebenda. S. 164.

22 Ebenda. S. 499.

23 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 277 vom 28.II.1938.

24 Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. S. 201.

Heilfurth auf der 2. Tagung des Volksliederausschusses im Februar 1939 in Schwarzenberg erklärte, verfolgte diese Sammlung den doppelten Zweck, die Forschung voranzutreiben und gleichzeitig die Grundlage der Liedpflege zu werden. Heilfurth und Krauß ließen allerdings keinen Zweifel daran, daß die praktische Seite der Arbeit im Vordergrund stand.«²⁵

Zur Staatspreisverleihung am 1. Adventssonntag 1942 äußerte PG Krauß in der Festhalle seines Betriebes: »Vom musikalischen Hackepeter des Jazz halten wir genau so wenig wie vom Wasserhahn Radio, der oft nur weiterläuft, weil man ihn abzudrehen vergißt. [...] Das Singen am Waldrand und das Musizieren in aller Herrgottsfrühe sind uns lieber als Dielentanz und Schlager.«²⁶

Kurt Arnold Findeisen beleuchtete in der Elternzeitschrift »Der neue Weg« ein wenig den Hintergrund der Volksliedpflege: »Singt Volkslieder, ihr Jungen und Mädchen, damit ihr so lange wie möglich jung bleibt! Singt Volkslieder, ihr Männer und Frauen, damit ihr eures Volkes im Liede bewußt werdet; Volkslied ist Gemeinschaft, Volks-Gemeinschaft! Singt Volkslieder, ihr Menschen der steinernen Städte, ihr vor allem, damit Himmel und Erde wieder zu euch kommen! Lied ist Lebensraum.«²⁷

Anna Maria Gottschick berichtete von einer Arbeitstagung des Heimatwerkes Sachsen 1942: »Die Forderungen, die Krauß den Sängern zuschrieb, wurden durch die Darbietungen unterstrichen, singt – neben den Heimatliedern – neue Lieder, Lieder der Bewegung, singt Soldaten-Lieder, singt unsere sächsischen Berglieder! HJ und BdM, Jungmädels und Pimpfe, Arbeitsmädchen und Werkfrau sangen!«²⁸ »Hier in Schwarzenberg habe ich einen Hort bester Volkskultur kennengelernt, habe gesehen, daß hier seelische Rüstungsbetriebe neben Waffenwerken stehen«, sagte der Reichsamtsleiter SS-Oberführer Cerff aus Berlin in Schwarzenberg.²⁹

Das Jahr 1937 war für F. E. Krauß das erfolgreichste. Er wurde Ehrenbürger der Stadt Schwarzenberg, Vorsitzender des »Heimat-

25 Ebenda. S. 199

26 F. E. Krauß zur 6. Staatspreisverleihung Dezember 1942 in der Kraußhalle.

27 Kurt Arnold Findeisen. In: Elternzeitschrift »Der neue Weg« Nr. 22 vom 27.01.1937.

28 Anna Maria Gottschick. In: »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 139 vom 11.06.1940.

29 Sachsenpost. Zeitschrift des Heimatwerkes Sachsen. Dezember 1942. S. 17.

werkes Sachsen«, Ehrensensator der Uni Greifswald, erhielt die Berufung zum Reichsarbeitsrichter und feierte mit seiner »Gefolgschaft« das 50-jährige Betriebsjubiläum seines Unternehmens.

Zwischen diesen Höhepunkten besuchte er viele Kultur- und Parteiveranstaltungen. So erhielt er den Auftrag, zusammen mit PG Erich Hemmerling das Gautreffen der NSDAP in Aue auszugestalten, was er zur größten Zufriedenheit tat. Im Mai 1937 weilte der Reichsstatthalter in Aue. Krauß führte die Ehrengäste durch die Ausstellung »Meisterliches Metallgerät«. Der EVfr. berichtete: »Neben den großen Parteibauten in Nürnberg und den Riesegebäuden in Berlin rühmt PG Krauß die neue Auer Brücke als eine Tat und als Denkmal, würdig dieser großen Zeit. Aber um die Handwerkskunst sei es noch nicht so gut bestellt. Hier hieß es, los- und freikommen von den veralteten historischen Vorbildern und vom ›Bauhausstil‹.«³⁰

Über das Jubiläum der Krauß-Werke berichtete der EVfr.: »Der Reichsstatthalter überbringt im Auftrage Dr. Leys das Leistungsabzeichen der DAF – F. E. Krauß ins Reichsarbeitsgericht berufen – Ehrenbürger von Schwarzenberg – Glückwunschtelegramm der Eltern von Rudolf Heß.«³¹ In seiner Ansprache verkündete Krauß: »Unseres deutschen Vaterlandes neue große Zeit ist angebrochen. Und das alles hat ein Mann bewirkt, unser Führer! Er hat die Verzweifelten zum Glauben geführt, hat den Wehrlosen Ehre und Vertrauen wiedergegeben. Liebe Gäste, ich bekenne für all meine Kameraden: Wir lieben unsere Arbeit, wir lieben unsere schöne sächsische Heimat, und wir lieben über alles unseren Führer! Sieg Heil!«³²

Zum Heimatfest in Neustädtel führte er aus: »Daß die Bergleute immer noch einfahren und immer noch aufziehen, daß das Wunder des Dritten Reiches uns vor dem Ende einer Welt, die ein paar hundert Jahre alt ist, bewahrt hat, daß uns das Dritte Reich, unser herrlicher Führer, auch hier die Heimat neu geschenkt hat.«³³

»Der erste größere Auftritt des ›Heimatwerkes Sachsen‹ erfolgte erst Ende des Jahres mit der Schwarzenberger ›Feierohmd-Schau‹, deren Vorbereitung schon Anfang des Jahres in Angriff genommen

30 »Erzgebirgischer Volksfreund«. I. Beiblatt vom 19.05.1937.

31 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 104 vom 07.05.1937.

32 Ebenda.

33 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 153 vom 05.07.1937.

worden war.«³⁴ »Wie schon bei der Auer Krippenschau von 1934 übernahm F. E. Krauß, diesmal als Vorsitzender des ›Heimatwerkes Sachsen‹, die Organisation. Im Mittelpunkt stand die von Krauß gestaltete Volkskunstausstellung, die in äußerst lebendiger Form das laienkulturelle Schaffen des Erzgebirges repräsentierte. [...] Die Schau verzichtete auf programmatische Aussagen zur Kulturpolitik, was ihre Attraktivität möglicherweise noch erhöhte. Lediglich Krauß' Stellung im ›Heimatwerk‹, die zeitgleiche Hauptversammlung des ›Heimatwerkes‹ Anfang Dezember in der Schwarzenberger Festhalle der Kraußwerke und einzelne Symbole wie eine von Krauß entworfene Reliefplatte mit dem Portrait Hitlers und der Aufschrift ›Unser Führer Adolf Hitler, er hat uns die Heimat neu geschenkt.«³⁵

Der EVfr. vom 06.12.1937 berichtete über die Mitgliederversammlung des »Heimatwerkes«: »Vorstandssitzung, die von Ministerialdirektor Lahr geleitet und von F. E. Krauß eröffnet wurde. Die Volkstums- und Kreisbeauftragten des Heimatwerkes besprachen sich über die aktuellen Fragen der Heimatarbeit. [...] Regierungsdirektor Graefe betonte am Schluß, daß das Heimatwerk Sachsen letzten Endes nichts anderes als den Dienst an Deutschland zum Ziele hat.«³⁶

Zum Kameradschaftsabend »begrüßt der Hausherr (Krauß) seine vielen Gäste, vorn am Tisch der ›Großen‹ sitzt neben dem Reichsstatthalter die Schwester des Führers. Auf der geschmückten Bühne stehen Werkschärmänner mit den drei goldenen Fahnen der sächsischen Musterbetriebe. In seiner feinen herzlichen Art spricht F. E. Krauß (zum Reichsstatthalter gewandt) ›Ohne Ihren Staatspreis wäre unsere Schau in ihrer Art nicht möglich. Der sächsische Arbeiter stellt seinen Mann im politischen Leben wie im Betrieb, wie bei den schöpferischen Künsten des Feierabends. Er steht, rundherum ein ganzer Kerl, zu seiner Arbeit, seiner Heimat und seinem Führer.«³⁷

Zum Heimatabend fasste Krauß zusammen: »Vor einer Woche haben wir die Ausstellung eröffnet. Die Schwester des Führers hat uns besucht und die Schätze der Schau mit der bayrischen Volks-

34 »Glückauf«. Zeitschrift des Erzgebirgsvereins. Nr. 1/1937. S. A2.

35 Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. S. 187f.

36 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 287 vom 06.12.1937.

37 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 284 vom 06.12.1937.

kunst verglichen, und wir sind sehr gut dabei weggekommen ... Ein Telegramm des Führers löste jubelnde Begeisterung aus. [...] Wir bekennen uns zu den hohen Zielen, die unser Reichsstatthalter dem Heimatwerk gestellt hat. Kamerad Krauß schließt mit dem Wunsche, daß wir alle unsre Arbeit für die Heimat so fanatisch, so von Herzen lieben, wie die Schnitzer des Erzgebirges, die wir der Heimat alle guten Kräfte verdanken.«³⁸

Über die Weihnachtsfahrt der Diplomaten schrieb die Tageszeitung: »Beim gemeinsamen Frühstück der Diplomaten und Konsuln in Radiumbad Oberschlema sprach F. E. Krauß Begrüßungsworte. Gegen 14 Uhr traf auch Reichsstatthalter Mutschmann ein, der von nun an in der Reisegesellschaft verblieb. [...] In Schwarzenberg wurde zunächst dem nationalsozialistischen Musterbetrieb Krauß-Werke ein kurzer Besuch abgestattet. [...] Gegen 17.20 Uhr verließen die Diplomaten und Konsuln den »Feierohmd«, um einer Einladung ins Holzhaus Krauß Folge zu leisten.«³⁹ –

»Im Zeichen des Feierohmds« ist ein Zeitungsartikel vom 21.12.1937 überschrieben. Er kennzeichnet die Verquickung der Volkskunst mit der NSDAP: »Gestern stattete SA-Obergruppenführer Schepmann, von sämtlichen SA-Führern des Gaues Sachsen begleitet, der Schwarzenberger Feierohmdschau einen Besuch ab. [...] Die Feierohmdschau fand die lebhafteste Anerkennung der SA-Führer, die vom Ausstellungsleiter und Vorsitzenden des Heimatwerks, SA-Obertruppführer F. E. Krauß, geführt wurde ... Zugleich beförderte er den ersten Staatspreisträger für Feierabendkunst, SA-Truppführer Hähnel aus Lauter zum Obertruppführer und den Schnitzer Rottenführer Richard Tümpel aus Lößnitz, der eine Schnitzfigur überreichte, zum Scharführer ...«⁴⁰

Zur Eröffnung der »Feierohmdschau« wirkten mit : 106 SA-Leute vom Sturm 6/105 und vom Sturbann III/103, 35 Leute des 7. Sturmes der 7. SS-Standarte, Friedrich Schlegel, 29 Personen des Erzgebirgszweigvereins Schwarzenberg, 78 KdF-Mitglieder u. v. a. – Es erschienen neben Reichsstatthalter Mutschmann und der Schwester Adolf Hitlers die gesamte Naziprominenz Sachsens und des Kreises, darunter auch SS-Brigadeführer und Kreishauptmann Popp,

38 Ebenda.

39 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 294 vom 17.12.1937.

40 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 297 vom 21.12.1937.

Neffe des Nazi-Gauleiters, der 1945 Transporte mit geraubten Kunstgütern nach und von Thüringen leitete.

Eine »Kulturtat« ganz anderer Art vollbrachte Krauß, indem er das von den Kommunisten unter unsagbaren Entbehrungen errichtete Arbeiterheim Bermsgrün mit Sporthalle abnötigte und zu einem Schulungsheim der Deutschen Arbeitsfront umbauen ließ. Die NS-Tageszeitung vom 24.II.1938 titelte: »Von der roten Kaserne zur Betriebsführerschule« und im Text hieß es: »Der Gedanke, aus diesem ehemaligen Kommunistenheim ein Schulungsheim der DAF zu machen, stammt von PG F. E. Krauß, Schwarzenberg«. ⁴¹ Zum Bauheben im Dezember 1937 verkündete Krauß: »Das neue Schulungsheim, das mit seinen Kursen im Dienst der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft stehen wird, schaut als Wahrzeichen hinüber zu unseren sudetendeutschen Brüdern. Man habe den Plan gefasst, die rote Burg, um die einst Kamerad Müller gekämpft habe, zu erwerben und zu einem Schulungsheim der Volksgemeinschaft umzugestalten. [...] Für alle die Kameraden, die hier im DAF-Heim Schwarzenberg-Bermsgrün weltanschaulich und beruflich geschult würden und denen als wichtigstes das Erlebnis der Kameradschaft vermittelt werden würde, solle das Erzgebirge eine zweite Heimat vermittelt werden.« ⁴²

Im Mai 1938 brachte Krauß zwei Stiftungen auf den Weg, eine für die Oberschule, die andere als »Feierohmd-Stiftung«: »Dann öffneten sich die Türen zum Ratsherrensitzungssaal. Werkschärmänner der Krauß-Werke trugen eine Kiste in den Sitzungssaal und öffneten sie. Sie barg ein weiteres Geschenk des Ehrenbürgers und Ratsheren Krauß, eine weitere Stiftung für die Oberschule. Die Bronzeplatte mit dem Bild des Führers wurde ein zweites Mal angefertigt und der Oberschule gestiftet. Sie ist der Dank des Leiters der »Feierohmd-Schau« ... für die Unterstützung bei der Durchführung der Ausstellung. ... Dann sprach Dr. Fröbe, der Leiter der Oberschule: »Ich glaube, daß die Schenkung des Führerbildes für die Schule selbst der schönste Schmuck und immer ein Zeichen dafür sein wird, daß die Schule sich für die Belange der Heimat und Heimatstadt freudig und gern einsetzt.« ⁴³

41 NS-Tageszeitung vom 24.II.1938.

42 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 296 vom 20.II.1937.

43 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 104 vom 05.05.1938.

Gauleiter Mutschmann sah das »Heimatwerk« als eine Art geistige Untermauerung des Vierjahresplanes« an. »So haben wir bei allem, was wir tun, nichts anders im Auge als die Größe der Nation und die treue Gefolgschaft gegenüber dem Führer,«⁴⁴ sagte er auf dem Gautag im Mai 1938.

Am 25. und 26. Mai 1938 fand mit viel Nazi-Prominenz die Weihe der Grenzlandfeierstätte in Schwarzenberg statt. Nach einem Kreisappell der NSDAP des Kreises Aue gestaltete Krauß einen Kameradschaftsabend der NSDAP in der Kraußhalle.⁴⁵ Der Schwarzenberger Bürgermeister Dr. Rietzsch richtete ein Grußwort an diese Veranstaltung. Darin heißt es: »Von herrlichen naturgegebenen Anlagen umrahmt, ist eine Feierabendstätte entstanden, die von Jahr zu Jahr den Mittelpunkt nationalsozialistischen Erlebens bilden wird. [...] Alle Partei- und Volksgenossen werden es als eine besondere Ehrenpflicht betrachten, diesen großen Feiertag des erzgebirgischen Grenzlandes durch ihre persönliche Teilnahme zu einer machtvollen Kundgebung des dem geliebten Führer auf Gedeih und Verderb treu ergebenden erzgebirgischen Grenzlandes zu gestalten.«⁴⁶

Dass die Nazis die gesamte Kultur ihren Zielen dienstbar machen wollten und F. E. Krauß ein williger Wegbereiter wurde, beweist ein Ausschnitt aus einem Zeitungsartikel »Das singende Erzgebirge – Streitsingen der Erzgebirgssänger in Johannegeorgenstadt«: »Die innere Einheit unserer nationalsozialistischen Weltanschauung wird durch unsere erzgebirgische Einheitstracht bodenständigem Reiz gewinnen, KdF-Urlauber werden unser volkstümliches Liedgut würdigen lernen, daß es seinen Siegeszug durch die deutschen Gauen antritt wie um die Weihnachtszeit unsere erzgebirgische Feierabendkunst. Dann wird das singende Erzgebirge eine unsichtbare, aber starke Heerschar im Hinterlande gewinnen und mutig den Verteidigungskampf gegen fremde Art an der Willkürgrenze bestehen.«⁴⁷

Im Juli 1938 fand die Weihe der Gauschnitzschule in Schneeberg statt. Natürlich war Krauß als Vorsitzender des Heimatwerks anwesend. Gauschnitzwart Fritz Thost dankte Förderern und Freunden der Gauschnitzschule. Thost galt als die rechte Hand von F. E. Krauß.

44 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 120 vom 24.05.1938.

45 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 147 vom 27.06.1938.

46 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 146 vom 25./26.06.1938.

47 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 135 vom 13.06.1938.

Dieser Schneeberger Gaukulturwart, Gaureferent für Feierabendkunst und baldiger Kriegsberichterstatter in formierte schon im Oktober 1936 über die wirklichen Ziele des »Feierohmd«: »Nicht Kunst und Wissen pflegen um des eigenen Genusses willen, sondern sie als Waffen brauchen – sie zu wehrhaften Volkstum machen. Dann sind wir die Schildträger völkischer Kultur, dann sind wir ein Bollwerk gegen das jüdische Einfallstor des Bolschewismus. [...] Gerade das Kleine, Unscheinbare birgt große Treue. Ein Vater, der seinen Jungen einen erzgebirgischen Berg gebaut hat, voller Tiere, Jäger, Wunderfichten, verteidigt einmal mehr diese erlebte Heimat als einer, der nur große Worte gebrauchen kann. [...] Volksgenossen, nehmt teil am kulturellen Schaffen, dann sind wir eine lebendige Mauer gegen die rote Front, dann sind wir heimliche Grenzposten – du und ich, unverrückbar im Dienste des Reiches.«⁴⁸

Am 1. Oktober 1938 marschierte die Deutsche Wehrmacht in das Sudetenland ein. – »Damit war zugleich die Grenzlandmission Sachsens im Wesentlichen erfüllt«, tönte Gauleiter Mutschmann am 26. November 1938 in Schneeberg. F. E. Krauß reflektierte das Ereignis anlässlich eines Volksliedabends folgendermaßen: »Unser Führer ... hat einen großen unausdenkbar schweren Krieg gewonnen, bevor die Kanonen einen einzigen Schuß abgaben. Es ist ein Wunder geschehen! Unser Erzgebirge ist weiter, größer und schöner geworden; wir können es kaum fassen. Was wir alles bekommen haben! Weit mehr als Industrien und Bodenschätze: Was für ein herrliches Kulturland mit einer glorreichen deutschen Geschichte mit allen seinen Männern, Frauen und Kindern ist wieder heimgekehrt.«⁴⁹ –

Zur Eröffnung der neuen Lehrwerkstätte in den Kraußwerken mussten alle Kraußlehrlinge in HJ-Uniformen antreten. Krauß sagte den jungen Leuten u. a.: »Geh auf den Kamm, junger Erzgebirgler, schau hinaus – den Südhang hinunter – das ist nun deutsches Land! Gottesgab, Joachimsthal, Karlsbad, Reichenberg. Die Holzfuhrwerke, die Bahnwagen mit dem Kaolin, die Lastkraftwagen mit Neudecker Weißblech fahren aus einem deutschen Gau zu uns herüber. [...] Wir haben die tapfersten Herzen und die besten Geschütze und Flugzeuge. Die gehören zusammen. Deutschland hat beides – und hat die Welt bezwungen! Das Zeitgeschehen, unseres großen Füh-

48 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 243 vom 16.10.1936.

49 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 237 vom 10.10.1938.

rers Taten und Gedankenwelt umgeben uns wie ein hohes herrliches Gebirge. [...] Was sagt uns der Zeiten gewaltiges Geschehen – Was ist unsere Aufgabe? – Wohin zielt unser Streben? Unserem gebirgischen Erbe würdig uns einsetzen, mit Leib und Seele dabei sein beim Leistungskampf des ganzen Volkes. Marschieren wir dort mit, und nicht gerade im letzten Glied! [...] Diese Werkstatt möchte dazu beitragen, dass ihr die Meisterschaft in eurem Fach erringt, daß ihr ganze Kerle werdet, Kämpfer in der großen Armee unseres Führers A. Hitler!«⁵⁰

Die Führung des »Heimatwerks« plante für die Weihnachtszeit wieder eine große Volkskunstschau. In einem Schreiben an die Volkstumsbeauftragten (NSDAP-Kreisleiter) wies der Regierungsdirektor Graefe darauf hin, »daß seit dem großen Eindruck der Feierohmschau und seit der Eingliederung des Sudetenlandes ins Reich das Erzgebirge ganz besonders ins Blickfeld gerückt ist. – Der Volkstumsbeauftragte für den Volkstumsbezirk Erzgebirge hat sich daher entschlossen, eine Volkskunstschau in Schneeberg zu veranstalten. Er hat dieser Schau, die vom 27. November 1938 bis zum 9. Januar 1939 geöffnet bleiben soll, den Namen »Schneeberger Weihnachtsschau« gegeben. Zur »Jahrestagung des Heimatwerks« zur Schneeberger Weihnachtsschau begrüßte F. E. Krauß die Gäste: »Herzlich willkommen in Schneeberg, der alten Kultur- und Silberstadt im Erzgebirge! Herzlich willkommen zu Kundgebung des Heimatwerkes! Der Führer gab uns Großdeutschland, gab uns die Ehre wieder, er gab und gibt unseren Grenzen Schutz und uns allen Arbeit und Sicherheit. Das Handwerk ist unsere große und innere Festung. Im Schutze der eisernen Wehr unseres Dritten Reiches kann unser Volkstum aufblühen, könne wir alle seine guten Kräfte entfalten. Stark werden von innen her, alles fördern, was die deutschen Herzen stärkt und erhebt, das ist unsere Arbeit.«⁵¹

In den Akten über die Vorbereitung der Schneeberger Weihnachtsschau 1938 existiert ein Schriftwechsel mit dem »Krauß-Werk« betreffs Freistellung eines Schnitzers für die Zeit der Ausstellung vom November 1938 bis 15. Januar 1939. Die Antwort »Schnitzer Winkler nach Schneeberg herauszugeben, ist leider nicht möglich.

50 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 274 vom 24.II.1938.

51 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 277 vom 28.II.1938.

Wir sind ein wehrwirtschaftlicher Betrieb, da müsste erst der Wehrinspekteur gefragt werden, der es bestimmt nicht erlauben würde.«⁵²

Der Gauleiter begann seine Ansprache folgendermaßen: »Auf der Einladung zu dieser Tagung steht ein schlichter schöner Satz: Dort, wo einst ein Schlagbaum stand, ist eine Fahne aufgerichtet. Noch vor wenigen Wochen hat hier oben im Erzgebirge der Schlagbaum gestanden, der Deutsche von Deutschen trennte. Heute steht die Fahne des Dritten Reiches auf dem Erzgebirgskamm, und sie weht jenseits der Berge bis hinunter an die neue Reichsgrenze, was wir noch vor einem Jahr kaum zu träumen wagten, das ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Unsere sudetendeutschen Brüder und Schwestern gehören zum Reich und zum großen deutschen Volk. Die trennenden Grenzen sind gefallen.«⁵³

Zur oben erwähnten Eröffnung der Schneeberger Weihnachtschau 1938 umriss Gauleiter Mutschmann die Aufgaben des »Heimatwerkes«: »Das Heimatwerk Sachsen gewährleistet mir durch seine enge Bindung an Partei und Staat eine weltanschaulich einwandfrei, einheitliche und aktive Förderung der ihm anvertrauten Frage. [...] Jede Heimatarbeit, die unser Volk nicht zugleich weltanschaulich erfaßt, ist überflüssig, ja sogar schädlich, weil sie nur die Begriffe verwirrt. [...] Nicht zur Unterhaltung, zur Abwechslung oder zum sentimentalischen Rückerinnern pflegen wir Brauchtum und Mundart, Festgestaltung und Feierabendkunst, oder was sonst noch in den Rahmen des Heimatwerks gehört. Uns geht es dabei darum, unsere Volksgenossen stark in ihrer Liebe und in ihrer Einsatzfreudigkeit für die Heimat und damit für das große Deutsche Reich zu machen. [...] So haben wir letzten Endes bei allem, was wir tun, nichts anderes im Auge als die Größe der Nation und die treue Gefolgschaft gegenüber dem Führer.«⁵⁴

Dass Krauß selbst ein raffinierter Verführer war geht aus folgenden Beispielen hervor: »F. E. Krauß, Schwarzenberg, der Vorstand des Heimatwerkes Sachsen, sprach über ›Heimatliches Schrifttum, Lieder und Geschichten.« Er ging von dem Geschaffenen der letzten

52 Günther Eckhardt: Der Erzgebirgsverein und das regionalkulturelle Erbe in Vergangenheit und Gegenwart. [Dipl.-Arbeit]. 1989. S. 25–27.

53 Rede des Gauleiters Martin Mutschmann zur Kundgebung des Heimatwerkes Sachsen am 26.II.1938 in Schneeberg. In: Rednermaterial des Heimatwerkes. S. 1 (I 16).

54 Ebenda. S. 2/4/6/8.

Jahrzehnte aus ... Unverkennbar sei die Wendung zum Besseren, ja vielleicht zum Guten. Der Mundartdichter sei ein Kündler seiner Heimat: er habe eine große Aufgabe und eine noch größere Verantwortung. Denn mit seinen Augen sehen die anderen unsere Heimat.«⁵⁵ Und zum Geleit sprach Krauß: »Ein Kritiker hat es kürzlich eintönig gefunden, daß wir immer von der Heimat reden. Ja, wir singen schon immer von der Heimat, doch hat dieses Lied tausend Strophen, keine ist der anderen gleich, und jede ist ein Lobgesang auf Heimat, Volk und Führer.«⁵⁶

Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg. Im gleichen Monat, am 15.09.1939, gab Alfred Rosenberg die Denkschrift über den »Seelen- und Charakterkrieg« heraus. Am 04.09.1939 erschien eine Anweisung Goebbels: »Mit Hilfe der Musik unser Volk erheben.« Zu den Aufgaben des »Heimatwerkes« im Krieg hieß es in der Zeitschrift »Sachsen« des »Heimatwerkes«: »Es kam besonders darauf an, die Brücke von der Heimat zu unseren Soldaten an der Front zu schlagen und darüber hinaus die lebendigen volksbildenden Kräfte der Heimat weiter zu stärken. Der Krieg hat uns eindringlicher denn je daran erinnert, wie mächtig die Werte der Heimat im Kampf um das Dasein unseres Gesamtvolkes sind.«⁵⁷ –

Zur 2. Kriegstagung des Erzgebirgsvereins im Oktober 1940 in Chemnitz sagte Krauß: »Wir wissen, wie wichtig die Arbeit des EV ist. Wir werden Ihre Arbeit nicht vergessen, fühlen Sie sich durch das Heimatwerk geschützt. Sein Schirmherr, unser Reichsstatthalter, ist auch Ihr Schirmherr.«⁵⁸

In den Krauß-Werken wurde wieder, wie im 1. Weltkrieg, für den Krieg produziert und es wurde am Krieg verdient. Bei Krauß wurden hergestellt: Raupenschlepper Ost / Aktion SS 88 (Flak 18) / Artillerie-Flugzeugteile, Benzinkanister, Ölwannen für Militärfahrzeuge und Fahrzeugteile.

Am 15. Juni 1940 erstattete die Gewerbeaufsicht Zwickau gegen Krauß eine Anzeige. Darüber informierte ein Brief an Krauß. Darin heißt es: »Über die Arbeitszeit der Frauen in der Küche, sowie

55 Walter Fröbe. In: »Glückauf«. Zeitschrift des Erzgebirgsvereins, Nr. 7/1939, S. 156

56 F. E. Krauß. In: »Glückauf«. Zeitschrift des Erzgebirgsvereins, Nr. 7/1939, S. 156

57 »Sachsen«. Zeitschrift des Heimatwerkes. 1941, S. 2.

58 »Erzgebirgischer Volksfreund« Nr. 247 vom 21.10.1940.

Wasch- und Scheuerfrauen, bin ich äußerst erstaunt. In diesem Werk, wie dem Ihrigen, wussten verantwortliche Personen, soweit gemeldet sind, daß Frauen nicht über 10 Std. täglich arbeiten dürfen. [...] Daß Frauen von Ihnen 12 – 14 Std. täglich beschäftigt werden, so muß ich das für ein starkes Stück ansehen. [...] So muß ich Sie anzeigen. Ich kann das einfach nicht glauben. Frauen dürfen nicht über 10 Std. täglich und 56 Std. wöchentlich beschäftigt werden. i. A. Lutz.«⁵⁹

Die Feierhalle in den Kraußwerken stand mittlerweile nicht nur Volkstumsveranstaltungen offen, sondern sie wurde Veranstaltungsstätte der sächsischen NSDAP. – Mitgliederappelle, Kundgebungen und Gefallenenehrungen lösten in immer kürzeren Abständen einander ab.

F. E. Krauß wurde nach dem Tode von Oscar Seyffert im Februar 1940 zum 1. Vorsitzenden des Landesvereins »Sächsischer Heimat-schutz« berufen. Damit wurde einer der letzten Vereine, der sich seit 1908 Verdienste um die Pflege und Erhaltung der sächsischen Kultur und Landschaft erworben hatte, gleichgeschaltet.⁶⁰ Thomas Schaar-schmidt stellte dazu fest: »Die Aussichten, die Unabhängigkeit des Landesvereins zu erhalten, schwanden Ende Februar 1940 mit dem Tod Seyfferts. Nachdem die Lobeshymnen auf den Landesverein in den Nachrufen verklungen waren, nutzte die Staatskanzlei die Gelegen-heit und setzte auf der Hauptversammlung Mitte April 1940 die Wahl F. E. Krauß zum neuen Vorsitzenden durch.«⁶¹ Schon von Anfang an pflegte das »Heimatwerk« eine enge Zusammenarbeit mit dem Erzgebirgsverein, der schließlich als Körperschaft mit dem »Heimatwerk« beitrug. Schon Ende 1939 prägte Krauß für den EV die Bezeichnung »Kulturwart der Heimat«. In Analogie zu den Zielen des »Heimatwerks« im Krieg schloß (Kreiskulturwart von Anna-berg) Max Günther seine Aussprache (im EV) 1941 mit den Worten: »Unser Führer schenkt uns jeden Tag mit seinen Soldaten die Heimat neu. Es ist kleiner Dank nur, wenn wir die letzte Kraft für die Heimat einsetzen, es ist unser Anteil am Sieg. Wenn unsere Soldaten siegesgekrönt von allen Fronten des plutokratisch-bolsche-wistischen Krieges zurückkehren werden, sollen sie die Heimat so

59 Sächsisches Staatsarchiv.

60 Günther Eckhardt: Günther Eckhardt: Der Erzgebirgsverein und das regio-nalkulturelle Erbe in Vergangenheit und Gegenwart. S. 27.

61 Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. S. 252.

schön behütet, so gesund und stark wieder finden wie an dem Tag, als sie zu den Waffen eilten und den Schutz der Heimat in ihre starken Fäuste nahmen.«⁶²

Es kamen Kriegsgefangene ins Land. Diese hatten schwer zu arbeiten, natürlich auch für Krauß. Im August 1942 waren in den Kraußwerken 292 Kriegsgefangene beschäftigt. Über ihre Behandlung informiert eine Abschrift aus dem Hauptstaatsarchiv: »Behandlung und Unterbringung von Fremdarbeitern – 05.08.1942 an Gewerbeaufsichtsamt Zwickau – Einige Erfahrungen in der Betreuung ausländischer Zivilarbeiter. – Lager: 80 männliche Ostarbeiter und 40 Mädchen und Rauen, vorwiegend Ukrainer. Je 2 Trupp vorwiegend unter 18 Jahren / 1 Trupp sehr gute Leute. Beim 1. Trupp mit der Leistung sehr zufrieden. Beim 2. Trupp hat sich die Mehrzahl erziehen lassen durch Stubenälteste aus 1. Trupp. Behandlung: Daß die Leute ebenso streng wie gerecht behandelt werden müssen. Man muß die Guten loben und durch eine kleine Prämie, ein paar Zigaretten, anreizen, als man die Schlechten tadelt und bestraft. Nicht streng genug können die Ausreißer bestraft werden. Durch unsere Wiedergekommenen ist das ganze Lager kuriert worden. [...] Die Russen sind andere Kost gewöhnt, Hirse, Mais usw., alles in einem dicken Brei, ferner sind Rüben und alte Kartoffeln in großer Menge zu gebrauchen. – Die Arbeitsleistungen lassen wir ganz genau ermitteln. Bei 31 Russen (von 80) sehr gut, bei 33 gut, der Rest befriedigend. In der derzeitigen Fertigung sind die Russen gar nicht mehr wegzudenken. Für Überstunden und Sonntagsarbeit ist stets Willigkeit vorhanden. Es melden sich sogar Freiwillige.«⁶³ Das Arbeitsamt Aue stellte am 18.06.1942 Krauß in Rechnung: Für die Vermittlung der am 10.06.1942 zugewiesenen 39 männlichen russischen zivilen Arbeitskräfte 1872.–RM. / Am 1. August 1942: »Für die Vermittlung der Ihnen am 27.07.1942 zugewiesenen 40 weiblichen zivilen russischen Arbeitskräfte 1598.–RM. Zugewiesen wurden der Firma Krauß am 25.02. und 05.03.1942 sieben belgische zivile Arbeitskräfte, am 05.03.1943 5 männliche belgische zivile Arbeitskräfte.«⁶⁴ Ob es bei Krauß auch einen »Überwachungsplan fremdländischer Arbeitskräfte« wie in der Firma Hermann Nier, Beierfeld, gab, ist nicht bekannt.

62 Ebenda. S. 244

63 Staatsarchiv Chemnitz. Bestand Krauß-Werke. SZB 31089.

64 Ebenda.

Zum Jahr 1945 in Schwarzenberg wurden im Jahre 1957 durch Werner Groß Zeitzeugenbefragungen durchgeführt. Daraus ging folgendes hervor: – Die Gauschule (DAF) in Bermsgrün löste man 1940 auf. Dort wurden Betriebsleiter und Betriebsobleute für die Übernahme von Betrieben in besetzten Ländern ausgebildet. Nach 1940 nutzte man das Gebäude als Erholungsheim. Dort wohnten die Frau des Gauobmannes Helmut Peitsch, die Frau des Gauleiters Mutschmann, der Schwiegersohn des Beauftragten des Führers für Ostarbeiter. Frau Voß (Frau des ehemaligen Schulleiters von Bermsgrün) wurde von Frau Mutschmann angerufen, dass sie am nächsten Morgen mit dem Zug wegfahre. Die Arbeiter nahmen das Gespräch an und fassten am nächsten Morgen Frau Mutschmann im vorletzten Wagen der Bahn. Max Ebert berichtet bei seiner Befragung am 19.07.1957: »Der ehemalige Gauleiter Mutschmann war nur 2 Nächte bei Krauß in der Villa, diesem selbst war das nicht recht. Mutschmann war auch einige Tage bei den Nazis im Arbeiterheim in Bermsgrün versteckt worden. – Frau von Peitsch hatte sich im Kaffee Barthel versteckt.« Die Firma Krauß hatte in der Zeit des 8. Mai 1945 ca. 1 150 Beschäftigte, davon ca. 350 Fremdarbeiter (Ukriener, Belgier, Franzosen, Holländer). Krauß hatte 700 000 Goldmark in seinen Tresoren eingelagert.

»Ebenso wie im Erzgebirgsverein sorgte die politische Kompro-mittierung der von der NSDAP protegierten Vorstandsmitglieder auch im Landesverein (für Sächsischen Heimatschutz) dafür, die traditionell führenden Kräfte zu stärken. In einer abrupten Kehrt-wendung gelang es Schmidt (Werner / auch nominelles Parteimit-glied gewesen) und dem politisch unbelasteten stellvertretenden Landesvereins-Vorsitzenden Oberbaurat Kurt Hager im Juli 1945, dem 1940 von der Staatskanzlei aufgezwungenen Vorsitzenden F. E. Krauß noch einen Monat vor seiner Verhaftung abzulösen. Nach-dem die Geschäftsstelle des Landesvereins Krauß noch Ende März an seines 50. Geburtstages in den höchsten Tönen gepriesen hatte, legten Schmidt und Hager ihm am 4. Juli 1945 seinen Rücktritt nahe. Da Krauß von sich aus Mitte Juni 1945 betont hatte, wie wichtig ihm die Kontinuität des Heimatschutzes war, kam er nicht umhin, die Argumente der Geschäftsstelle anzuerkennen und zurückzutreten. Daß er die Gelegenheit nutzte, um an der Legende seiner politi-schen Unschuld zu stricken, kann als später Rechtfertigungsversuch

seiner Wahl im April 1940 verbucht werden.«⁶⁵ Am 20.08.1945 wurde Krauß verhaftet und 1954 nach Westdeutschland entlassen.

65 Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. S. 278.

Autorenverzeichnis

Dr. Monika Runge
Paul-Grüner-Straße 64
04107 Leipzig

Prof. Dr. Günter Benser
Baikalstr. 15
10319 Berlin

Prof. Dr. Jürgen Hofmann
Blumenthalstr. 4
12103 Berlin

Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe
Bergschachtweg 6
01705 Freital

Daniela Schmohl
Brandstr. 4
04277 Leipzig

Günter Eckart
Filzteichstr. 8b
08289 Schneeberg

Lothar Wendler
Dr. Richter-Str. 5
08289 Schwarzenberg

Erich Mehlhorn
Grünhainer Str. 17
08297 Zwönitz

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V. 2006

Harkortstraße 10

04107 Leipzig

Telefon: (0341) 9 60 85 31

Telefax: (0341) 2 12 58 77

www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de